

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

Juni 2021



Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

**Medieninhaberin und
Herausgeberin**

Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
oenb.info@oenb.at
Tel. (+43-1) 40420-6666
Fax (+43-1) 40420-6698

Schriftleitung

Doris Ritzberger-Grünwald

Koordination und Redaktion Manfred Fluch

© Oesterreichische Nationalbank, 2021

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Redaktionsschluss: 21. Juni 2021

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage.....	4
Erholung der Weltwirtschaft beschleunigt sich.....	6
EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Konjunkturerholung setzt sich im ersten Quartal fort	11
Impffortschritte unterstützen wirtschaftliche Erholung - Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2021 bis 2023.....	14
Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats.....	18
Mindestreserveguthaben stiegen in Österreich überdurchschnittlich stark an (2. Mindestreserve-Erfüllungsperiode 2021)	38
2020 - Ein außergewöhnliches Jahr mit außenwirtschaftlichen Folgen	41
Spezielle Kurzanalysen.....	43
Öffnungen im Mai führen zu deutlicher Belebung im Tourismus – Nächtigungsrückgang im Gesamtjahr kann aber nicht verhindert werden.....	44
Ursachen des jüngsten Inflationsanstiegs in Österreich.....	48
Stieg die Nachfrage nach Euro-Bargeld in CESEE in der Corona-Krise?.....	54
Die Auswirkung von Covid-19 auf die finanzielle Vulnerabilität verschuldeter Haushalte in CESEE	60
Arbeitskräftemangel und Inflationsspitze in den USA vor dem Hintergrund des FED-Strategy Reviews	65
Paket nachhaltiges Finanzwesen und EU-Taxonomie.....	71
Annex.....	75
Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 23. April bis 16. Juni 2021.....	76
Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen.....	81

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick¹

Für das Jahr 2021 wird mit einer robusten Erholung der Weltwirtschaft gerechnet. Während der IWF, die EK und auch die OECD ihre jüngsten Prognosen für das Weltwirtschaftswachstum deutlich nach oben revidierten, korrigierte die EZB - nach einer starken Aufwärtsrevision im März - das Weltwirtschaftswachstum im Juni geringfügig nach unten. Für das gesamte Jahr 2021 werden Wachstumsraten von 5,6% bis 6,0% sowie für 2022 von 4,3% bis 4,4% erwartet. Die meisten Industriestaaten werden damit ihr reales BIP-Niveau von 2019 mit Ende 2022 wieder erreicht haben. Grundsätzlich zeigt sich, dass die Industriestaaten aufgrund des Impffortschritts nachhaltig die Verluste der Covid-Krise aufholen werden, während die Entwicklungsländer die Verluste nicht vollständig kompensieren können.

Im Euroraum sorgen die anziehende internationale Nachfrage und der rasche Impffortschritt in den meisten Staaten für Optimismus in der Wirtschaft. Obwohl die Wirtschaftsleistung bereits im vierten Quartal 2020 geringfügig zurückgegangen ist, schrumpfte diese im ersten Quartal 2021 im Quartalsvergleich in Folge von Lockdown-Maßnahmen nochmals. Der Rückgang war jedoch deutlich schwächer als ursprünglich prognostiziert wurde. Das führt zu einer deutliche Aufwärtsrevision der jährlichen BIP-Wachstumsrate in der Juni-Prognose des Eurosystems für 2021 um 0,6 Prozentpunkte. Das Eurosystem rechnet mit einem Wachstum von 4,6% für 2021, während die Prognosen von IWF, EK und OECD noch zwischen 4,3% und 4,4% liegen. Für das Jahr 2022 rechnen die Experten des Eurosystems weiterhin mit einem starken Wachstum von 4,7%, erst für das Jahr 2023 wird eine Verlangsamung auf 2,1% erwartet. Für den weiteren Wachstumsverlauf, vor allem den Herbst, wird entscheidend sein, wie erfolgreich die Impfungen vor der Zirkulation des Virus und dessen Mutationen schützen können.

Die HVPI-Inflation lag im Mai im Euroraum mit 2,0% deutlich über den Erwartungen. Eine Hauptursache sind unerwartet starke Preisanstiege bei Energie und bei unbearbeiteten Nahrungsmitteln. Im Rahmen der Juni-Prognose des Eurosystems wird erwartet, dass sich die Beschleunigung der Inflation bis in den Herbst fortsetzen wird und sich diese Entwicklung – mit dem Auslaufen temporärer Faktoren – dann rasch umkehrt. Für den Rest des Jahres wird die HVPI-Inflation zwischen 1,6% und 2,7% schwanken. Im Jahresdurchschnitt wird für 2021 eine Inflationsrate von 1,9% und für 2022 von 1,5% erwartet.

In Österreich zeigt sich ein ähnliches Bild wie im Euroraum: Die mit dem Impffortschritt einhergehende Rücknahme zahlreicher gesundheitspolitischer Maßnahmen führt zur Jahresmitte 2021 zu einem starken Aufschwung. Nach einem Rückgang des realen BIP um 6,7% im Vorjahr wird für die Jahre 2021 und 2022 ein Wachstum von 3,9% bzw. von 4,2% erwartet. 2023 wird der Aufholprozess abgeschlossen sein und sich das Wirtschaftswachstum mit einem Wert von 1,9% normalisieren. Die HVPI-Inflationsrate wird im Jahr 2021 getrieben von höheren Rohstoffpreisen auf 2,0% ansteigen und 2022 sowie 2023 auf jeweils 1,8% zurückgehen.

¹ Autor: Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Erholung der Weltwirtschaft beschleunigt sich²

Weltwirtschaft: Beschleunigte Erholung mit weiter bestehenden Versorgungsengpässen

Das erste Quartal 2021 führte – global gesehen – zu einer ersten Beschleunigung der Wirtschaftsaktivität. Für 2021 wird daher auch durchgehend mit einer robusten Erholung der Weltwirtschaft gerechnet. Sowohl IWF als auch EK und zuletzt auch die OECD revidierten ihre jüngsten Prognosen für das Weltwirtschaftswachstum deutlich nach oben. Für das gesamte Jahr 2021 werden Wachstumsraten von 5,6% bis 6,0% sowie für 2022 von 4,3% bis 4,4% erwartet. Die meisten Industriestaaten werden damit ihr reales BIP-Niveau von 2019 mit Ende 2022 wieder erreicht haben. Erst im Jahr 2023 soll sich, gemäß den Erwartungen, das Tempo des Wirtschaftswachstums wieder verlangsamen. Haupttreiber des bevorstehenden Wachstums sind, neben der sich beschleunigenden Erholung des Welthandels, vor allem der steigende private Konsum sowie die regional sehr heterogenen fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen.

Prognosen zum Wirtschaftswachstum

Wachstum des realen BIP in Prozent

	IWF WEO		Europäische Kommission				OECD	
	06.04.2021		12.05.2021				31.05.2021	
	2021	2022	2021	2022	2021	2022		
Euroraum	4.4	3.8	4.3	4.4	4.3	4.4		
Ver. Königreich	5.3	5.1	5.0	5.3	7.2	5.5		
Japan	3.3	2.5	3.1	2.5	2.6	2.0		
China	8.4	5.6	7.9	5.4	8.5	5.8		
USA	6.4	3.5	6.3	3.8	6.9	3.6		
Welt gesamt	6.0	4.4	5.6	4.3	5.8	4.4		

Mit dem Fortschritt der Impfkampagnen, nehmen die bestehenden Prognoseunsicherheiten tendenziell wieder ab. Dennoch könnten sich zusätzliche Risiken durch weitere Virusmutationen ergeben, die unter Umständen erneute Gegenmaßnahmen nötig machen würden. Unsicherheiten ergeben sich darüber hinaus aus der Entwicklung der privaten Sparquote und der Dauer sowie des Umfangs staatlicher Hilfsprogramme.

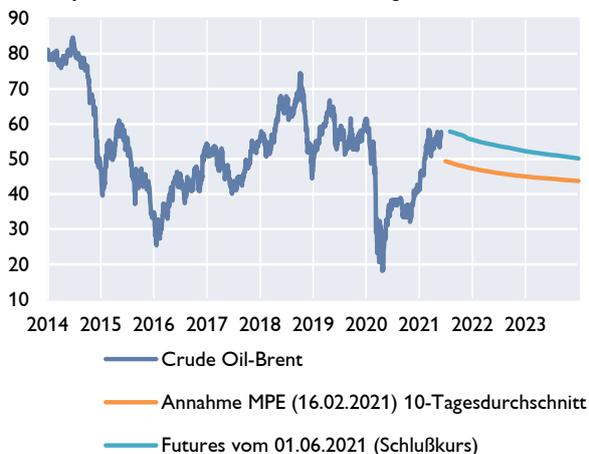
Zuletzt trat als zusätzliches mögliches Abwärtsrisiko auch die Entwicklung im Bereich der Rohstoff- und Inputpreise zutage. Die Ölpreise sind bis März 2021 in etwa auf ihr Vorkrisenniveau gestiegen. Darüber hinaus weisen einzelne Rohstoffe, beispielsweise Halbleiter oder einzelne Vorprodukte des Bausektors, einen deutlichen Nachfrageüberhang auf, der sich in Form steigender Lieferfristen, aber insbesondere auch in Form steigender Inputpreise widerspiegelt. Zuletzt hatte sich der Anstieg in diesem Bereich eingebremst. Für den Rest des Jahres werden

² Autoren: Michael Langer und Paul Ramskogler (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

aber Basiseffekte einen deutlichen Aufwärtsdruck auf die weltweite Inflationsentwicklung ausüben.

Ölpreis und Ölfutures

in EUR je Barrel; Annahmen basieren auf 10-Tagesdurchschnitt



Quelle: Macrobond.

Weltmarktpreise für Rohstoffe

HWWI-Index 'Euroland' 2015=100, Euro-Basis; Tagesdaten



Quelle: HWWI.

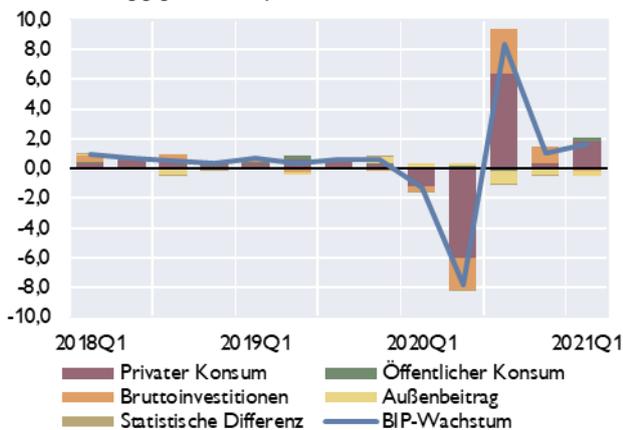
USA: Gute wirtschaftliche Erholung begleitet von steigender Inflation

Die wirtschaftliche Erholung der USA beschleunigt sich weiter. Die Volkswirtschaft wies im ersten Quartal 2021 mit einer annualisierten Wachstumsrate von 6,4% (ggü. 4,3% im vierten Quartal 2020) eine deutliche Beschleunigung auf. Dies stellt – mit Ausnahme des dritten Quartals 2020 – das stärkste Quartalswachstum seit Q3 2003 dar. Dabei war vor allem der private Konsum eine wesentliche Wachstumsstütze. Auch für das zweite Quartal 2021 deuten relevante Vorlaufindikatoren auf eine Fortsetzung der Erholung hin. Nach einem moderaten Rückgang der *Purchasing Manager Indices* (PMI) sowohl für das produzierende als auch für das nicht-produzierende Gewerbe im April befinden sich diese bereits wieder im Steigen. Für das Gesamtjahr 2021 erwarten IWF, OECD und EK mittlerweile ein Wirtschaftswachstum zwischen 6,3% und 6,9%.

Allerdings wurde die wirtschaftliche Erholung in der öffentlichen Diskussion von gestiegenen Inflationssorgen begleitet. Die Headline-Inflation stieg von 2,6% im März auf 4,2% im April und kletterte im Mai weiter auf 4,9% und lag somit deutlich über den Erwartungen der Finanzmärkte. Ein nicht unwesentlicher Teil der Inflationsentwicklung ist dabei auf die Entwicklung der Preise von Inputgütern zurückzuführen. So resultierte beispielsweise die stark gestiegene Nachfrage des privaten Sektors nach Haushaltselektronik in einer Verknappung von Halbleitern, die durch das jüngste

USA: Beiträge zum BIP-Wachstum

%-Veränderung gegenüber Vorquartal



Quelle: Macrobond/Bureau of Economic Analysis.

Anspringen der Nachfrage nach Kraftfahrzeugen noch einmal verstärkt wurde. Auch gestiegene Energiepreise trugen zum Preiswachstum bei, wodurch die Kerninflationsrate mit 3,0% im April bzw. 3,8% im Mai deutlich unter dem Niveau der allgemeinen Inflationsrate zu liegen kam.

Die scheinbar hohe Inflation ist jedoch zu einem Teil auch durch statistische und krisenbedingte Sonderfaktoren aufgrund der COVID-19-Pandemie zu erklären. So sanken die Preise beispielsweise für Pauschalreisen, Gastronomie oder Nächtigungen zwischen März und Mai 2020

USA: Entwicklung der Verbraucherpreise

%-Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat



Quelle: Macrobond, BLS.

USA: Beschäftigungswachstum und Arbeitslosenquote



Quelle: Macrobond.

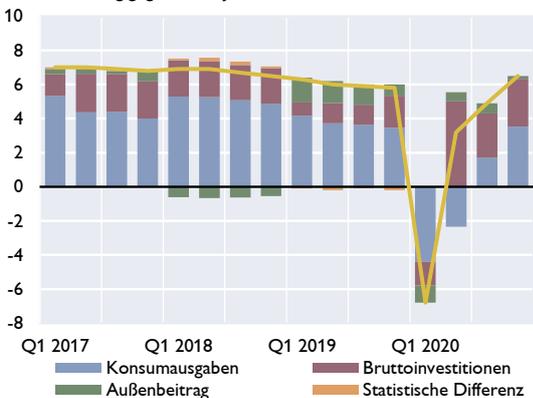
sehr stark, während diese in denselben Monaten des Jahres 2021 wiederum stark angestiegen sind. Vor dem Hintergrund des Strategy Review der FED – in dessen Rahmen das Beschäftigungsziel der FED asymmetrisch formuliert wurde, was ein längeres Überschießen der Inflation erlaubt – weckte der vergleichsweise geringe Beschäftigungsaufbau im April Bedenken über ein mögliches Anspringen der Preis-Lohn-Spirale. Ein genauerer Blick auf den US-Arbeitsmarkt zeigt aber, dass noch ein großes Reservepotential an Arbeitskräften vorhanden ist (siehe auch Kurzanalyse „Arbeitskräftemangel und Inflationsspitze in den USA vor dem Hintergrund des FED-Strategy Reviews“ in dieser Ausgabe).

China: Starkes Wachstum der Exporte und Erholung des Konsums erwartet

China konnte aufgrund der schnellen und rigorosen Pandemiebekämpfung und einer insgesamt

CHINA: Beiträge zum BIP-Wachstum

%-Veränderung gegenüber VJQ



Quelle: Macrobond.

besseren Ausgangslage eine Rezession verhindern. Über das gesamte Jahr 2020 wuchs die chinesische Wirtschaft um 2,3% womit China somit neben der Türkei das einzige G20-Land war, dessen reales BIP im vergangenen Jahr angestiegen ist. Im ersten Quartal 2021 lag das Wachstum nun bei 0,6% (qoq) bzw. 18,3% (yoy).

Die Haupttreiber des Wachstums waren vorerst die Industrieproduktion und die Exporte. Zuletzt trug aber auch verstärkt der Konsum zum Wachstum bei – ein Umstand der sich fortsetzen sollte, damit China auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zurückkehrt.

Für 2021 wird allgemein ein recht starker Aufschwung erwartet. So geht die OECD beispielsweise von einem Wachstum von 8,5% aus. Für 2022 wird eine Rückkehr zum Trendwachstum nahe der 6%-Marke erwartet, was auch in etwa dem chinesischen Wachstumsziel entspricht.

Auch bezüglich der Inflation ist ein verstärkter Aufwärtsdruck zu erkennen. Seit März des Jahres steigt das Wachstum der VPI-Inflation an. Zuletzt verbuchte es mit 1,3% den höchsten Wert seit März 2020. Auch die Produzentenpreise – die bis Ende 2020 mehr als eineinhalb Jahre kontinuierlich gefallen waren – stiegen zuletzt wieder stark an. Im Mai betrug die Steigerungsrate der Produzentenpreise 9% ggü. VJ.

Euroraum: Verzögerter Impfstart verlangsamt die Rückkehr zum Wachstum Erneuter BIP-Rückgang im Euroraum im ersten Quartal 2021

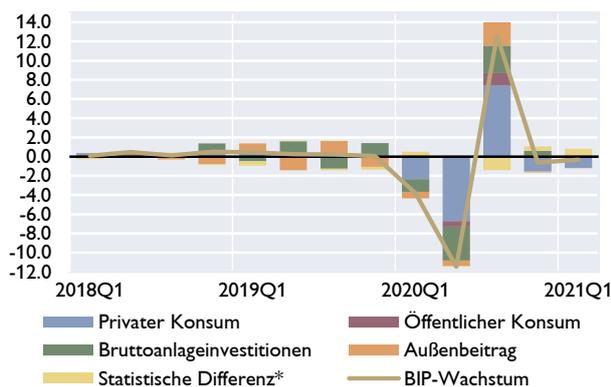
Nachdem es bereits im vierten Quartal 2020 zu einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,6% gekommen war, schrumpfte diese im Euroraum im ersten Quartal 2021 weiter um 0,3% ggü. dem Vorquartal. Dies stellt – nach Revisionen – allerdings eine deutlich bessere Entwicklung dar als ursprünglich prognostiziert worden war. Hauptverantwortlich für den Rückgang im ersten Quartal 2021 war der private Konsum, der aufgrund der langwährenden dritten Welle der Pandemie erneut einbrach. Der im Vergleich zu den USA und UK langsamere Impfstart der Euroraum-Staaten führte dazu, dass Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie länger aufrechterhalten werden mussten. Dennoch verzeichneten nicht alle Euroraum-Staaten im ersten Quartal ein negatives Wachstum. Irland konnte beispielsweise ein Wachstum von 7,8% (qoq) vorweisen, Estland von 4,8%, Griechenland von 4,4%. Dem gegenüber stehen Portugal (-3,3%), die Slowakei (-2,0%), Deutschland (-1,8%) und Lettland (-1,7%). Insgesamt wiesen 10 der 19 Euroraum-Länder im ersten Quartal 2021 eine positive Wachstumsrate auf.

Für den Rest des Jahres wird eine weitere wirtschaftliche Erholung erwartet, was durch aktuelle Stimmungsindikatoren vorerst auch bestätigt wird. Der PMI Composite Index stieg im Mai um 3,1 Punkte auf 56,9 Punkte, wobei dies vor allem vom Dienstleistungs-PMI getrieben wurde. Dieser zeigt, dass sich nun auch die Stimmung im durch die Pandemie stark betroffenen Dienstleistungssektor wieder aufzuhellen beginnt. Darüber hinaus liegt die allgemeine Kapazitätsauslastung seit März konstant bei 82,5%. Dies ist ein Höchststand seit Mitte 2019 und deutet auf einen verstärkten Investitionsbedarf hin. In der halbjährlichen Investitionsumfrage der EK erwarten die Unternehmen für 2021 um 7% mehr Investitionen, während sie im Herbst noch mit +3% gerechnet hatten. Dieser positive Trend schlug sich auch in der Entwicklung der Arbeitslosenquote nieder, die im April moderat um 0,1pp auf 8,0% sank.

Die positive Entwicklung der Vorlaufindikatoren spiegelt sich auch in der *Juni-Prognose der Experten des Eurosystems* wider. So wird von Seiten des Eurosystems mit einem Wachstum von 4,6% für 2021 gerechnet, während die Prognosen von IWF, EK und OECD noch zwischen 4,3% und

Euroraum: Wachstumsbeitrag zum realen BIP

in % zum Vorquartal (saison- und arbeitstägig bereinigt)



Quelle: Eurostat. * Lagerveränderungen, Nettozugang an Wertsachen, Statistische Differenz.

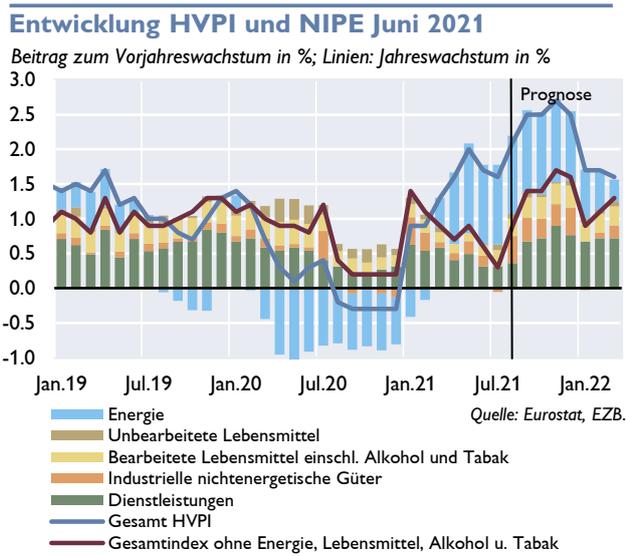
4,4% lagen. Für das Jahr 2022 rechnen die Experten des Eurosystems weiterhin mit einem Wachstum von 4,7%, für welches erst gegen 2023 eine Verlangsamung auf 2,1% erwartet wird.

Das mittlerweile schnelle Impftempo der meisten Staaten sorgt für Optimismus in der Wirtschaft. Dennoch wird für den weiteren Wachstumsverlauf vor allem der Herbst entscheidend sein, da sich erst dann zeigen wird, wie sehr die Impfungen vor der Zirkulation des Virus und dessen Mutationen schützen können.

messprobleme führen zu Unsicherheiten bei der Bewertung der Inflation

Die HVPI-Inflation lag im Mai mit 2,0% deutlich über den Erwartungen. Eine Hauptursache dieser Abweichung sind unerwartete Preisanstiege bei Energie und bei unbearbeiteten Nahrungsmitteln. Bei diesen kommt es verstärkt zu Basiseffekten. Diese Entwicklung erhöht auch die Inflationserwartungen für den Rest des Jahres. Allerdings führten auch im Euroraum statistische Faktoren im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung weiterhin zu einer Verzerrung der jährlichen Inflationsraten. Ein zuverlässigeres Bild zeichnen derzeit daher die Monatsänderungsraten. Insbesondere bei nicht-energetischen Industriegütern und Dienstleistungen ist eine Verlangsamung des Preisanstiegs deutlich zu erkennen. Gegenüber April betrug die Steigerung im Mai nur mehr moderate 0,2% (mom).

Im Rahmen der *Juni-Prognose des Eurosystems* wird erwartet, dass sich der Anstieg der Inflationsentwicklung bis in den Herbst fortsetzen wird und sich diese Entwicklung – mit dem Auslaufen temporärer Faktoren – dann langsam umkehrt. Für den Rest des Jahres wird die Inflation damit zwischen 1,6% und 2,7% schwankend prognostiziert. Im Jahresdurchschnitt wird für 2021 eine Inflationsrate von 1,9% und für 2022 1,5% erwartet.



EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Konjunkturerholung setzt sich im ersten Quartal fort³

Wirtschaftsleistung nimmt abermals deutlich stärker als im Euroraum zu

Die Konjunkturerholung in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) setzte sich im ersten Quartal 2021 fort. Mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1,4% (im Vergleich zum Vorquartal) nahm die Wirtschaftsleistung in der Region abermals deutlich stärker als im Euroraum zu (-0,3%). Besonders stark fiel die Dynamik in Kroatien und Estland aus, aber auch Rumänien und Bulgarien berichteten überdurchschnittlich hohe BIP-Zuwächse. Eher verhalten gestaltete sich die Entwicklung in Lettland, der Slowakei und der Tschechischen Republik, wobei die letzten beiden Länder im ersten Quartal mit stärkeren COVID-19-Ausbrüchen zu kämpfen hatten.

BIP-Wirtschaftswachstum in CESEE

Reales Wachstum in % gegenüber dem Vorquartal

	2020q2	2020q3	2020q4	2021q1
Bulgarien	-10.1	4.3	2.2	2.5
Estland	-5.5	3.3	2.1	4.8
Kroatien	-15.4	8.2	2.7	5.8
Lettland	-7.1	7.1	1.1	-1.7
Litauen	-5.9	3.8	-0.2	1.8
Polen	-9.0	7.9	-0.7	1.1
Rumänien	-11.8	5.6	4.8	2.8
Slowakei	-8.3	11.6	0.2	-1.8
Slowenien	-10.1	12.2	-1.0	1.4
Tschechische Rep.	-8.7	6.9	0.6	-0.3
Ungarn	-14.3	11.0	1.3	2.0
Gesamte Region	-10.0	7.6	1.1	1.4

Quelle: Eurostat.

Getragen wurde die positive Entwicklung in CESEE vor allem von der robusten Exportkonjunktur, welche das international orientierte verarbeitende Gewerbe der Region befeuerte: Die Industrieproduktion erreichte im regionalen Durchschnitt bereits im November 2020 wieder ihr Vorkrisenniveau und wuchs seitdem kontinuierlich weiter. Im April wurde mit +46,9% (im Vergleich zum Vorjahr) ein (zum Teil durch Basiseffekte gestützter) Rekordzuwachs der Industrieproduktion berichtet. Ebenso erholten sich die für den Sektor gemeldeten Vertrauenswerte deutlich. So lag das Industievertrauen aus der Konjunkturerhebung der Europäischen Kommission im Mai etwa deutlich über dem Jahresschnitt von 2019. Die verfügbaren Einkaufsmanagerindizes deuten allesamt auf eine robuste wirtschaftliche Expansion hin, in Polen und der Tschechischen Republik erreichten sie im Mai sogar historische Höchststände. Statistiken zur Umsatzentwicklung in der Industrie belegen, dass das Wachstum vor allem von Umsätzen in Exportmärkten getrieben wurde. Zuletzt drehte aber auch das Umsatzwachstum in den Inlandsmärkten in den positiven Bereich, was auf eine beginnende Erholung auch der Binnennachfrage schließen lässt.

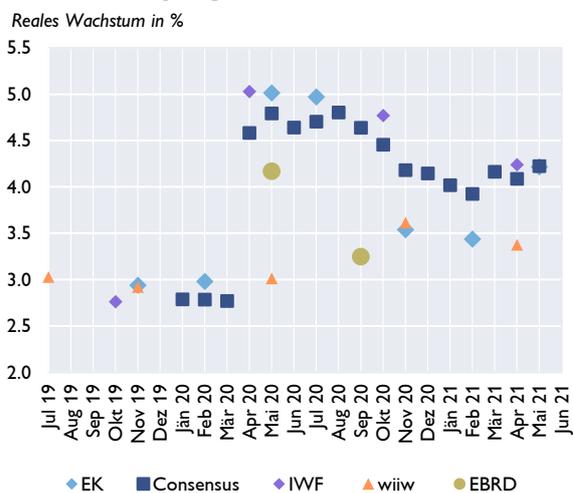
Tatsächlich nahmen die Investitionsausgaben im ersten Quartal 2021 zum ersten Mal seit Beginn der COVID-19-Pandemie leicht zu. Die Kapazitätsauslastung stieg seit dem Frühjahr 2021 um rund 9 Prozentpunkte und lag zuletzt in etwa auf dem Niveau von Anfang 2020. Eine beginnende Erholung zeichnet sich auch für den privaten Konsum ab. Während die Konsumausgaben das Wachstum im ersten Quartal 2021 zwar noch leicht dämpften, entwickelten sich kurzfristige Indikatoren zuletzt positiv: Das Niveau der Einzelhandelsumsätze und der Neuwagenzulassungen lag im April 2021 bei anhaltend robustem Wachstum wieder auf dem Vorkrisenniveau und die Kreditnachfrage von Haushalten stieg seit Jahresbeginn in allen Ländern der Region leicht an. Auch das Vertrauen hellte sich zunehmend auf, wobei die erhobenen Werte für Konsumenten, Dienstleistungen und den Einzelhandel – im Unterschied zur Industrie – ihr

³ Autor: Josef Schreiner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

Vorkrisenniveau noch nicht wieder erreicht haben. Zum Teil dürfte das mit der weiterhin angespannten Situation auf den Arbeitsmärkten zusammenhängen, wenngleich sich auch in diesem Bereich zuletzt die positiven Nachrichten häufen: Die Arbeitslosenquoten nahmen in den ersten vier Monaten des Jahres nicht weiter zu und Umfragen deuten auf eine steigende Arbeitskräftenachfrage vor allem aus der Industrie, zum Teil aber auch aus der Bauwirtschaft hin.

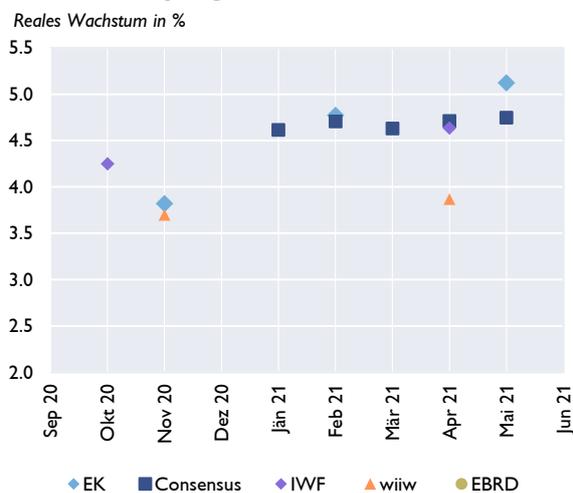
Die Prognosen zum Wirtschaftswachstum im Jahr 2021 haben sich vor diesem Hintergrund zuletzt leicht verbessert. Der Abwärtstrend in den Erwartungen konnte im Februar 2021 gestoppt werden und der Konsens hat sich seither etwas nach oben hin verschoben. Zuletzt gingen die meisten Prognoseinstitute von einem Wachstum von durchschnittlich rund 4,3% für die CESEE-Region aus. Die Prognosen für 2022 sind noch mit einer relativ hohen Unsicherheit behaftet, ein gewisser Aufwärtstrend war aber auch hier zu beobachten. Im Schnitt wird für das kommende Jahr mit einer Beschleunigung des Wachstums auf 4,5% bis 5% für die Region gerechnet.

CESEE EU-MS: Entwicklung der Wachstumsprognosen für 2021



Quelle: EK, EBRD, Consensus Economics, EZB, IWF, wiiw.

CESEE EU-MS: Entwicklung der Wachstumsprognosen für 2022



Quelle: EK, EBRD, Consensus Economics, EZB, IWF, wiiw.

Inflation steigt auf Neun-Jahres-Hoch

Der Preisdruck in den CESEE EU-Mitgliedstaaten hat in den letzten Monaten deutlich zugenommen. Nach einem leichten Rückgang Ende 2020 stieg die Teuerung bis April 2021 auf durchschnittlich 3,9% und damit auf das höchste Niveau seit neun Jahren. Polen und Ungarn meldeten sogar Inflationsraten von über 5%.

Die Gründe für diesen bemerkenswert starken Inflationsanstieg sind vielfältig, zuallererst aber in der Entwicklung der Energiepreise zu finden. Der Beitrag von Energie zum HVPI nahm in den letzten Monaten stark zu und erhöht seit Februar 2021 die allgemeine Preisdynamik. Neben Basiseffekten war dafür auch ein genuiner Preisanstieg verantwortlich: So zogen etwa die Rohölpreise nach dem pandemiebedingten Verfall ab März 2020 in den letzten Monaten deutlich an und der Preis für ein Barrel der Sorte Brent (gemessen in Dollar) lag Mitte Juni höher als im Jahresdurchschnitt von 2019.

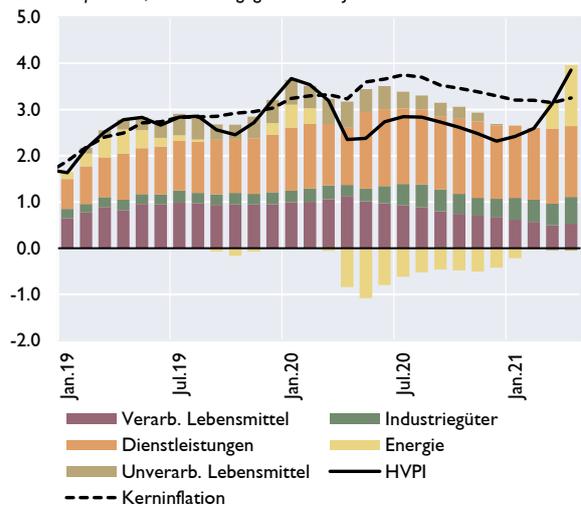
Die globale wirtschaftliche Erholung und der damit einhergehende Nachfrageüberhang spiegelt sich aber auch auf anderen Rohstoffmärkten wider: Der HWWI-Rohstoffpreisindex, welcher die Preisentwicklung für ein breites Bündel an unterschiedlichen Rohstoffen misst, stieg etwa seit dem Jahreswechsel um mehr als ein Drittel an, mit besonders starken Zuwächsen im Bereich der Industrierohstoffe. Dieser globale Preisdruck schlägt zunehmend auf die heimischen

Produzentenpreise durch, welche noch zusätzlich durch Engpässe in der Produktion gewisser Vorleistungsgüter (z.B. Halbleiter), knappe internationale Transportkapazitäten (insbesondere in der Schifffahrt) und eine höhere Nachfrage in bestimmten Branchen befeuert werden. Im April 2021 nahmen die Erzeugerpreise deshalb auch bereits um 6,2% im regionalen Durchschnitt zu. Auch die noch nicht vollständig wiederhergestellten internationalen Wertschöpfungsketten tragen zur Teuerung bei: So belegen Umfragen unter Einkaufsmanagern, dass längere Lieferzeiten für Vorleistungen und Rückstaus bei abzuarbeitenden Aufträgen mit höheren Preisen einhergehen.

Verwerfungen in den vorgelagerten Preisketten dürften nicht zuletzt auch dafür mitverantwortlich sein, dass die Kerninflation auf einem hohen Niveau verbleibt. Im Durchschnitt der CESEE-Region lag diese im April 2021 bei 3,3% und damit – ebenso wie die Gesamtinflation – auf dem höchsten Niveau seit neun Jahren. Der binnenwirtschaftliche Preisdruck wird darüber hinaus von der Normalisierung der Preise in stark von Lockdowns betroffenen Sektoren, teilweise erfolgten Anpassungen bei regulierten Preisen, Reibungsverlusten beim Wiederhochfahren der Wirtschaften (etwa aufgrund kurzfristig fehlenden Personals) sowie einer aufgestauten Nachfrage nach den erfolgten Geschäftsschließungen beeinflusst. Die letzten beiden Faktoren könnten kurzfristig noch stärker wirksam werden, da substanzielle Öffnungsschritte meist erst ab Mitte Mai erfolgten und daher noch nicht vollständig in der Statistik abgebildet sind.

Inflationsentwicklung in den CESEE EU-Mitgliedstaaten

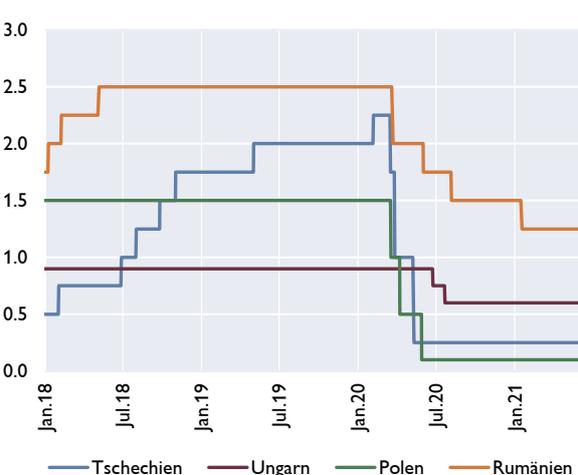
in Prozentpunkten, HVPI in % gegenüber Vorjahr



Quelle: Eurostat.

Leitzinssatzentwicklung in CESEE EU-Mitgliedstaaten

in %



Quelle: Macrobond.

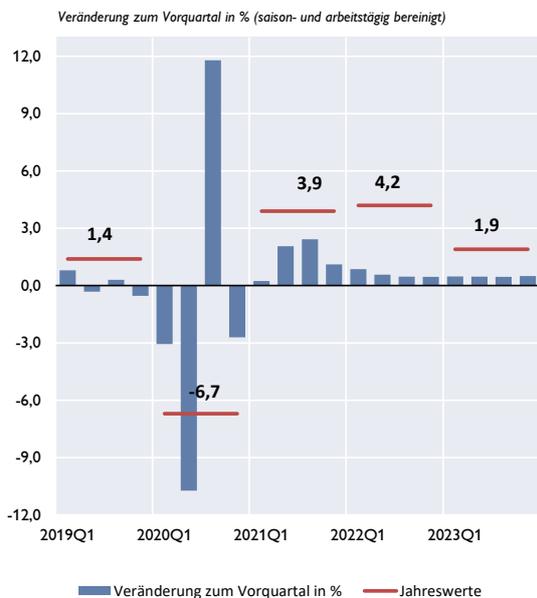
Während etwa die Notenbanken in Russland und der Ukraine bereits mit Zinserhöhungen auf die zunehmende Teuerung reagiert haben, wird die pandemiebedingt lockere Geldpolitik in den CESEE EU-Mitgliedstaaten weiterhin beibehalten. Die Notenbanken der Region mit eigenständigem Inflationsziel haben ihre kurzfristigen Inflationsprognosen aber bereits erhöht und/oder gehen von einer höheren Preisvolatilität und höheren Risiken für die Preisstabilität aus. In den nächsten Monaten könnte die Teuerung teils außerhalb der angepeilten Bandbreiten zu liegen kommen. Gleichzeitig sollte der Preisdruck nach dem Wegfall diverser Basiseffekte, der Normalisierung der wirtschaftlichen Tätigkeit nach den Störungen durch die Pandemie und vor dem Hintergrund der negativen Produktionslücke wieder nachlassen und die Inflationsraten im Laufe von 2022 wieder näher an ihre Zielwerte herankommen.

Impffortschritte unterstützen wirtschaftliche Erholung - Gesamtwirtschaftliche Prognose für Österreich 2021 bis 2023⁴

Die mit dem Impffortschritt einhergehende Rücknahme der Eindämmungsmaßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung von COVID-19 führt zur Jahresmitte 2021 zu einem starken Aufschwung der österreichischen Wirtschaft. Nach einem Rückgang des realen BIP um 6,7% im Vorjahr wird für die Jahre 2021 und 2022 ein Wachstum von 3,9% bzw. von 4,2% erwartet. 2023 wird der Aufholprozess abgeschlossen sein und sich das Wirtschaftswachstum mit einem Wert von 1,9% normalisieren. Im Sog der starken globalen Nachfrage werden Industrieproduktion, Güterexporte und Investitionen in den Jahren 2021 und 2022 kräftig zulegen. Der Rückgang der Sparquote von ihrem Höchstwert von 14,4% im Jahr 2020 auf unter 8% im Jahr 2023 trägt maßgeblich zum starken Konsumwachstum bei. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung wird die Arbeitslosenquote von 5,1% im Jahr 2021 auf 4,6% im Jahr 2023 sinken. Die HVPI-Inflationsrate wird im Jahr 2021 getrieben von höheren Rohstoffpreisen auf 2,0% ansteigen und 2022 sowie 2023 auf jeweils 1,8% zurückgehen. Der Budgetsaldo verbessert sich im Jahr 2021 auf -6,9% des BIP und wird bis zum Jahr 2023 auf etwa -2% des BIP sinken. Die Schuldenquote wird nach einem weiteren Anstieg im Jahr 2021 ab 2022 wieder rückläufig sein und im Jahr 2023 knapp unter 82% des BIP liegen.

Hauptergebnisse der Prognose

Wachstum des realen BIP (saison- und arbeitstägig bereinigt)



Harmonisierter Verbraucherpreisindex



Arbeitslosenquote



Quelle: WIFO, Statistik Austria. OeNB-Prognose vom Juni 2021.

⁴ Autoren: Christian Ragacs, Richard Sellner und Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Seit dem Höhepunkt der dritten Infektionswelle (Ende März) sind die Neuinfektionen und damit auch die Belegung der Intensivstationen mit Covid-19 Patienten in fast allen europäischen Ländern deutlich zurückgegangen. Die Durchimpfungsrate der österreichischen Bevölkerung lag Ende Mai bei knapp 40% (mindestens Erstimpfung), Tendenz stark steigend. In der OeNB Juni-Prognose wird davon ausgegangen, dass keine impfschutzresistenten Mutationen auftreten und die Menge der verfügbaren Impfstoffdosen die Anzahl der impfwilligen Menschen Mitte 2021 übersteigen wird. Den weitreichenden Öffnungsschritten Mitte Mai werden weitere Lockerungen folgen. Da erst frühestens 2022 mit einer Herdenimmunsierung gerechnet wird, werden partielle Eindämmungsmaßnahmen, die jedoch nur geringfügige ökonomische Auswirkungen haben werden, verbleiben. In den Jahren 2022 und 2023 werden ausreichend Impfstoffe für Kinder und Jugendliche sowie Medikamente zur Behandlung von COVID-19 verfügbar sein.

Die Entwicklung der globalen Wirtschaft wird durch einen starken, jedoch regional differenzierten Erholungsprozess aus der pandemischen Krise geprägt. Die fortgeschrittenen Volkswirtschaften werden Ende 2021 ihr Vorkrisenniveau überschreiten und gegen Ende des Prognosehorizonts den vor der Krise prognostizierten Entwicklungspfad erreichen. Im Gegensatz dazu wird das BIP der Schwellenländer aufgrund der langsameren Impfausrollung auch mittelfristig unterhalb des Vorkrisentrends liegen. Die Weltwirtschaft wird 2021 überaus kräftig mit 6,0% wachsen; danach nimmt die Dynamik graduell auf 4,3% (2022) und 3,5% (2023) ab.

Österreichs Exporte brachen in Folge der Pandemie im vergangenen Jahr um 10,9% ein. Die Vorlaufindikatoren für die Exportindustrie deuten auf eine schnelle Erholung hin. Insbesondere die kräftige globale Industriekonjunktur und die starke Entwicklung in den USA werden hierzu beitragen. Hohe Rohstoffpreise, Lieferengpässe bei Halbleitern und Transportverzögerungen bergen kurzfristige Abwärtsrisiken. Durch den Komplettausfall der Wintersaison wird für das Gesamtjahr 2021 mit einem erneuten Nächtigungsrückgang gerechnet (siehe Beitrag zum Tourismus im Abschnitt der speziellen Kurzanalysen). Ausgehend von diesem niedrigen Niveau und der Annahme, dass in Zukunft keine wesentlichen Einschränkungen durch die Pandemie zu erwarten sind, ist 2022 mit einer deutlichen Zunahme der Nächtigungszahlen zu rechnen. In Summe werden die Exporte um 6,8% im laufenden, um 6,3% im nächsten und 3,5% im Jahr 2023 wachsen.

Durch die Öffnungsschritte Mitte Mai wurden die angebotsseitigen Konsumeinschränkungen weitgehend aufgehoben. In Folge ist mit einem raschen Rückgang der stark erhöhten Sparquote und damit einhergehend mit einer starken Erholung des privaten Konsums insbesondere in den von Eindämmungsmaßnahmen betroffenen Dienstleistungsbereichen zu rechnen. Nach dem massiven Einbruch von 9,4% im vergangenen Jahr, wird der private Konsum im Jahr 2021 mit 4% und 2022 mit 5,8% stark wachsen. Nachdem das Vorkrisenniveau der Konsumausgaben im ersten Halbjahr 2022 erreicht werden wird, wird sich das Konsumwachstum 2023 mit 1,8% weitgehend normalisieren. Die Sparquote wird von ihrem Höchstwert von 14,4% im Jahr 2020 auf unter 8% im Jahr 2023 zurückgehen. Hierbei ist ein geringfügiger Abbau der Überschuss-Ersparnisse unterstellt. Ein stärkerer Abbau dieser Mittel in Österreich stellt ein Aufwärtsrisiko für die Konsumprognose dar.

Die Investitionen waren in den Jahren vor Ausbruch der Pandemie eine zentrale Stütze der Konjunktur. In Folge der hohen Unsicherheiten schrumpften die Bruttoanlageinvestitionen 2020 um 4,8%. Mit der anziehenden Industrie- und Exportkonjunktur stieg die Kapazitätsauslastung beständig an. Neben Nachholeffekten nach dem Einbruch im Jahr 2020 ist daher auch die Notwendigkeit längerfristiger Erweiterungen der Produktionskapazität gegeben. Nach einer starken Erholung mit einem Wachstum um 4,7% im Jahr 2021 kühlt sich die

Investitionskonjunktur graduell ab. Die Bruttoanlageinvestitionen werden im Jahr 2022 um 3,3% und im Jahr 2023 um 1,8% zulegen.

Tabelle 1

Hauptergebnisse der OeNB-Prognose vom Juni 2021 für Österreich¹

	2020	2021	2022	2023
	Veränderung zum Vorjahr in % (real)			
Wirtschaftliche Aktivität				
Bruttoinlandsprodukt	-6,7	3,9	4,2	1,9
Privater Konsum	-9,4	4,0	5,8	1,8
Öffentlicher Konsum	1,6	2,1	0,5	0,8
Bruttoanlageinvestitionen	-4,8	4,7	3,3	1,8
Exporte insgesamt	-10,9	7,1	6,4	3,4
Importe insgesamt	-10,0	7,4	6,3	3,0
	in % des nominellen BIP			
Leistungsbilanzsaldo	2,5	2,1	2,2	2,4
	in Prozentpunkten			
Importbereinigte Beiträge zum Wachstum des realen BIP²				
Privater Konsum	-3,6	1,4	2,0	0,6
Öffentlicher Konsum	0,3	0,4	0,1	0,1
Bruttoanlageinvestitionen	-0,5	0,6	0,4	0,2
Inlandsnachfrage (exkl. Lagerveränderung)	-3,8	2,4	2,6	1,0
Exporte	-3,5	2,0	1,8	1,0
Lagerveränderungen (inkl. statistischer Diskrepanz)	0,2	-0,2	0,1	0,0
	Veränderung zum Vorjahr in %			
Preise				
Harmonisierter Verbraucherpreisindex	1,4	2,0	1,8	1,8
Deflator des privaten Konsums	1,1	2,1	1,8	1,7
Deflator des Bruttoinlandsprodukts	1,2	2,3	1,9	1,6
Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft	5,9	-0,6	0,1	1,4
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (zu laufenden Preisen)	0,4	2,2	2,9	2,6
Arbeitnehmerentgelt je Arbeitsstunde (zu laufenden Preisen)	8,8	-1,4	0,3	1,8
Importpreise	-1,6	1,6	1,9	1,9
Exportpreise	-0,2	1,7	2,0	1,5
Terms of Trade	1,4	0,1	0,1	-0,3
Einkommen und Sparen				
Real verfügbares Haushaltseinkommen	-2,9	0,6	2,4	1,4
	in % des nominellen verfügbaren			
Sparquote	14,4	11,0	8,1	7,8
Arbeitsmarkt				
	Veränderung zum Vorjahr in %			
Unselbstständig Beschäftigte	-2,0	1,2	1,6	0,9
Arbeitsstunden (Arbeitnehmer)	-9,4	4,7	4,1	1,7
	in % des Arbeitskräfteangebots			
Arbeitslosenquote gemäß Eurostat	5,3	5,2	4,8	4,6
Arbeitslosenquote gemäß AMS	10,0	9,0	8,0	7,7
Öffentliche Finanzen				
	in % des nominellen BIP			
Budgetsaldo	-8,9	-6,9	-2,8	-2,0
Schuldenstand	83,9	85,1	82,8	81,9

Quelle: 2020: Statistik Austria; 2021 bis 2023: OeNB-Prognose vom Juni 2021.

¹ Die Prognose wurde basierend auf saison- und arbeitstägig bereinigten Daten der VGR erstellt (Stand: Q1 2021).

² Die importbereinigten Wachstumsbeiträge wurden errechnet, indem von der jeweiligen Endnachfragekomponente die zugeordneten Importe abgezogen wurden. Diese wurden auf der Basis von Input-Output-Tabellen berechnet.

Während die geleisteten Arbeitsstunden der unselbstständig Beschäftigten im Jahr 2020 um 9,4% einbrachen, konnten die Kurzarbeitsregelungen einen stärkeren Rückgang der Beschäftigung (-2%) verhindern und den Anstieg der Arbeitslosenquote laut Eurostat auf 5,3% (+0,8 Prozentpunkte) begrenzen. Aufgrund der weitreichenden Lockerungen Mitte Mai wird ein deutlicher Konjunkturaufschwung und damit einhergehend ein starker Anstieg der Beschäftigung erwartet. Aufgrund des noch sehr schwachen ersten Quartals steigt die Zahl der unselbstständig Beschäftigten im Jahr 2021 um 1,2%. In den Jahren 2022 und 2023 wird ein Wachstum von 1,5% und 0,9% erwartet. Die Zunahme der geleisteten Arbeitsstunden wird mit einem Wachstum von 4,8% (2021), 4,1% (2022) und 1,7% (2023) deutlich ausgeprägter ausfallen. Die Arbeitslosenquote wird von 5,1% im Jahr 2021 auf 4,6% im Jahr 2023 sinken.

Die HVPI-Inflationsrate beschleunigt sich im Jahr 2021 auf 2,0% und wird 2022 sowie 2023 jeweils 1,8% betragen. Vor allem höhere Rohstoffpreise (für Energie und nichtenergetische Rohstoffe) sind für die nun höhere Inflationsrate im Jahr 2021 ausschlaggebend (der aktuellen Inflationsentwicklung ist eine eigene Spezialanalyse, mit Ursachen des jüngsten Inflationsanstiegs in Österreich gewidmet). Für die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflation wird im Jahr 2021 eine Teuerungsrate von 1,6% erwartet. Im Zuge der wirtschaftlichen Erholung steigt die Kerninflationsrate im Jahr 2022 auf 1,9% und im Jahr 2023 auf 2,1%. Hierzu tragen sowohl die stärkere Nachfrage als auch das beschleunigte Wachstum der Lohnstückkosten infolge der erwarteten Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt bei.

Im Jahr 2021 verbessert sich der Budgetsaldo auf -6,9% des BIP (nach -8,9% im Jahr 2020), da sowohl das Ausmaß der diskretionären Maßnahmen als auch der Effekt der automatischen Stabilisatoren im Vergleich zu 2020 etwas zurückgehen. In den Folgejahren tragen das Auslaufen vieler diskretionärer Maßnahmen (insbesondere Kurzarbeit, Fixkostenzuschuss und Umsatzerersatz) und die konjunkturelle Erholung zu einer starken Verbesserung des Budgetsaldos auf etwa -2% des BIP im Jahr 2023 bei. Die Schuldenquote wird nach einem weiteren Anstieg im Jahr 2021 (von 83,9% auf 85,1% des BIP) ab dem Jahr 2022 wieder rückläufig sein und im Jahr 2023 knapp unter 82% des BIP liegen.

Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats⁵

EZB-Rat am 10. Juni 2021

Nach dem Konjunkturrückgang im ersten Quartal des Jahres fährt die Wirtschaft des Euroraums allmählich wieder hoch, da sich die Pandemielage verbessert und bei den Impfkampagnen erhebliche Fortschritte erzielt werden. Die jüngsten Daten deuten auf eine Erholung im Dienstleistungssektor und eine anhaltend dynamische Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe hin. Wir rechnen damit, dass die Wirtschaftstätigkeit in der zweiten Jahreshälfte im Zuge der Lockerung weiterer Eindämmungsmaßnahmen anziehen wird. Eine Belebung der Konsumausgaben, eine starke weltweite Nachfrage sowie akkommodierende finanz- und geldpolitische Maßnahmen werden die Erholung maßgeblich unterstützen. Zugleich bestehen weiterhin Unsicherheiten, da die kurzfristigen Wirtschaftsaussichten nach wie vor von der weiteren Entwicklung der Pandemie sowie davon abhängen, wie die Wirtschaft nach dem Wiederhochfahren reagiert. Die Inflation hat in den letzten Monaten angezogen. Dies ist in erster Linie auf Basiseffekte, vorübergehende Faktoren und einen Anstieg der Energiepreise zurückzuführen. Für die zweite Jahreshälfte wird ein weiterer Inflationsanstieg erwartet, bevor mit dem Auslaufen vorübergehender Faktoren ein Rückgang einsetzen dürfte. Die neuen von unseren Experten erstellten Projektionen deuten darauf hin, dass der zugrunde liegende Inflationsdruck über den gesamten Projektionszeitraum hinweg allmählich zunehmen wird. Vor dem Hintergrund einer nach wie vor erheblichen wirtschaftlichen Unterauslastung, die während des Projektionszeitraums nur allmählich absorbiert wird, dürfte dieser Druck jedoch verhalten bleiben. Die Gesamtinflation dürfte über den Projektionszeitraum hinweg hinter unserem Ziel zurückbleiben.

Die Aufrechterhaltung günstiger Finanzierungsbedingungen während der Pandemie ist nach wie vor unerlässlich, um Unsicherheit zu verringern und Vertrauen zu stärken und so die Wirtschaft zu unterstützen sowie mittelfristig Preisstabilität zu gewährleisten. Die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und private Haushalte sind seit unserer geldpolitischen Sitzung im März weitgehend unverändert geblieben. Die Marktzinsen sind indes weiter gestiegen. Obgleich darin zum Teil verbesserte Wirtschaftsaussichten zum Ausdruck kommen, könnte ein nachhaltiger Anstieg der Marktzinsen zu einer Verschlechterung der für die gesamte Wirtschaft wichtigen Finanzierungsbedingungen im weiteren Sinne führen. Eine solche Verschlechterung wäre verfrüht und würde ein Risiko für die derzeitige Konjunkturerholung und die Inflationsaussichten darstellen.

Vor diesem Hintergrund hat der EZB-Rat beschlossen, seinen sehr akkommodierenden geldpolitischen Kurs zu bestätigen.

Wir werden die Leitzinsen der EZB unverändert belassen. Wir gehen davon aus, dass sie so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, bis wir feststellen, dass sich die Inflationsaussichten in unserem Projektionszeitraum deutlich einem Niveau annähern, das hinreichend nahe, aber unter 2 % liegt, und dass sich diese Annäherung in der Dynamik der zugrunde liegenden Inflation durchgängig widerspiegelt.

Wir werden die Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP), das einen Gesamtumfang von 1 850 Mrd € hat, mindestens bis Ende März 2022 und in jedem Fall so lange weiterhin durchführen, bis die Phase der Corona-Krise nach Einschätzung des EZB-Rats überstanden ist. Auf Grundlage einer gemeinsamen Beurteilung der Finanzierungsbedingungen und der Inflationsaussichten geht der EZB-Rat davon aus, dass die Nettoankäufe

⁵ Der Bericht ist die gekürzte Version der Einleitenden Bemerkungen der EZB-Präsidentin nach dem EZB-Rat, die sowohl in englischer als auch in deutscher Sprache im Internet verfügbar sind:

<https://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/html/index.en.html>

im Rahmen des PEPP während des kommenden Quartals weiterhin deutlich umfangreicher ausfallen werden als während der ersten Monate des Jahres.

Wir werden Ankäufe flexibel in Abhängigkeit von den Marktbedingungen und mit dem Ziel durchführen, eine Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen zu vermeiden, die nicht damit vereinbar ist, dem Abwärtsdruck der Pandemie auf die projizierte Inflationsentwicklung entgegenzuwirken. Darüber hinaus wird die Flexibilität der Ankäufe über den Zeitverlauf, die Anlageklassen und die Länder hinweg weiterhin die reibungslose Transmission der Geldpolitik unterstützen. Wenn mit Ankäufen, die den Gesamtumfang des PEPP über den Zeithorizont der Nettoankäufe hinweg nicht voll ausschöpfen, günstige Finanzierungsbedingungen aufrechterhalten werden können, muss dieser Gesamtumfang nicht vollständig genutzt werden. Genauso kann der Gesamtumfang erforderlichenfalls rekaliert werden, um günstige Finanzierungsbedingungen aufrechtzuerhalten und so dem negativen Schock der Pandemie auf die Inflationsentwicklung entgegenzuwirken.

Wir werden die Tilgungsbeträge der im Rahmen des PEPP erworbenen Wertpapiere mindestens bis Ende 2023 weiterhin bei Fälligkeit wieder anlegen. Das zukünftige Auslaufen des PEPP-Portfolios wird in jedem Fall so gesteuert, dass eine Beeinträchtigung des angemessenen geldpolitischen Kurses vermieden wird.

Die Nettoankäufe im Rahmen unseres Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) werden in einem monatlichen Umfang von 20 Mrd € fortgesetzt. Wir gehen weiterhin davon aus, dass die monatlichen Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen des APP so lange fortgesetzt werden, wie dies für die Verstärkung der akkommodierenden Wirkung unserer Leitzinsen erforderlich ist, und dass sie beendet werden, kurz bevor wir mit der Erhöhung der EZB-Leitzinsen beginnen.

Wir beabsichtigen, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere weiterhin bei Fälligkeit für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem wir mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnen, vollumfänglich wieder anzulegen und in jedem Fall so lange wie erforderlich, um günstige Liquiditätsbedingungen und eine umfangreiche geldpolitische Akkommodation aufrechtzuerhalten.

Schließlich werden wir weiterhin reichlich Liquidität über unsere Refinanzierungsgeschäfte zur Verfügung stellen. Die Finanzierung über die dritte Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (GLRG III) spielt eine wesentliche Rolle bei der Unterstützung der Bankkreditvergabe an Unternehmen und private Haushalte.

Unsere Maßnahmen helfen dabei, günstige Finanzierungsbedingungen für alle Wirtschaftssektoren aufrechtzuerhalten. Dies ist erforderlich, um für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung zu sorgen und Preisstabilität zu gewährleisten. Wir werden die Wechselkursentwicklung mit Blick auf ihre möglichen Auswirkungen auf die mittelfristigen Inflationsaussichten auch weiterhin beobachten. Wir sind bereit, alle unsere Instrumente gegebenenfalls anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Inflationsrate – im Einklang mit unserer Verpflichtung auf Symmetrie – auf nachhaltige Weise unserem Ziel annähert.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der wirtschaftlichen Analyse zu beginnen. Im ersten Quartal 2021 gab das reale BIP des Euroraums weiter nach und zwar um 0,3 %. Es liegt nun 5,1 % unter dem Stand im vierten Quartal 2019, also vor Beginn der Pandemie. Branchen- und Verbraucherumfragen sowie hochfrequente Indikatoren deuten darauf hin, dass die Wirtschaftstätigkeit im zweiten Quartal des Jahres erheblich zunehmen wird.

Branchenumfragen zufolge wird sich die Aktivität im Dienstleistungssektor kräftig erholen, da die Infektionszahlen sinken und somit bei kontaktintensiven Tätigkeiten allmählich wieder Normalität einkehren kann. Gestützt durch die kräftige weltweite Nachfrage zeigt sich die Produktion im verarbeitenden Gewerbe weiterhin robust. Auf kurze Sicht könnte die Industriekonjunktur jedoch unter Angebotsengpässen leiden. Das

aktuell steigende Verbrauchervertrauen lässt darauf schließen, dass die privaten Konsumausgaben in nächster Zeit kräftig anziehen dürften. Die Unternehmensinvestitionen zeigen sich stabil, trotz schwächerer Unternehmensbilanzen und der weiterhin unsicheren Konjunkturaussichten.

Mit Blick auf die Fortschritte bei den Impfkampagnen und die damit einhergehende Lockerung von Eindämmungsmaßnahmen erwarten wir für die zweite Jahreshälfte 2021 eine Fortsetzung des starken Wachstums. Auf mittlere Sicht dürfte die konjunkturelle Erholung im Euroraum von der stärkeren weltweiten und binnenwirtschaftlichen Nachfrage sowie der anhaltenden finanz- und geldpolitischen Unterstützung vorangetrieben werden.

Diese Einschätzung deckt sich weitgehend mit dem Basisszenario der von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom Juni 2021. Diesen Projektionen zufolge wird die Jahreswachstumsrate des realen BIP im laufenden Jahr bei 4,6 %, 2022 bei 4,7 % und 2023 bei 2,1 % liegen. Verglichen mit den von Experten der EZB erstellten Projektionen vom März 2021 wurden die Konjunkturaussichten für die Jahre 2021 und 2022 nach oben korrigiert, für 2023 bleiben sie hingegen unverändert.

Insgesamt erachten wir die Risiken für die Wachstumsaussichten im Euroraum als weitgehend ausgewogen. Einerseits könnte man in Anbetracht der besseren Aussichten für die weltweite Nachfrage und des unerwartet zügigen Abbaus der Ersparnisse privater Haushalte nach Aufhebung der Kontakt- und Reisebeschränkungen eine noch kräftigere Erholung erwarten. Andererseits gehen von der anhaltenden Pandemie, einschließlich der Ausbreitung von Virusmutationen, und ihren Folgen für die Wirtschafts- und Finanzlage weiterhin Abwärtsrisiken aus.

Die jährliche Teuerungsrate im Euroraum erhöhte sich der Vorausschätzung von Eurostat zufolge von 1,3 % im März auf 1,6 % im April und 2,0 % im Mai 2021. Dieser Anstieg war maßgeblich auf einen erheblichen Energiepreisanstieg zurückzuführen, der stark aufwärtsgerichtete Basiseffekte und Preissteigerungen gegenüber dem Vormonat widerspiegelte. In geringerem Maße trug auch ein leichter Preisauftrieb bei Industrieerzeugnissen (außer Energie) bei. Die Gesamtinflation dürfte bis zum Herbst weiter anziehen, vor allem aufgrund der Aufhebung der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung in Deutschland. Zu Beginn des nächsten Jahres wird die Inflation den Erwartungen zufolge wieder sinken, da temporäre Faktoren auslaufen und der globale Energiepreisanstieg nachlässt.

Der zugrunde liegende Preisdruck dürfte in diesem Jahr wegen vorübergehender Angebotsengpässe und der Erholung der Binnennachfrage etwas zunehmen. Insgesamt dürfte er jedoch verhalten bleiben, was unter anderem auf den niedrigen Lohndruck, der mit der wirtschaftlichen Unterauslastung einhergeht, und auf den gestiegenen Euro-Wechselkurs zurückzuführen ist.

Sobald der Einfluss der Pandemie nachlässt, wird die zunehmende Kapazitätsauslastung, unterstützt durch akkommodierende geld- und finanzpolitische Maßnahmen, mittelfristig zu einem allmählichen Anstieg der zugrunde liegenden Inflation beitragen. Umfragebasierte Messgrößen und marktbasierter Indikatoren der längerfristigen Inflationserwartungen verharren auf gedämpftem Niveau, wobei die marktbasierter Indikatoren weiterhin gestiegen sind.

Diese Einschätzung deckt sich weitgehend mit dem Basisszenario der von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom Juni 2021. Diesen Projektionen zufolge wird die jährliche Teuerung 2021 bei 1,9 %, 2022 bei 1,5 % und 2023 bei 1,4 % liegen. Gegenüber den von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom März 2021 wurden die Inflationsaussichten für die Jahre 2021 und 2022 nach oben korrigiert, was hauptsächlich auf temporäre Faktoren und einen höheren Preisauftrieb bei Energie zurückzuführen ist. Für 2023 blieben die

Inflationsaussichten unverändert, da der Anstieg der zugrunde liegenden Inflation durch einen erwarteten Rückgang der Teuerungsrate für Energie weitgehend ausgeglichen wird. Die HVPI-Inflation ohne Energie und Nahrungsmittel wird den Projektionen zufolge von 1,1 % im Jahr 2021 auf 1,3 % (2022) und 1,4 % (2023) steigen. Im Vergleich zum März 2021 wurde der Ausblick damit über den gesamten Projektionshorizont nach oben korrigiert.

Was die monetäre Analyse betrifft, so ging die Jahreswachstumsrate der weit gefassten Geldmenge (M3) im April 2021 auf 9,2 % zurück, nachdem sie im März 10,0 % und im Februar 12,3 % betragen hatte. Der Rückgang in den Monaten März und April war zum Teil starken negativen Basiseffekten geschuldet, da die in der Anfangsphase der Pandemiekrise verzeichneten kräftigen Zuflüsse aus der Statistik zur Jahreswachstumsrate herausfielen. Er spiegelt überdies eine Verlangsamung der kürzerfristigen Geldmengendynamik wider, die vor allem darauf zurückzuführen ist, dass sich die Einlagen der privaten Haushalte und Unternehmen im April schwächer entwickelten und der Liquiditätsbedarf infolge der Verbesserung der Pandemielage geringer ausfiel. Die laufenden Ankäufe von Vermögenswerten durch das Eurosystem stellen weiterhin die größte Geldschöpfungsquelle dar. Obgleich auch das Wachstum des eng gefassten Geldmengenaggregats M1 zurückgeht, leistet M1 nach wie vor den größten Beitrag zum Wachstum der weit gefassten Geldmenge. Sein kräftiger Beitrag steht im Einklang mit einer weiterhin verstärkten Liquiditätspräferenz des geldhaltenden Sektors und geringen Opportunitätskosten für das Halten der liquidesten Formen von Geld.

Die Jahreswachstumsrate der Buchkredite an den privaten Sektor, die im März 3,6 % und im Februar 4,5 % betragen hatte, sank im April auf 3,2 %. Dieser Rückgang vollzog sich vor dem Hintergrund gegenläufiger Entwicklungen bei der Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und private Haushalte. Die Jahreswachstumsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften ging im April zurück auf 3,2 % nach 5,3 % im März und 7,0 % im Februar. In diesem Rückgang zeigen sich große negative Basiseffekte sowie eine gewisse Vorverlagerung der Kreditvergabe von April auf März. Gestützt durch solide monatliche Zuflüsse und positive Basiseffekte erhöhte sich die Jahreswachstumsrate der Buchkredite an private Haushalte im April auf 3,8 % nach 3,3 % im März und 3,0 % im Februar.

Zusammen mit den Maßnahmen, die von nationalen Regierungen und europäischen Institutionen beschlossen wurden, sind unsere geldpolitischen Maßnahmen weiterhin unerlässlich, um die Kreditvergabebedingungen und den Zugang zu Finanzmitteln zu unterstützen, vor allem für jene, die am stärksten von der Pandemie betroffen sind.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Die Gegenprüfung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigte, dass eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung erforderlich ist, um die Wirtschaftsaktivität und eine deutliche Annäherung der Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2 % auf mittlere Sicht zu unterstützen.

Was die Finanzpolitik betrifft, so bleibt ein ambitionierter und koordinierter finanzpolitischer Kurs erforderlich. Denn wird die fiskalische Unterstützung zu früh zurückgenommen, so besteht die Gefahr, dass die Erholung geschwächt und die Langzeitfolgen verstärkt werden. Die dringend benötigte Unterstützung durch die nationale Finanzpolitik für jene Unternehmen und privaten Haushalte, die die anhaltende Pandemie und die damit verbundenen Eindämmungsmaßnahmen am härtesten trifft, sollte beibehalten und zeitnah bereitgestellt werden. Gleichzeitig sollten finanzpolitische Maßnahmen weiterhin befristet sowie antizyklisch sein, und es muss sichergestellt sein, dass sie in ihrer Art hinreichend zielgerichtet sind, um Schwachstellen wirksam anzugehen und eine rasche Erholung der Wirtschaft des Euroraums zu unterstützen. Die drei Sicherheitsnetze für Arbeitnehmer, Unternehmen und Regierungen, die der Europäische Rat gebilligt hat, leisten eine wichtige Finanzierungsunterstützung.

Der EZB-Rat bekräftigt die zentrale Rolle des Pakets „Next Generation EU“. Er fordert die Mitgliedstaaten auf, die Mittel produktiv einzusetzen und durch produktivitätssteigernde strukturpolitische Maßnahmen zu ergänzen. Auf diese Weise könnte das Programm Next Generation EU zu einer rascheren, stärkeren und einheitlicheren Erholung beitragen sowie die wirtschaftliche Widerstandskraft und das Wachstumspotenzial in den Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten erhöhen. Somit würde es die Wirksamkeit der Geldpolitik im Euroraum unterstützen. Diese strukturpolitischen Maßnahmen sind vor allem wichtig, um wirtschaftliche Strukturen und Rahmenbedingungen zu verbessern und um den ökologischen und den digitalen Wandel zu beschleunigen.

EZB-Rat am 22. April 2021

Zwar unterstützen die Erholung der globalen Nachfrage und die umfangreichen fiskalischen Impulse die Konjunktur weltweit und im Euroraum. Auf kurze Sicht werden die wirtschaftlichen Aussichten aber weiterhin durch Unsicherheit im Hinblick auf das Wiederaufleben der Pandemie und die weitere Entwicklung bei den Impfkampagnen getrübt. Die Wirtschaftstätigkeit wird auf kurze Sicht weiter durch anhaltend hohe Ansteckungsraten mit dem Coronavirus (Covid-19) und die damit verbundene Verlängerung und Verschärfung der Eindämmungsmaßnahmen belastet. Fortschritte bei den Impfkampagnen und die erwartete allmähliche Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen untermauern die Erwartung, dass sich die Wirtschaftstätigkeit im Lauf des Jahres 2021 kräftig erholen wird. Die Inflation hat in den letzten Monaten angezogen. Dies ist auf einige idiosynkratische und temporäre Faktoren sowie einen Anstieg der Energiepreise zurückzuführen. Zugleich entwickelt sich der zugrunde liegende Preisdruck vor dem Hintergrund einer erheblichen wirtschaftlichen Unterauslastung und einer nach wie vor schwachen Nachfrage weiter verhalten.

Die Aufrechterhaltung günstiger Finanzierungsbedingungen während der Pandemie ist nach wie vor unerlässlich, um Unsicherheit zu verringern und Vertrauen zu stärken und so die Wirtschaft zu unterstützen sowie mittelfristig Preisstabilität zu gewährleisten. Die Finanzierungsbedingungen im Euroraum sind nach dem zuvor verzeichneten Anstieg der Marktzinsen in letzter Zeit weitgehend stabil geblieben. Jedoch bestehen nach wie vor Risiken für die Finanzierungsbedingungen im weiteren Sinne. Vor diesem Hintergrund hat der EZB-Rat beschlossen, seinen sehr akkommodierenden geldpolitischen Kurs nochmals zu bestätigen.

Wir werden die Leitzinsen der EZB unverändert belassen. Wir gehen davon aus, dass sie so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, bis wir feststellen, dass sich die Inflationsaussichten in unserem Projektionszeitraum deutlich einem Niveau annähern, das hinreichend nahe, aber unter 2 % liegt, und dass sich diese Annäherung in der Dynamik der zugrunde liegenden Inflation durchgängig widerspiegelt.

Wir werden die Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP), das einen Gesamtumfang von 1 850 Mrd € hat, mindestens bis Ende März 2022 und in jedem Fall so lange weiterhin durchführen, bis die Phase der Corona-Krise nach Einschätzung des EZB-Rats überstanden ist. Da die neuen Daten die bei der geldpolitischen Sitzung im März vorgenommene gemeinsame Beurteilung der Finanzierungsbedingungen und der Inflationsaussichten bestätigen, geht der EZB-Rat davon aus, dass die Ankäufe im Rahmen des PEPP während des laufenden Quartals weiterhin deutlich umfangreicher ausfallen werden als während der ersten Monate des Jahres.

Wir werden Ankäufe flexibel in Abhängigkeit von den Marktbedingungen und mit dem Ziel durchführen, eine Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen zu vermeiden, die nicht damit vereinbar ist, dem Abwärtsdruck der Pandemie auf die projizierte Inflationsentwicklung entgegenzuwirken. Darüber hinaus wird die Flexibilität der Ankäufe über den Zeitverlauf, die Anlageklassen und die Länder hinweg weiterhin die reibungslose Transmission der Geldpolitik unterstützen. Wenn mit Ankäufen, die den Gesamtumfang des PEPP

über den Zeithorizont der Nettoankäufe hinweg nicht voll ausschöpfen, günstige Finanzierungsbedingungen aufrechterhalten werden können, muss dieser Gesamtumfang nicht vollständig genutzt werden. Genauso kann der Gesamtumfang erforderlichenfalls auch rekali­briert werden, um günstige Finanzierungsbedingungen aufrechtzuerhalten und so dem negativen Schock der Pandemie auf die Inflationsentwicklung entgegenzuwirken.

Wir werden die Tilgungsbeträge der im Rahmen des PEPP erworbenen Wertpapiere mindestens bis Ende 2023 weiterhin bei Fälligkeit wieder anlegen. Das zukünftige Auslaufen des PEPP-Portfolios wird in jedem Fall so gesteuert, dass eine Beeinträchtigung des angemessenen geldpolitischen Kurses vermieden wird.

Die Nettoankäufe im Rahmen unseres Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) werden in einem monatlichen Umfang von 20 Mrd € fortgesetzt. Wir gehen weiterhin davon aus, dass die monatlichen Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen des APP so lange fortgesetzt werden, wie dies für die Verstärkung der akkommodierenden Wirkung unserer Leitzinsen erforderlich ist, und dass sie beendet werden, kurz bevor wir mit der Erhöhung der EZB-Leitzinsen beginnen.

Wir beabsichtigen, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere weiterhin bei Fälligkeit für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem wir mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnen, vollumfänglich wieder anzulegen und in jedem Fall so lange wie erforderlich, um günstige Liquiditätsbedingungen und eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung aufrechtzuerhalten.

Schließlich werden wir weiterhin reichlich Liquidität über unsere Refinanzierungsgeschäfte zur Verfügung stellen. Insbesondere beim jüngsten Geschäft der dritten Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (GLRG III) war eine hohe Inanspruchnahme der Mittel zu verzeichnen. Die Finanzierung über GLRG III spielt eine wesentliche Rolle bei der Unterstützung der Bankkreditvergabe an Unternehmen und private Haushalte.

Diese Maßnahmen helfen dabei, günstige Finanzierungsbedingungen für alle Wirtschaftssektoren aufrechtzuerhalten und so die Wirtschaft zu unterstützen sowie mittelfristige Preisstabilität zu gewährleisten. Wir werden die Wechselkursentwicklung mit Blick auf ihre möglichen Auswirkungen auf die mittelfristigen Inflationsaussichten auch weiterhin beobachten. Wir sind bereit, alle unsere Instrumente gegebenenfalls anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Inflationsrate – im Einklang mit unserer Verpflichtung auf Symmetrie – auf nachhaltige Weise unserem Ziel annähert.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der wirtschaftlichen Analyse zu beginnen. Das reale BIP im Euroraum ist im vierten Quartal 2020 um 0,7 % gesunken. Damit lag es 4,9 % unter dem Niveau, das es vor Ausbruch der Pandemie ein Jahr zuvor erreicht hatte. Die neuen Wirtschaftsdaten, Umfrageergebnisse und hochfrequenten Indikatoren deuten darauf hin, dass die Wirtschaftsleistung im ersten Jahresviertel erneut geschrumpft sein könnte. Sie lassen aber auch auf eine Wachstumserholung im zweiten Quartal schließen.

Aus Branchenumfragen geht hervor, dass sich das verarbeitende Gewerbe, gestützt durch die robuste weltweite Nachfrage, weiter erholt. Gleichzeitig leidet die Aktivität im Dienstleistungssektor nach wie vor unter den Einschränkungen der Mobilität und der sozialen Kontakte. Es gibt jedoch Anzeichen dafür, dass ein Tiefpunkt erreicht ist. Private Haushalte und Unternehmen werden nach wie vor durch finanzpolitische Maßnahmen unterstützt. Dennoch bleiben die Verbraucherinnen und Verbraucher angesichts der Pandemie und ihrer Auswirkungen auf Beschäftigung und Einkommen zurückhaltend. Trotz schwächerer Unternehmensbilanzen und einer erhöhten Unsicherheit über die Konjunkturaussichten sind die Unternehmensinvestitionen stabil geblieben.

Die Fortschritte bei den Impfkampagnen dürften eine allmähliche Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen ermöglichen und damit den Weg für eine kräftige Konjunkturerholung im Lauf des Jahres 2021 ebnen. Auf

mittlere Sicht dürfte die konjunkturelle Erholung des Euroraums von einer Wiederbelebung der Binnennachfrage und der weltweiten Nachfrage vorangetrieben werden. Diese wird wiederum von günstigen Finanzierungsbedingungen und fiskalischen Impulsen gestützt.

Insgesamt sind die Risiken für die Wachstumsaussichten des Euroraums auf kurze Sicht zwar abwärtsgerichtet, auf mittlere Sicht sind sie jedoch weiterhin ausgewogener. Ermutigend sind die besseren Aussichten für die globale Nachfrage, die durch umfangreiche fiskalische Impulse gestützt wird, sowie der Fortschritt bei den Impfkampagnen. Abwärtsrisiken gehen jedoch nach wie vor von der anhaltenden Pandemie, einschließlich der Ausbreitung von Virusmutationen, und ihren Folgen für die Wirtschafts- und Finanzlage aus.

Die jährliche Inflation im Euroraum erhöhte sich im März auf 1,3 %. Im Februar hatte sie bei 0,9 % gelegen. Grund hierfür ist der starke Energiepreisanstieg, der einen erheblichen aufwärtsgerichteten Basiseffekt und eine Preissteigerung gegenüber dem Vormonat widerspiegelt. Der Rückgang bei der Teuerung von Nahrungsmitteln sowie der HVPI-Inflation ohne Energie und Nahrungsmittel wurde durch diesen Anstieg mehr als ausgeglichen. Die Gesamtinflation dürfte in den nächsten Monaten weiter zunehmen. Es ist jedoch im Jahresverlauf mit einer gewissen Volatilität zu rechnen, je nach Dynamik der idiosynkratischen und temporären Faktoren. Anfang nächsten Jahres dürfte die Wirkung dieser Faktoren auf die jährlichen Inflationsraten allmählich nachlassen. Der zugrunde liegende Preisdruck dürfte sich 2021 aufgrund kurzfristiger Angebotsengpässe und der Erholung der Binnennachfrage leicht erhöhen, insgesamt jedoch verhalten bleiben. Zurückzuführen ist dies teilweise auf den niedrigen Lohndruck im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Unterauslastung und auf den Anstieg des Euro-Wechselkurses. Sobald der Einfluss der Pandemie nachlässt, wird die zunehmende Kapazitätsauslastung, unterstützt durch akkommodierende finanz- und geldpolitische Maßnahmen, mittelfristig zu einem allmählichen Inflationsanstieg beitragen. Umfragebasierte Messgrößen und marktbasierende Indikatoren der längerfristigen Inflationserwartungen verharren auf gedämpftem Niveau, wobei die marktbasierenden Indikatoren weiterhin allmählich gestiegen sind.

Was die monetäre Analyse betrifft, so lag die Jahreswachstumsrate der weit gefassten Geldmenge (M3) im Februar 2021 bei 12,3 %, nachdem sie im Januar bei 12,5 % gelegen hatte. Das starke Geldmengenwachstum wurde nach wie vor von den laufenden Ankäufen von Vermögenswerten durch das Eurosystem unterstützt. Diese stellen die größte Geldschöpfungsquelle dar. Vor dem Hintergrund einer weiterhin verstärkten Liquiditätspräferenz des geldhaltenden Sektors und geringer Opportunitätskosten für das Halten der liquidesten Formen von Geld hat das eng gefasste Geldmengenaggregat M1 abermals den größten Beitrag zum Anstieg der weit gefassten Geldmenge geleistet.

Insgesamt blieb die Kreditvergabe an den privaten Sektor weitgehend unverändert. Die monatliche Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften zog im Februar im Vergleich zum Vormonat leicht an. Dies spiegelte sich auch in einer etwas kräftigeren Jahreswachstumsrate wider: Sie erhöhte sich von 6,9 % im Januar auf 7,1 %. Die monatliche Kreditvergabe an private Haushalte blieb weiterhin solide. Die entsprechende Jahreswachstumsrate betrug im Februar unverändert 3,0 %. Aus der jüngsten Umfrage zum Kreditgeschäft der Banken im Euro-Währungsgebiet geht hervor, dass die Verschärfung der Kreditrichtlinien für Unternehmen im ersten Quartal 2021 moderat ausfiel. In den beiden Vorquartalen waren die Vergabekonditionen deutlicher verschärft worden. Hauptursache für die Verschärfung war erneut eine erhöhte Risikowahrnehmung der Banken. Sie schlug sich aber weniger deutlich in den Kreditrichtlinien nieder als in früheren Umfragerunden. Den befragten Banken zufolge ließ zudem die Nachfrage nach Unternehmenskrediten abermals nach, was in erster Linie der weiterhin rückläufigen Nachfrage nach Finanzierungsmitteln für Anlageinvestitionen zuzuschreiben ist. Was die Kreditvergabe an private Haushalte betrifft, so bestand laut Umfrageergebnissen eine geringere Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten, wobei die diesbezüglichen Kreditrichtlinien infolge des Wettbewerbs zwischen den Kreditgebern etwas gelockert wurden.

Zusammen mit den Maßnahmen, die von nationalen Regierungen und europäischen Institutionen beschlossen wurden, sind unsere geldpolitischen Maßnahmen weiterhin unerlässlich, um die Kreditvergabebedingungen und den Zugang zu Finanzmitteln zu unterstützen, vor allem für jene, die am stärksten von der Pandemie betroffen sind.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Die Gegenprüfung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigte, dass eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung erforderlich ist, um die Wirtschaftsaktivität und eine deutliche Annäherung der Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2 % auf mittlere Sicht zu unterstützen.

Was die Finanzpolitik betrifft, so bleibt ein ambitionierter und koordinierter finanzpolitischer Kurs erforderlich. Denn wird die fiskalische Unterstützung zu früh zurückgenommen, so besteht die Gefahr, dass die Erholung später einsetzt und die Langzeitfolgen verstärkt werden. Die dringend benötigte Unterstützung durch die nationale Finanzpolitik für jene Unternehmen und privaten Haushalte, die die anhaltende Pandemie und die damit verbundenen Eindämmungsmaßnahmen am härtesten trifft, sollte beibehalten und zeitnah bereitgestellt werden. Gleichzeitig sollten finanzpolitische Maßnahmen, die aufgrund der Pandemie ergriffen werden, weiterhin möglichst befristet und zielgerichtet sein, um Schwachstellen wirksam anzugehen und eine rasche Erholung der Wirtschaft des Euroraums zu unterstützen. Die drei Sicherheitsnetze für Arbeitnehmer, Unternehmen und Regierungen, die der Europäische Rat gebilligt hat, leisten eine wichtige Finanzierungsunterstützung.

Der EZB-Rat bekräftigt die zentrale Rolle des Pakets „Next Generation EU“ und weist erneut darauf hin, wie dringlich es ist, dessen Einsatzfähigkeit unverzüglich herzustellen. Er fordert die Mitgliedstaaten auf, eine zeitnahe Ratifizierung des Eigenmittelbeschlusses sicherzustellen, die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne zügig fertigzustellen und die Mittel für produktive öffentliche Ausgaben einzusetzen, die mit strukturpolitischen Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung einhergehen. So könnte „Next Generation EU“ zu einer schnelleren, stärkeren und einheitlicheren Erholung beitragen, die wirtschaftliche Widerstandskraft und das Wachstumspotenzial in den Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten erhöhen und so die Wirksamkeit der Geldpolitik im Euroraum unterstützen. Diese strukturpolitischen Maßnahmen sind vor allem wichtig, um wirtschaftliche Strukturen und Rahmenbedingungen zu verbessern und um den ökologischen und den digitalen Wandel zu beschleunigen.

EZB-Rat am 11. März 2021

Die Wirtschaftslage insgesamt dürfte sich 2021 verbessern. Hinsichtlich der kurzfristigen wirtschaftlichen Aussichten herrscht jedoch nach wie vor Unsicherheit. Diese bezieht sich vor allem auf die Entwicklung der Pandemie und das Tempo bei den Impfkampagnen. Die Erholung der globalen Nachfrage und zusätzliche finanzpolitische Maßnahmen unterstützen die Konjunktur weltweit und im Euroraum. Die Wirtschaftstätigkeit im Euroraum wird jedoch auf kurze Sicht durch anhaltend hohe Ansteckungsraten mit dem Coronavirus (Covid-19), die Ausbreitung von Mutationen des Virus und die damit verbundene Verlängerung und Verschärfung der Eindämmungsmaßnahmen belastet. Die laufenden Impfkampagnen, gepaart mit der erwarteten allmählichen Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen, untermauern die Erwartung, dass im Laufe des Jahres 2021 eine kräftige wirtschaftliche Erholung stattfinden wird. Die Inflation hat in den letzten Monaten angezogen. Dies ist in erster Linie auf einige vorübergehende Faktoren und einen stärkeren Anstieg der Energiepreise zurückzuführen. Zugleich entwickelt sich der zugrunde liegende Preisdruck vor dem Hintergrund einer schwachen Nachfrage und einer deutlichen Unterauslastung an den Arbeits- und Gütermärkten weiter verhalten. Die jüngsten Projektionen unserer Experten prognostizieren einen allmählichen Anstieg des zugrunde liegenden Inflationsdrucks. Allerdings bestätigen sie, dass die

mittelfristigen Inflationsaussichten gegenüber den von Experten des Eurosystems erstellten Projektionen vom Dezember 2020 weitgehend unverändert und hinter unserem Inflationsziel zurück bleiben.

Unter diesen Umständen bleibt es von entscheidender Bedeutung, während der Pandemie günstige Finanzierungsbedingungen aufrechtzuerhalten. Finanzierungsbedingungen sind durch umfassende und vielfältige Indikatoren bestimmt. Diese beinhalten den gesamten geldpolitischen Transmissionsprozess, von risikofreien Zinssätzen und Staatsanleiherenditen bis hin zu den Renditen von Unternehmensanleihen und den Kreditkonditionen von Banken. Die Marktzinsen sind seit Jahresbeginn gestiegen, was ein Risiko für die Finanzierungsbedingungen im weiteren Sinne birgt. Banken nutzen risikofreie Zinssätze und Staatsanleiherenditen als wichtige Referenzgrößen für die Festlegung von Kreditkonditionen. Ein starker und anhaltender Anstieg dieser Marktzinsen könnte, wenn er unkontrolliert bleibt, dazu führen, dass sich die Finanzierungsbedingungen für alle Sektoren der Wirtschaft vorzeitig verschärfen. In einer Zeit, in der die Aufrechterhaltung günstiger Finanzierungsbedingungen nach wie vor erforderlich ist, um Unsicherheit zu verringern und Vertrauen zu stärken – und so die Wirtschaft zu unterstützen sowie mittelfristig Preisstabilität zu gewährleisten – ist dies nicht wünschenswert.

Vor diesem Hintergrund hat der EZB-Rat die folgenden Beschlüsse gefasst:

Erstens werden wir die Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP), das einen Gesamtumfang von 1 850 Mrd € hat, mindestens bis Ende März 2022 und in jedem Fall so lange weiterhin durchführen, bis die Phase der Corona-Krise nach Einschätzung des EZB-Rats überstanden ist. Auf Grundlage einer gemeinsamen Beurteilung der Finanzierungsbedingungen und der Inflationsaussichten geht der EZB-Rat davon aus, dass die Ankäufe im Rahmen des PEPP während des nächsten Quartals deutlich umfangreicher ausfallen werden als während der ersten Monate dieses Jahres.

Wir werden Ankäufe flexibel in Abhängigkeit von den Marktbedingungen und mit dem Ziel durchführen, eine Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen zu vermeiden, die nicht damit vereinbar ist, dem Abwärtsdruck der Pandemie auf die projizierte Inflationsentwicklung entgegenzuwirken. Darüber hinaus wird die Flexibilität der Ankäufe über den Zeitverlauf, die Anlageklassen und die Länder hinweg weiterhin die reibungslose Transmission der Geldpolitik unterstützen. Wenn mit Ankäufen, die den Gesamtumfang des PEPP über den Zeithorizont der Nettoankäufe hinweg nicht voll ausschöpfen, günstige Finanzierungsbedingungen aufrechterhalten werden können, muss dieser Gesamtumfang nicht vollständig genutzt werden. Genauso kann der Gesamtumfang erforderlichenfalls auch rekaliert werden, um günstige Finanzierungsbedingungen aufrechtzuerhalten und so dem negativen Schock der Pandemie auf die Inflationsentwicklung entgegenzuwirken.

Wir werden die Tilgungsbeträge der im Rahmen des PEPP erworbenen Wertpapiere mindestens bis Ende 2023 weiterhin bei Fälligkeit wieder anlegen. Das zukünftige Auslaufen des PEPP-Portfolios wird in jedem Fall so gesteuert, dass eine Beeinträchtigung des angemessenen geldpolitischen Kurses vermieden wird.

Zweitens werden die Nettoankäufe im Rahmen unseres Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) in einem monatlichen Umfang von 20 Mrd € fortgesetzt. Wir gehen weiterhin davon aus, dass die monatlichen Nettoankäufe von Vermögenswerten im Rahmen des APP so lange fortgesetzt werden, wie dies für die Verstärkung der akkommodierenden Wirkung unserer Leitzinsen erforderlich ist, und dass sie beendet werden, kurz bevor wir mit der Erhöhung der EZB-Leitzinsen beginnen.

Wir beabsichtigen, die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere weiterhin bei Fälligkeit für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem wir mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnen,

vollumfänglich wieder anzulegen und in jedem Fall so lange wie erforderlich, um günstige Liquiditätsbedingungen und eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung aufrechtzuerhalten.

Drittens beschloss der EZB-Rat, die Leitzinsen der EZB unverändert zu belassen. Wir gehen davon aus, dass sie so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, bis wir feststellen, dass sich die Inflationsaussichten in unserem Projektionszeitraum deutlich einem Niveau annähern, das hinreichend nahe, aber unter 2% liegt, und dass sich diese Annäherung in der Dynamik der zugrunde liegenden Inflation durchgängig widerspiegelt.

Schließlich werden wir weiterhin reichlich Liquidität über unsere Refinanzierungsgeschäfte zur Verfügung stellen. Insbesondere stellt unsere dritte Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (GLRG III) nach wie vor eine attraktive Finanzierungsquelle für Banken dar, wodurch deren Kreditvergabe an Unternehmen und private Haushalte unterstützt wird.

Die günstigen Finanzierungsbedingungen während der Pandemie für alle Wirtschaftssektoren aufrechtzuerhalten ist nach wie vor unerlässlich, um die Wirtschaft zu unterstützen und mittelfristige Preisstabilität zu gewährleisten. Wir werden die Wechselkursentwicklung mit Blick auf ihre möglichen Auswirkungen auf die mittelfristigen Inflationsaussichten auch weiterhin beobachten. Wir sind bereit, alle unsere Instrumente gegebenenfalls anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Teuerungsrate – im Einklang mit unserer Verpflichtung auf Symmetrie – auf nachhaltige Weise unserem Ziel annähert.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der wirtschaftlichen Analyse zu beginnen. Nach der kräftigen Erholung im dritten Quartal 2020 ist das reale BIP im Euroraum im vierten Quartal um 0,7 % geschrumpft. Auf das Gesamtjahr betrachtet dürfte das reale BIP 2020 um 6,6 % zurückgegangen sein. Dabei blieb die Wirtschaftsleistung im Schlussquartal des Jahres 4,9 % unter dem Niveau, das sie Ende 2019 vor Ausbruch der Pandemie erreicht hatte.

Die aktuellen Wirtschaftsdaten, Umfrageergebnisse und hochfrequenten Indikatoren deuten darauf hin, dass sich die Konjunkturschwäche im ersten Quartal 2021 fortsetzt. Ursächlich hierfür sind die anhaltende Pandemie und die damit einhergehenden Eindämmungsmaßnahmen. Folglich wird das reale BIP wohl auch im ersten Quartal 2021 schrumpfen.

Die wirtschaftliche Entwicklung verläuft in den einzelnen Ländern und Sektoren weiterhin sehr unterschiedlich. Der Dienstleistungssektor ist durch die Einschränkungen der sozialen Kontakte und der Mobilität stärker beeinträchtigt als die Industrie, die sich gegenwärtig schneller erholt. Obwohl private Haushalte und Unternehmen durch finanzpolitische Maßnahmen unterstützt werden, bleiben die Verbraucher angesichts der Pandemie und deren Auswirkungen auf Beschäftigung und Einkommen zurückhaltend. Darüber hinaus wirken sich die schwächeren Unternehmensbilanzen und die erhöhte Unsicherheit über die Konjunkturaussichten nach wie vor negativ auf die Unternehmensinvestitionen aus.

Die laufenden Impfkampagnen und die schrittweise Lockerung der Eindämmungsmaßnahmen – sofern weitere Rückschläge im Zusammenhang mit der Pandemie ausbleiben – stärken die Erwartung, dass die Konjunktur im Verlauf des Jahres 2021 kräftig Fahrt aufnimmt. Auf mittlere Sicht dürfte die Erholung der Wirtschaft des Euroraums durch günstige Finanzierungsbedingungen, einen expansiven finanzpolitischen Kurs und, sobald die Eindämmungsmaßnahmen allmählich gelockert werden, eine Nachfrageerholung gestützt werden.

Diese Einschätzung deckt sich weitgehend mit dem Basisszenario der von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom März 2021. Diesen Projektionen zufolge wird die Jahreswachstumsrate des realen BIP im laufenden Jahr bei 4,0 %, 2022 bei 4,1 % und 2023 bei 2,1 % liegen. Verglichen mit den von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom Dezember 2020 sind die Aussichten für die Konjunktur weitgehend unverändert geblieben.

Insgesamt sind die Risiken für die Wachstumsaussichten des Euroraums nun ausgewogener, auf kurze Sicht bestehen jedoch weiterhin Abwärtsrisiken. Ermutigend sind die besseren Aussichten für die globale Nachfrage, die durch umfangreiche fiskalische Impulse gestützt wird, sowie der Fortschritt bei den Impfkampagnen. Abwärtsrisiken gehen jedoch weiterhin von der anhaltenden Pandemie, einschließlich der Ausbreitung von Virusmutationen, und ihren Folgen für die Wirtschafts- und Finanzlage aus.

Die jährliche Inflation im Euroraum erhöhte sich im Januar und Februar 2021 rasant auf 0,9 %. Im Dezember hatte sie noch bei -0,3 % gelegen. Im Anstieg der Gesamtinflation spiegelt sich eine Reihe idiosynkratischer Faktoren wider, darunter die Rücknahme der vorübergehenden Mehrwertsteuersenkung in Deutschland, der spätere Winterschlussverkauf in einigen Ländern des Euroraums sowie der Effekt der außergewöhnlich umfangreichen Anpassungen beim Wägungsschema des HVPI 2021 und der höhere Preisauftrieb bei Energie. Ausgehend von den aktuellen Terminpreisen für Öl dürfte die Gesamtinflation in den nächsten Monaten steigen. Es ist jedoch im Jahresverlauf mit einer gewissen Volatilität zu rechnen, je nach Dynamik der gegenwärtig inflationstreibenden Faktoren. Anfang nächsten Jahres dürfte die Wirkung dieser Faktoren auf die jährlichen Inflationsraten allmählich nachlassen. Der zugrunde liegende Preisdruck dürfte sich 2021 aufgrund aktueller Angebotsengpässe und der Erholung der Binnennachfrage leicht erhöhen. Vor dem Hintergrund des niedrigen Lohnendrucks und der jüngsten Aufwertung des Euro dürfte der zugrunde liegende Preisdruck insgesamt jedoch verhalten bleiben. Sobald der Einfluss der Pandemie nachlässt, wird die zunehmende Kapazitätsauslastung, unterstützt durch akkommodierende finanz- und geldpolitische Maßnahmen, mittelfristig zu einem allmählichen Inflationsanstieg beitragen. Umfragebasierte Messgrößen und marktbasierende Indikatoren der längerfristigen Inflationserwartungen verharren auf gedämpftem Niveau, wobei die marktbasierenden Indikatoren weiterhin allmählich gestiegen sind.

Diese Einschätzung deckt sich weitgehend mit dem Basisszenario der von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom März 2021. Diesen Projektionen zufolge wird die jährliche Teuerung 2021 bei 1,5 %, 2022 bei 1,2 % und 2023 bei 1,4 % liegen. Gegenüber den von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom Dezember 2020 wurden die Inflationsaussichten für die Jahre 2021 und 2022 nach oben korrigiert, was hauptsächlich auf temporäre Faktoren und einen höheren Preisauftrieb bei Energie zurückzuführen ist. Für 2023 blieben die Inflationsaussichten unverändert.

Was die monetäre Analyse betrifft, so lag die Jahreswachstumsrate der weit gefassten Geldmenge (M3) im Januar 2021 bei 12,5 %, nachdem sie im Dezember 2020 bei 12,4 % und im November 2020 bei 11,0 % gelegen hatte. Das starke Geldmengenwachstum wurde weiterhin von den laufenden Ankäufen von Vermögenswerten durch das Eurosystem unterstützt. Diese stellen nach wie vor die größte Geldschöpfungsquelle dar. Vor dem Hintergrund einer weiterhin verstärkten Liquiditätspräferenz des geldhaltenden Sektors und geringer Opportunitätskosten für das Halten der liquidesten Formen von Geld hat das eng gefasste Geldmengenaggregat M1 abermals den größten Beitrag zum Anstieg der weit gefassten Geldmenge geleistet.

Die Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor war gekennzeichnet von einer etwas verhalteneren Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und einer robusten Kreditvergabe an private Haushalte. Bei der monatlichen Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften setzte sich die seit Ende des Sommers beobachtete Abschwächung fort. Zugleich blieb die Jahreswachstumsrate mit 7,0 % nach 7,1 % im Dezember weitgehend unverändert, was den sehr kräftigen Anstieg der Kreditvergabe in der ersten Jahreshälfte widerspiegelt. Die Jahreswachstumsrate der Buchkredite an private Haushalte blieb im Januar mit 3,0 % nach 3,1 % im Dezember weitgehend stabil, bei soliden monatlichen Zuflüssen.

Zusammen mit den Maßnahmen, die von nationalen Regierungen und europäischen Institutionen beschlossen wurden, sind unsere geldpolitischen Maßnahmen weiterhin unerlässlich, um die Kreditvergabebedingungen

und den Zugang zu Finanzmitteln zu unterstützen, vor allem für jene, die am stärksten von der Pandemie betroffen sind.

Zusammenfassend ist festzuhalten: Die Gegenprüfung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigte, dass eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung erforderlich ist, um die Wirtschaftsaktivität und eine deutliche Annäherung der Inflation an ein Niveau von unter, aber nahe 2 % auf mittlere Sicht zu unterstützen.

Was die Finanzpolitik betrifft, so bleibt angesichts des starken Konjunkturabschwungs im Euroraum ein ambitionierter und koordinierter finanzpolitischer Kurs erforderlich. Dazu sollte die Unterstützung durch die nationale Finanzpolitik beibehalten werden, da die Nachfrage von Unternehmen und privaten Haushalten angesichts der anhaltenden Pandemie und der damit verbundenen Eindämmungsmaßnahmen schwach ist. Gleichzeitig sollten finanzpolitische Maßnahmen, die aufgrund der Pandemie ergriffen werden, weiterhin möglichst befristet und zielgerichtet sein, um Schwachstellen wirksam zu beheben und eine rasche Erholung zu unterstützen. Die drei Sicherheitsnetze für Arbeitnehmer, Unternehmen und Regierungen, die der Europäische Rat gebilligt hat, leisten eine wichtige Finanzierungsunterstützung.

Der EZB-Rat erkennt die zentrale Rolle des Pakets „Next Generation EU“ an und betont, wie wichtig es ist, dessen Einsatzfähigkeit unverzüglich herzustellen. Er fordert die Mitgliedstaaten auf, eine zeitnahe Ratifizierung des Eigenmittelbeschlusses sicherzustellen, die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne zügig fertigzustellen und die Mittel für produktive öffentliche Ausgaben einzusetzen, die mit strukturpolitischen Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung einhergehen. So könnte „Next Generation EU“ zu einer schnelleren, stärkeren und einheitlicheren Erholung beitragen, die wirtschaftliche Widerstandskraft und das Wachstumspotenzial in den Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten erhöhen und so die Wirksamkeit der Geldpolitik im Euroraum unterstützen. Diese strukturpolitischen Maßnahmen sind vor allem wichtig, um seit Langem bestehende strukturelle und institutionelle Schwächen anzugehen und um den ökologischen und den digitalen Wandel zu beschleunigen.

Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems 2020-2021

Datum der Bekanntgabe	Geldpolitische Maßnahmen und relevante Ereignisse
10. Juni 2021	Der EZB-Rat beschließt, seinen sehr akkommodierenden geldpolitischen Kurs beizubehalten. Insbesondere kommt er auf Grundlage einer gemeinsamen Beurteilung der Finanzierungsbedingungen und der Inflationsaussichten zu dem Schluss, dass die Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) nicht nur während des zweiten Quartals, sondern auch im dritten Quartal 2021 deutlich umfangreicher ausfallen werden als während der ersten Monate des heurigen Jahres.
7. Mai 2021	Die EZB veröffentlicht die Änderungen ihrer Leitlinie zur Umsetzung der Geldpolitik aufgrund der künftigen Implementierung der Leverage Ratio als verbindliche Säule-1-Eigenmittelanforderung. Ab dem 28. Juni 2021 wird die Leverage Ratio im geldpolitischen Handlungsrahmen des Eurosystems gleich behandelt wie die bereits bestehenden Säule-1-Eigenmittelanforderungen. Bei einem Verstoß gegen die Anforderungen der Leverage Ratio oder im Falle unvollständiger oder verspäteter Meldungen werden automatisch Maßnahmen ergriffen.
23. April 2021	Da sich die Refinanzierungsbedingungen in US-Dollar stetig verbessert haben und die Nachfrage bei den jüngsten liquiditätszuführenden US-Dollar-Geschäften gering war, haben die Bank of England, die Bank von Japan, die EZB und die Schweizerische Nationalbank gemeinsam und in Abstimmung mit der Federal Reserve beschlossen, die 84-tägigen liquiditätszuführenden Geschäfte in US-Dollar einzustellen. Die Neuregelung tritt am 1. Juli 2021 in Kraft. Ab dem 1. Juli 2021 werden nur noch die wöchentlichen Geschäfte mit einer Laufzeit von sieben Tagen fortgeführt.
18. März 2021	Die EZB reagiert auf die Empfehlung von Marktteilnehmern, die sich für eine regelmäßige Veröffentlichung vergangenheitsbezogener €STR basierter Zinssätze mit Aufzinsung durch eine vertrauenswürdige Behörde aussprachen. Ab 15. April 2021 wird sie durchschnittliche vergangenheitsbezogene €STR-Zinssätze mit Aufzinsung für Laufzeiten von 1 Woche, 1 Monat, 3 Monaten, 6 Monaten und 12 Monaten veröffentlichen. Ferner wird ein €STR-basierter Index mit Aufzinsung angeboten, der die Berechnung von vergangenheitsbezogenen Zinssätzen mit Aufzinsung auch für jede Nicht-Standard-Laufzeit ermöglicht.
11. März 2021	Der EZB-Rat beschließt, seinen sehr akkommodierenden geldpolitischen Kurs beizubehalten. Insbesondere kommt er auf Grundlage einer gemeinsamen Beurteilung der Finanzierungsbedingungen und der Inflationsaussichten zu dem Schluss, dass die Nettoankäufe im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) während des zweiten Quartals 2021 deutlich umfangreicher ausfallen werden als während der ersten Monate des heurigen Jahres.
8. Februar 2021	Nach dem erfolgreichen Abschluss der im April 2019 gestarteten Pilotphase plant die EZB die aggregierten Ergebnisse ihrer Umfrage unter geldpolitischen Analysten (Survey of Monetary Analysts - SMA) zu veröffentlichen. Die erste Umfragerunde wird im Juni 2021 stattfinden; die Ergebnisse werden am 18. Juni 2021 (immer freitags in der Woche nach der betreffenden EZB-Ratssitzung) veröffentlicht. In der Erhebung werden Informationen zu den Erwartungen der Marktteilnehmer im Hinblick auf die künftige Entwicklung von wesentlichen geldpolitischen Parametern, Finanzmarktvariablen sowie der Wirtschaft insgesamt gesammelt. Die Umfrage wird achtmal pro Jahr durchgeführt und ist terminlich auf den sechswöchigen Rhythmus der geldpolitischen Sitzungen des EZB-Rats abgestimmt.

4. Februar 2021	<p>Die EZB hat im Dezember 2020 beschlossen, den Zentralbanken außerhalb des Euro-Währungsgebiets eine neunmonatige Verlängerung der befristeten Swap- und Repo-Vereinbarungen anzubieten. Die Zentralbanken von Albanien, Kroatien, Ungarn, der Republik Nordmazedonien, Rumänien, San Marino und Serbien sind mit der EZB übereingekommen, die Laufzeit ihrer Euro-Liquiditätslinien bis März 2022 zu verlängern.</p>
10. Dezember 2020	<p>Der EZB-Rat erweiterte den Umfang des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) um 500 Mrd EUR auf insgesamt 1.850 Mrd EUR. Zudem wurde der Zeithorizont für die Nettoankäufe bis mindestens Ende März 2022 ausgedehnt. Die Nettoankäufe werden jedoch in jedem Fall so lange durchgeführt, bis die Phase der Coronavirus-Krise überstanden ist. Ihr Ziel ist es, über diesen verlängerten Zeitraum hinweg günstige Finanzierungsbedingungen aufrechtzuerhalten und eine reibungslose Transmission der Geldpolitik zu unterstützen. Der Gesamtrahmen von 1.850 Mrd EUR muss allerdings nicht voll ausgeschöpft werden.</p> <p>Weiter werden die Tilgungsbeträge von auslaufenden PEPP-Wertpapieren mindestens bis Ende 2023 wiederveranlagt werden. Das zukünftige Auslaufen des PEPP-Portfolios wird in jedem Fall so gesteuert, dass eine Beeinträchtigung des angemessenen geldpolitischen Kurses vermieden wird.</p> <p>Ein weiterer wichtiger Baustein des Maßnahmenpakets ist die Anpassung der Bedingungen für die dritte Serie gezielter längerfristiger Refinanzierungsgeschäfte (TLTROs III). Insbesondere wurde der Zeitraum, in dem deutlich günstigere Bedingungen gelten (Bonuszinsphase), um zwölf Monate bis Juni 2022 verlängert. Ferner werden zwischen Juni und Dezember 2021 drei zusätzliche Geschäfte durchgeführt werden. Der Höchstbetrag, der von Geschäftspartnern in den TLTROs III aufgenommen werden kann, wurde von 50% auf 55% ihres Bestands an anrechenbaren Krediten erhöht. Um einen Anreiz für Banken zu setzen, das aktuelle Niveau der Bankkreditvergabe aufrechtzuerhalten, wird die Verlängerung der Bonuszinsphase nur jenen Banken angeboten, die eine neue Zielgröße bei der Kreditvergabe erfüllen.</p> <p>Die Maßnahmen zur Lockerung der Kriterien für notenbankfähige Sicherheiten, die im April 2020 beschlossen wurden, werden bis Juni 2022 verlängert. Diese Verlängerung wird sicherstellen, dass Banken die liquiditätszuführenden Geschäfte des Eurosystems in vollem Umfang nutzen können, vor allem die rekalierten TLTROs. In diesem Zusammenhang wurde auch beschlossen, die regulären Kreditgeschäfte so lange wie erforderlich als Mengentender mit Vollzuteilung durchzuführen.</p> <p>Im Rahmen der längerfristigen Pandemie-Notfallrefinanzierungsgeschäfte (Pandemic Emergency Longer-Term Refinancing Operations – PELTROs) werden im Jahr 2021 vier zusätzliche Geschäfte angeboten. Die Laufzeit wird jeweils rund 1 Jahr betragen und der Zinssatz wird – wie bisher – 25 Bp. unter dem während der Laufzeit des jeweiligen PELTRO geltenden durchschnittlichen Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegen.</p> <p>Die Nettoankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) werden in einem monatlichen Umfang von 20 Mrd EUR fortgesetzt. Die Ankäufe werden so lange fortgesetzt, wie dies für die Verstärkung der akkommodierenden Wirkung der EZB-Leitzinsen erforderlich ist und werden beendet, kurz bevor die Leitzinsen erhöht werden. Die Tilgungsbeträge von auslaufenden APP-Wertpapieren werden für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem mit der Erhöhung der Leitzinsen begonnen wird, vollumfänglich wieder angelegt.</p> <p>Schließlich wurden auch die Eurosystem Repo Facility for Central Banks (EUREP) sowie alle befristeten Swap- und Repo-Linien mit Zentralbanken außerhalb des Euroraums bis März 2022 verlängert.</p>

8. Dezember 2020	Die Danmarks Nationalbank (Zentralbank Dänemarks) hat bei der EZB einen Antrag gestellt, ab November 2025 das Zahlungssystem T2 – das neue Echtzeit-Bruttosystem – nutzen zu dürfen. Zudem hat sie Interesse bekundet, auch dem Zahlungssystem TARGET Instant Payment Settlement (TIPS) beizutreten. Mit der Aufnahme der dänischen Krone als Abwicklungswährung in T2 und TIPS werden Marktteilnehmer in Dänemark diese Plattformen nutzen können, um Zahlungen sowohl in Euro als auch in dänischer Krone abzuwickeln.
29. Oktober 2020	Der EZB-Rat bestätigt seinen expansiven geldpolitischen Kurs. Die von Expertinnen und Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen im Dezember werden eine gründliche Neubeurteilung der wirtschaftlichen Aussichten und der Risikobilanz ermöglichen. Auf der Grundlage dieser aktualisierten Einschätzung wird der EZB-Rat im Dezember seine Instrumente der Lage entsprechend neu kalibrieren.
30. September 2020	Die EZB veröffentlicht eine Erklärung über die Einhaltung der von der Internationalen Organisation der Wertpapieraufsichtsbehörden (IOSCO) entwickelten Prinzipien für Finanzmarkt-Referenzwerte. Aus der Erklärung geht hervor, wie die EZB diese Prinzipien und damit international bewährte Verfahren bei der Erstellung des €STR umsetzt. Die Erklärung wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Pricewaterhouse Coopers einer unabhängigen Prüfung unterzogen.
28. September 2020	Die EZB ändert ihre Leitlinien zur Umsetzung der Geldpolitik im Eurosystem, die am 1. Jänner 2021 in Kraft treten. Demnach werden besicherte marktfähige Vermögenswerte (mit Ausnahme von ABS und gedeckten Schuldverschreibungen) nicht länger als Sicherheiten des Eurosystems akzeptiert. Gemäß den neuen Leitlinien werden ab dem 1. Jänner 2021 nur noch gesetzlich geregelte (d. h. auf gesetzlicher Grundlage begebene) gedeckte Schuldverschreibungen und Multi-cédulas als gedeckte Schuldverschreibungen im Sicherheitenrahmen des Eurosystems zugelassen. Durch die Leitlinien werden auch das Antragsverfahren und die Zulassungskriterien für externe Ratingagenturen präzisiert.
22. September 2020	Die EZB hat beschlossen, ab dem Jahr 2021 Anleihen mit Kuponstrukturen, die an bestimmte nachhaltigkeitsbezogene Leistungsziele gebunden sind, als Sicherheiten für die Kreditgeschäfte und auch für die geldpolitischen Outright-Geschäfte des Eurosystems zuzulassen, sofern sie alle anderen Zulässigkeitskriterien erfüllen. Nicht marktfähige Sicherheiten mit vergleichbaren Kuponstrukturen sind bereits zugelassen. Der Beschluss vereinheitlicht damit die Behandlung marktfähiger und nicht marktfähiger Sicherheiten.
28. August 2020	Die Europäische Zentralbank hat die bestehenden Repo-Linien mit der Hrvatska narodna banka (Kroatische Nationalbank, HNB) und der Banca Națională a României (Rumänische Nationalbank, BNR) um jeweils sechs Monate bis Juni 2021 verlängert. Über diese Repo-Linie kann die kroatische Nationalbank bis zu 2 Mrd € und die rumänische Nationalbank bis zu 4,5 Mrd € aufnehmen. Die maximale Laufzeit bei Inanspruchnahme der Repo-Linien beträgt drei Monate.
20. August 2020	Angesichts der anhaltenden Verbesserung der Refinanzierungsbedingungen in US-Dollar und der geringen Nachfrage nach den jüngsten liquiditätszuführenden Geschäften in US-Dollar mit einer Laufzeit von sieben Tagen haben die Bank of England, die Bank von Japan, die Europäische Zentralbank und die Schweizerische Nationalbank in Absprache mit der Federal Reserve gemeinsam beschlossen, die Häufigkeit dieser Geschäfte weiter zu verringern und sie nur noch einmal pro Woche statt dreimal pro Woche durchzuführen. Diese Änderung tritt am 1. September 2020 in Kraft. Die genannten Zentralbanken werden auch weiterhin wöchentlich Operationen mit einer Laufzeit von 84 Tagen anbieten.

18. August 2020	Die Europäische Zentralbank hat sowohl mit der Zentralbank der Republik San Marino (Banca Centrale della Repubblica di San Marino), als auch mit der Nationalbank der Republik Nordmazedonien (Народна банка на Република Северна Македонија) jeweils eine Vereinbarung über eine Repo-Linie zur Bereitstellung von Euro-Liquidität geschlossen. Hierdurch soll der Liquiditätsbedarf von Finanzinstituten in diesen Ländern gedeckt werden, der sich aufgrund von Marktstörungen infolge des Covid-19-Schocks ergeben könnte. Über die Repo-Linie kann die Zentralbank der Republik San Marino bis zu 100 Mio € und die Nationalbank der Republik Nordmazedonien bis zu 400 Mio € bei der EZB aufnehmen. Die Repo-Linien gelten vorerst bis Ende Juni 2021.
23. Juli 2020	Die Europäische Zentralbank und die ungarische Notenbank (Magyar Nemzeti Bank) haben eine Vereinbarung über eine Repo-Linie zur Bereitstellung von Euro-Liquidität geschlossen. Hierdurch soll der Liquiditätsbedarf ungarischer Finanzinstitute gedeckt werden, der sich aufgrund von Marktstörungen infolge des Covid-19-Schocks ergeben könnte. Über die Repo-Linie kann die ungarische Notenbank bis zu 4 Mrd € bei der EZB aufnehmen. Die Repo-Vereinbarung gilt vorerst bis Ende Juni 2021.
17. Juli 2020	Die Europäische Zentralbank hat sowohl mit der albanischen Notenbank (Banka e Shqipërisë), als auch mit der serbischen Notenbank (Народна банка Србије /Narodna banka Srbije) jeweils eine Vereinbarung über eine Repo-Linie zur Bereitstellung von Euro-Liquidität geschlossen. Hierdurch soll der Liquiditätsbedarf albanischer und serbischer Finanzinstitute gedeckt werden, der sich aufgrund von Marktstörungen infolge des Covid-19-Schocks ergeben könnte. Über die Repo-Linie kann die albanische Notenbank bis zu 400 Mio € und die serbische Notenbank bis zu 1 Mrd € bei der EZB aufnehmen. Die Repo-Linien gelten vorerst bis Ende Juni 2021.
16. Juli 2020	Der EZB-Rat bestätigt alle geldpolitischen Maßnahmen, die in den letzten Monaten getroffen wurden, und kündigt an, alle seine Instrumente gegebenenfalls anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Teuerungsrate – im Einklang mit seiner Verpflichtung auf Symmetrie – auf nachhaltige Weise seinem Ziel annähert.
13. Juli 2020	Der bulgarische Lew und die kroatische Kuna wurden in den Wechselkursmechanismus II aufgenommen. Der Leitkurs des Lew wird auf 1 Euro = 1,95583 Lewa und jener der Kuna auf 1 Euro = 7,53450 Kuna festgelegt. Für beide Währungen gilt die Standardschwankungsbandbreite von $\pm 15\%$ bezogen auf den Leitkurs. Gleichzeitig treten Bulgarien und Kroatien der europäischen Bankenunion bei.
25. Juni 2020	Als Reaktion auf die Corona-Krise hat der EZB-Rat eine neue Liquiditätslinie – die Repo-Fazilität des Eurosystems für Zentralbanken (EUREP) – eingerichtet, um nicht zum Euroraum gehörenden Zentralbanken vorsorgliche Repo-Linien in Euro zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen von EUREP wird Euro-Liquidität gegen Sicherheiten in Form von auf Euro lautenden marktfähigen Schuldtiteln, die von im Euroraum befindlichen Zentralstaaten und supranationalen Institutionen begeben wurden, zur Verfügung gestellt. EUREP ergänzt die bilateralen Swap- und Repo-Linien der EZB und wird bis Ende Juni 2021 verfügbar sein.
19. Juni 2020	Angesichts der verbesserten Refinanzierungsbedingungen in US-Dollar und der geringen Nachfrage nach liquiditätszuführenden Geschäften in US-Dollar mit einer Laufzeit von sieben Tagen haben die Bank of England, die Bank von Japan, die Europäische Zentralbank und die Schweizerische Nationalbank in Absprache mit der Federal Reserve gemeinsam beschlossen, die Häufigkeit dieser Geschäfte zu verringern und sie nur noch dreimal pro Woche statt täglich durchzuführen. Diese Änderung tritt am 1. Juli 2020 in Kraft. Die genannten Zentralbanken werden auch weiterhin wöchentlich Operationen mit einer Laufzeit von 84 Tagen anbieten.

5. Juni 2020	Die EZB und die Banca Națională a României haben eine Vereinbarung über eine Repo-Linie zur Bereitstellung von Euro-Liquidität (bis zu 4,5 Mrd €) getroffen. Hierdurch soll ein möglicher Liquiditätsbedarf der rumänischen Nationalbank aufgrund von Marktstörungen infolge des Covid-19-Schocks gedeckt werden. Die Repo-Linie bleibt bis zum 31. Dezember 2020 in Kraft.
4. Juni 2020	<p>Der EZB-Rat fasst die folgenden geldpolitischen Beschlüsse:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) Der Umfang des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) wird um 600 Mrd € auf insgesamt 1350 Mrd € erweitert. Als Reaktion auf die pandemiebedingte Abwärtskorrektur der Inflation über den Projektionszeitraum hinweg wird die Ausweitung des PEPP für eine weitere Lockerung des allgemeinen geldpolitischen Kurses sorgen und so die Finanzierungsbedingungen in der Realwirtschaft unterstützen. Der Zeithorizont für die PEPP-Nettoankäufe wird dabei bis mindestens Ende Juni 2021 verlängert. Die PEPP-Ankäufe werden so lange durchgeführt, bis die Coronavirus-Krise überstanden ist. 2) Die Tilgungsbeträge der erworbenen PEPP-Wertpapiere werden mindestens bis Ende 2022 bei Fälligkeit wieder angelegt. Das zukünftige Auslaufen des PEPP-Portfolios wird so gesteuert, dass eine Beeinträchtigung des geldpolitischen Kurses vermieden wird. 3) Die Nettoankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) im Umfang von monatlich 20 Mrd € zusammen mit den Ankäufen im Zuge des zusätzlichen vorübergehenden Rahmens in Höhe von 120 Mrd € werden bis zum Ende des Jahres fortgesetzt. 4) Die Tilgungsbeträge der erworbenen APP-Wertpapiere werden weiterhin bei Fälligkeit für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem der EZB-Rat mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnt, vollumfänglich wieder angelegt und in jedem Fall so lange wie erforderlich, um günstige Liquiditätsbedingungen und eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung aufrechtzuerhalten. 5) Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität werden unverändert bei 0,00 %, 0,25 % bzw. -0,50 % belassen. <p>Der EZB-Rat geht davon aus, dass die EZB-Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, bis er feststellt, dass sich die Inflationsaussichten in seinem Projektionszeitraum deutlich einem Niveau annähern, das hinreichend nahe, aber unter 2% liegt, und dass sich diese Annäherung in der Dynamik der zugrunde liegenden Inflation durchgängig widerspiegelt. Der EZB-Rat ist nach wie vor bereit, alle seine Instrumente gegebenenfalls anzupassen, um sicherzustellen, dass sich die Teuerungsrate – im Einklang mit seiner Verpflichtung auf Symmetrie – auf nachhaltige Weise seinem Ziel annähert.</p>
30. April 2020	Der EZB-Rat beschließt erstens die Bedingungen für alle gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTROs III) weiter zu lockern. So wird ihr Zinssatz im Zeitraum Juni 2020 bis Juni 2021 auf 50 Bp. unter den durchschnittlichen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte gesenkt. Bei Banken, deren anrechenbare Nettokreditvergabe den Schwellenwert für das Wachstum der Kreditvergabe (0%) erreicht, kann der Zinssatz in diesem Zeitraum auf 50 Bp. unter den durchschnittlichen Zinssatz für die Einlagefazilität (garantiert -1%) sinken. Es gilt nun ein leicht veränderter Zeitraum, in dem die Nettokreditvergabe beobachtet wird, nämlich März 2020 bis inklusive März 2021. Schließlich wird der Schwellenwert für die Nettokreditvergabe, wenn der oben genannte Schwellenwert nicht erreicht wird, auf 1,15% gesenkt.

30. April 2020 (Fortsetzung)	Zweitens wird eine neue Reihe nicht gezielter längerfristiger Pandemie-Notfallrefinanzierungsgeschäfte (Pandemic Emergency Longer-Term Refinancing Operations – PELTROs) eingeführt. Bei den PELTROs handelt es sich um sieben zusätzliche Refinanzierungsgeschäfte mit Beginn im Mai 2020 und gestaffeltem Laufzeitende zwischen Juli und September 2021 – im Einklang mit der Dauer der Maßnahmen zur Lockerung der Kriterien für Sicherheiten. Die PELTROs werden als Mengentender mit Vollzuteilung durchgeführt. Der Zinssatz liegt 25 Bp. unter dem während der Laufzeit des jeweiligen PELTRO geltenden durchschnittlichen Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte.
22. April 2020	Damit Banken weiterhin genügend Vermögenswerte als Sicherheiten gegenüber dem Eurosystem zur Verfügung haben, beschließt der EZB-Rat einen bis September 2021 befristeten Bestandschutz für notenbankfähige Sicherheiten und deren Emittenten, die am 7. April 2020 die Bonitätsanforderungen (Mindestrating von BBB-, Ausnahme ABS für sie gilt A-) erfüllten. Für den Fall, dass sich das Rating aufgrund einer Herabstufung, die sich als wirtschaftliche Folge der Covid-19 Pandemie ergeben könnte, verschlechtert, jedoch weiterhin oberhalb einer bestimmten Bonitätsschwelle (Kreditqualitätsstufe 5, Ausnahme ABS für sie gilt 4) bleibt, behalten Sicherheiten und deren Emittenten auch bei einer Herabstufung ihre Notenbankfähigkeit. Für Wertpapiere, deren Bonität herabgestuft wird, gelten jedoch neue Bewertungsabschläge, die sich an ihrer aktuellen Bonitätseinstufung orientieren. Nicht marktfähige Sicherheiten fallen nicht in den Anwendungsbereich des befristeten Bestandschutzes.
22. April 2020	Die EZB und die Българска народна банка haben eine neue Swap-Vereinbarung geschlossen mit der die Bulgarische Nationalbank bis zu 2 Mrd EUR gegen bulgarische Lewa bei der EZB aufnehmen kann. Die Laufzeit bei einer Inanspruchnahme beträgt jeweils höchstens drei Monate. Die Swap-Vereinbarung bleibt bis zum 31. Dezember 2020 in Kraft.
15. April 2020	Die EZB und die Hrvatska narodna banka haben eine neue Swap-Vereinbarung geschlossen mit der die Kroatische Nationalbank bis zu 2 Mrd EUR gegen kroatische Kuna bei der EZB aufnehmen kann. Die Laufzeit bei einer Inanspruchnahme beträgt jeweils höchstens drei Monate. Die Swap-Vereinbarung bleibt bis zum 31. Dezember 2020 in Kraft.
7. April 2020	Die Kriterien für notenbankfähige Sicherheiten werden für die Dauer der Pandemiekrise – gekoppelt an die Laufzeit des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) – gelockert. Dabei gelten gelockerte Bedingungen, zu denen Kreditforderungen an Unternehmen und private Haushalte als Sicherheiten im „Rahmen für zusätzliche Kreditforderungen“ (Additional Credit Claims – ACC) akzeptiert werden. Weiters werden die allgemein geltenden Richtlinien für Sicherheiten erweitert, zum Beispiel durch den Wegfall des Mindestbetrags für nationale Kreditforderungen, damit auch Kreditforderungen an kleine Unternehmen als Sicherheiten genutzt werden können. Zudem werden nun von der Hellenischen Republik begebene Schuldtitel als Sicherheiten akzeptiert. Schließlich werden die Bewertungsabschläge für Sicherheiten um einen fixen Faktor von 20% verringert, sodass sich ihr belehnbarer Wert erhöht.
2. April 2020	Der EZB-Rat kommt überein, den Zeitrahmen für die Überprüfung der geldpolitischen Strategie auszuweiten. Der Termin für den Abschluss der Strategieüberprüfung wird daher von Ende 2020 auf Mitte 2021 verschoben. Die Veranstaltungen der Reihe „Das Eurosystem hört zu“, die von der EZB und den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ursprünglich für die erste Jahreshälfte 2020 geplant waren, sollen jetzt in der zweiten Jahreshälfte stattfinden. Der Termin für das jährlich stattfindende ECB Forum on Central Banking in Sintra wird auf den 10. bis 12. November 2020 verlegt.

23. März 2020	Ab sofort bieten die EZB und andere große Zentralbanken täglich Geschäfte in US-Dollar mit einer Laufzeit von sieben Tagen an (und nicht mehr nur wöchentlich). Geschäfte mit einer Laufzeit von 84 Tagen werden weiterhin wöchentlich angeboten. Der neue Rhythmus gilt bis mindestens Ende April 2020.
20. März 2020	Die EZB und die Danmarks Nationalbank haben eine Swap-Vereinbarung reaktiviert und den Höchstbetrag, der von der dänischen Notenbank aufgenommen werden kann, von 12 auf 24 Mrd EUR angehoben. Damit wird der Danmarks Nationalbank ermöglicht, den dänischen Finanzinstituten Liquidität in Euro zur Verfügung zu stellen. Die Vereinbarung bleibt so lange wie erforderlich bestehen.
18. März 2020	<p>Der EZB-Rat beschließt ein neues zeitlich befristetes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten des privaten und öffentlichen Sektors, um den ernsten Risiken entgegenzuwirken, die der Ausbruch und die rasant zunehmende Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) für die geldpolitische Transmission und die Aussichten des Euroraums darstellen. Das neue Pandemie-Notfallankaufprogramm (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) wird einen Gesamtumfang von 750 Mrd € haben. Die Ankäufe werden solange durchgeführt, bis die Coronavirus-Krise überstanden ist, jedenfalls aber bis Ende 2020. Im PEPP werden alle Kategorien von Wertpapieren, die im Rahmen des bereits bestehenden Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (APP) zugelassen sind, angekauft. Zudem werden von der griechischen Regierung begebene Wertpapiere, die im APP nicht zugelassen sind, erworben.</p> <p>Ferner weitert der EZB-Rat die Bandbreite ankauffähiger Vermögenswerte im Programm zum Ankauf von Wertpapieren des Unternehmenssektors (CSPP) auf Commercial Paper von Nichtfinanzunternehmen aus, sodass alle Commercial Paper mit ausreichender Bonität im Rahmen des CSPP angekauft werden können.</p> <p>Schließlich werden die Anforderungen an notenbankfähige Sicherheiten gelockert. Insbesondere wird der „Rahmen für zusätzliche Kreditforderungen“ (Additional Credit Claims – ACC) auf Unternehmenskredite ausgeweitet.</p>
15. März 2020	Die Bank of Canada, die Bank of England, die Bank von Japan, die Europäische Zentralbank, die Federal Reserve und die Schweizerische Nationalbank haben sich in einer koordinierten Aktion zur Stärkung der US-Dollar Liquiditätsversorgung darauf verständigt, den Zinssatz bei den unbefristeten Swap-Vereinbarungen in US-Dollar um 25 Basispunkte herabzusetzen. Als neuer Zinssatz gilt somit der US-Dollar-Overnight-Index-Swapsatz (USD-OIS-Satz) zuzüglich 25 Basispunkten. Die EZB bietet zusätzlich zu den Geschäften mit einwöchiger Laufzeit nun auch wöchentlich US-Dollar Geschäfte mit einer Laufzeit von 84 Tagen an.
12. März 2020	<p>Der EZB-Rat beschließt umfangreiche geldpolitische Maßnahmen als Antwort auf die wirtschaftlichen Folgen der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19):</p> <p>1) Vorübergehend werden zusätzliche längerfristige Refinanzierungsgeschäfte (LRG) durchgeführt, um für das Euro-Finanzsystem unmittelbar Liquiditätsunterstützung zur Verfügung zu stellen. Sie werden als Mengentender mit Vollzuteilung ausgestaltet sein und ihr Zinssatz wird dem durchschnittlichen Zinssatz für die Einlagefazilität entsprechen. Mit den LRGen soll der Zeitraum bis zum nächsten TLTRO III im Juni 2020 überbrückt werden.</p> <p>2) Der Zinssatz für alle bis Juni 2021 angebotenen TLTRO III wird 25 Bp. unter dem durchschnittlichen Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegen. Bei Geschäftspartnern, die das Volumen ihrer Kreditvergabe aufrechterhalten, wird der Zinssatz für diese Geschäfte niedriger sein; er kann bis zu 25 Bp. unter dem durchschnittlichen Zinssatz für die Einlagefazilität liegen. Darüber hinaus wird der Höchstbetrag der von Geschäftspartnern aufgenommen TLTRO III-Mittel auf 50% des Bestands an anrechenbaren Krediten erhöht.</p>

12. März 2020 (Fortsetzung)	<p>3) Bis Ende 2020 wird vorübergehend ein Rahmen zusätzlicher Nettoankäufe von Vermögenswerten in Höhe von 120 Mrd € eingerichtet, um einen starken Beitrag der Programme zum Ankauf von Vermögenswerten des privaten Sektors zu gewährleisten. Zudem werden die APP-Nettoankäufe von Vermögenswerten so lange fortgesetzt werden, wie dies für die Verstärkung der akkommodierenden Wirkung der Leitzinsen erforderlich ist. Sie werden beendet werden, kurz bevor mit der Erhöhung der EZB-Leitzinsen begonnen wird.</p> <p>4) Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität werden unverändert bei 0 %, 0,25% bzw. -0,50% belassen. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die EZB-Leitzinsen so lange auf ihrem aktuellen oder einem niedrigeren Niveau bleiben werden, bis er feststellt, dass sich die Inflationsaussichten in seinem Projektionszeitraum deutlich einem Niveau annähern, das hinreichend nahe, aber unter 2 % liegt, und dass sich diese Annäherung in der Dynamik der zugrunde liegenden Inflation durchgängig widerspiegelt.</p> <p>5) Die Tilgungsbeträge der im Rahmen des APP erworbenen Wertpapiere werden weiterhin bei Fälligkeit für längere Zeit über den Zeitpunkt hinaus, zu dem der EZB-Rat mit der Erhöhung der Leitzinsen beginnt, vollumfänglich wieder angelegt und in jedem Fall so lange wie erforderlich, um günstige Liquiditätsbedingungen und eine umfangreiche geldpolitische Akkommodierung aufrechtzuerhalten.</p>
24. Februar 2020	Die EZB und die 19 NZBen des Euroraums, die gemeinsam das Eurosystem bilden, rufen die Menschen und Organisationen im Eurogebiet auf, Ideen einzubringen und sich dazu zu äußern, wie die EZB ihre Geldpolitik innerhalb der Vorgaben des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union durchführt.
30. Jänner 2020	<p>Die EZB äußerte ihr Bedauern darüber, dass das Vereinigte Königreich die Europäische Union verlässt. Sie begrüßt jedoch die Ratifizierung des Abkommens über einen geordneten Austritt des Vereinigten Königreichs. Im März 2019 hatten die EZB und die Bank of England eine Devisenswap-Vereinbarung aktiviert. Diese sieht vor, dass die Bank of England britischen Banken auf wöchentlicher Basis Euro leihen kann und das Eurosystem bereit steht, im Bedarfsfall Pfund-Sterling an Banken im Euro-Währungsgebiet zu verleihen. Dadurch verringern sich die möglichen Stressfaktoren für das Finanzsystem.</p> <p>Die Bank of England scheidet aus dem Europäischen System der Zentralbanken aus. Der Anteil der Bank of England am gezeichneten Kapital der EZB in Höhe von 14,3% wird auf der Basis eines aktualisierten Kapitalschlüssels auf die nationalen Zentralbanken des Euro-Währungsgebiets und die verbleibenden NZBen außerhalb des Euroraums aufgeteilt. Das gezeichnete Kapital der EZB wird sich nach dem Ausscheiden der Bank of England aus dem Europäischen System der Zentralbanken unverändert auf 10,8 Mrd € belaufen.</p>
23. Jänner 2020	Der EZB-Rat hat heute mit einer Überprüfung der geldpolitischen Strategie begonnen. Die geldpolitische Strategie wurde 1998 festgelegt, und einige Strategieelemente wurden zuletzt im Jahr 2003 präzisiert. Ein Schwerpunkt wird dabei auf der quantitativen Formulierung von Preisstabilität und den Ansätzen und Instrumenten liegen, mit denen Preisstabilität erreicht wird. Der Prozess soll bis Jahresende 2020 abgeschlossen sein. Der EZB-Rat wird sich von zwei Grundsätzen leiten lassen: einer gründlichen Analyse und Offenheit. Das Eurosystem wird dementsprechend die Zusammenarbeit mit allen Interessenträgern suchen.

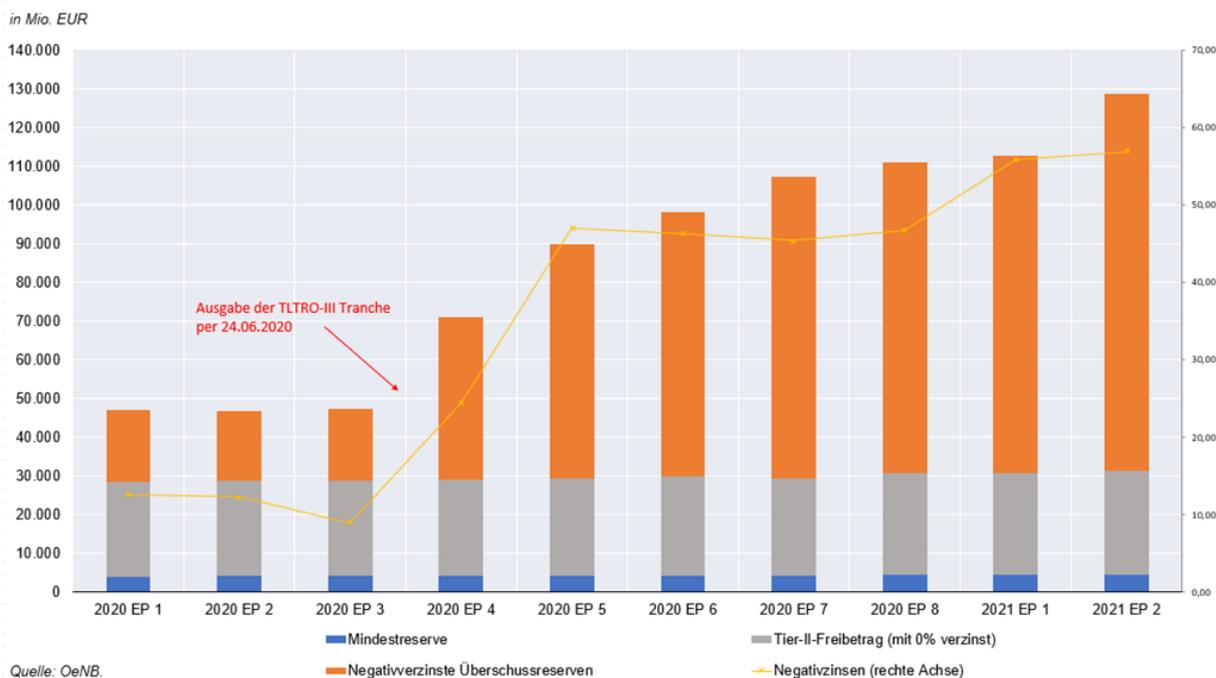
Quelle: EZB.

Mindestreserveguthaben stiegen in Österreich überdurchschnittlich stark an (2. Mindestreserve-Erfüllungsperiode 2021)⁶

Ein erheblicher Anstieg der Kontoguthaben österreichischer Institute bei der OeNB verursachte während der letzten 12 Monate eine Vervielfachung der im Rahmen der Mindestreserve verbuchten Negativzinsen. In der 2. EP (Erfüllungsperiode) 2021 (17.03.2020 – 27.04.2021, 42 Tage) zahlten die Banken knapp 57 Mio EUR an Negativzinsen. Hierbei handelt es sich um einen höheren Wert als in der Vorperiode (55,8 Mio EUR), obwohl diese eine Woche länger dauerte. Insgesamt kann im Jahresvergleich eine beträchtliche Erhöhung der Zinszahlungen beobachtet werden. So zahlten österreichische Institute in der 2. EP 2020 trotz längerer Dauer nur 12,3 Mio EUR an Negativzinsen im Rahmen der Mindestreserve.

Grafik 1

Historische Entwicklung der Überschussreserven und Zinszahlungen der Banken je Mindestreserve-Erfüllungsperiode

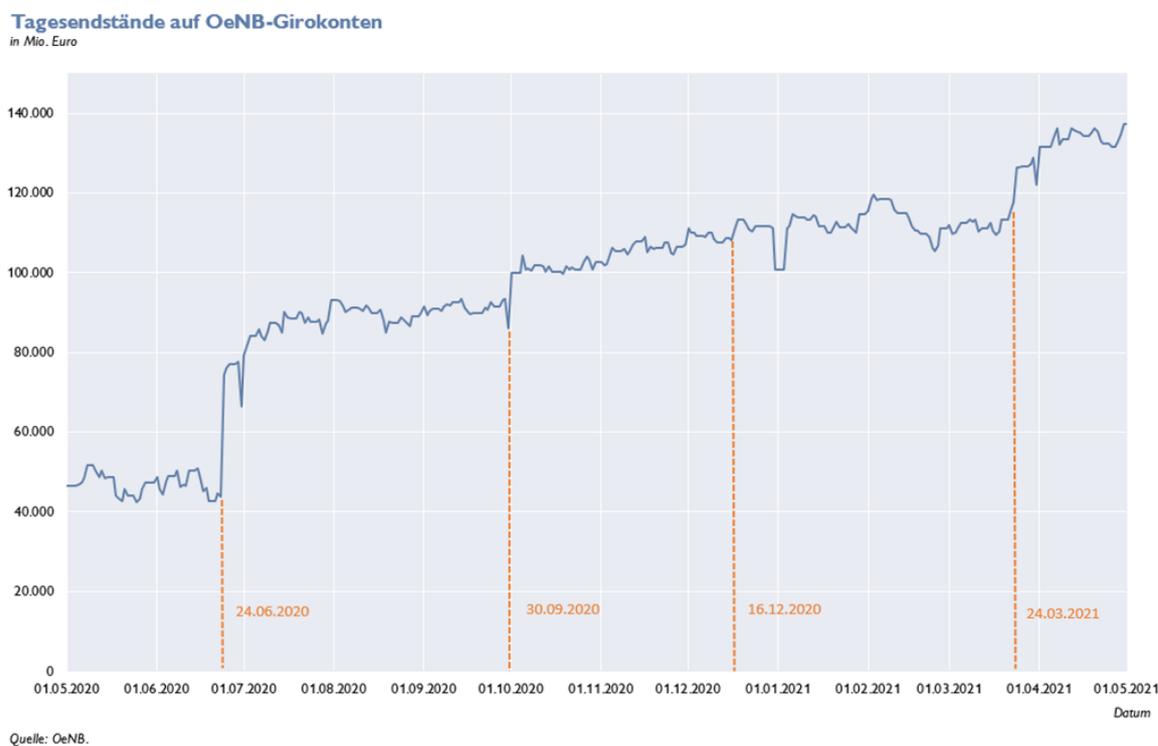


Grafik 1 zeigt die Entwicklung der auf Mindestreserve-Konten gehaltenen Guthaben österreichischer Kreditinstitute bei der OeNB. Neben dem Teil, welcher für die Erfüllung der Mindestreserve benötigt wird, werden auch die Überschussreserven – untergliedert nach dem Tier-II-Freibetrag mit 0%-Verzinsung bzw. den negativ verzinsten Überschussreserven – und der sich daraus ergebenden Zinslast, dargestellt. Demnach stiegen die Überschussreserven österreichischer Banken seit der 2. EP 2020 (42,6 Mrd EUR) stetig an und erreichten in der 2. Erfüllungsperiode 2021 mit 124,3 Mrd EUR einen neuen Höchststand. Die Zinslast der Banken stieg im Jahresvergleich überproportional stark an, da der Tier-II-Freibetrag, welcher Guthaben auf OeNB-Girokonten bis zum 6-fachen Mindestreserve-Soll von der negativen Verzinsung

⁶ Autor: Benjamin Haschka (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken)

ausnimmt, bereits im Vorjahr fast vollständig ausgereizt wurde. Zum letztverfügbaren Zeitpunkt nutzten österreichische Institute die mit 0,00% verzinste Freibeträge praktisch zur Gänze aus.

Grafik 2



Eine übersichtliche Darstellung der Tagesendstände von Einlagen österreichischer Banken auf OeNB-Girokonten im Zeitraum von Mai 2020 bis Juni 2021 zeigt Grafik 2. Bei genauerer Betrachtung ist seit Beginn der im Zuge des TLTRO III-Programmes für Banken besonders günstigen „Special Interest Rate Period“, welcher mit einer deutlichen Erhöhung der Borrowing Allowances zusammenfiel (24. Juni 2020), ein steigender Trend der auf OeNB-Girokonten gehaltenen Guthaben ersichtlich. Im speziellen kommt es zu den quartalsweise stattfindenden Auszahlungszeitpunkten der TLTRO-III-Tranchen auch zu sprunghaften Anstiegen der aushaftenden Guthaben auf OeNB-Girokonten.

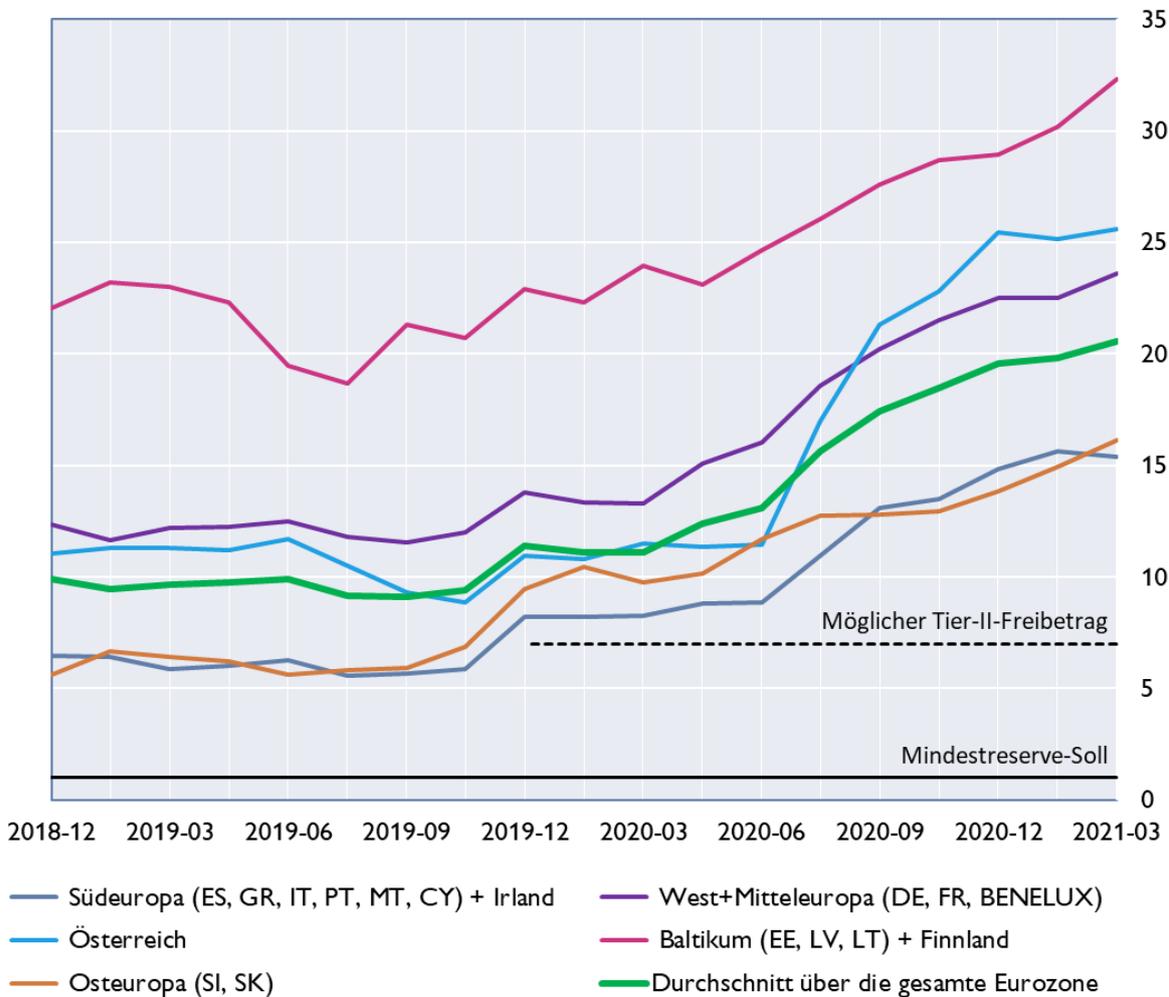
Steigende Überschussreserven haben sich auch im Euroraum insgesamt beobachten lassen, wenngleich die Entwicklungen in den einzelnen Mitgliedsländern unterschiedlich stark ausgeprägt waren. Bei allen Euroraum-Mitgliedsländern sind die Überschussreserven im Verlauf der letzten zwei Jahre deutlich angestiegen, wenngleich sich die Höhe der Überschüsse zwischen den Ländern deutlich unterscheidet. Während südlich gelegene und osteuropäische Mitgliedstaaten (wie z.B. Spanien, Italien oder Portugal) sowie Irland auf vergleichsweise niedrigem Niveau steigende Mindestreserveguthaben aufweisen, halten am aktuellen Rand Banken aus Lettland, Estland, Litauen und Finnland durchschnittlich mehr als das 30-fache ihres Mindestreserve-Solls auf Konten ihrer NZB. Auffällig ist, dass insbesondere in den südlichen Mitgliedstaaten, wo sich das Kreditwachstum von Unternehmen mit Ausbruch der Pandemie am stärksten ausgeweitet hat (z.B. von -1,2% auf 9,1% in Spanien), die Mindestreserveguthaben bzw. die Überschussreserven deutlich unter dem Euroraum-Durchschnitt liegen. Das Aggregat aller Euroländer wird im hohen Maße durch die Entwicklungen in Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten getrieben, deren Guthaben mehr als zwei Drittel der Gesamtguthaben ausmachen. Österreich sticht im Vergleich mit den anderen Euroraum-Mitgliedsländern mit einem besonders starken Anstieg ab Juni 2020 hervor. Österreichische Institute hielten während der 2. Erfüllungsperiode 2021 in

Summe mehr als das 25-fache ihrer Mindestreservepflicht bei der OeNB und lagen damit deutlich über dem Euroraum-Durchschnittswert.

Grafik 3

Entwicklung der Kennzahl Mindestreserveguthaben / Mindestreserve-Soll

Entwicklung der gehaltenen Einlagen im Rahmen der Mindestreserve im Verhältnis zum erforderlichen Mindestreserve-Soll



2020 - Ein außergewöhnliches Jahr mit außenwirtschaftlichen Folgen⁷

Österreichs gesamte Exporte brachen im Jahr 2020 infolge der COVID-19-Pandemie ebenso wie die Importe um jeweils 15% ein. Die Leistungsbilanz ergab einen Überschuss von 9,5 Mrd EUR bzw. 2,5% des BIP, da sowohl der Güterhandel (+5,3 Mrd EUR) als auch der Reiseverkehr (+8,0 Mrd EUR) bei jeweils deutlich geringeren Bruttoströmen positiv bilanzierten. Das Plus im Tourismus resultierte aus einem Rückgang der Reiseverkehrausgaben Österreichs im Ausland (-59%), der jenen der entsprechenden Einnahmen (-40%) übertraf.

Im Güterverkehr verzeichneten die Exporterlöse im Jahr 2020 ein Minus von 7% und beliefen sich auf 142 Mrd EUR. Den stärksten Rückgang zeigten mit Maschinen und Fahrzeugen (-12%) sowie bearbeiteten Waren (-10%) jene Produktgruppen, die das größte Gewicht im österreichischen Güterexport haben. Auch die Ausfuhr aller übrigen wesentlichen Exportgüter war 2020 rückläufig. Unternehmensbezogene Dienstleistungsexporte fielen im Jahr 2020 ebenfalls um 7% geringer aus als im Vorjahr, wobei der Personentransport (-50%) besonders schwer betroffen war. Die Güterimporte sind insgesamt um -9% auf 136 Mrd EUR gesunken, wobei neben Maschinen und Fahrzeugen vor allem der Bereich Brennstoffe und Energie, der fast zur Gänze durch den rückläufigen Ölpreis bestimmt wurde, betroffen war. Wichtigster Handelspartner Österreichs blieb auch im Verlauf der Pandemie Deutschland. Importseitig gewannen China (+3%) und die Schweiz (+8%) weiter an Bedeutung.

Der Reisverkehrssaldo reagierte stark auf die pandemiebedingten Schließungen im zweiten und vierten Quartal. Während das erste Quartal von Einschränkungen noch weitgehend unberührt war und im dritten Quartal gelockerte Maßnahmen den Sommertourismus größtenteils zuließen, brachen die Reiseverkehreinnahmen im zweiten und vierten Quartal um mehr als 80% ein.

Leistungsbilanz							Tabelle 1			
Gesamtexporte und -importe in Mrd EUR	2019			2020			Veränderung in %		Veränderung absolut	
	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe	Exporte	Importe
Güter	152,5	149,6	3,0	141,7	136,4	5,3	-7%	-9%	-10,9	-13,2
Dienstleistungen	68,2	58,4	9,8	56,8	48,9	7,9	-17%	-16%	-11,4	-9,4
hiervon Dienstleistungen ohne Reiseverkehr	47,7	48,0	-0,3	44,5	44,7	-0,1	-7%	-7%	-3,2	-3,3
hiervon Reiseverkehr	20,5	10,4	10,1	12,3	4,3	8,0	-40%	-59%	-8,2	-6,1
Einkommen i. w. S.	35,7	37,2	-1,5	20,2	23,8	-3,7	-44%	-36%	-15,5	-13,4
Gesamt	256,4	245,2	11,3	218,7	209,2	9,5	-15%	-15%	-37,8	-36,0

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Vorläufige Daten für 2020.

Die Kapitalbilanz, die spiegelbildlich zur Leistungsbilanz im historischen Vergleich durchwegs positive Salden aufwies, zeigte im Jahr 2020 ein Plus von 5,2 Mrd EUR. Dieses Ergebnis liegt deutlich unter dem Vergleichswert 2019 (+16,9 Mrd EUR). Überschüsse erzielte Österreich vor allem aus grenzüberschreitenden Unternehmensbeteiligungen, die 2020 per Saldo +10,5 Mrd EUR ergaben. Österreich setzt dabei nach wie vor einen deutlichen regionalen Schwerpunkt in Mittel- und Osteuropa. Im Jahr 2020 hatte Österreich sowohl aktiv- als auch passivseitig

⁷ Autoren: Erza, Aruqaj, Matthias Fuchs, Lisa Reitbrecht (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken)

negative Flüsse zu verzeichnen, die von einzelnen großen Fällen dominiert wurden und nicht mit der Pandemie im Zusammenhang standen.

Der Forderungsaufbau aus Wertpapieren in Höhe von 18,3 Mrd EUR (+10,2 Mrd EUR im Vorjahr) geht mit 11,1 Mrd EUR auf österreichische Banken zurück, die nach einer längeren Abbauphase wieder vermehrt in Banktitel und Staatsanleihen investieren. Darüber hinaus ist ein „Pandemieeffekt“ beim Anlageverhalten der privaten Haushalte zu beobachten. So flossen 1,7 Mrd EUR in ausländische Aktien und weitere 1,8 Mrd EUR in ausländische Investmentfonds.

Noch deutlicher stiegen die Wertpapierverpflichtungen an (+32,8 Mrd EUR). Die Emissionstätigkeit des Staats zur Finanzierung von Hilfsmaßnahmen nahm 2020 deutlich zu, wobei Anleihen im Ausmaß von netto 12 Mrd EUR von ausländischen Investoren gekauft wurden. Gleichzeitig refinanzierten sich Unternehmen im Ausland, um Liquidität für länger geplante Investitionen zu generieren.

Kapitalbilanz

Transaktionen; in Mrd EUR

Tabelle 2

	Tabelle 2									
	Q1 19	Q2 19	Q3 19	Q4 19	2019	Q1 20	Q2 20	Q3 20	Q4 20	2020
Kapitalbilanz	5,8	2,1	5,3	3,7	16,9	4,8	-2,8	4,5	-1,3	5,2
Direktinvestitionen	-0,9	3,0	1,4	3,1	6,7	2,2	-1,3	6,7	2,8	10,5
Forderungen	1,8	7,0	11,8	-21,4	-0,8	2,0	-5,0	-6,1	-3,5	-12,7
SPEs	1,1	3,0	7,9	-22,6	-10,5	-0,3	-0,2	-4,7	-4,5	-9,8
Liegenschaften	0,0	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,2
Direktinvestitionen i. e. S	0,7	3,9	3,8	1,2	9,5	2,2	-4,9	-1,4	1,0	-3,1
Verbindlichkeiten	2,7	3,9	10,4	-24,5	-7,5	-0,2	-3,8	-12,8	-6,4	-23,2
SPEs	0,1	1,8	12,2	-22,2	-8,0	-0,6	0,0	-5,2	-1,9	-7,7
Liegenschaften	-0,1	-0,0	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Direktinvestitionen i. e. S	2,7	2,1	-1,8	-2,3	0,7	0,4	-3,8	-7,6	-4,5	-15,5
Portfolioinvestitionen	-1,1	-2,6	0,2	-1,8	-5,3	-8,4	-12,7	6,7	-0,1	-14,5
Forderungen	2,5	2,7	2,2	2,8	10,2	-0,3	9,1	0,4	9,1	18,3
Verbindlichkeiten	3,6	5,3	2,0	4,6	15,6	8,1	21,7	-6,2	9,2	32,8
Sonstige Investitionen	7,9	1,3	3,0	2,2	14,4	10,5	11,3	-9,4	-5,8	6,6
Forderungen	18,5	4,3	-0,4	-9,0	13,4	10,3	5,6	-1,7	-21,2	-7,0
Verbindlichkeiten	10,6	3,0	-3,4	-11,1	-1,0	-0,2	-5,7	7,7	-15,4	-13,7
Finanzderivate	-0,0	0,1	0,4	0,9	1,4	-0,4	0,3	0,6	0,6	1,1
Währungsreserven	-0,0	0,2	0,3	-0,7	-0,2	0,9	-0,5	-0,1	1,2	1,5

Quelle: OeNB.

Spezielle Kurzanalysen

Öffnungen im Mai führen zu deutlicher Belebung im Tourismus – Nächtigungsrückgang im Gesamtjahr kann aber nicht verhindert werden⁸

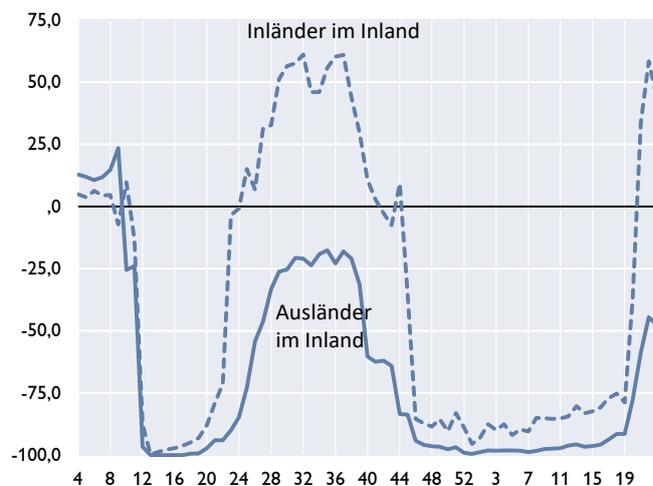
Behördliche Schließungen Mitte Mai ausgelaufen, starker Anstieg zu Pfingsten

Nach einer Sperre von über einem halben Jahr durften am 19. Mai die Hotellerie- und Gastronomiebetriebe in Österreich, unter vorerst strengen Auflagen, wieder öffnen. Die Ausgaben der Inländer in Hotelbetrieben (erhoben mittels Zahlungskartendaten) verzeichnen bereits seit Mitte Februar 2021 einen leicht ansteigenden Trend, wirklich sprunghaft sind die Ausgaben der Inländer in der Kalenderwoche 21 – der Pfingstwoche gestiegen. In den drei Wochen seit der Wiederöffnung liegen die Ausgaben der Inländer im Durchschnitt um 45% über jenen im Jahr 2019 und somit bereits auf dem Niveau vom Juli 2020. Die Ausgaben von ausländischen Gästen beschleunigten sich mit der Wiederöffnung ebenso, lagen in den ersten drei Öffnungswochen jedoch im Durchschnitt weiterhin knapp 60% unter den Werten des Jahres 2019. Im Rahmen der Juni-Prognose hat die OeNB eine Schätzung der Nchtigungen für das Jahr 2021 vorgenommen. Demzufolge erwartet sie einen Rückgang der Nchtigungen von 16,5% im Vergleich zum Jahr 2020 sowie von 46,5% im Vergleich zum Jahr 2019.

Ab Mitte September 2020 dämpften die Reiseverkehrswarnungen diverser Länder die Reiseverkehrstätigkeit ausländischer Gäste Richtung Österreich. Die behördliche Schließung der Gastronomie und Hotellerie zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie erfolgte Anfang November 2020. Sie dauerte 6 ½ Monate. Am 19. Mai durften die Betriebe unter vorerst strengen Auflagen wieder öffnen. Die zentrale Regel sowohl für die Hotellerie als auch die Gastronomie lautet „3G“: Getestet, Geimpft, Genesen. Im europäischen Vergleich wird in Österreich deutlich mehr getestet und Österreich zählt zu jenen EU-Ländern mit den größten Impffortschritten.

Zahlungskartenumsätze im Reiseverkehr

Veränderung gegenüber Vorjahres- bzw seit
KW10-2021 gegenüber der Vorkrisenwoche in %



Quelle: Zahlungsdiensteanbieter, eigene Berechnungen.

KW

Somit konnten Öffnungsschritte früher als in einigen Nachbarländern erfolgen. Gleichzeitig sind in den meisten kontinentaleuropäischen Staaten angesichts sinkender Neuansteckungszahlen im Laufe des Frühjahres Reiseeinschränkungen zurückgenommen worden. Damit sind die Voraussetzungen für eine deutliche Belebung im Tourismus gegeben.

Die OeNB kann die Entwicklung im Tourismus mit Hilfe von Zahlungskartenumsätzen in Echtzeit verfolgen. Seit dem Frühjahr 2020 stehen Umsatzdaten der größten Zahlungskartenanbieter für den österreichischen Markt für die Analyse zur Verfügung.

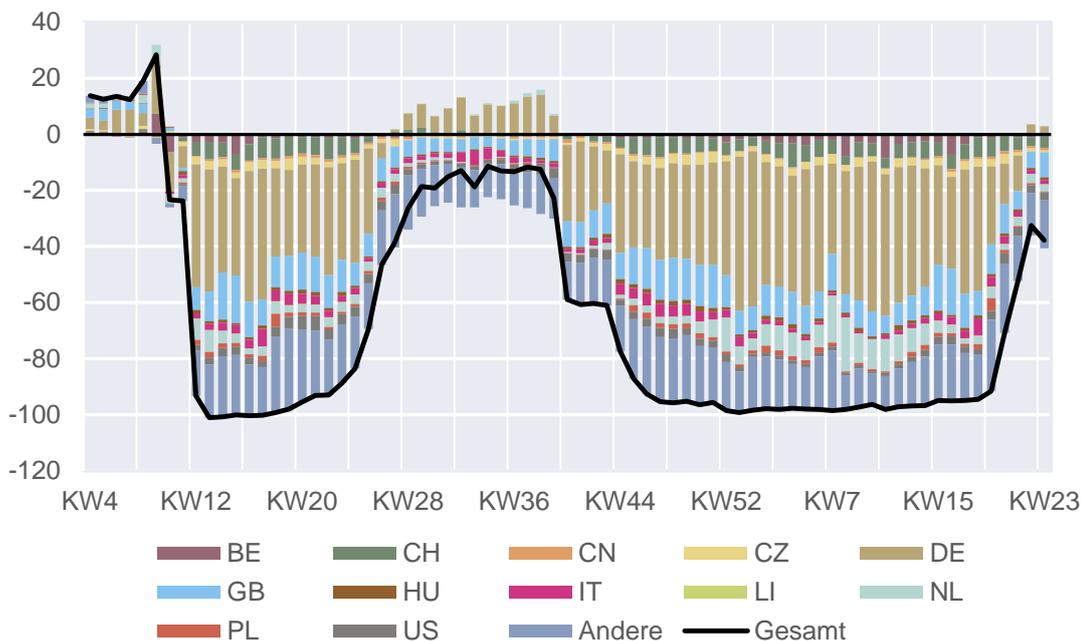
⁸ Autor: Klaus Vondra (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Hierbei werden Beherbergungsbetriebe als eigene Kategorie ausgewiesen, die Daten liegen auf Wochenbasis sowohl für Gäste aus dem Inland als auch aus dem Ausland vor. Die Umsätze werden im Vergleich zum Vorkrisenniveau gezeigt.⁹ Die Ausgaben der Inländer verzeichnen seit Mitte Februar 2021 einen leicht ansteigenden Trend. Neben Geschäftsreisen und Kuraufenthalten dürften auch zunehmend Vorreservierungen getätigt worden sein. Wirklich sprunghaft gestiegen sind die Ausgaben der Inländer in der Kalenderwoche 21 – der Pfingstwoche. In den drei Wochen seit der Wiederöffnung liegen die Ausgaben der Inländer im Durchschnitt um 45% über jenen im Jahr 2019 und somit bereits auf dem Niveau vom Juli 2020 – der aktuelle Anstieg erfolgte somit deutlich schneller als im Sommer 2020, die kommenden Wochen werden zeigen, ob sich diese Tendenz auch bestätigt. Die Ausgaben von ausländischen Gästen beschleunigten sich mit der Wiederöffnung ebenso, lagen in den letzten drei Wochen jedoch im Durchschnitt weiterhin knapp 60% unter den Werten des Jahres 2019.

Mit Hilfe der Zahlungskartendaten können die Zahlungen der ausländischen Gäste nach Herkunftsland aufgeschlüsselt werden.¹⁰ Hierbei zeigt sich in den ersten Öffnungswochen ein überaus heterogenes Bild. Bis zur KW19 lagen die Rückgänge (im Vergleich zu 2019) bei allen Ländern zwischen 87%-97%. Während es keinerlei Änderung von Ausgaben chinesischer

Ausgaben ausländischer Gäste in Hotels und Restaurants mittels Zahlungskarten nach Herkunftsländern

Wachstumsbeiträge der Länder in Prozentpunkten;
Veränderung zur Vorkrisenwoche in %



Quelle: Zahlungsdiensteanbieter, eigene Berechnungen.

⁹ Bis zur Kalenderwoche 9/2021 werden die Umsätze im Vergleich zur Vorjahreswoche gezeigt. Ab der Kalenderwoche 10/2021 (8. März 2021) erfolgt der Vergleich jedoch zur entsprechenden Woche im Jahr 2019, da ab diesem Zeitpunkt ein ausgeprägter Basiseffekt zu starken Verzerrungen bei der Vorjahresdarstellung führen würde. Die Kalenderwoche 21 (Pfingsten) und 22 (Fronleichnam) stellen eine Ausnahme dar, als dass diese Wochen mit den KW24 und 25 im Jahr 2019 verglichen werden – jenen Wochen, in denen 2019 die Feiertage lagen.

¹⁰ Die Gesamtergebnisse in den beiden Grafiken für die Ausgaben von Ausländern im Inland unterscheiden sich geringfügig, da in der regionalen Aufteilung die Daten von nur einem Zahlungskartendienstleister erfasst sind und in der Übersichtsgrafik zwei Dienstleister betrachtet werden.

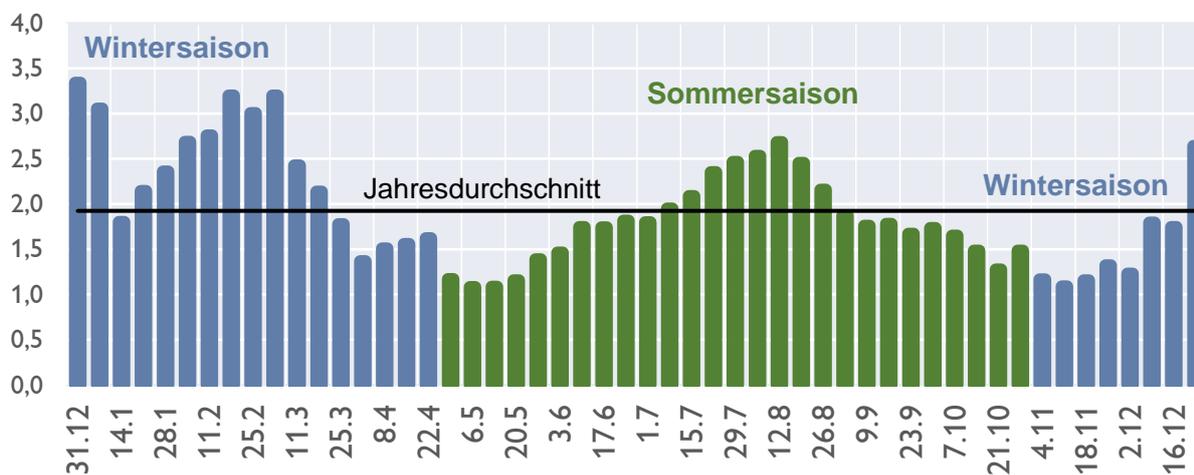
Touristen gab und auch die Rückgänge vis-a-vis dem Vereinigten Königreich, Ungarn, den Niederlanden und den USA (in KW 23 zwischen 68%-73%) nur geringfügig kleiner wurden, kam es zu einer Verbesserung gegenüber Belgien, der Schweiz und Italien (nun jeweils -55%). Der Umsatzrückgang von Gästen aus Tschechien und Polen reduzierte sich auf rund -30%. Eine starke Verbesserung zeigt sich hingegen beim wichtigsten Herkunftsland Deutschland: hier wurden in den letzten zwei Wochen sogar höhere Umsätze verzeichnet als in den Vergleichswochen im Jahr 2019. Das lässt darauf schließen, dass etwa gleich viele Nächtigungen erfolgten wie 2019¹¹. Im Vergleich zur Entwicklung im Sommer 2020 deutet die Entwicklung Ende Mai / Anfang Juni 2021 darauf hin, dass die Erholung schneller erfolgt als im Vorjahr.

Totalausfall der Wintersaison kann vom Sommertourismus nicht kompensiert werden

Auf Basis der Zahlungskartenumsätze fielen 2019 sieben der zehn umsatzstärksten Wochen des heimischen Tourismus in die Zeit zwischen Jänner und Mitte März. Gemessen am Umsatz ist somit der Wintertourismus wichtiger als der Sommertourismus. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Gründe: (1) Die Auslastung: Bei einer zuletzt kontinuierlich steigenden Anzahl an Gästebetten verzeichnen die Beherbergungsunternehmen im Winter eine höhere Buchungslage. (2) Die durchschnittlichen Ausgaben pro Person und Tag übersteigen im Winter jene vom Sommer um beinahe 20 %. Dies erklärt sich durch höhere Preise für die Unterkunft, Speisen und Getränke sowie „Mobilität vor Ort“ (v. a. Liftkarten) im Winter, aber auch die unterschiedliche Kaufkraft der Touristen.

Anteil an den gesamten im Jahr 2019 mit Zahlungskarten getätigten Gästebudgets in österreichischen Beherbergungsbetrieben

Kalenderwochen in %



Quelle: Zahlungsdiensteanbieter, eigene Berechnungen.

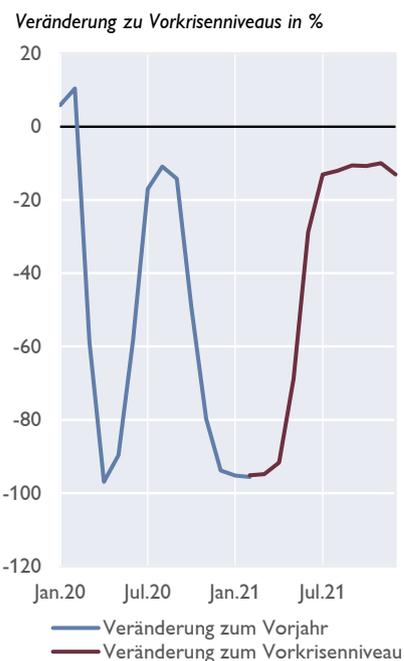
Aufgrund der Schließungen von Beherbergungsbetrieben im Frühjahr sowie Winter 2020 ging die Anzahl der Nächtigungen (Inländischer und ausländischer Gäste) im Jahr 2020 im Vergleich zum Jahr 2019 um beinahe 55 Mio. beziehungsweise 36% zurück. Im Rahmen der Juni-Prognose

¹¹ Durch die Covid-Pandemie kam es zu einer Verschiebung von Bar- hin zu Kartenzahlungen, weswegen die Entwicklung laut Zahlungskarten nach oben verzerrt ist. Bei ausländischen Gästen ist diese Verschiebung jedoch deutlich geringer als bei inländischen Gästen.

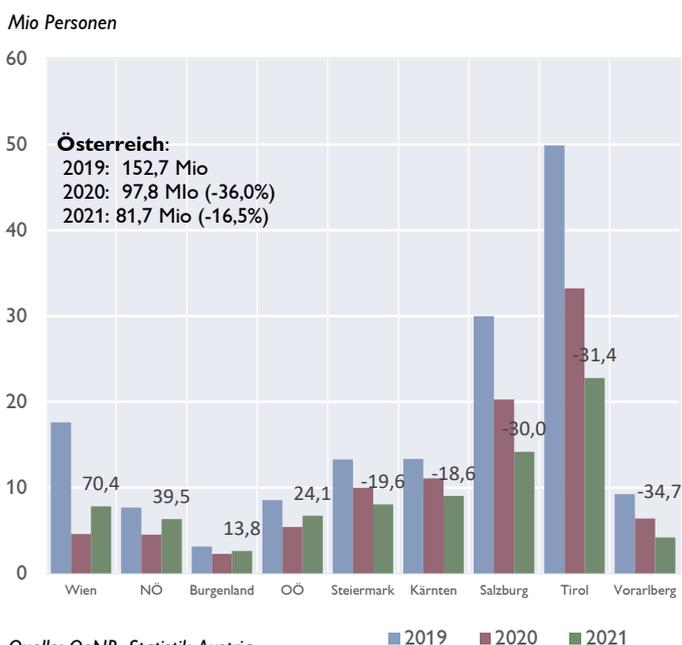
hat die OeNB eine Schätzung der Nächtigungen im Jahr 2021 vorgenommen.¹² Diese Schätzung beruht auf der Annahme, dass es im weiteren Jahresverlauf keine weiteren behördlichen Schließungen geben wird und im Mai und Juni wie im Jahr 2020 ein starker Aufwärtstrend erfolgt, allerdings das Niveau des Rekordjahres 2019 nicht erreicht werden kann, da es noch immer Einschränkungen vor allem bei Fernreisen geben wird. Angesichts der positiven Entwicklung in den letzten Wochen ist dies eine vorsichtige Einschätzung und es besteht ein gewisses Aufwärtsrisiko. Für das Gesamtjahr 2021 erwartet die OeNB einen Rückgang der Nächtigungen von 16,5% im Vergleich zum Jahr 2020 sowie von 46,5% im Vergleich zum Jahr 2019.

Tourismusentwicklung

Monatliche Nächtigungen



Nächtigungsprognose 2021 - regionale Verteilung



Die einzelnen Bundesländer zeigen eine unterschiedliche Entwicklung. Für Vorarlberg, Tirol, Salzburg, aber auch die Steiermark und Kärnten, deren Fokus stark auf dem Wintertourismus liegt, werden aufgrund des Ausfalls der Wintersaison 2020/21, ausgehend vom bereits niedrigen Niveau 2020, weitere deutliche Verluste erwartet. Im Gegensatz dazu dürften Nieder- und Oberösterreich und das Burgenland kleine Zuwächse verzeichnen. Wien als Großstadt kommt eine Sonderrolle zu; aufgrund des starken Fokus auf Überseemärkte sowie der hohen Bedeutung von Konferenzen, Veranstaltungen sowie Geschäftsreisen ist die Anzahl der Nächtigungen 2020 im Bundesländervergleich am stärksten eingebrochen. Ausgehend von diesem niedrigen Niveau wird 2021 mit einem deutlichen Zuwachs gerechnet, trotzdem liegen die Nächtigungszahlen 2021 um über 50% unter jenen von 2019 zu liegen kommen.

¹² Diese Schätzung basiert auf der differenzierten Entwicklung der einzelnen Bundesländer (mit unterschiedlichen touristischen Schwerpunkten) und der Entwicklung hinsichtlich der Herkunft der Touristen. Während für Inlandtouristen ab Juli sogar von einer leichten Zunahme gegenüber dem Vorkrisenniveau ausgegangen wird, bleiben die Übernachtungen von ausländischen Touristen weiterhin unter dem Vorkrisenniveau; der erwartete Rückgang nimmt mit der Entfernung der Herkunftsländer zu. Dies führt in Summe zu einem ansteigenden Anteil von Nächtigungen inländischer Touristen an den Gesamtnächtigungen (2019: 26%, 2021: 34%).

Ursachen des jüngsten Inflationsanstiegs in Österreich¹³

Die österreichische HVPI-Inflationsrate ist von 1,1 % im Jänner 2021 auf 3,0 % im Mai 2021 angestiegen. Für den Anstieg war zu zwei Drittel Energie verantwortlich, da die Rohölpreise nach einem Preisverfall im Jahr 2020 in den letzten Monaten stark zulegten. Auch die Nahrungsmittelpreise stiegen zuletzt sprunghaft an und erklären ein Fünftel des Inflationsanstiegs. Die Kerninflationsrate lag im Mai bei 2,5 % und somit nur um 0,5 Prozentpunkte höher als zu Jahresbeginn. Basiseffekte führten nicht nur im Energiesektor, sondern auch bei Konsumgütern zu höheren Preissteigerungsraten. Weiters ist davon auszugehen, dass sich die anziehenden Preise nicht-energetischer Rohstoffe sowie aktuelle Liefer- und Materialengpässe mittlerweile, wenn auch in geringem Ausmaß, in den Verbraucherpreisen widerspiegeln. Daneben beeinflussen pandemiebedingte Sondereffekte, wie Gewichtsveränderungen im HVPI-Warenkorb und Preisimputationen, nach wie vor die Inflationsentwicklung und trugen ebenfalls zu den steigenden Inflationsraten der letzten Monate bei. Die genannten inflationstreibenden Faktoren sind größtenteils temporärer Natur und werden in den nächsten Monaten auslaufen. Dies spiegelt sich zum Teil bereits in den rückläufigen Terminotierungen für Rohstoffpreise wider. Es ist somit davon auszugehen, dass der aktuell hohe Preisauftrieb nicht von Dauer sein wird.

Sprunghafter Anstieg der österreichischen Inflationsrate im Mai 2021

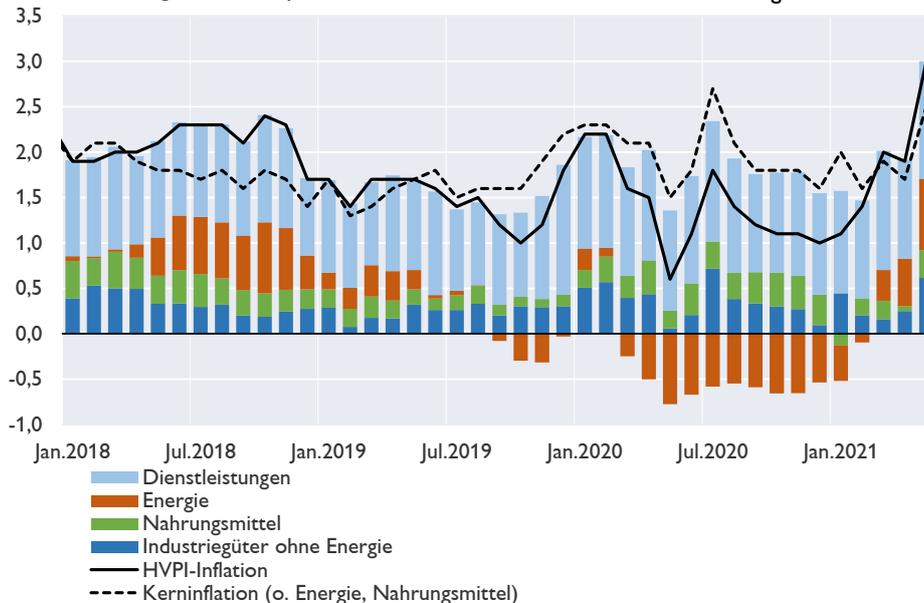
Die österreichische HVPI -Inflationsrate ist von 1,1 % im Jänner 2021 auf 1,9 % im April 2021 angestiegen. Im Mai 2021 legte die Teuerungsrate noch einmal kräftig zu und stieg auf 3,0 % an.

Grafik 1

Beiträge der Komponenten zur HVPI-Inflation

Änderungen gegenüber Vorjahr in %;
Inflationsbeiträge in Prozentpunkten

Letzte Beobachtung: Mai 2021.



Insbesondere Energie verteuerte sich seit Jahresbeginn deutlich und war zu rund 2/3 für den Anstieg der HVPI-Inflationsrate in den ersten fünf Monaten dieses Jahres verantwortlich. Die

¹³ Autoren: Friedrich Fritzer und Mirjam Salish (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Inflationsrate von Nahrungsmitteln (inklusive Alkohol und Tabak) fiel Anfang 2021 in den negativen Bereich, verzeichnete aber zuletzt ebenfalls einen sprunghaften Anstieg. Rund 1/5 des Inflationsauftriebs im bisherigen Jahresverlauf geht auf Nahrungsmittel zurück. Die ohne Energie und Nahrungsmittel berechnete Kerninflationsrate stieg von 2,0 % im Jänner 2021 auf 2,5 % im Mai 2021 an, wobei die Teuerungsrate von April auf Mai dieses Jahres eine markante Beschleunigung aufwies, während sie in den ersten vier Monaten dieses Jahres sogar zurückging.

Neben Österreich wiesen auch andere Länder des Euroraums deutliche Inflationsanstiege seit Jahresbeginn aus. In Litauen, Slowenien, Lettland, Luxemburg und Estland lag die Mai-Inflationsrate zwischen 2,9 und 3,3 Prozentpunkte über der Jänner-Inflation. Zypern, Spanien, Irland und Belgien verzeichneten Anstiege zwischen 1,9 und 2,4 Prozentpunkten. In Österreich betrug der Inflationsanstieg seit Jahresbeginn 1,9 Prozentpunkte, wobei der markante Anstieg von April auf Mai 2021 unter den Euroraumländern nur von Estland übertroffen wurde.

Basiseffekte treiben Inflationsraten von Energie und Industriegütern ohne Energie

Im Mai 2021 belief sich die Inflationsrate von Energie auf +10,6 % und war somit deutlich höher als im Jänner 2021 (-5,3 %). Ausschlaggebend dafür waren die in den letzten Monaten stark angestiegenen Rohölpreise, sowie der Basiseffekt¹⁴ des Rohölpreisverfalls im Vergleichszeitraum des Vorjahres. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres waren Basiseffekte für rund 60 % des Anstiegs der Energiepreisinflation verantwortlich.

Die Inflationsrate von Industriegütern ohne Energie verringerte sich in den ersten vier Monaten dieses Jahres (Jänner 2021: 1,5 %; April 2021: 0,8 %), stieg im Mai aber auf 2,1 % an. Ausschlaggebend dafür waren vor allem die Preise für Bekleidungsartikel und Schuhe, Möbel und Einrichtungsgegenstände sowie elektrische Geräte für die Körperpflege und Aufzeichnungsmedien. Insbesondere bei Bekleidung und Schuhen hat sich die Verschiebung der Ausverkaufsperiode inflationssteigernd ausgewirkt. Im Vorjahr führten pandemiebedingt volle Lager im Bekleidungshandel zu Abverkäufen im Mai. Da der Saisonschlussverkauf in diesem Jahr – wie üblich – erst im Juni startet, ist es im Mai 2021 zu einem inflationstreibenden Basiseffekt bei Bekleidung und Schuhen gekommen.

Preisanstiege bei nicht-energetischen Rohstoffen und Preisdruck auf vorgelagerten Produktionsstufen

In den letzten Monaten sind sowohl energetische als auch nichtenergetische Rohstoffpreise deutlich angestiegen. So lag etwa der HWWI-Gesamtindex¹⁵ ohne Energie im Mai 2021 65,5 % über dem Vorjahreswert. Die Preise für Eisenerz und Stahlschrott lagen im Mai 2021 um etwa 100 % über den Werten des Vorjahres, haben sich also verdoppelt. Ebenso wurden in den letzten Monaten markante Anstiege bei den Holzpreisen, aber auch agrarischen Rohstoffen und Nicht-Eisen Metallen verzeichnet. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Preisentwicklung laut

¹⁴ Mit Basiseffekt wird der Einfluss der gewählten Vergleichsbasis auf die aktuelle Inflationsrate bezeichnet. Da bei der Berechnung der Jahresteuerrate der aktuelle HVPI mit dem HVPI vor 12 Monaten verglichen wird, kann es vorkommen, dass eine hohe aktuelle Teuerungsrate vorwiegend durch vergleichsweise niedrige Vorjahres-Preise verursacht wird.

¹⁵ Der monatlich publizierte HWWI-Rohstoffpreisindex setzt sich aus drei Teilindizes (Energierohstoffe, Industrierohstoffe, Nahrungs- und Genussmittel) zusammen, welche wiederum in mehrere Subindizes unterteilt sind.

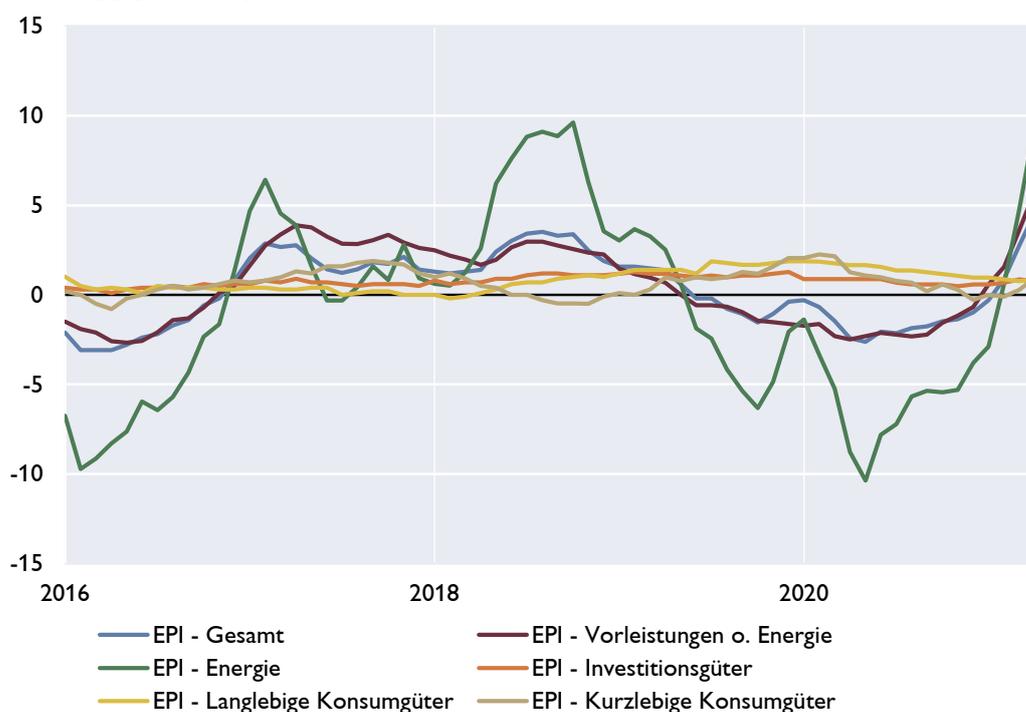
Großhandelspreisindex, der im Mai 2021 um 10,9 % gegenüber dem Vorjahresmonat anstieg. Ähnlich hohe Veränderungsdaten im Jahresabstand wurden zuletzt 2011 verzeichnet. Die stärksten Preisanstiege innerhalb des Großhandelspreisindex gab es bei Altmaterial und Reststoffen, Gummi und Kunststoffen, sonstigen Mineralölzeugnissen, Eisen und Stahl, Häuten und Leder, Nicht-Eisen-Metallen sowie Rohholz und Holzhalbwaren.

Während sich die Verteuerung von Energie sehr rasch direkt auf die Energiekomponente der Verbraucherpreise übertragen hat, ist die Preisentwicklung auf der Erzeugerebene derzeit noch relativ moderat. Werden die Preisentwicklungen im Erzeugerpreisindex für den Produzierenden Bereich¹⁶ genauer betrachtet, so sind auch hier die Preisanstiege der letzten Monate in erster Linie im Energiesektor erkennbar. Wie in Grafik 2¹⁷ ersichtlich, stiegen jedoch zuletzt nicht nur die Preise in der Sparte Energie, sondern auch die Vorleistungen ohne Energie und somit der Gesamtindex. Die Preissteigerungsraten der Konsum- und Investitionsgüter blieben hingegen bis April 2021 weitgehend stabil.

Grafik 2

Erzeugerpreisindex für den Produzierenden Bereich

Änderung gegenüber Vorjahr in %



Quelle: Statistik Austria.

Umfrageergebnisse der Europäischen Kommission (siehe Grafik 3) zu den Faktoren, welche die Geschäftstätigkeit der Konsumgüterindustrie beeinflussen, legen nahe, dass ein steigender Preisdruck von Seiten der Erzeugerpreise zukünftig nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann. Die Grafik auf der linken Seite stellt die Umfrageergebnisse für die langlebige

¹⁶ Der Erzeugerpreisindex (EPI) für den Produzierenden Bereich erfasst die Ab-Werk-Preise jener Güter, die von Erzeugungsbetrieben hergestellt und abgesetzt werden und wird monatlich publiziert.

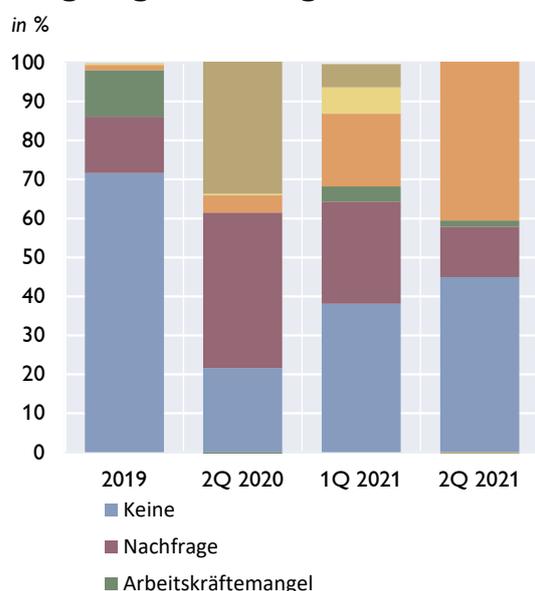
¹⁷ Die Grafik zeigt die Preissteigerungsraten (im Jahresabstand) einzelner Subindizes des Erzeugerpreisindex für den Produzierenden Bereich von Jänner 2016 bis inklusive April 2021.

Konsumgüterindustrie dar, während die kurzlebige Konsumgüterindustrie in der rechten Grafik abgebildet ist. Im Jahr 2019 gaben noch jeweils zwei Drittel der befragten Unternehmen an, dass es keine Faktoren gibt, die ihre Geschäftstätigkeit beeinträchtigen. Im 2. Quartal 2021 ging dieser Wert jedoch auf 52,6 % bei den kurzlebigen Konsumgütern und 44,9 % bei den langlebigen Konsumgütern zurück. Materialmangel wird vor allem bei der Produktion langlebiger Konsumgüter in den letzten Monaten vermehrt als wichtigstes Produktionshemmnis genannt. Gegenüber dem 2. Quartal 2020, als nur 4,4 % der Unternehmen Materialmangel als Produktionshemmnis bei langlebigen Konsumgütern sahen, gaben in der letzten Umfrage bereits 45,5 % an, dass Materialmangel ihre Geschäftstätigkeit maßgeblich beeinträchtigt.

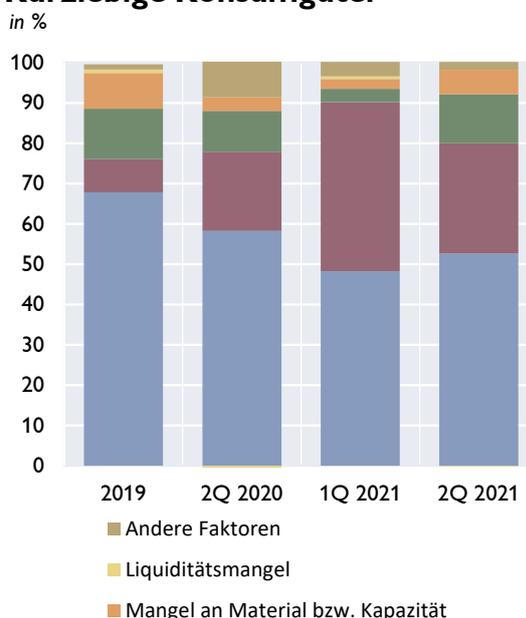
Grafik 3

Konsumgüterindustrie Österreich: Welche Faktoren beeinträchtigen die Geschäftstätigkeit?

Langlebige Konsumgüter



Kurzlebige Konsumgüter



Quelle: WIFO, Europäische Kommission.

Auf Basis der Preisentwicklung bei Rohstoffen sowie den aktuellen Umfrageergebnissen der Europäischen Kommission ist davon auszugehen, dass Rohstoffkosten sowie Preisdruck auf Grund der aktuellen Liefer- und Materialengpässe bereits teilweise an Konsumentinnen und Konsumenten weitergegeben wurden. Darauf deutet die Entwicklung der Verbraucherpreise für Möbel und Einrichtungsgegenstände, Glaswaren und Geschirr sowie elektrische und nichtelektrische Haushaltsgeräte in den ersten fünf Monaten dieses Jahres hin.

Pandemiebedingte Faktoren der Inflationsentwicklung: Gewichtsänderungen und Messprobleme

Die Inflationsraten für 2021 werden durch die HVPI-Gewichtsänderungen von 2020 auf 2021 beeinflusst.¹⁸ Laut OeNB-Berechnungen dürften sich die Gewichtsänderungen in den ersten fünf

¹⁸ Die Gewichtsveränderungen spiegeln geänderte Konsummuster der privaten Haushalte wider, die pandemiebedingt in den Jahren 2020 und 2021 außergewöhnlich groß waren. Da die Gewichtung des HVPI jährlich

Monaten des Jahres 2021 mit rund +0,2 Prozentpunkten monatlich auf die Inflationsrate ausgewirkt haben (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1

Effekte der Gewichtsänderungen auf die österreichische HVPI-Inflationsrate

	HVPI	Nahrungsmittel		Industriegüter ohne Energie	Energie	Dienstleistungen
		Verarbeitet	Unverarbeitet			
Gewicht 2020	100,0	12,1	2,7	29,8	7,6	47,9
Gewicht 2021	100,0	13,9	3,1	30,0	7,5	45,5
Effekt Gewichtsänderung (in %-Punkten)						
Jan 21	0,3	0,3	0,1	0,5	0,0	0,3
Feb 21	0,4	0,4	0,1	0,9	-0,3	0,2
Mrz 21	0,1	0,4	0,1	0,2	-0,7	0,1
Apr 21	0,2	0,4	0,3	0,1	-0,9	0,4
Mai 21	0,2	0,4	0,2	0,1	-1,1	0,4

Quelle: OeNB, Eurostat.

D.h. wären die HVPI-Gewichte unverändert geblieben, wäre die HVPI-Inflationsrate im bisherigen Jahresverlauf um durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte pro Monat niedriger ausgefallen.

Daneben spielen Messprobleme durch die COVID-19-bedingten Lockdowns eine Rolle: Laut Eurostat betraf dies von Jänner 2021 bis Mai 2021 zwischen 12 % und 20 % der im österreichischen HVPI-Warenkorb enthaltenen Produkte.¹⁹ Vor allem in den von der COVID-19-Pandemie stark betroffenen Wirtschaftsbranchen (insbesondere personennahe Dienstleistungen) ist der Anteil imputierter Preise hoch. Dies hat auch zur Folge, dass weder dämpfende Preiseffekte infolge der Nachfrageschwäche noch allfällige einnahmensichernde Preisanhebungen gemessen werden. Der Anstieg der Dienstleistungspreise belief sich im Mai 2021 auf 2,7 % und war damit deutlich höher als im Jänner 2021 (2,3 %). Vor allem die Inflationsraten in den Bereichen Gastgewerbe und Beherbergungswesen, Freizeit und Sportdienstleistungen sowie Kulturdienstleistungen stiegen im Mai 2021 deutlich an. In den meisten der erwähnten Branchen mussten mehr als $\frac{3}{4}$ der Preise fortgeschrieben werden, was die Interpretierbarkeit der Inflationsrate in diesen Branchen erschwert.

Schlussfolgerungen

Der zuletzt beobachtete Inflationsanstieg geht vor allem auf außenwirtschaftliche Faktoren zurück. Die deutliche Verteuerung der Rohölpreise sowie Basiseffekte auf Grund des COVID-19 bedingten Rohölpreisverfalls im Vorjahr- haben die Jahresinflationsrate des HVPI beschleunigt. Bei nichtenergetischen Rohstoffen hat sich die kräftige Verteuerung der Preise teilweise auf die vorgelagerten Produktionsstufen übertragen. Bei einigen nichtenergetischen Industriegütern (vor allem bei Möbeln, Glaswaren und Haushaltsgeräten) ist seit Jahresbeginn auch ein moderater Anstieg der Endverbraucherpreise zu beobachten, der möglicherweise auf Rohstoffkosten sowie

auf Basis der aktuellen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung revidiert wird, ist aller Voraussicht nach auch im Jahr 2022 sowie 2023 mit größeren Gewichtsverschiebungen zu rechnen.

¹⁹ Im Euroraum-Durchschnitt mussten von Jänner 2021 bis Mai 2021 zwischen 9 % und 13 % der Preise fortgeschrieben werden.

Liefer- und Materialengpässe zurückgeht. Teilweise dürften diese Liefer- und Materialengpässe mit der geänderten Lagerhaltung von Unternehmen zusammenhängen und temporärer Natur sein. Dies spiegelt sich zum Teil bereits in den rückläufigen Terminnotierungen für energetische und nichtenergetische Rohstoffpreise wider.

Binnenwirtschaftlicher Preisdruck geht aktuell vor allem von der gestiegenen Kapazitätsauslastung und Materialengpässen bei der Produktion von Konsumgütern aus. Insbesondere bei der Produktion langlebiger Konsumgüter ist der Auslastungsgrad zuletzt über den Wert vor Beginn der COVID-19 Pandemie angestiegen. Demgegenüber sind Tariflohnsteigerungen vor dem Hintergrund der Krise in den letzten Quartalen deutlich zurückgegangen.

Für den sprunghaften Anstieg der österreichischen Inflationsrate im Mai sind allerdings auch statistische Sonderfaktoren mitverantwortlich. Darunter sind Basiseffekte auf Grund des letztjährigen vorgezogenen Ausverkaufs in der Bekleidungsbranche und des Rohölpreisverfalls im Vorjahr zu nennen. Zudem ist die Anpassung der HVPI-Gewichte heuer stärker als sonst üblich ausgefallen. Dieser Effekt erhöhte die HVPI-Inflationsrate in Österreich im bisherigen Jahresverlauf um 0,2 Prozentpunkte. Es ist somit davon auszugehen, dass der derzeitige Preisauftrieb nicht von Dauer sein wird.

Stieg die Nachfrage nach Euro-Bargeld in CESEE in der Corona-Krise? ²⁰

Ein Beitrag der OeNB zum Bericht der EZB bzw. des Eurosystems zum Thema „The international role of the euro“, Ausgabe 2021

Auf Basis von Daten des OeNB Euro Surveys in CESEE behandelt diese Ausarbeitung die folgenden Fragen:

Wie verbreitet ist Euro-Bargeld in den Ländern Zentral-, Ost- und Südosteuropas, die den Euro nicht als gesetzliches Zahlungsmittel haben? Hat sich die Verbreitung von Euro-Bargeld und -Sparenlagen durch die Corona-Krise verändert? Wurde die individuelle Nachfrage nach Euro-Bargeld und -Sparenlagen durch negative wirtschaftliche Schocks beeinflusst?

Ergebnisse der Analyse:

Im Vergleich zu 2019 veränderte sich die Verbreitung von Euro-Bargeld in drei von zehn Ländern im Jahr 2020 signifikant. In Albanien und Kroatien sank die Verbreitung, wobei der Rückgang in Küstenregionen besonders stark war – eine Veränderung, die wahrscheinlich mit einem Rückgang der Einnahmen aus dem Tourismus zu erklären ist. In Bulgarien hingegen stieg die Verbreitung von Euro-Bargeld, obwohl die Verbreitung auch dort in Küstenregionen rückläufig war. In Kroatien verringerte sich auch die Verbreitung von Euro-Sparenlagen signifikant.

Individuen, die besonders stark wirtschaftlich von der Corona-Krise betroffen sind, haben ein geringeres Vertrauen in die Stabilität der Lokalwährung und eine höhere Nachfrage nach Euro-Bargeld. Eine Kurzfassung der vorliegenden Analyse wurde im diesjährigen Bericht „The international role of the euro“ der EZB und des Eurosystems veröffentlicht ([European Central Bank, 2021](#)).

Background

In a number of Central, Eastern and Southeastern European (CESEE) countries that have not adopted the euro as legal tender, the use of financial assets denominated in euro – de facto euroization – has remained a widespread phenomenon. For individuals, de facto euroization is largely demand-driven. Relevant factors are the degree of trust in the stability of the local currency and expectations regarding the exchange rate. The experience of the crisis-ridden early transition years in the 1990s, which saw large devaluations and high inflation, had a strong and rather persistent influence on households' demand for euro cash. This impact faded somewhat after 20 years but was partially rekindled by the global financial crisis. The economic recession in the wake of the Covid-19 pandemic could trigger a return to former patterns of behavior which might lead to a reshuffling of portfolios. Moreover, Bulgaria and Croatia joined the exchange rate mechanism (ERM II) on July 10, 2020 which may also have had an impact on expectations.

²⁰ Autorinnen: Elisabeth Beckmann und Ines Fernandes (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

Development in euro cash holdings over time

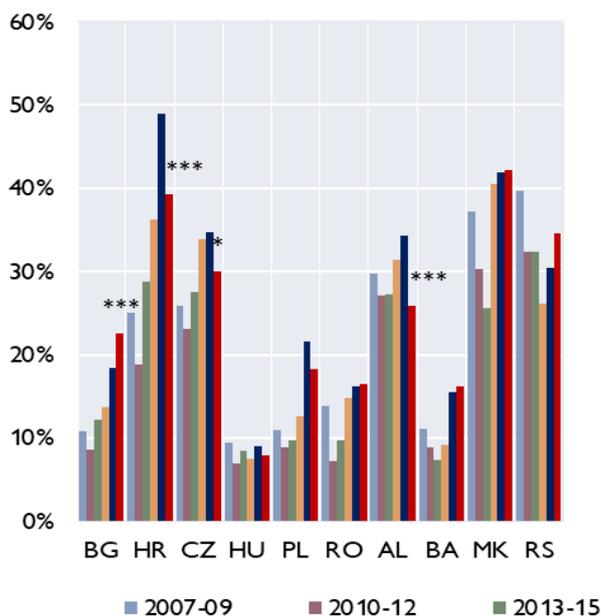
Chart 1, left panel shows the percentage of individuals who hold euro cash in the ten CESEE countries covered by the OeNB Euro Survey. In Croatia and Albania, the percentage of individuals holding euro cash significantly declined from 2019 to 2020. The decline was particularly pronounced in coastal regions, suggesting that the decline is partly due to a decline in tourism revenues. In Bulgaria, the percentage of euro cash holders also declined in coastal regions, which was, however, more than offset by an increase in landlocked regions.²¹ Chart 1, right panel shows the median amount held in euro by individuals who have any euro cash. Again, Croatia catches the eye, where compared to 2019 fewer individuals hold euro cash in 2020 but those who do hold higher amounts. Projecting these results onto the whole population following Scheiber and Stix (2009) shows that per capita euro cash holdings remained broadly unchanged in Croatia between 2019 (EUR 408 per capita) and 2020 (EUR 414 per capita), in Albania, per capita cash holdings decreased from EUR 124 in 2019 to EUR 83 in 2020.

Chart 1

Euro cash holdings

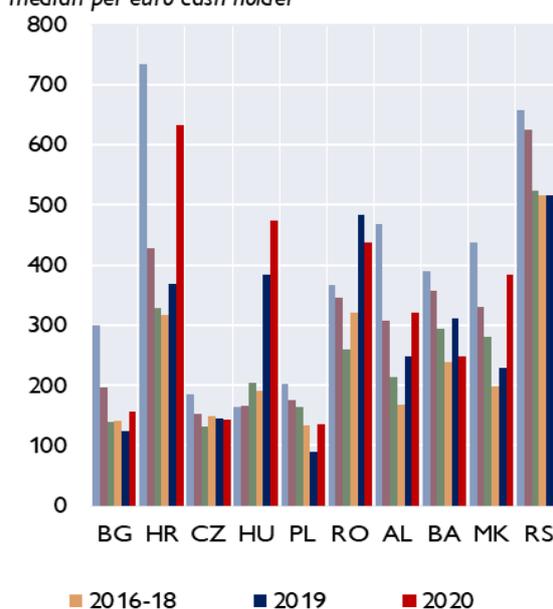
Frequency

% of individuals



Amount

median per euro cash holder



Source: OeNB Euro Survey.

Note: ***, **, * indicate that the change from 2019 to 2020 is significant at the 1, 5, or 10% level (power >60%).

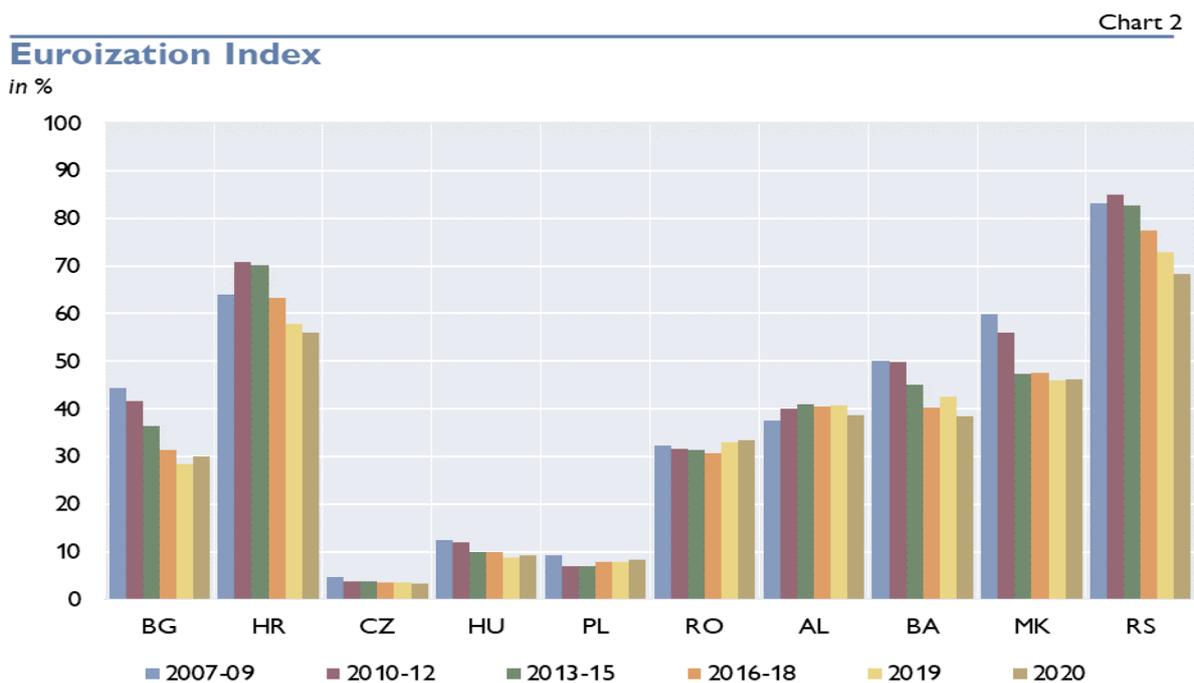
The percentage of deposit holders who have a deposit denominated in foreign currency ranges from 5% in Czechia to 85% in Serbia. Between 2019 and 2020 the percentage decreased significantly (at 10% level) in Albania from 33% to 28%, in Croatia the decrease was more pronounced (significant at 1%) from 73% to 60%.

²¹ Note that analyses are based on approximately 1000 observations per country and wave and the regional disaggregates are based on a low number of observations. If looking at heterogeneities across individuals one would expect that the percentage of euro cash holders is higher among those working in the tourism sector. Survey information for fall 2020, however, shows that those employed or formerly employed in the tourism sector are not significantly more likely to hold euro cash than those employed outside the tourism sector.

To provide a compound picture of the overall extent of de facto euroization, Chart 2 presents the development of an euroization index over time. The index is calculated as follows:

$$EI = (EC + ED)/(LCC + EC + LCD + ED)$$

where EC is euro cash, ED is euro deposits, LCC is local currency cash, and LCD is local currency deposits. EC data are derived from the OeNB Euro Survey, the remaining information is based on aggregate statistics from national central banks. Chart 2 illustrates that overall euroization



Source: Authors' calculations based on OeNB Euro Survey and aggregate statistics from national central banks.

Note: Euroization index = (euro cash + foreign currency deposits) / (total cash + total deposits).

remained broadly unchanged from 2019 to 2020. In Croatia and Serbia, the decreasing trend continues suggesting that the pandemic has not triggered a strong change in euroization.

Development in demand-side determinants and indicators of euroization

At the aggregate level, significant changes in de facto euroization are observed in a few countries only. In addition to asking about the prevalence of euro cash holdings, the OeNB Euro Survey enquires about trust in the stability of the local currency and in the stability of the euro – factors affecting demand for euro cash and deposits denominated in euro. The economic recession in the wake of the Covid-19 pandemic could affect trust or other demand-side determinants of de facto euroization leading to an increase in euroization going forward.

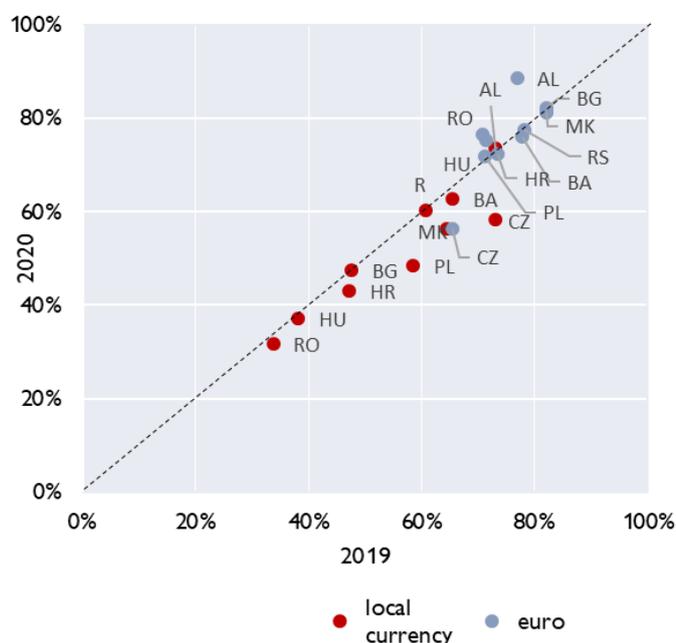
Chart 3 illustrates the percentage of individuals who think that the local currency will be stable over the next 5 years (red dots) and the percentage of individuals who think that the euro will be stable over the next 5 years (blue dots). Dots below the 45° line would indicate trust decreased from 2019 to 2020. Except for Czechia, the percentage of individuals who trust in the euro is higher than the percentage of individuals who trust in the local currency. The difference is largest in Romania (45 percentage points in 2020) and Hungary (38 percentage points). However, only

a stronger change in the *relative* level of trust in the stability of the local currency versus the euro is likely to affect demand for euro assets. Both in Hungary and Romania, the difference in trust levels has remained stable from 2019 to 2020. The largest changes in terms of relative trust are observed in North Macedonia, where trust in denar dropped from 65% to 56% while trust in the euro remained stable at around 80%. A similar development is observed in Poland with trust in the euro remaining stable at around 70% and trust in the zloty dropping from 59% to 48%. Looking back at Chart 2 shows that de facto euroization is unchanged in both countries, which suggests that those individuals whose level of trust in the local currency deteriorated during the pandemic already held euro assets prior to the pandemic. Alternatively, individuals whose trust deteriorated might not have any savings.

Chart 3

Trust in currencies: 2019 and 2020

% of individuals who trust in the stability of the respective currency

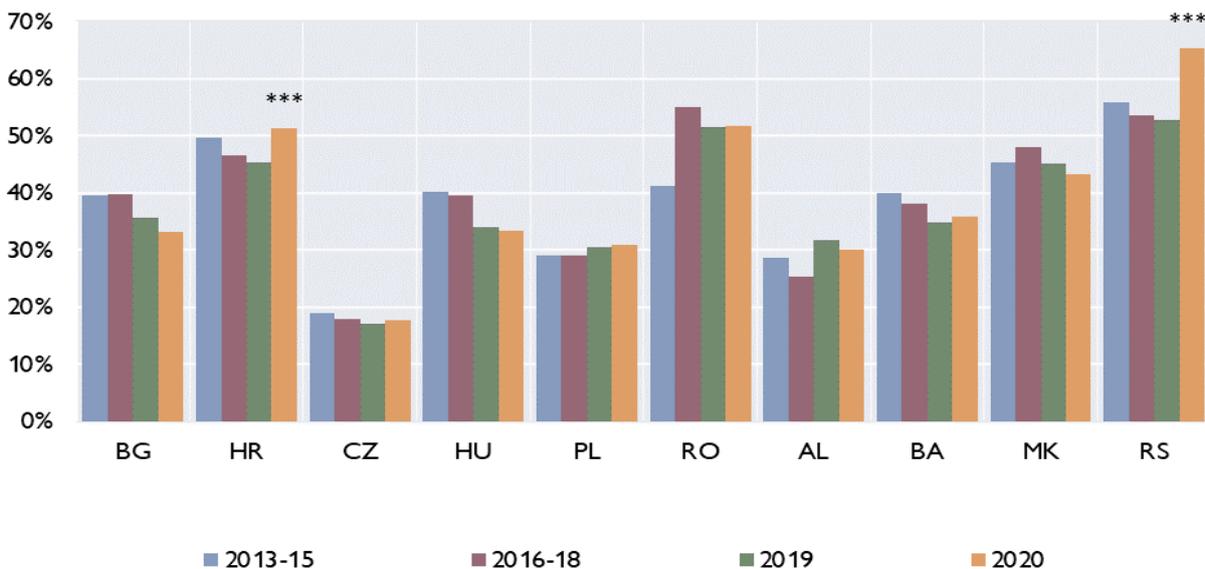


Source: OeNB Euro Survey.

Chart 4

Preference for saving in cash

% of individuals



Source: OeNB Euro Survey.

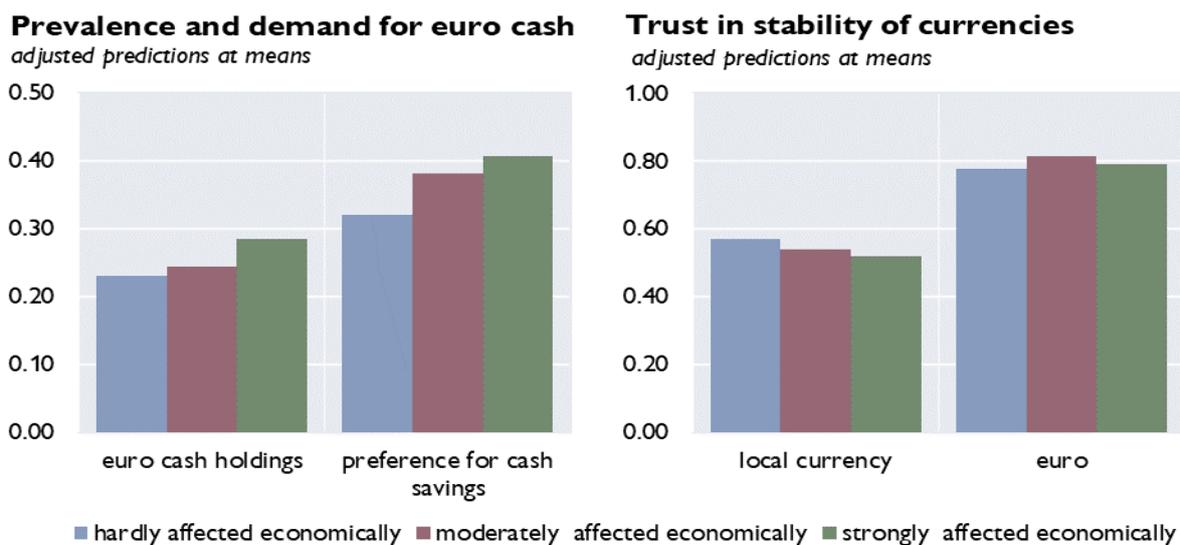
Note: The chart shows the percentage of individuals who "agree" or "strongly agree" with the statement "I prefer to hold cash rather than a savings account." *** denotes that the difference between 2019 and 2020 is significant at the 1% level.

Chart 4 provides a more direct indicator of demand for euro cash presenting answers to the question of how preference for saving in cash as opposed to holding savings as a saving deposit developed. It shows a significant increase in cash demand in Croatia and Serbia. As Stix (2013) shows cash preference is closely linked to euroization: Network effects of currency substitution and doubts about the stability of the local currency increase the preference

Individual affectedness by adverse economic shocks and demand for euro cash

Probit regressions provide preliminary insights on whether the economic effects of the Covid-19 pandemic at the individual level may already have triggered changes in euro cash holdings or are likely to do so going forward. We run probit regressions where the dependent variables are (i) euro cash holdings, (ii) preference for saving in cash, (iii) trust in the stability of the local currency and (iv) trust in the stability of the euro. Control variables are based on Stix (2013) and include socioeconomic characteristics, indicators of network effects and trust, as well as past crisis experience and country fixed effects. Chart 5 presents marginal effects from the regression analyses focussing on the effect of adverse economic shocks. It shows that an average individual who has been “hardly affected economically” has a 23% chance of holding euro cash while an otherwise comparable “strongly affected” individual has a 28% chance. Put differently, individuals who have been strongly affected economically are 5 percentage points more likely than those hardly affected to have some euro cash holdings. There are two possible explanations for this finding: Euro cash holders tended to be poorer and more vulnerable already prior to the pandemic and these are the same individuals who were hit hardest by current adverse economic shocks. Alternatively, adverse economic shocks led to a stronger preference for saving in cash but individuals who were subject to adverse economic shocks had to make use of their savings to smooth consumption. Thus, regarding euro cash holdings, results might be driven by reverse causality. However, Chart 5 also shows that compared to those hardly affected, strongly affected

Economic effects of Covid-19 pandemic on households and indicators of demand for euro cash Chart 5



Note: The chart shows marginal effects computed from probit regressions where the dependent variables are (i) euro cash holdings, (ii) preference for saving in cash, trust in the stability of (iii) the local currency and (iv) the euro. Control variables are based on Stix(2013) and include socioeconomic characteristics, indicators of network effects, trust, past crisis experience and country fixed effects.

Source: OeNB Euro Survey, 2020 and author's calculations.

individuals are 9 percentage points more likely to prefer cash savings over saving deposits. Furthermore, the extent to which individuals are economically affected is negatively correlated with a propensity to trust in the stability of the local currency. The pandemic has had no significant impact on trust in the stability of the euro suggesting that adverse shocks primarily affect individuals' trust in domestic institutions despite the global nature of the pandemic.

In summary, individuals who have been economically affected by the Covid-19 pandemic to a strong degree tend to have weaker trust in the stability of the local currency and an increased demand for euro cash. At the aggregate level, however, significant changes are observed in a few countries only.

References

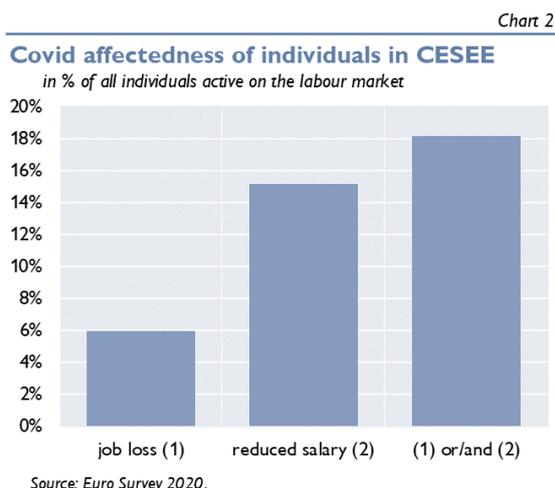
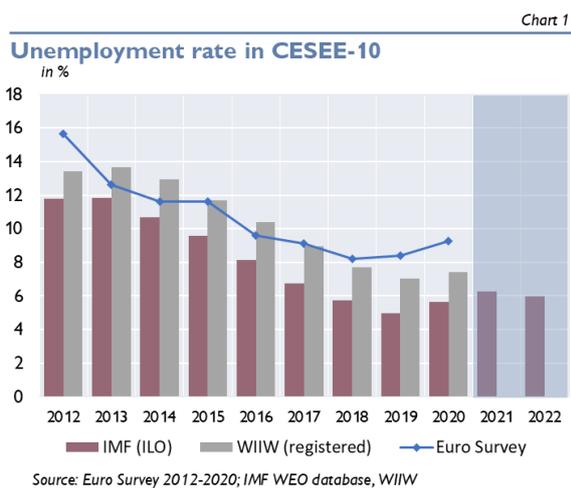
- European Central Bank (2021). The international role of the euro. [The international role of the euro, June \(europa.eu\)](https://www.europa.eu/press-room/media/infographic/euro-international-role).
- Scheiber, T. and H. Stix (2009). Euroization in Central, Eastern and Southeastern Europe – New evidence on its Extent and some evidence on its causes. OeNB Working Paper 159.
- Stix, H. (2013). Why do people save in cash? Distrust, memories of banking crises, weak institutions and dollarization, *Journal of Banking & Finance* 37, pp. 4087–4106.

Die Auswirkung von Covid-19 auf die finanzielle Vulnerabilität verschuldeter Haushalte in CESEE ²²

Im Jahr 2020 waren Haushalte aufgrund der COVID-19-Pandemie in den CESEE-10²³ stark von Einkommenseinbußen betroffen. So zeigen Daten der OeNB Euro Survey vom Herbst 2020, dass sich der Anteil der Haushalte, die von einem negativen Einkommensschock in den letzten 12 Monaten berichten, im Vergleich zum Vorjahr nahezu verdoppelte. Dies ist vornehmlich auf reduzierte Arbeitszeiten und damit verbundene Gehaltskürzungen zurückzuführen, Kündigungen spielen eine untergeordnete Rolle. Verschuldete Haushalte sind dabei besonders unter Druck geraten. Sie waren deutlich stärker von notwendigen Ausgabenreduktionen und Gehaltskürzungen betroffen. Einer von drei in dieser Analyse betrachteten Vulnerabilitätsindikatoren für verschuldete Haushalte weist auf einen signifikanten Anstieg der finanziellen Verwundbarkeit im Jahr 2020 hin. Zeitgleich wurden Unterstützungsmaßnahmen gesetzt, die den unmittelbaren negativen Einfluss auf die Schuldentragfähigkeit der Haushalte deutlich abgeschwächt haben dürften. Ein zu rasches Auslaufen dieser Maßnahmen könnte besonders die vulnerablen Haushalte vor weitere finanzielle Schwierigkeiten stellen. Allerdings sollten auch die fiskalischen Risiken und mögliche Anreizverzerrungen, die andauernde Unterstützungsmaßnahmen mit sich bringen können, dagegen abgewogen werden.

Did the Covid-19 pandemic affect the financial situation of CESEE households?

As a consequence of the COVID-19 pandemic, firms had to reduce labor demand and self-employed workers experienced interruptions in their activity. The resulting income losses were, on aggregate, largely cushioned by governmental support measures (European Commission, 2021). Still, the impact of the crisis might have hit households very unevenly as recently indicated by the IMF (WEO, April 2021). Drawing on micro data from the OeNB Euro Survey from fall 2020 allows to shed some light on how the pandemic has affected the financial situation of households in the CESEE-10 region.

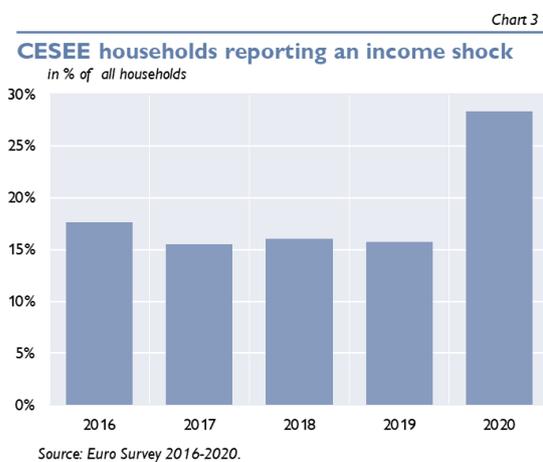


²² Autoren: Matthias Enzinger, Melanie Koch und Aleksandra Riedl (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklung im Ausland).

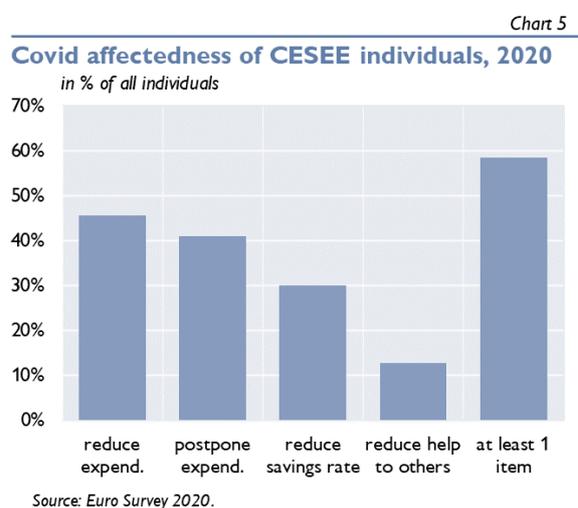
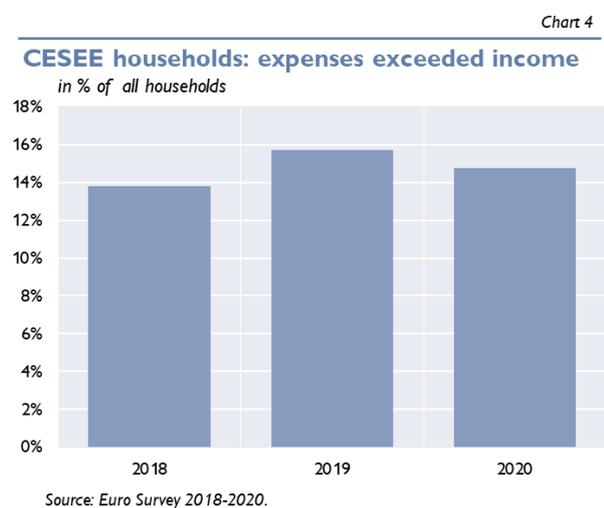
²³ CESEE-10 umfasst Bulgarien (BG), Tschechien (CZ), Kroatien (HR), Ungarn (HU), Polen (PL), Rumänien (RO), Albanien (AL), Bosnien und Herzegowina (BA), Nordmazedonien (MK) und Serbien (RS).

Chart 1 displays the development of the unemployment rate in the CESEE-10 region²⁴. Both definitions of unemployment (ILO versus registered unemployed) point to an increase in the unemployment rate in 2020. While displaying a somewhat higher level of unemployment, data from the Euro Survey point to a very similar increase in the unemployment rate in 2020 by +0.8 percentage point (pp). Thus, OeNB Euro Survey data capture the dynamics of the CESEE-10 labor market quite well²⁵.

While a 0.8pp increase in the unemployment rate does not seem particularly high²⁶, job losses are only one source of potential income reduction for employees. In the 2020 fall wave of the Euro Survey, individuals were asked whether they were negatively affected by job loss and/or by a reduction in salary due to a decrease in working hours as a result of the Corona crisis. Chart 2 reveals that although 6% of all individuals active on the labor market lost their jobs, more than twice as many (15%) were confronted with a reduced salary.



Focusing on households rather than on individuals shows that almost 30% of all households in the CESEE-10 region experienced an unexpected significant income reduction over the last 12 months (see Chart 3). Hence, this share almost doubled compared to the years before 2020. Unfortunately, the Euro Survey does not collect data on the amount by which a household's income has been reduced. However, as the respective survey question focusses on a "significant



²⁴ Note that the CESEE-10 aggregate is a population weighted average.

²⁵ Respondents are asked to classify themselves into one of the following categories: (i) employee; (ii) employer; (iii) own account worker; (iv) contributing family worker; (v) retired; (vi) student; (vii) maternity/parental leave; (viii) not working, but seeking a job; (ix) not working for salary, not seeking a job. The derived unemployment rate is defined as (viii) / ((i) + (ii) + (iii) + (iv) + (viii)) * 100. More details on the OeNB Euro Survey can be obtained from the OeNB homepage: [OeNB Euro Survey - Oesterreichische Nationalbank \(OeNB\)](#)

²⁶ Compared to the global financial crisis, the unemployment rate in the CESEE-10 region increased by 3.4 percentage points from 2008 (trough) to 2012 (peak).

reduction”, it is likely that the income shock might have had severe consequences for the financial vulnerability of households.

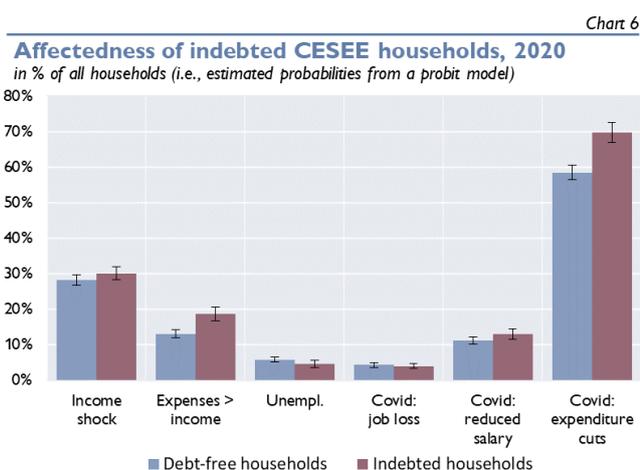
An important indicator of financial distress is the share of households whose expenses exceeded income in the past 12 months. Surprisingly, according to this indicator (see Chart 4), the respective share remained rather stable over the last three years²⁷. Therefore, the income shock households faced due to the pandemic was either compensated by a decrease in expenditures and/or in the savings rate. Indeed, more than 40% of all respondents reported that they had to reduce or postpone expenditures since the outbreak of the Corona crisis (see Chart 5). Moreover, 30% had to reduce their savings rates and more than 10% of the respondents had to cut down their help to family and friends. Overall, as indicated by the right bar in Chart 5, almost 60% of all respondents had to take at least one of the four actions displayed by the other bars in Chart 5.

Has the loan repayment capacity of households changed in the course of the pandemic?

In general, the loan repayment capacity of an indebted household can be affected either by a change in loan instalment payments (caused by an exchange rate or interest rate shock) or via a change in income. So far, we have seen that the COVID-19 pandemic has altered the disposable income of a significant share of households in the CESEE-10 region. Micro data can provide valuable information on the extent to which indebted households were affected by income shocks and whether this has depressed their repayment capacity – an issue highly relevant from a financial stability perspective.

Chart 6 shows the share of indebted and debt-free households among six groups of “affected” households/respondents: (1) households that experienced an income shock (significant reduction of income in the last 12 months), (2) households whose expenses exceeded income in the past 12 months, (3) unemployed respondents, as well as respondents who reported to have been affected in the following ways since the outbreak of the Corona crisis: (4) job loss, (5) reduced salary, and (6) expenditure cuts.

The reported results are based on a probit model, where each affected group (e.g. 1 in case of an income shock/0 otherwise) is regressed on a dummy variable for indebted households (and the respective other five affectedness indicators and a common set of control variables). Hence, controlling for a large set of other influencing factors, it turns out that indebted households are more likely to have received a reduced salary (13% versus 11%) and to have cut expenditures since the outbreak of the pandemic (70% versus 58%). Also, the share of indebted households whose expenses exceeded income over the last 12 months is significantly larger (19%) compared to debt-free households (13%). Overall, it seems as indebted households were significantly worse off in financial terms.



Source: Euro Survey 2020. 90% Confidence intervals.
Note: The plotted margins are estimates from individual probit models, where the independent variables is 1 for the affected group (e.g. income shock household) and 0 otherwise. The control variables include the respective other affectedness variables (e.g. Expenses > Income households, ...) as well as a set of common controls: household income terciles, education, religion, marital status, children, household size and country dummies.

²⁷ This indicator is only available since 2018.

To assess the aggregate impact of an income shock on the repayment capacity of indebted households, we calculate three vulnerability indicators commonly used in the literature and look how they have changed in the CESEE-10 region from 2019 to 2020. The relevant indicators are based on the debt service to income ratio (DSTI), the financial margin (FinMargin), and a subjective measure (expenses > income), which indicates whether the expenses of indebted households were higher than their income in the past 12 months.²⁸ The indicators with their respective thresholds are defined in more detail in the Box. The share of indebted households whose individual values exceed the respective threshold are defined to be financially vulnerable.

Box: Financial vulnerability Indicators of indebted households

$$\text{DSTI} > 40\% \quad \text{DSTI}_i = \frac{DS_i}{I_i} * 100$$

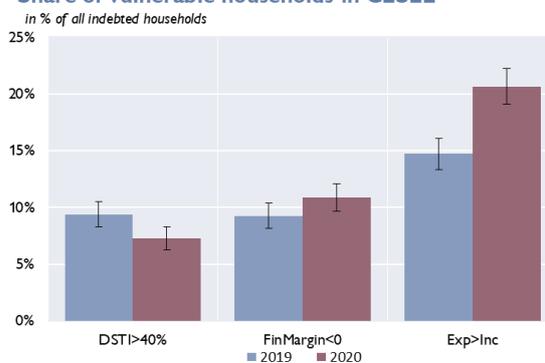
$$\text{Financial margin} < 0 \quad FM_{ci} = I_{ci} - DS_{ci} - BLC_c$$

$$\text{Expenses} > \text{Income} \quad \text{Subjective measure}$$

Where DS_i are a household's monthly debt payments, I_i is the net monthly household income and BLC_c are the basic living costs in country c. The basic living costs are defined as 40% of a country's median income adjusted by the equivalized household size. Furthermore, for tenants this threshold is set to 50% to account for rent payments (Ampudia et al. 2016).

In Chart 7, we display the results for each indicator for the weighted aggregate of all ten countries in the CESEE region. We observe a decrease in the share of vulnerable households whose debt service to income ratio exceed 40%. In contrast, the share of households with a negative financial margin seems to have increased. Hence, looking not only on the relationship between debt payments and income but taking estimated living costs and household size of each indebted household into account, yields a contrasting result. However, the change in both

Share of vulnerable households in CESEE Chart 7



Source: Euro Survey 2019-2020. 90% Confidence intervals.

measures is statistically not significant, indicating no major changes in the financial vulnerability of households in the CESEE region. Contrary to these two objective measures of vulnerability, the third indicator points to a significant increase of financial distress among indebted households. While in 2019, 15% of all indebted households reported that their expenses exceeded their income in the past 12 months, the respective share amounted to 21% in 2020.

It is noteworthy that the second and third indicator should, in principle, display the same “sort” of vulnerability. Both the financial margin as well as the expenses/income balance aim to classify an indebted household as vulnerable when its income is not sufficient to cover its expenditures (including debt payments). However, while the financial margin focuses on the current month, the latter considers the last year as the reference period. Having this difference in mind and recalling that both measures move into the same direction, the results might reflect that indebted households had difficulties in meeting their expenses in the course of the crisis, but that their financial situation already improved in fall 2020.

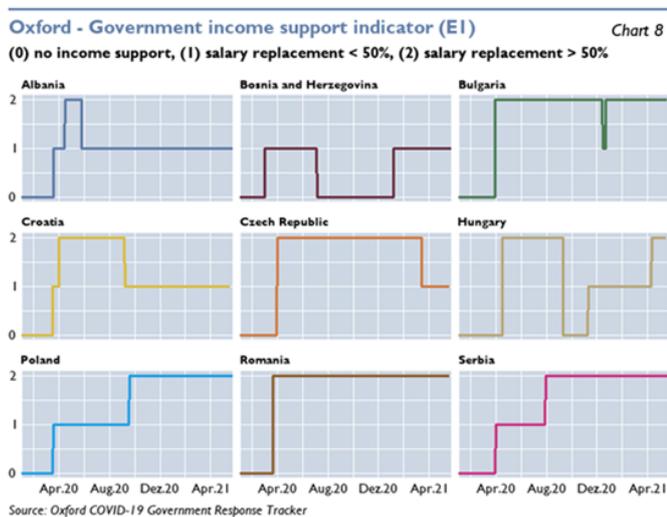
Income support measures and risks ahead

Governments in the CESEE-10 region introduced income support measures to protect employment and the economy in general. These measures have likely dampened the increase in the financial vulnerability of households. While the magnitude of the different income support packages varies considerably between the investigated ten countries, all of them have introduced

²⁸ Note that the latter indicator (expenses > income) was also presented in Chart 6 but was based on a slightly reduced sample as not all control variables used in the probit model were available for all households.

packages to some extent. As such, wage subsidies for employees facing layoffs (especially to the most vulnerable sectors), short-term labor pay, increased unemployment benefits, and benefits for the self-employed are the most common.

Chart 8 displays the Oxford government income support index²⁹ available for all CESEE-10 countries except North Macedonia. It reflects the extent to which income support was granted during the COVID-19 pandemic. Importantly, it shows that support measures were in place in all countries except in one (Bosnia and Herzegovina) during the conduct of the OeNB Euro Survey (in fall 2020). This finding is also confirmed by Euro Survey data, where respondents were asked whether they had received government income support since the outbreak of the Corona crisis. On aggregate, 7% of all individuals in the CESEE region received social benefits or other financial aid from the state.



This leads us to conclude that income assistance programs have cushioned some of the negative effects on the debt bearing capacity of households during the pandemic so far. At the same time, if these measures were phased out too early, the probability of households defaulting could increase. In this context, two aspects are crucial. First, for how long income support measures will be prolonged. Until now, most of the relief packages were already extended several times and their expiration is not yet evident or scheduled around the end of June 2021. Second, if job opportunities and the economic recovery will evolve fast enough to compensate households for their income losses. Ending measures too abruptly could lead to cliff-effects on households' incomes with potential negative consequences for their repayment capacity. On the other hand, extending measures longer and/or larger than necessary could put a strain on fiscal budgets that jeopardizes recovery as well. Moreover, incentives of firms and households could be distorted lastingly by ongoing broadly-based instead of more targeted support measures. These effects need to be considered carefully and balanced against each other with the recovery gaining momentum.

Sources

- European Commission 2021: European Economic Forecast. Spring 2021 (europa.eu)
 International Monetary Fund. 2021. World Economic Outlook: Managing Divergent Recoveries. Washington, DC. April
 Ampudia, M., H. van Vlokhoven and D. Zochowski. 2016. Financial fragility of euro area households. In: Journal of Financial Stability 27. 250–262.

²⁹ The Oxford government income support index records if a government covers salaries, provides direct cash payments, or a universal basic income to people who lost their jobs or cannot work. The indicator further includes payments to firms if payments are explicitly linked to the payroll or to salaries. The indicator has an ordinal scale, where (0) indicates no income support, (1) means the government is replacing less than 50% of lost salary, and (2) means the replacement of salary is larger than 50%. If the income support is a flat sum, this flat sum is compared to 50% of the median salary to categorize it in (1) or (2).

Arbeitskräftemangel und Inflationsspitze in den USA vor dem Hintergrund des FED-Strategy Reviews³⁰

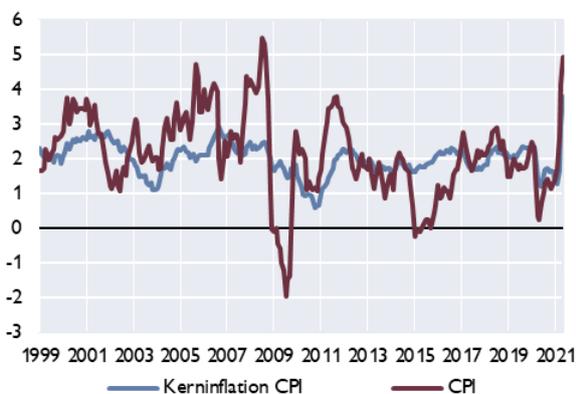
Ungeachtet des zweitstärksten BIP-Wachstums seit 2003 erlebte die Erholung des US-Arbeitsmarktes im April 2021 einen herben Rückschlag. Der Beschäftigungsaufbau (+266.000) lag weit unter den Erwartungen, der Wert für März wurde darüber hinaus kräftig nach unten revidiert. Bereits der Mai zeigte aber wieder einen höheren Wert (+559.000). Im April wurde zusätzlich ein plötzlicher Inflationssprung berichtet. Der Headline-Wert des CPI-Wachstums von 4,2% lag weit über den Markterwartungen und stieg auch im Mai mit 4,9% wieder stärker als erwartet worden war. Als sich nach einem Hackerangriff auf die größte Treibstoffpipeline der USA auch noch lange Schlangen vor Tankstellen im Südosten der USA bildeten – ein Bild, das im öffentlichen Bewusstsein vor allem mit den 1970er Jahren in Verbindung gebracht wird – wehte für kurze Zeit der Hauch von Inflationsangst durch die Finanzpresse. Dies war umso mehr der Fall als das Federal Reserve System seine Ziele im Sommer 2020 öffentlichkeitswirksam adaptiert hatte. Es folgt nun – neben dem Ziel der Preisstabilität – explizit auch einem asymmetrischen Beschäftigungsziel und will gegen „Unterschreitungen“ der maximalen Beschäftigung intervenieren; nicht mehr nur gegen „Abweichungen“. Tatsächlich sind viele der Entwicklungen primär durch statistische und strukturelle Sonderfaktoren aufgrund des einmaligen Schocks im Rahmen der COVID-Pandemie zu erklären. So kam es wohl zu einer deutlichen statistischen Verzerrung der Inflationsentwicklung. Der Beschäftigungsaufbau wurde dagegen durch die spezifische Rückentwicklung einiger in der Krise aufgeblähter Sektoren (z.B. Botendienste) stark gedämpft.

Der neue Fokus der FED auf Beschäftigungs-„Shortfalls“

Am 27 August 2020 veröffentlichte die FED die Grundlagen ihrer geänderten geldpolitischen Strategie („Statement on longer-run goals and monetary policy strategy“). Wesentliches Kernelement der Änderung war eine Änderung des Beschäftigungszieles. Während die FED bisher bereits Inflations- und Beschäftigungsziele weitgehend gleichberechtigt verfolgt hatte, änderte sie nun den Fokus im Arbeitsmarktbereich. Statt „Abweichungen“ des maximalen Beschäftigungsniveaus zu minimieren geht es ihr – neben dem Ziel der Preisstabilität – nun primär darum „Unterschreitungen“ der Idealbeschäftigung zu minimieren. Dies impliziert ein asymmetrisches Arbeitsmarktziel, in dessen Rahmen temporäre und sich nicht beschleunigende

USA: Entwicklung der Verbraucherpreise (CPI)

%-Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat

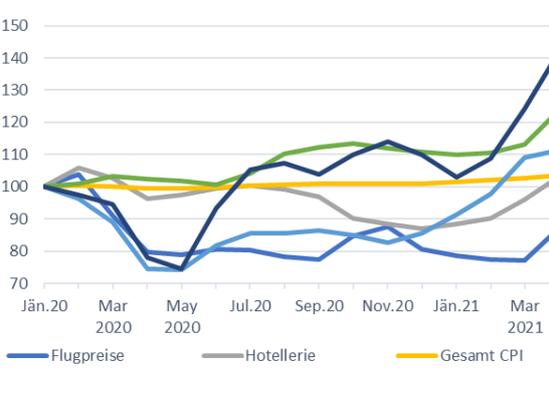


Quelle: Macrobond, BLS.

Grafik 1

Schnellstwachsende Komponenten des CPI

Jan 2020 = 100



Quelle: U.S. Bureau of Labor Statistics.

Grafik 2

³⁰ Autoren: Michael Langer und Paul Ramskogler (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklung in Ausland).

Abweichungen vom Inflationsziel akzeptabel sind, um die Beschäftigung auf ein gewünschtes Niveau zu heben. Das Zusammenspiel von Preis- und Beschäftigungsentwicklung wird vor diesem Hintergrund nun mit besonderer Genauigkeit verfolgt.

Konsumanomalien, Inflationmessung und globale Wertschöpfungsketten

Mit der globalen Ausbreitung der Pandemie und kulminierenden Lockdown-Maßnahmen in den meisten industrialisierten Ländern kam es zu einem sprunghaften Wechsel der Konsummuster. Während die Nachfrage nach Lebensmitteln, digitalen Geräten und konsequenterweise Halbleitern in die Höhe schoss, brach der Konsum von Gastronomie, Hotellerie und personenbezogenen Transportleistungen ein. Unmittelbares Ergebnis war der Anstieg der Preise einiger Güter und Dienstleistungen, während auf der anderen Seite die Preise anderer Güterkategorien massiv einbrachen.³¹ Am bemerkenswertesten ist hierbei die Entwicklung des Ölpreises. Für die in den USA zentrale Ölsorte, West Texas Intermediate (WTI), notierten am 20. April 2020 sowohl Spot als auch Futurespreise erstmals im negativen Bereich.

Dies führte zu einer Verzerrung von zwei wesentlichen Teilen des Konsumentenpreisindex (CPI). Erstens mündeten die ungewöhnlichen Konsummuster in einem sehr ungewöhnlichen Preissetzungsverhalten. Ein typisches Beispiel für diese Situation ist die Entwicklung von Flugticketpreisen, die im April 2021 um 9,7% anstiegen, damit aber noch immer um 10 Prozentpunkten unter ihrem Vorkrisenniveau lagen. Der Anstieg von Benzinpreisen oder den Preisen von Beherbergungen verlief ähnlich.

Der zweite Effekt kommt dadurch zustande, dass die Gewichtung der Subkomponenten der Inflationsentwicklung üblicherweise rückblickend stattfindet. Dies führte zu einer deutlichen Unterschätzung der Preisentwicklung im Jahr 2020. Albert Cavallo (2020) versuchte dies – basierend auf von Kredit- und Debitkartenzahlungen abgeleiteten adaptierten Konsumkörben – zu quantifizieren und fand dabei eine permanente Unterschätzung der Preisentwicklung seit März 2020; wobei vor allem im April und Mai die größten Unterschätzungen stattgefunden haben dürften. Dieses Muster dreht sich erst im März 2021 und dürfte nun zu einer statistischen Überschätzung der Preisentwicklung beigetragen haben.

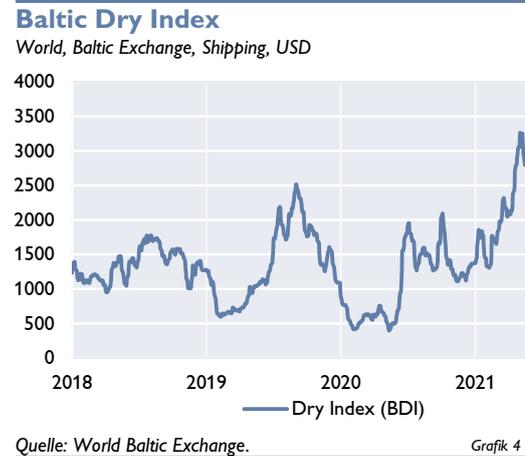
Global gesehen ist ein nicht unwesentlicher Teil der Inflationsentwicklung aber auch auf die Entwicklung der Preise von Vorleistungsgütern zurückzuführen. Diese Entwicklungen stehen in engem Zusammenhang mit dem Umstand, dass internationale Lieferketten zurzeit nicht wie gewohnt funktionieren. So kam es im Zuge der Krise zu sehr atypischen internationalen Transportmustern mit dem Ergebnis, dass viel Transportkapazität an den „falschen“ Orten zu liegen kam. Unmittelbares Ergebnis war im Rahmen des Wiederöffnens vieler Wirtschaftszweige ein massiver Anstieg der Preise für Containertransporte, wobei hier vor allem die Routen zwischen Asien und Nordamerika sowie Asien



³¹ [Reinsdorff 2020](#)

und Europa die weitaus stärksten Preissteigerungen aufwiesen. Die zwischenzeitliche Blockade des Suezkanals erwies sich in dieser Hinsicht als zusätzlicher belastender Faktor.

Allerdings gibt es auch einen darüber hinausreichenden Mangel, der sich insbesondere auf den Bereich von Halbleitern bezieht. Von der Konsumseite her betrachtet resultiert dieser vor allem aus dem Umstand, dass viele der pandemiebezogenen Maßnahmen zu einem Boom der Nachfrage nach Haushaltselektronik führten. Gleichzeitig stornierten Automobilproduzenten in Erwartung massiver Nachfrageeinbrüche große Teile ihrer Bestellungen. Nachdem nun die Nachfrage nach Automobilen wieder stark im Ansteigen begriffen ist, während die Nachfrage nach Haushaltselektronik vorerst noch unvermindert hoch bleibt, trägt dies gegenwärtig zu einer globalen Knappheit an Halbleitern bei, die weit über die aktuelle Transportproblematik hinausreicht. Konzentriert ist die Problematik vor allem auf den Automobilsektor, sie reicht aber darüber hinaus.



Es fällt schwer die Implikationen dieser Problematik seriös einzuschätzen. Laut einschlägigen Berichten könnte die diesbezügliche Knappheit bis zu über einem Jahr, in Teilsegmenten bis zu zwei Jahre, andauern³² wiewohl die hierbei zitierten Branchenvertreter tendenziell ein ökonomisches Interesse daran haben die Situation dramatischer darzustellen als sie tatsächlich ist. Eingebettet werden kann die Entwicklung am ehesten in die Erfahrung des Tohoku-Erdbebens von 2011, wo es für stark von einschlägigen Lieferausfällen betroffene Firmen ca. 6 Monate dauerte, bis sie zur Normalproduktion zurückkehrten³³. Allerdings ist dieser Vergleich aufgrund der begrenzten regionalen Auswirkungen des Erdbebens nur eingeschränkt möglich. Weiters erschwert wird die Einschätzung dadurch, dass der weitere Verlauf der Konsummuster insbesondere auch für Haushaltselektronik schwer prognostizierbar ist. Dies gilt vor allem dann, wenn es möglicherweise zu ersten Preissteigerungen für Endverbraucher kommen sollte.

‘Arbeitskräftemangel’ und Lohnentwicklung

Vor dem Hintergrund des steigenden Preisdrucks stellt sich die Frage, ob die Situation am Arbeitsmarkt bereits den Rahmen für das Anspringen einer inflationären Lohn-Preis-Spirale bietet. Daher sorgte die hohe Inflationsrate vor allem in Kombination mit dem schwachem Beschäftigungswachstum im April für starke Verunsicherung. Die Rede von einem „Arbeitskräftemangel“ machte die Runde³⁴, wobei die Diskussion vor allem vor dem Hintergrund der aufflammenden Debatten über die Verlängerung der pandemiebezogenen Erhöhung des

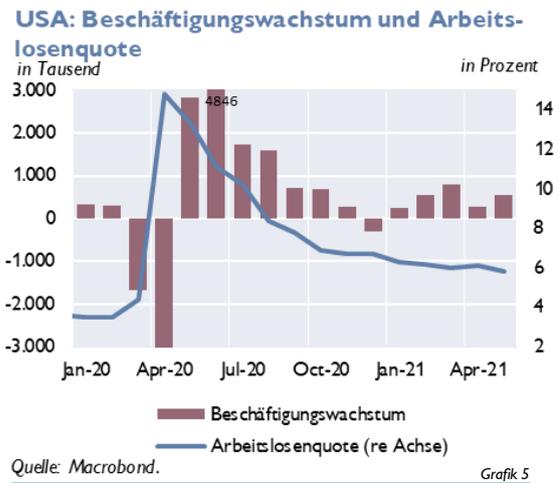
³² Siehe [FT 07.06.2021](#)

³³ Nach dem Tohoku-Erdbeben war es in Japan zum Ausfall eines, für die japanische Automobilproduktion zentralen, Halbleiterproduzenten gekommen. Der von diesen Ausfällen am meisten betroffene Produzent – Toyota – benötigte in Summe etwa ein halbes Jahr, um seine volle Produktionskapazität wieder auszuschöpfen, wobei in diesem Fall naturgemäß auch die Ausfälle anderer zentraler Teile der Wertschöpfungskette eine Rolle spielten ([Matsuo 2015](#)). Die weltweiten Ausfälle waren damals, nach ursprünglich sehr besorgten Medienberichten, außerordentlich klein ausgefallen, insbesondere wenn man sie ins Verhältnis zur normalen Fluktuation der Produktion setzt ([Carvahlo et al. 2020](#)). Fakt ist, dass die einschlägige Erfahrung Toyota dazu nutzte seine Produktion auch in Hinsicht der momentanen Lieferkrise resilienter aufzustellen ([Reuters March 9 2021](#)).

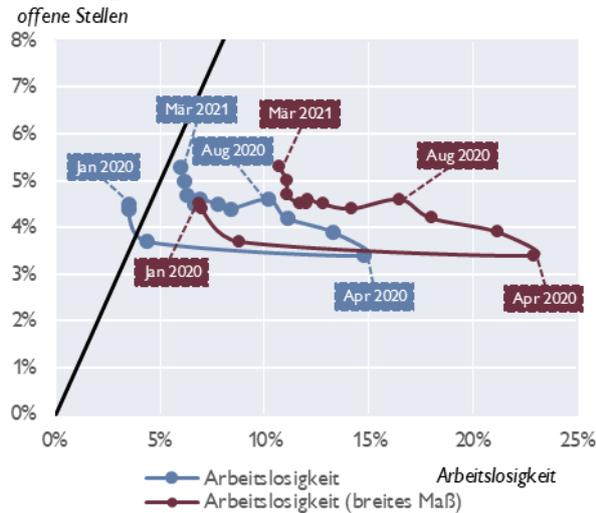
³⁴ [FT 26.05.2021](#)

Arbeitslosengeldes stattfand. Dies wurde insbesondere durch den Umstand befördert, dass im April noch immer ca. 18 Millionen Menschen in den USA eine Form der Arbeitslosenunterstützung bezogen, während gleichzeitig die Berichte über Arbeitskräfteknappheit im Gastronomie- und Hotelleriebereich massiv wuchsen.³⁵

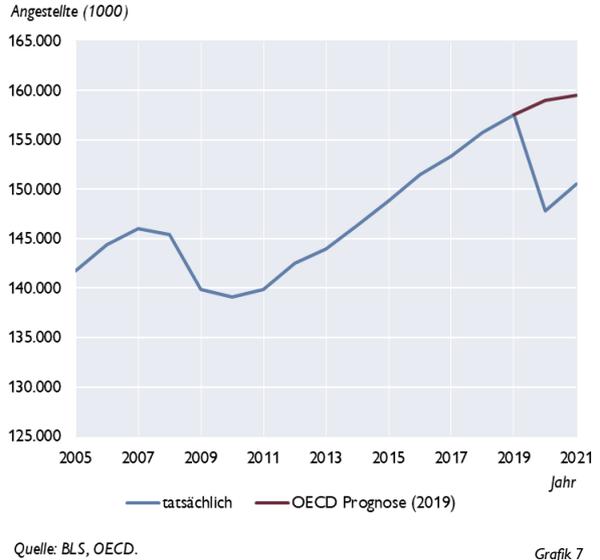
Über die anekdotische Evidenz hinausgehend, zeigte die Beveridgekurve in den USA bereits im April eine deutliche Annäherung an die 45°-Gerade, die eine hypothetische Gleichheit von offenen Stellen und Arbeitslosen darstellt (siehe Grafik 6). Ein genauerer Blick auf die Arbeitsmarktdaten (Arbeitslose inklusive Marginally Attached und unterbeschäftigte Personen; dargestellt durch die braune Linie) zeigt aber klar, dass



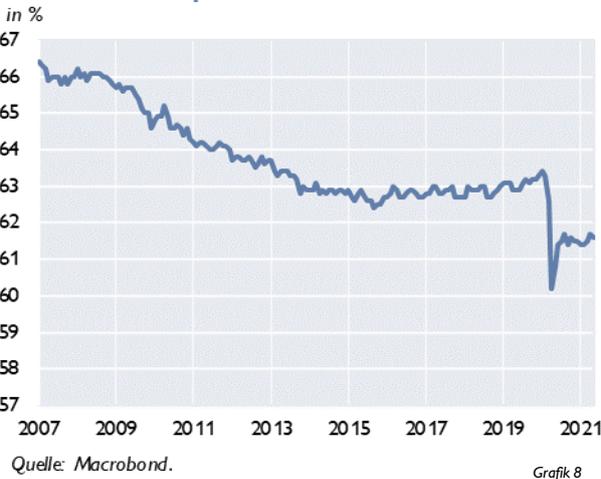
Beveridge Kurve



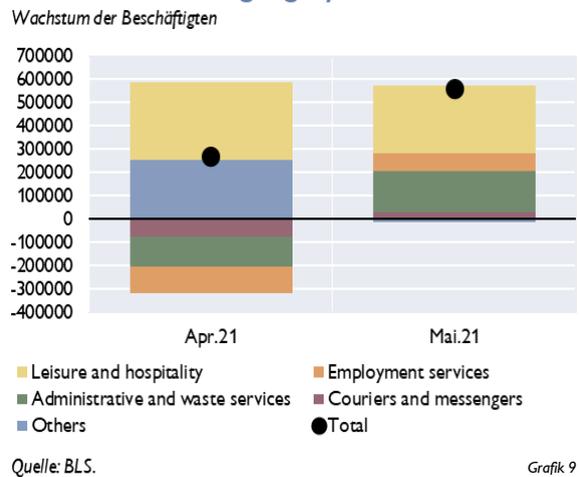
Tatsächliche Beschäftigung vs. 2019 Prognose



USA: Erwerbsquote



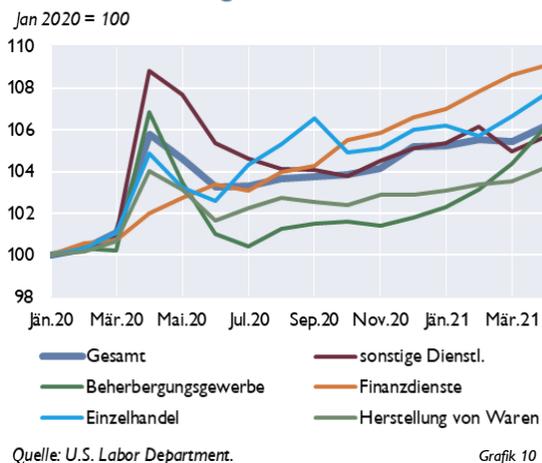
Sektorale Beschäftigungsdynamik



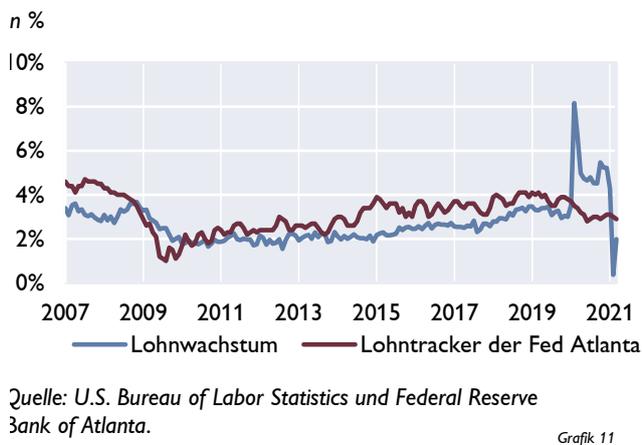
³⁵ FT 11.05.2021

noch unausgeschöpfte Ressourcen im US-Arbeitsmarkt vorhanden sind. Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, dass sich die Erwerbsquote in den USA auf einem historischen Tiefstand befindet (siehe Grafik 8). Dabei ist zwar korrekt, dass sie sich schon seit der Weltfinanzkrise 2008 auf einem Abwärtstrend befand, dennoch waren große Teile dieser Entwicklung durch demographische Sonderfaktoren, wie dem Erreichen des Pensionsantrittsalters der sogenannten Baby-Boomer-Generation, getrieben.³⁶ Der Umstand, dass die Anzahl der Beschäftigten noch immer um ca. 8 Millionen unterhalb des Wertes liegt, der vor der Krise prognostiziert wurde (siehe Grafik 7), deutet also durchaus auf eine zurzeit unausgeschöpfte Arbeitskräftereserve der US-Volkswirtschaft hin.

Entwicklung der durchschnittlichen Stundenlöhne ausgewählter Sektoren



Bereinigtes und unbereinigtes Lohnwachstum



Am zentralsten aber ist der Umstand, dass gerade der Bereich den weitaus stärksten Beschäftigungsaufbau zu verzeichnen hatte aus dem die lautesten Klagen über einen Mangel an Beschäftigten kommen. Faktisch war das Wachstum an Beschäftigten im Bereich Beherbergung mit einem Plus von 332.000 Personen im April weitaus größer als der absolute Beschäftigungsaufbau der Gesamtwirtschaft (+266.000 Personen). Einzig der Umstand, dass es aus den Bereichen von Botendiensten sowie von temporär Beschäftigten, die in der Krise expandiert hatten, zu einem starken Rückgang an Beschäftigten gekommen war, dämpfte die gesamte Entwicklung. Auch im Mai wuchs die Beschäftigung in diesem Bereich weiterhin stark an (+292.000 Personen). Zusätzlich trug im Mai auch der Umstand, dass nun keine stark dämpfenden Faktoren aus anderen Sektoren mehr vorlagen, zu einem Anstieg des Beschäftigungswachstums um 559.000 bei. Dies lag zwar unter den noch vor April geäußerten Erwartungen, doch mittlerweile wurde auch in der Finanzpresse erkannt, dass Arbeitsmarktentwicklungen aufgrund von zeitaufwändigen Matchingprozessen im Rahmen der Wiedereinstellung mit asymmetrischer Geschwindigkeit verlaufen.³⁷ Der Umstand, dass der Beschäftigungsaufbau nur langsam an Fahrt gewinnt, darf also keineswegs überbewertet werden.

Aus geldpolitischer Sicht am relevantesten ist aber die Frage wie sich die ungewöhnliche Arbeitsmarktsituation auf das Lohnwachstum auswirkt. Problematisch bei der Bewertung dieser Frage ist, dass der spezifische Charakter der Krise auch im Bereich der Lohnentwicklung zu massiven Verzerrungen geführt hat. So war der April 2020 mit einem Minus von 21 Millionen Beschäftigten der seit Beginn der Aufzeichnungen mit Abstand schlechteste Monat der US-

Grafik 5

³⁶ [Hipple 2016](#)

³⁷ [Economist 12.06.2021](#)

Volkswirtschaft. Ausgerechnet in diesem Monat betrug aber das Wachstum der durchschnittlichen Stundenlöhne 8,2%. Der Grund für diesen Umstand ist, dass es primär Schlechtverdiener waren, die ihre Beschäftigung verloren und dies erhöhte – rein statistisch – den durchschnittlichen Stundenlohn. Aus genau dem gleichen Grund befand sich in jedem weiteren Monat seit Ausbruch der Pandemie das durchschnittliche Stundenlohnwachstum deutlich über dem Vorkrisendurchschnitt und aus demselben Grund fiel es nun deutlich. Der Blick auf den Lohnwachstumstracker der FED Atlanta – der für derartige Faktoren weitgehend bereinigt ist – zeigt aber, dass das Lohnwachstum seit Beginn der Pandemie bis inklusive Mai 2021 durchgehend unter -dem Vorkrisenniveau war. Noch immer befindet sich das Lohnwachstum außerdem spürbar unter dem Niveau, das es vor der Großen Finanzkrise hatte.

Bei sektoraler Betrachtung fällt auf, dass die Lohnentwicklung im Bereich der Herstellung von Waren zurückfällt, während gerade aus dem Bereich der Freizeit- und Beherbergungsindustrie zuletzt ein überdurchschnittlicher Anstieg der Stundenlöhne zu beobachten war. Letzteres muss aber vorsichtig bewertet werden. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn man berücksichtigt, dass dieser Anstieg das Lohnniveau in diesem Sektor gerade einmal auf den Wachstumspfad der allgemeinen Löhne zurückgebracht hat. Darüber hinaus handelt es sich um einen sehr trinkgeldintensiven Bereich, womit das unbeobachtete monetäre Lohnelement wesentlich höher ist als in allen anderen Sektoren. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass aufgrund des nur langsamen Anspringens des Gastronomiesektors und des damit verbundenen Trinkgeldentfalls die Reallöhne dieses Sektors, ungeachtet des beobachteten Anstiegs der Grundlöhne, tatsächlich noch immer unter der Vorkrisenperiode liegen könnten. Das Weiße Haus geht für dieses Jahr sogar davon aus, dass das Wachstum der aggregierten Reallöhne in einzelnen Monaten – im Zusammenspiel mit den oben erwähnten statistischen Steigerungen der Inflationsrate – in Summe sogar negativ ausfallen könnte³⁸.

Conclusio

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass auf Basis der aktuellen Analyse des US-Arbeitsmarktes vorerst nicht mit einem starken Anspringen der Preis-Lohn-Spirale zu rechnen ist. Dafür scheinen die vorhandenen Ressourcen an potenziellen Arbeitskräften noch deutlich zu groß zu sein. Im Gegenteil, nicht zuletzt aufgrund statistischer Sonderfaktoren, wird das Lohnwachstum in diesem Jahr voraussichtlich vergleichsweise schwach ausfallen. Die zurzeit erhöhten Inflationszahlen sind zu einem guten Teil auf eine Verzerrung der Inflationsmessung zurückzuführen. Darüber hinaus resultiert ein gewisser Teil des momentanen Preisdrucks auch aus dem Umstand, dass einige Güterpreise, die in der Pandemie aufgrund von eingeschränkten Konsummöglichkeiten stark gefallen waren, nun wieder auf ihr Vorkrisenniveau zurücksteigen. Ein Bereich der aber über den aktuellen Rand hinaus preistreibend wirken könnte, resultiert aus der Knappheit an Halbleitern, wobei nicht vernachlässigt werden sollte, dass bereits angekündigte Kapazitätsausweitungen in diesem Sektor in der mittleren Frist einen gegenteiligen Effekt haben könnten.

³⁸ [Rouse und Gimbel 2021](#)

Paket nachhaltiges Finanzwesen und EU-Taxonomie³⁹

Mitteilung der Europäischen Kommission vom 21. April 2021

Das nachhaltige Finanzwesen ist bei der Realisierung der EU-Klimaziele und eines gerechten Übergangs ein zentraler Hebel. Dementsprechend präsentierte die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung vom 21. April 2021 konkrete Schritte zur Umsetzung des Aktionsplans zur Finanzierung nachhaltigen Wachstums und des europäischen Grünen Deals: Den delegierten Rechtsakt zur EU-Klimataxonomie, den Richtlinienvorschlag zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen sowie die Änderungen der delegierten Rechtsakte zu Nachhaltigkeitspräferenzen, treuhänderischen Pflichten und Produktüberwachung.

Unternehmen und Investoren wird damit ein wissenschaftsbasiertes, transparentes Klassifikationssystem an die Hand gegeben, das zur Bewertung nachhaltiger Wirtschaftstätigkeiten und als Entscheidungshilfe für nachhaltige Investitionen eingesetzt werden kann. Zudem dient es als Grundlage für die Entwicklung weiterer Instrumente, etwa der EU-Standards für grüne Anleihen und des EU-Umweltzeichens für Finanzprodukte im Privatkundengeschäft.

Weitere Konkretisierungen hinsichtlich der Rolle des Finanzwesens beim Übergang zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Wirtschaft will die Kommission Anfang Juli 2021 mit ihrer aktualisierten Strategie für nachhaltiges Finanzwesen (inkl. des neuen EU-Standards für grüne Anleihen) vornehmen.

Dabei ist Zusammenarbeit zwischen privaten und öffentlichen Interessensvertretungen ebenso wichtig wie internationale Kooperation. Die weltweite Konvergenz grüner Standards ist Voraussetzung zur Verhinderung von Marktfragmentierung und ermöglicht grenzüberschreitende Investitionen. Ziel der EU ist es, global eine Vorreiterrolle im nachhaltigen Finanzwesen einzunehmen.

Hintergrund

Im Zentrum der Prioritäten der Von-der-Leyen-Kommission steht neben Digitalisierung der europäischen **Grüne Deal**, der **Europa bis 2050 klimaneutral** machen, den Übergang zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Wirtschaft gestalten und – angesichts der Auswirkungen der COVID-Pandemie – eine europäische Wachstumsstrategie ermöglichen soll. Die dafür nötigen Rahmenbedingungen legt die Europäische Kommission schrittweise vor. Der Finanzsektor ist hierbei **zentraler Hebel** einer nachhaltigen und inklusiven Konjunkturerholung und einer längerfristig nachhaltigen Entwicklung Europas. Die für Finanzdienstleistungen, Finanzstabilität und die Kapitalmarktunion zuständige EU-Kommissarin Mairead McGuinness hält fest: „Für die **Ökologisierung** unserer **Wirtschaft** sind **massive Investitionen** erforderlich. Alle Unternehmen müssen dazu ihren Beitrag leisten (...). Die neuen Bestimmungen werden eine **grundlegende Wende im Finanzwesen** herbeiführen.“

Die **bisherige Umsetzung** des **Aktionsplans für nachhaltige Finanzen** von 2018 bildet mit der **EU-Taxonomieverordnung**⁴⁰, der **Verordnung über nachhaltigkeits-**

³⁹ Autorin: Alexandra Majer (Abteilung Repräsentanz Brüssel).

⁴⁰ Die EU-Taxonomieverordnung trat am 12. Juli 2020 in Kraft, sie ist die weltweit erste „grüne Liste“ zur Klassifizierung nachhaltiger wirtschaftlicher Tätigkeiten: Verordnung (EU) 2020/852 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juni 2020 über die Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2019/2088 (ABl. L 198 vom 22.6.2020, S. 13).

bezogene Offenlegungspflichten⁴¹ und der **Referenzwerteverordnung**⁴² die Grundlage für die Bereitstellung eines Instrumentariums für nachhaltige Anlagemöglichkeiten.

Aktuelles Maßnahmenpaket der Kommission zu nachhaltiger Finanzierung

Mit ihrer **Mitteilung vom 21. April 2021**⁴³ zielt die Europäische Kommission darauf ab, mehr **finanzielle Mittel in nachhaltige Tätigkeiten** zu lenken.

Delegierter Rechtsakt zur EU-Klimataxonomie

Für die am 12. Juli 2020 in Kraft getretene EU-Klimataxonomie werden nun gemäß des Auftrags des Europäischen Parlaments und des Rats mit dem delegierten Rechtsakt erste **technische Kriterien**⁴⁴ festgelegt, mit denen bewertet werden kann, **welche Wirtschaftstätigkeiten wesentlich** zu den ersten beiden (Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel) der insgesamt sechs **Umweltziele** der EU-Taxonomie beitragen; und er enthält eine **einheitliche Terminologie** für **nachhaltige Tätigkeiten**. Damit erhalten Unternehmen, Investoren und Finanzmarktteilnehmende ein wissensbasiertes, transparentes, praxistaugliches Instrument zur Einstufung nachhaltiger Wirtschaftstätigkeiten (Taxonomiekonformität, Investitionen in den Übergang, Nachhaltigkeitsrisiken). Dies ist für Offenlegungen und Investitionsentscheidungen von Bedeutung. Die Kriterien sind dynamisch, sie sollen laufend überprüft und weiterentwickelt und möglicherweise auch international eingesetzt werden. Damit sind sie zentral für die Entwicklung von Definitionen und somit auch der EU-Standard für grüne Anleihen und des EU-Umweltzeichens für Finanzprodukte im Privatkundengeschäft.

Der delegierte Rechtsakt erfasst Wirtschaftstätigkeiten von ca. 40% der börsennotierten Unternehmen jener Sektoren, auf die knapp 80% der direkten Treibhausgasemissionen in Europa entfallen (dazu zählen u.a. Energie, Produktion, Verkehr, Gebäude).⁴⁵ Delegierter Rechtsakt und Kriterien sollen laufend überprüft und an neue (technologische) Entwicklungen angepasst werden.

Als nächster Schritt erfolgt nun eine Prüfung des delegierten Rechtsakts durch das Europäische Parlament und durch den Rat. Der Rechtsakt soll bereits ab 1. Jänner 2022 in Kraft treten.

Einige **umstrittene Aktivitäten** wie Erdgas und Kernenergie sind im vorliegenden Taxonomie-Rechtsakt noch nicht berücksichtigt. Die Kommission wartet derzeit noch auf weitere wissenschaftliche Analysen und Bewertungen, die bis Mitte 2021 abgeschlossen sein sollten. Auf deren Basis wird die Kommission dann einen **ergänzenden delegierten Rechtsakt zur EU-**

⁴¹ Die Sustainable Finance Disclosure Regulation (SFDR) trat am 10. März 2021 in Kraft; sie zielt auf Verhaltensänderung im Finanzsektor ab und dient der Vermeidung von Greenwashing sowie der Förderung nachhaltiger verantwortungsvoller Investitionen.

⁴² Die Benchmark-Regulation ist seit 23. Dezember 2020 in Kraft; sie erhöht die Transparenz und Offenlegung nachhaltiger Informationen und erleichtert die Vergleichbarkeit.

⁴³ [Mitteilung der Europäischen Kommission zu EU-Taxonomie, Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen, Nachhaltigkeitspräferenzen und treuhänderische Pflichten: Finanzielle Mittel in Richtung des europäischen Grünen Deals lenken, 21. April 2021.](#)

⁴⁴ Die wissensbasierten technischen Kriterien beruhen auf den Empfehlungen der ExpertInnen-Gruppe für nachhaltiges Finanzwesen ([Technical expert group on sustainable finance](#)) und der [Plattform für nachhaltiges Finanzwesen](#) (mit privaten und öffentlichen Sachverständigen) sowie einer öffentlichen Konsultation.

⁴⁵ Quelle: Europäische Kommission, Bloomberg.

Taxonomie vorlegen, der die noch nicht erfassten Tätigkeiten (darunter Erdgas und damit verwandte Technologien als Übergangstätigkeiten, Kernenergie, Landwirtschaft) umfassen soll.

Ein **weiterer delegierter Rechtsakt** umfasst Tätigkeiten, die wesentliche Beiträge zur Erreichung der restlichen **vier Umweltziele** (nachhaltige Nutzung und Schutz von Wasser und Meeresressourcen, Übergang zur Kreislaufwirtschaft, Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung sowie Schutz und Wiederherstellung der Biodiversität und Ökosysteme) leisten. Die Vorbereitungen dazu laufen derzeit bei der Plattform für ein nachhaltiges Finanzwesen.

Des Weiteren muss die Kommission bis Ende 2021 überprüfen, ob und wie der Geltungsbereich der Taxonomie-Verordnung auch auf **Sozial- und Governance-Ziele ausgeweitet** werden kann.

Richtlinienvorschlag zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen⁴⁶

Mit dem ergänzenden Richtlinienvorschlag (Corporate Sustainability Reporting Directive, CSRD) will man die **Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen** einheitlicher, **kohärenter** und **transparenter** gestalten. Die darunterfallenden Unternehmen müssten berichten, inwiefern ihre Geschäftstätigkeit zum Übergang zu einer nachhaltigen, klimaneutralen Wirtschaft beiträgt. Finanzunternehmen, Anleger und Öffentlichkeit erhielten so Zugang zu vergleichbaren und verlässlichen Nachhaltigkeitsinformationen von Unternehmen. Das neue Nachhaltigkeitsberichterstattungsregelwerk soll schrittweise dem der Finanzberichterstattung gleichgestellt werden.

Mit der Richtlinie sollen die EU-Bestimmungen für die Nachhaltigkeitsberichterstattung auf **alle großen** und **alle börsennotierten Unternehmen ausgeweitet** werden (von dzt. etwa 11.000 auf künftig 49.000 Unternehmen). Die Kommission schlägt die getrennte Entwicklung von **Standards für Großbetriebe** sowie von eigenen Standards für **börsennotierte Klein- und Mittelbetriebe** (KMU) vor. Nicht-börsennotierte KMU können die Standards auf freiwilliger Basis einsetzen, Kleinstunternehmen wären ausgenommen. Die Unternehmen sollen dabei Angaben zu ökologischen, sozialen und Unternehmensführungsaspekten (Auswirkung der Geschäftstätigkeit auf Mensch und Umwelt inkl. globaler Wertschöpfungsketten) machen. Die ersten Standards für Nachhaltigkeitsberichterstattung könnten im Oktober 2022 angenommen werden.

Mit der Richtlinie soll Kohärenz zwischen den Berichterstattungspflichten lt. EU-Taxonomie-Verordnung und Nachhaltigkeitsberichterstattungspflicht von Unternehmen geschaffen werden. Die dafür nötigen Indikatoren werden in einem eigenen delegierten Rechtsakt etabliert, der ab 2022 gelten soll.

Als nächsten Schritt nimmt die Kommission dazu Gespräche mit Europäischem Parlament und Rat auf. Die Berichterstattungspflicht lt. EU-Taxonomie-Verordnung soll ab Jänner 2022 für die ersten beiden Ziele Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gelten, ab Jänner 2023 für die restlichen vier Umweltziele.

⁴⁶ [Proposal for a directive on corporate sustainability reporting, European Commission, 21 April 2021. Mit der CSRD sollen die bisherigen Vorschriften der Non-Financial Reporting Directive \(NFRD\), überarbeitet werden.](#)

Änderungen delegierter Rechtsakte zu Nachhaltigkeitspräferenzen, treuhänderischen Pflichten und Produktüberwachung⁴⁷

Nachhaltigkeitsbezogene Änderungen bei sechs delegierten Rechtsakten zu Anlage- und Versicherungsberatung, treuhänderischen Pflichten und Aufsichts- und Lenkungsanforderungen sollen sicherstellen, dass Finanzinstitutionen (wie Beratungsgesellschaften, Vermögensverwaltungsgesellschaften, Versicherer) Nachhaltigkeit in ihre Prozesse integrieren bei ihrer Kundenberatung berücksichtigen. Dies soll die systematische Berücksichtigung von Nachhaltigkeit ermöglichen.

- **Anlage- und Versicherungsberatung:** Erörtern der Kundenpräferenzen hinsichtlich Nachhaltigkeit,
- **Treuhänderische Pflichten:** Klarstellung der Pflichten des Finanzunternehmens beim Beurteilen der eigenen Nachhaltigkeit (z.B. Auswirkungen von Naturkatastrophen auf den Wert der Investitionen),
- **Aufsichts- und Lenkungsanforderungen bei Anlage- und Versicherungsprodukten:** Finanzdienstleister und -berater müssen der Nachhaltigkeit bei der Gestaltung ihrer Finanzprodukte Rechnung tragen.

Diese Änderungen werden nun einer Prüfung durch das Europäische Parlament und den Rat unterzogen. Geplante Anwendung ab Oktober 2022.

Ausblick auf weitere Maßnahmen der Kommission zum nachhaltigen Finanzwesen

Anfang **Juli 2021** will die Europäische Kommission ihre **überarbeitete Strategie für nachhaltige Finanzierung** präsentieren, die eine Bestandsaufnahme auf Basis des Aktionsplans von 2018, eine Beschleunigung der Agenda sowie internationale Kooperationen und Entwicklungszusammenarbeit thematisieren soll. Zeitgleich soll ein **EU-Standard für grüne Anleihen** vorgestellt werden. Weitere präzisierende Änderungen zu delegierten Rechtsakten folgen und ein **EU-Umweltzeichen für Finanzprodukte des Privatkundengeschäfts** soll im Sept. 2021 bzw. in Q4/2021 vorgestellt werden.

Des Weiteren könnte die Europäische Kommission im Rahmen der Gesetzesinitiative zur Umsetzung der Eigenkapitalvorschriften von **Basel 3.5** im **Herbst 2021** Vorschläge zu einer „grünen Dimension“ berücksichtigen.

Die EU will jedenfalls beim Festlegen von **Standards für nachhaltige Finanzierung** weiterhin eine **internationale Führungsrolle** einnehmen.

⁴⁷ Betrifft die Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID II) und der Versicherungsrichtlinie (IDD).

Annex

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik in der EU und international vom 23. April bis 16. Juni 2021⁴⁸

EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
4. Juni 2021	EK	<p>Frühjahrspaket 2021 der EK: Den Weg für eine kräftige und nachhaltige Erholung ebnen</p> <p>Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurde im Jahr 2021 der Ablauf des Europäischen Semesters zwecks Abstimmung mit den Prozessen zur Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF), die im Rahmen des Europäischen Semesters erfolgen soll, adaptiert. Daher wird die EK im Frühjahr keine Länderberichte zur Beurteilung der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen in den Mitgliedstaaten herausgeben. Stattdessen werden diese auf die im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) bzw. der EU-Fiskalregeln vorgesehene haushaltspolitische Empfehlung beschränkt.</p> <p>Die Empfehlungen der EK für die Haushaltspolitik sollen den Wiederaufbau vorantreiben. Die Haushaltspolitiken sollten 2021 und 2022 weiterhin die Stützung der Konjunktur zum Ziel haben. Die allgemeine Ausweichklausel des SWP wird auch 2022 angewandt und voraussichtlich erst 2023 außer Kraft gesetzt. Eine verfrühte Beendigung der wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen soll damit vermieden werden. Für Österreich empfiehlt die EK, die Beibehaltung der unterstützenden Finanzpolitik im Jahr 2022. Gleichzeitig regt die EK eine Erhöhung der Investitionen an.</p>
2. Juni 2021	EZB	<p>Internationale Rolle des Euro: EZB-Bericht 2021</p> <p>Wie im EZB-Bericht veröffentlicht wurde, blieb die internationale Rolle des Euro im Jahr 2020 weitgehend unverändert. Der Euro behauptet sich unangefochten als weltweit am zweithäufigsten genutzte Währung nach dem US-Dollar, wobei die internationale Rolle des Euro nach dem Pandemieschock weitgehend unverändert blieb. Der Euro spielt insbesondere eine große Rolle in den internationalen Märkten für Green Bonds.</p>
1. Juni 2021	EK	<p>750 Mrd EUR schweres Corona Aufbauinstrument „Next Generation EU“ ist startbereit</p> <p>In allen 27 Mitgliedstaaten wurde der Eigenmittelbeschluss der EU ratifiziert, wodurch die EK ermächtigt wurde, Mittel in der Höhe von bis zu 750 Mrd EUR im Rahmen des befristeten Corona Aufbauinstruments, Next Generation EU (NGEU), auf den</p>

⁴⁸ Autoren: Sylvia Gloggnitzer, Harald Grech (Abteilung für EU- und internationale Angelegenheiten)

		<p>Kapitalmärkten aufzunehmen. An die Auszahlung der EU-Gelder sind strikte Kriterien geknüpft: Mindestens 37% des Geldes müssen in Klimaschutzmaßnahmen investiert werden und 20% in die Digitalisierung. NGEU soll dabei helfen, die unmittelbar Corona-bedingten Schäden für Wirtschaft und Gesellschaft abzufedern. Am stärksten sollen vom Fonds die besonders schwer von der Coronakrise getroffenen Mitgliedstaaten Italien und Spanien profitieren.</p>
25. Mai. 2021	EK	<p>Kommission zahlt im Rahmen des SURE-Instruments 14,1 Mrd EUR an zwölf Mitgliedstaaten aus</p> <p>Die EK zahlte im Rahmen des SURE-Instruments die siebte Tranche zur finanziellen Unterstützung in Höhe von rd. 14 Mrd EUR an zwölf Mitgliedstaaten aus.</p> <p>Die SURE-Darlehen sollen den Mitgliedstaaten dabei helfen, den plötzlichen Anstieg der öffentlichen Ausgaben zu bewältigen, der mit ihren Beschäftigungserhaltungsmaßnahmen infolge der Coronavirus-Pandemie einhergeht.</p>
25. Mai 2021	Sondertagung ER	<p>Sondertagung des Europäischen Rats mit den Schwerpunkten: COVID 19 und Weißrussland</p> <p>Beim Treffen der Führungsspitzen der EU bestand Einigkeit darin, dass eine Erhöhung der COVID-Impfstoff-Produktion in der EU der Schlüssel für die künftige Pandemie-Bekämpfung ist. Die EU ist der größte Exporteur von COVID-19-Impfstoffen in Drittländer und sie wird ihre Bemühungen fortsetzen, die globalen Produktionskapazitäten für Impfstoffe zu erhöhen, um den weltweiten Bedarf zu decken. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind entschlossen bis zum Jahresende 2021 mindestens 100 Millionen Impfdosen zu spenden.</p> <p>Der ER verurteilte entschieden die unter Gefährdung der Flugsicherheit erzwungene Landung eines Fluges der Fluggesellschaft Ryanair in Minsk, Belarus, am 23. Mai 2021. Der ER forderte den Ministerrat auf, weitere gezielte wirtschaftliche Sanktionen zu beschließen, und ersuchte den Hohen Vertreter und die Kommission, unverzüglich Vorschläge zu unterbreiten.</p>
22. Mai 2021	inf. ECOFIN Rat	<p>Verstärkung der Wirkungen von Geld- und Fiskalpolitik</p> <p>Gouverneure und Minister diskutierten u.a. die Entwicklung langfristiger Zinssätze, Nachhaltigkeit öffentlicher Schuldenstände nach COVID-19 sowie Investitionen und Reformen. Weitgehende Einigkeit bestand darin, dass die Eigenkapitalausstattung von lebensfähigen Unternehmen verbessert werden muss, z.B. durch Steuererleichterungen, staatliche Beteiligungen oder marktbasierter Eigenkapitalfinanzierungen.</p>
9. Mai 2021	EU	<p>Auftakt der Konferenz zur Zukunft Europas</p> <p>Unter dem portugiesischen Ratsvorsitz fand der offizielle Auftakt der Konferenz zur Zukunft Europas in Straßburg statt. Die Konferenz soll Europa den EU-Bürgerinnen näherbringen. Es fanden zahlreiche virtuelle Veranstaltungen anlässlich der Konferenz und der</p>

		<p>Feierlichkeiten zum Europatag in allen Mitgliedstaaten statt. Die Basis der Konferenz bildet die <i>Gemeinsame Erklärung zur EU-Zukunftskonferenz</i>, welche am 10. März 2021 durch EP, Rat und EK unterzeichnet wurde.</p> <p>Zentrales Element der Konferenz ist die Beteiligung der EU-Bürgerinnen am Aufbau eines resilienteren Europas. Am 19. April ging hierfür ein neues Instrument, die interaktive, multilinguale digitale Plattform der EK online. Das Motto der digitalen Plattform lautet: „Die Zukunft liegt in deinen Händen“.</p> <p>Bis zum Frühjahr 2022 werden Schlussfolgerungen aus der EU-Zukunftskonferenz gezogen, die in der Form eines Endberichts unter dem französischen Ratsvorsitz finalisiert werden.</p>
7. Mai 2021	ER	<p>Sozialgipfel in Porto unter portugiesischem Ratsvorsitz</p> <p>Die EU-Führungsspitzen haben die Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR) auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene, wie sie in der Strategischen Agenda der EU für 2019-2024 festgelegt ist, erörtert.</p> <p>Die ESSR wird als grundlegendes Element des Aufschwungs bezeichnet, ihre Umsetzung soll das Streben nach einem digitalen, grünen und fairen Übergang stärken und dazu beitragen, die soziale und wirtschaftliche Konvergenz nach oben zu verwirklichen und die demografischen Herausforderungen zu adressieren.</p> <p>In dem von der Kommission im März 2021 vorgelegte Aktionsplan sind ferner drei zentrale Zielvorgaben festgelegt, die in der gesamten Europäischen Union bis 2030 verwirklicht werden sollen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • eine Beschäftigungsquote in der EU von mindestens 78% • die Teilnahme von mindestens 60% der Erwachsenen an Weiterbildungsmaßnahmen in jedem Jahr • die Verringerung der Zahl der von sozialer Ausgrenzung oder Armut bedrohten Menschen um mindestens 15 Millionen
1. Mai 2021	EU	<p>Handelsabkommen zwischen EU und VK endgültig in Kraft</p> <p>Das zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich (VK) ausgehandelte Handels- und Kooperationsabkommen trat am 1. Mai endgültig in Kraft, nachdem es am 27. April vom Europäischen Parlament mit 660 zu 5 Stimmen angenommen worden war. Das Abkommen begründet unter anderem eine umfassende Wirtschaftspartnerschaft. Diese beruht im Kern auf einem Freihandelsabkommen, das weder Zölle noch Quoten vorsieht und damit bedeutende Handelshemmnisse abwendet. Der Rat billigte bereits am 29. April den Brexit-Anpassungsreservefonds in Höhe von 5 Mrd EUR, um die vom Brexit am stärksten betroffenen Regionen, Gebiete und Sektoren zu stützen.</p>
30. April 2021	EZB	<p>EZB ernennt Irene Heemskerk zur Leiterin des Kompetenzzentrums Klimawandel</p> <p>Irene Heemskerk tritt ihre neue Funktion mit Wirkung zum 15. Juni</p>

		2021 an. Als Leiterin des Kompetenzzentrums Klimawandel berichtet sie direkt an EZB-Präsidentin Lagarde. Das Kompetenzzentrum Klimawandel wird die klimabezogene Agenda der EZB gestalten und steuern.
--	--	--

IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

27. Mai 2021	IWF	<p>Das IWF Exekutivdirektorium schloss die periodische Überprüfung des Regelwerks des <i>Financial Assessment Program (FSAP)</i> ab. Der zugrundeliegende Bericht des IWF-Stabes war durch die Auswirkungen der aktuellen Pandemie geprägt und betonte die Bedeutung der Überwachung finanzieller Risiken des <i>nonfinancial sectors</i>.</p> <p>Ferner beinhaltete der Bericht Vorschläge zur besseren Nutzung der Ergebnisse von FSAP-Prüfungen durch nationale Behörden sowie zur grundlegenden verstärkten Integration des FSAP in die Überwachungstätigkeit des IWF.</p>
10. Mai 2021	IWF	<p>Das IWF Exekutivdirektorium schloss den <i>2021 Comprehensive Surveillance Review (CSR)</i> ab. Ziel des zugrundeliegenden Berichts des IWF-Stabes war eine strategische Verbesserung der Surveillance-Aktivitäten des IWF (<i>more timely, topical, targeted, interconnected and better informed</i>). Der Bericht wies darauf hin, dass künftige Bestrebungen zum wirtschaftlichen Aufschwung für die nationale Behörden zahlreiche wirtschafts- und sozialpolitische Trade-offs beinhalten würden. Auch würden zahlreiche aktuelle Trends (<i>digital technology, climate change, inequality, demographics</i> und <i>geopolitics</i>) bedeutende Herausforderungen in den kommenden zehn Jahren darstellen, die - sofern Auswirkungen in makroökonomischer Hinsicht entstehen - auch in die Surveillance-Tätigkeiten des IWF integriert werden sollen.</p> <p>Folgende vier Surveillance Bereiche sollen künftig vorrangig positioniert werden: <i>confronting risks and uncertainties, pre-empting and mitigating adverse spillovers, fostering economic sustainability</i> und <i>unified policy advice</i>.</p>
10. Mai 2021	IWF	<p>Das IWF Exekutivdirektorium beschloss eine Entschuldung für den Sudan in Höhe von rd. 1,0 Mrd. SZR. Österreich beteiligt sich an der geplanten Entschuldung im Ausmaß von rd. 10,8 Mio, SZR. Die Möglichkeit zur Teilnahme der OeNB wird durch eine entsprechende gesetzliche Beschlussfassung im Nationalrat (voraussichtlich Herbst 2021) geschaffen.</p>
15. Juni 2021	IWF	<p>Die periodisch stattfindenden Artikel IV Konsultationen des IWF mit Österreich fanden vom 26.5.-15.6.2021 im virtuellen Format statt. Im Rahmen der Konsultationen führte der IWF Gespräche mit Vertretern von OeNB, BMF, FMA, BKA, diversen Ministerien und Interessensvertretungen. Der thematische Fokus der diesjährigen Konsultationen lag auf <i>Sustainable Recovery and Policies to Mitigate</i></p>

		<p><i>Economic Scarring.</i> Im Rahmen einer Pressekonferenz am 15.6.2021 wurden die Ergebnisse der Art. IV-Konsultationen präsentiert. In seinen Empfehlungen fokussierte der IWF heuer auf verstärkten Anstrengungen im Bereich der Digitalisierung der Wirtschaft und der Einführung einer CO₂ Steuer in Österreich.</p>
--	--	--

Wirtschaftsindikatoren – Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 21. Juni 2021

Inhaltsverzeichnis

Weltwirtschaft

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen	1
Makroökonomische Indikatoren	2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise	3

Euroraum

Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	4
Aktuelle Entwicklung	5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität	6
Zinserwartungen	7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen	8
Renditen und Kreditzinsen	9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation	10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt	11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren	12
Inflation und Arbeitskosten	13
Makroökonomische Ungleichgewichte	14

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren	15
--	----

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts	16
Entwicklung der Verbraucherpreise	17
Arbeitslosenquoten	18
Leistungsbilanzsalden	19
Fiskaldaten	20

Österreich

Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	21
Aktuelle Entwicklung	22
Außenhandel mit Waren	24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren	25
Tourismus und Reiseverkehr	26
Öffentliche Haushalte	27
Bundeshaushalt	28
Aggregierte Vermögenslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute	29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	32
Aggregierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute	33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE	34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung	
Geldvermögensbildung und Geldvermögen	35
Finanzierung und Verbindlichkeiten	36

Zeichenerklärung

- .. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
- x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
- 0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
- Ø = Durchschnitt
- A = Anstieg
- R = Rückgang

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen

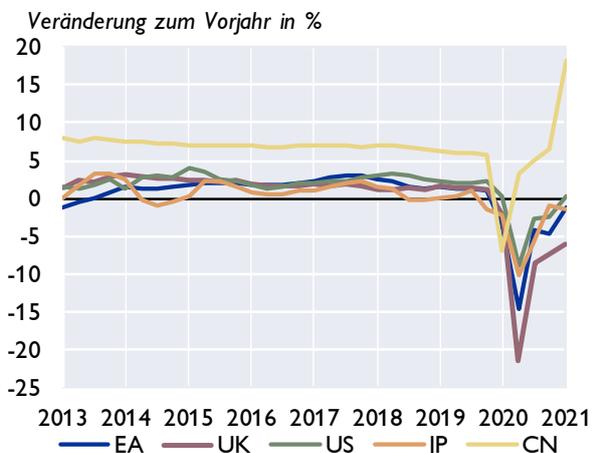
	Reales BIP		Inflation ¹		Arbeitslose		Budgetsaldo		Staatsschuld		Leistungsbilanzsaldo	
	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022
	Veränderung zum Vorjahr in %		in %		in % des Arbeitskräfteangebotes		in % des BIP					
Vereinigtes Königreich	5,0	5,3	1,6	1,8	5,6	5,9	-11,8	-5,4	108,1	108,4	-5,0	-4,8
USA	6,3	3,8	2,2	2,0	4,6	3,4	-16,0	-6,8	135,6	133,7	3,4	-3,4
Japan	3,1	2,5	0,3	0,9	2,9	2,6	-9,5	-4,1	259,1	255,3	3,3	3,2
China	7,9	5,4	x	x	x	x	x	x	x	x	1,5	1,3
Euroraum	4,3	4,4	1,7	1,3	8,4	7,8	-8,0	-3,8	102,4	100,8	3,1	3,1
EU	4,2	4,4	1,9	1,5	7,6	7,0	-7,5	-3,7	94,4	92,9	3,1	3,1
Österreich	3,4	4,3	1,8	1,6	5,0	4,8	-7,6	-3,0	87,2	85,0	2,2	2,7
Deutschland	3,4	4,1	2,4	1,4	4,1	3,4	-7,5	-2,5	73,1	72,2	7,8	6,9
Polen	4,0	5,4	3,5	2,9	3,5	3,3	-4,3	-2,3	57,1	55,1	2,8	2,1
Ungarn	5,0	5,5	4,0	3,2	4,3	3,8	-6,8	-4,5	78,6	77,1	-0,6	-0,5
Tschechische Republik	3,4	4,4	2,4	2,2	3,8	3,5	-8,5	-5,4	44,3	47,1	-0,3	-0,8

Quelle: EK Mai 2021.

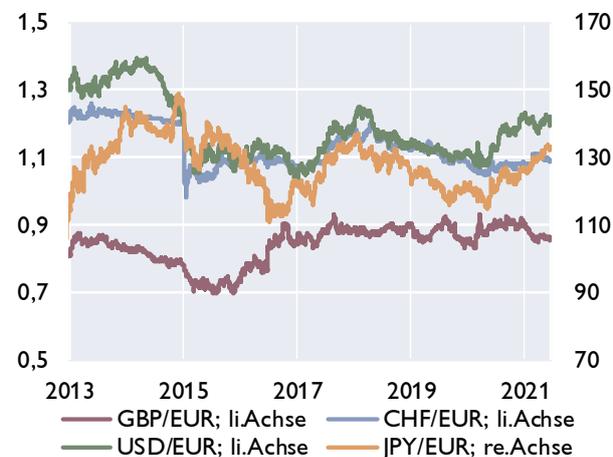
¹ HVPI-Inflation; USA, Japan: VPI.

Makroökonomische Indikatoren

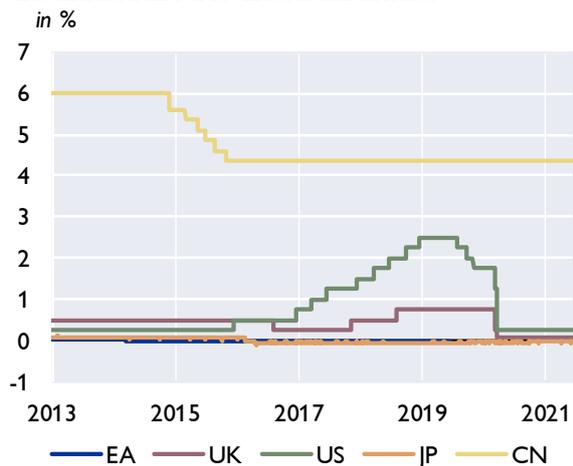
Reales BIP-Wachstum



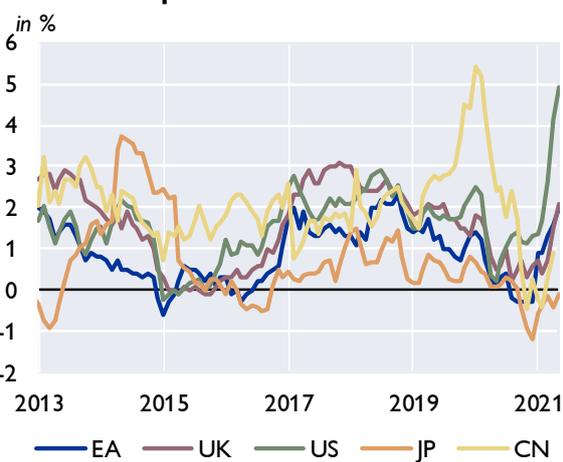
Wechselkurse zum Euro



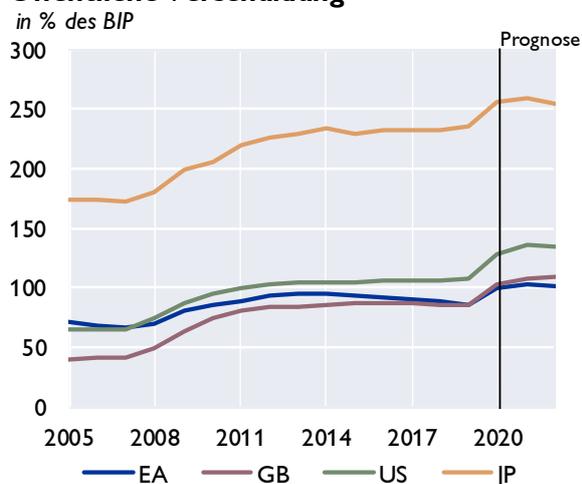
Leitzinssätze der Zentralbanken



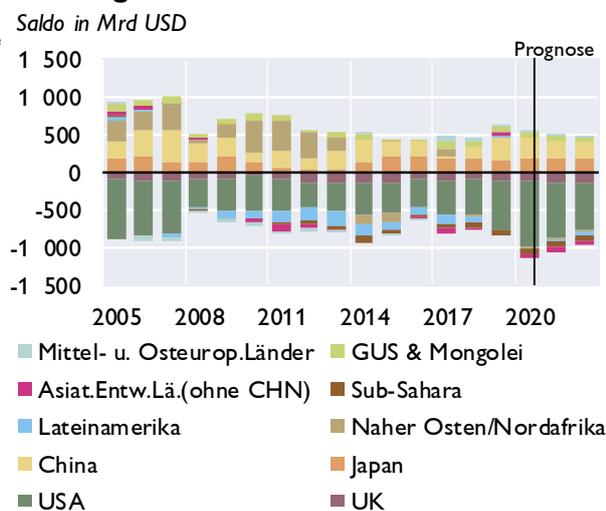
Verbraucherpreisindizes



Öffentliche Verschuldung



Leistungsbilanz



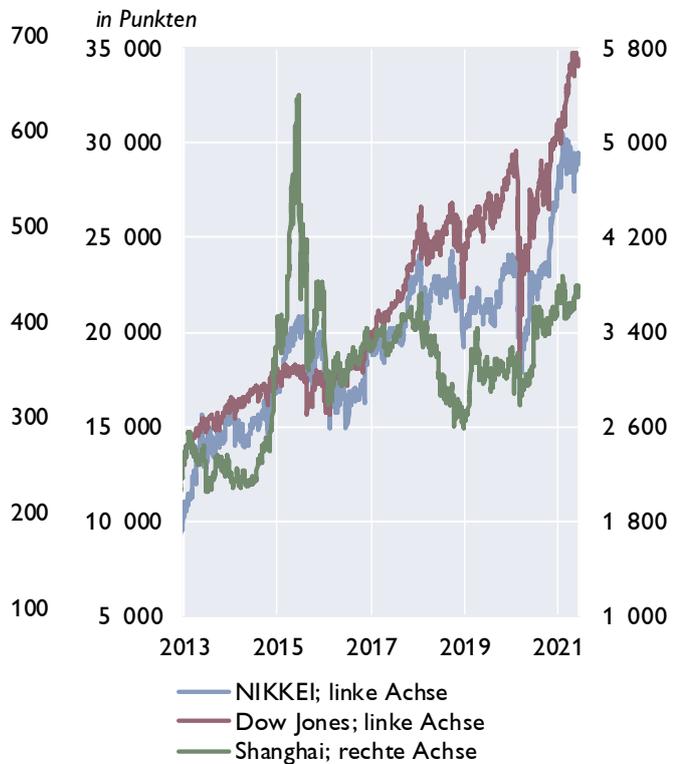
Quelle: Eurostat, EK, IWF, Macrobond, nationale Quellen. Prognosen: EK Mai 2021 und IWF WEO April 2021.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

Aktienkurse - Europa



Aktienkurse - International



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2015=100



Quelle: Macrobond.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem			OECD		IWF		EU-Kommission	
	Juni 2021			Mai 2021		April 2021		Mai 2021	
	2021	2022	2023	2021	2022	2021	2022	2021	2022
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>								
BIP, real	4,6	4,7	2,1	4,3	4,4	4,4	3,8	4,3	4,4
Privater Konsum, real	2,9	7,0	2,0	2,5	6,0	3,6	5,0	2,7	6,0
Öffentlicher Konsum, real	3,4	-0,8	1,0	2,9	0,9	2,0	0,4	3,8	0,6
Bruttoanlageinvestitionen, real	7,3	5,5	2,8	5,7	5,6	3,9	4,6	6,7	5,3
Exporte, real	9,0	6,5	3,7	x	x	x	x	8,7	6,5
Importe, real	8,3	7,0	3,6	x	x	x	x	8,0	6,9
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>								
BIP Deflator	x	x	x	0,9	1,3	1,3	1,4	1,2	1,4
HVPI	1,9	1,5	1,4	1,8	1,3	1,4	1,2	1,7	1,3
Lohnstückkosten	-1,0	-0,6	1,3	x	x	-2,9	-0,1	-0,7	-0,6
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>								
Beschäftigte	0,3	1,2	1,0	x	x	0,0	0,7	0,0	1,2
	<i>in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition</i>								
Arbeitslosenquote	8,2	7,9	7,4	8,2	7,9	8,7	8,5	8,4	7,8
	<i>in % des nominellen BIP</i>								
Leistungsbilanz	2,4	2,3	2,4	3,3	3,2	2,8	2,7	3,1	3,1
Öffentliches Defizit	-7,1	-3,4	-2,6	-7,2	-3,7	-6,7	-3,3	-8,0	-3,8
	<i>Prognoseannahmen</i>								
Erdölpreis in USD/Barrel	65,8	64,6	61,9	65,0	65,0	58,5	54,8	63,9	61,6
Kurzfristiger Zinssatz in % USD/EUR	-0,5	-0,5	-0,3	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5
	1,21	1,21	1,21	1,20	1,20	1,22	1,2	1,20	1,20
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>								
BIP, real USA	x	x	x	6,9	3,6	6,4	3,5	6,3	3,8
BIP, real Welt ¹	6,2	4,2	3,7	5,8	4,4	6,0	4,4	5,6	4,3
Welthandel ¹	10,8	4,9	3,7	8,2	5,8	8,4	6,5	8,7	6,1

¹ EZB: BIP real Welt (ohne EA), Welthandel (ohne EA, Weltimporte) und EK: Welthandel (Weltimporte).

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2019	2020	2020	2020	2020	2021	2021	2021	2021	2021	2021
			Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Feb	Mrz	Apr	Mai
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>											
HVPI gesamt	1,2	0,3	0,2	0,0	-0,3	1,1	..	0,9	1,3	1,6	2,0
Keminflation	1,0	0,7	0,9	0,6	0,2	1,2	..	1,1	0,9	0,7	1,0
BIP-Deflator des privaten Konsums	1,1	0,5	0,8	0,0	0,0	1,0	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten (nominell)	1,9	4,8	8,6	2,9	3,4	1,6	..	x	x	x	x
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	1,9	-0,6	-4,7	0,8	1,0	2,1	..	x	x	x	x
Arbeitsproduktivität (nominell)	0,1	-5,0	-12,2	-2,1	-2,4	0,5	..	x	x	x	x
Produzentenpreis (Industrie)	0,6	-2,6	-4,5	-2,7	-1,7	2,1	..	1,5	4,3	7,6	..
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	108,1	111,6	102,8	112,3	122,7	144,8	..	143,4	150,1	154,5	169,0
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	57,2	37,9	30,3	37,1	37,8	50,7	..	51,5	55,1	54,6	56,1
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	64,1	43,4	33,6	43,3	45,3	61,1	..	62,3	65,6	65,3	68,1
<i>Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)</i>											
BIP real	1,3	-6,5	-11,5	12,6	-0,6	-0,3	..	x	x	x	x
Privater Konsum	1,3	-7,9	-12,7	14,2	-2,9	-2,3	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	1,8	1,4	-2,6	5,3	0,4	0,0	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	5,7	-8,2	-16,1	13,7	2,5	0,2	..	x	x	x	x
<i>Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)</i>											
Binnennachfrage (ohne Lager)	2,3	-5,7	-10,8	11,6	-0,9	-1,1	..	x	x	x	x
Nettoexporte	-0,5	-0,5	-0,6	2,4	-0,1	0,1	..	x	x	x	x
Veränderung der Lagerhaltung	-0,5	-0,3	-0,1	-1,4	0,4	0,7	..	x	x	x	x
<i>Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)</i>											
Handelsbilanz	220,8	234,3	31,2	64,4	84,2	56,8	..	23,4	22,3	10,9	..
Leistungsbilanz	288,6	241,4	29,0	67,8	90,9	79,7	..	25,9	17,8
Leistungsbilanz in % des BIP	2,4	2,1	1,1	2,3	3,1	2,7	..	x	x	x	x
<i>Ausgewählte Indikatoren</i>											
Economic Sentiment Indicator	103,7	88,2	72,0	88,5	91,4	95,3	..	93,4	100,9	110,5	114,5
Industrievertrauen (Saldo)	-5,2	-14,5	-27,3	-13,6	-8,8	-2,4	..	-3,2	2,1	10,9	11,5
Markt Einkaufsmanagerindex (Industrie)	47,4	48,6	40,1	52,4	54,6	58,4	..	57,9	62,5	62,9	63,1
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	97,1	89,3	80,8	91,6	92,0	93,2	..	92,7	96,7	96,6	99,2
Ind. Produktion o. Bau (Ver. z. VJP in %)	-1,3	-8,6	-20,1	-6,6	-1,2	2,9	..	-1,5	11,2	38,9	..
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-7,0	-14,3	-18,5	-14,4	-15,6	-13,7	..	-14,8	-10,8	-8,1	-5,1
Einzelhandelsumsätze (Ver. z. VJP in %)	2,4	-1,1	-6,6	2,5	1,2	2,0	..	-1,3	13,2	23,9	..
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	82,3	74,4	68,4	72,1	76,3	77,5	82,5	x	x	x	x
<i>Arbeitsmarktentwicklung</i>											
Arbeitslose in % der Beschäftigten ¹	7,6	8,0	7,6	8,6	8,3	8,2	..	8,2	8,1	8,0	..
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	1,2	-1,6	-3,0	1,0	0,4	-0,3	..	x	x	x	x
<i>Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)</i>											
Geldmenge M3	4,9	12,4	9,3	10,4	12,4	10,0	..	12,3	10,0	9,2	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	11,6	10,5
Buchkredite an den privaten Sektor	3,5	3,5	3,3	3,5	3,5	3,8	..	3,3	3,8	4,3	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	..	0,00	0,00	0,00	0,00
3-Monats Zinssatz (%)	-0,36	-0,43	-0,30	-0,47	-0,52	-0,54	..	-0,54	-0,54	-0,54	-0,54
10-Jahres Zinssatz (%)	0,58	0,21	0,46	0,17	-0,05	0,05	..	0,06	0,15	0,21	0,38
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	0,94	0,64	0,76	0,64	0,47	0,59	..	0,61	0,69	0,74	0,92
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro) ²	117,9	125,6	154,3	119,8	106,0	91,9	..	89,7	93,0	87,6	83,5
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	373,8	360,0	329,0	361,0	375,9	412,1	..	410,0	422,4	439,6	443,8
Wechselkurs USD je EUR	1,12	1,14	1,10	1,17	1,19	1,21	..	1,21	1,19	1,20	1,21
nom. effekt. Wechselkurs des EUR ³	98,2	99,7	98,8	101,2	101,3	100,9	..	100,8	100,4	100,7	100,9
real effektiver Wechselkurs des EUR ³	93,3	93,7	93,1	94,9	94,9	94,9	..	94,8	94,3	94,4	94,5
<i>Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP</i>											
Budgetsalden	-0,6	-7,2	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Staatsschuldenquoten	85,8	100,0	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Macrobond, HWWI, Markit, ifo.

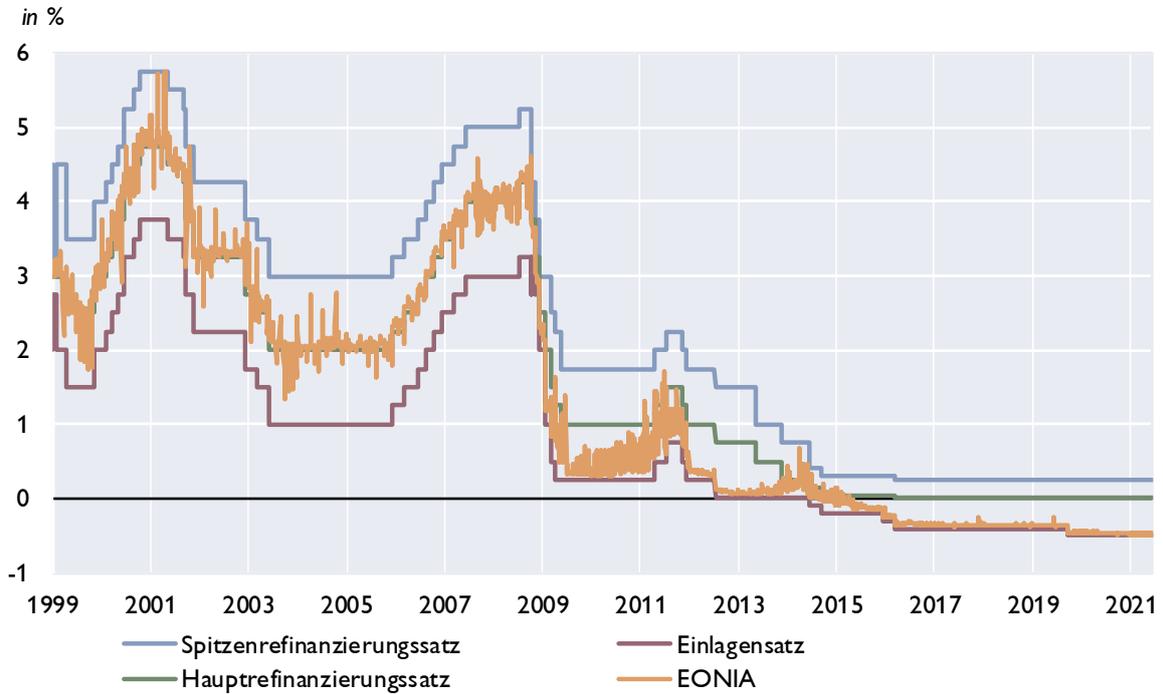
¹ ILO-Definition.

² Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch).

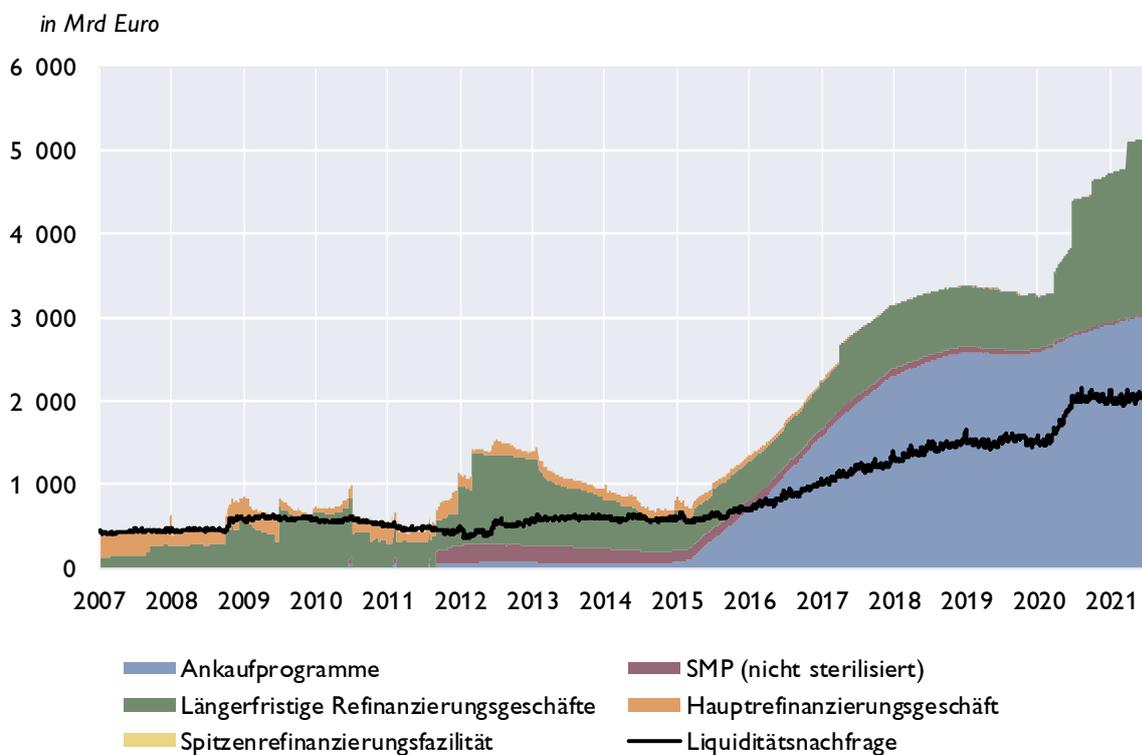
³ Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100).

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

EZB-Leitzinssätze und EONIA



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

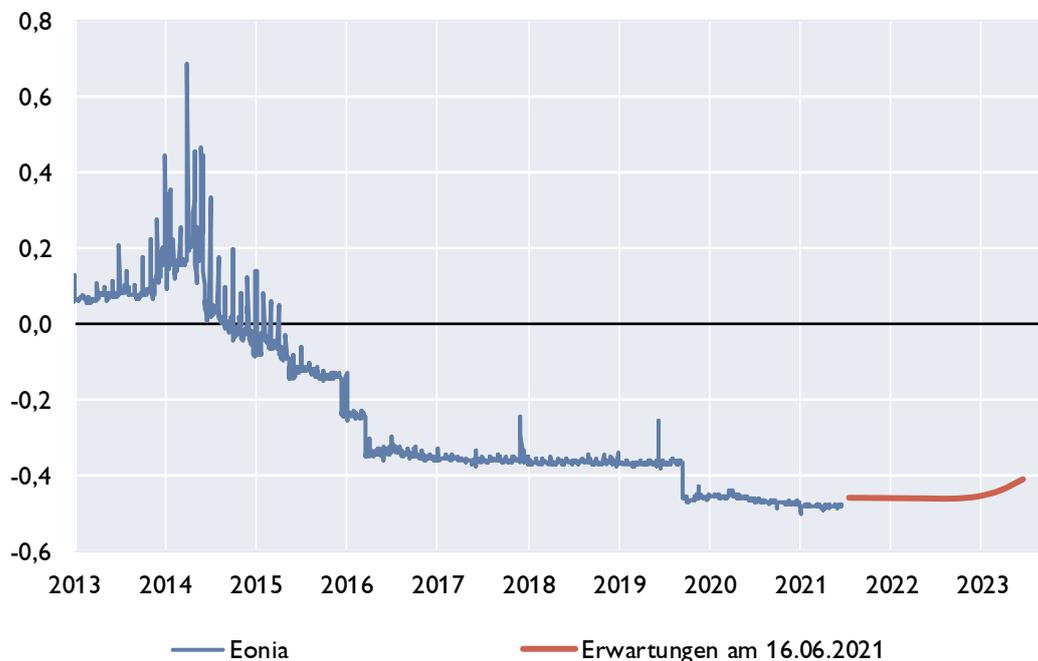


Quelle: EZB, OeNB, Macrobond.

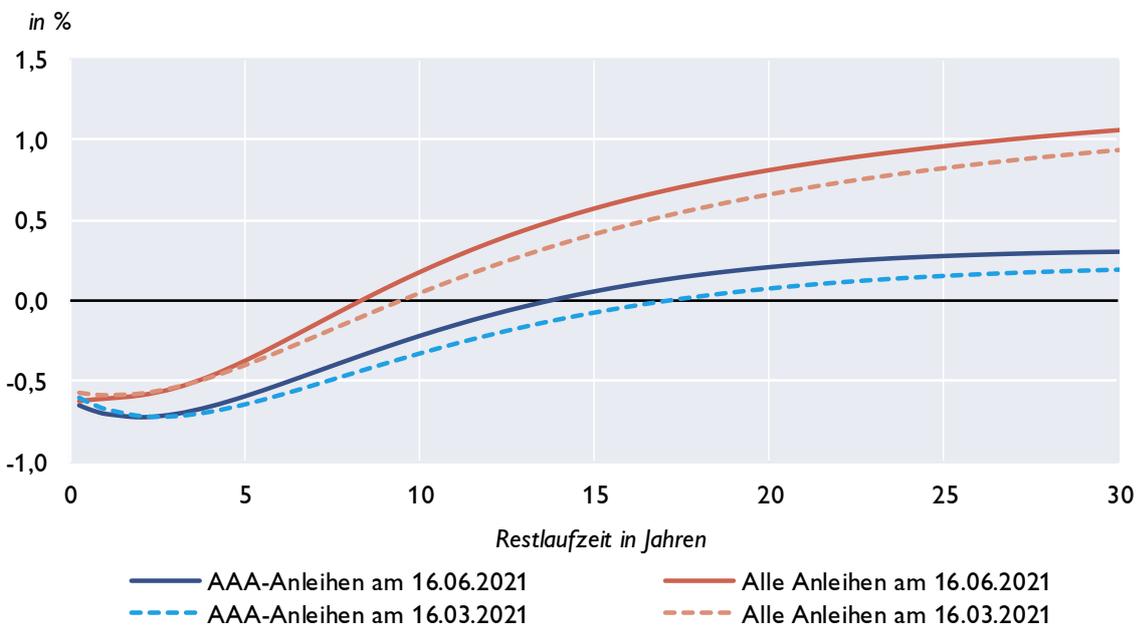
Euroraum: Zinserwartungen

Markterwartungen über den Verlauf des Eonia

berechnet aus Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für Staatsanleihen im Euroraum

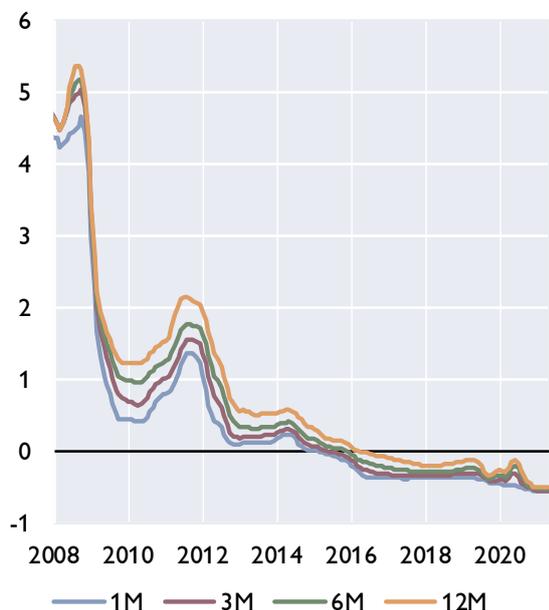


Quelle: EZB, Macrobond, eigene Berechnungen.

Euroraum: Geldmarktzinsen und Renditen von Staatsanleihen

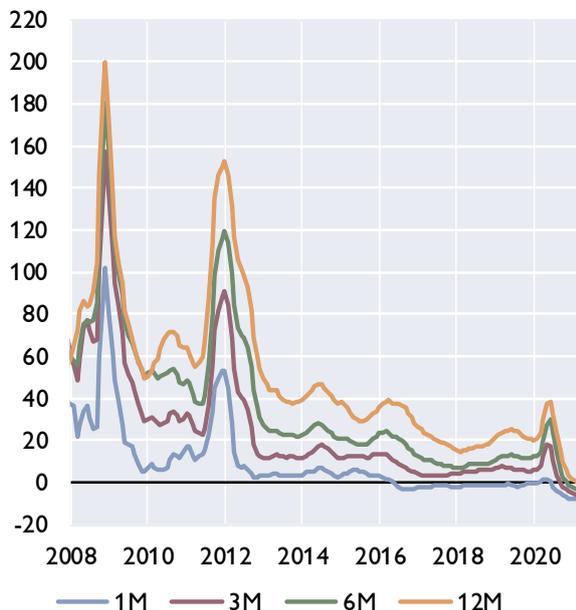
Euribor-Sätze

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus Overnight Index Swap in Basispunkten, Durchschnitt der letzten drei Monate



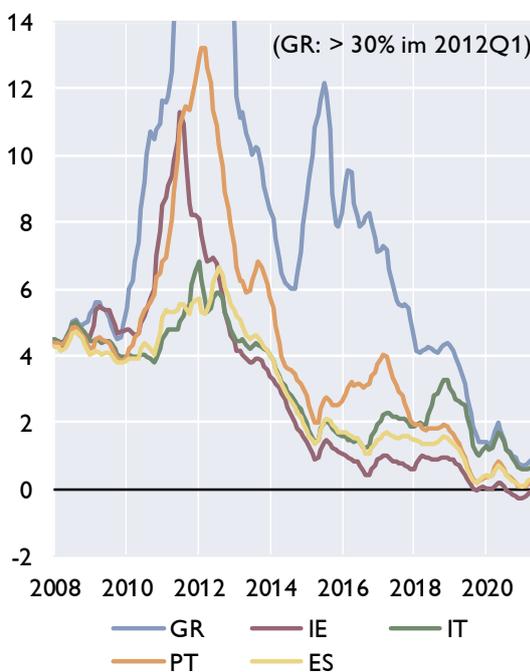
Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, Niedrigzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate



Renditen 10-jähriger Staatsanleihen, (ehemalige) Hochzinsländer

in %, Durchschnitt der letzten drei Monate

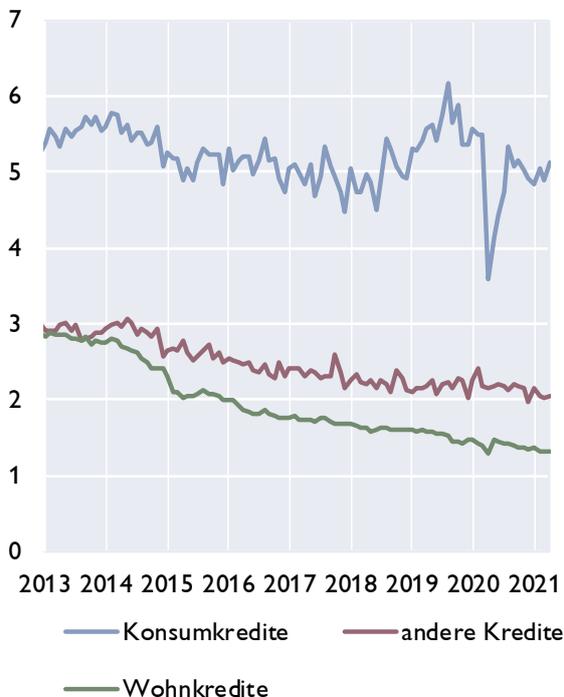


Quelle: EZB, Macrobond.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

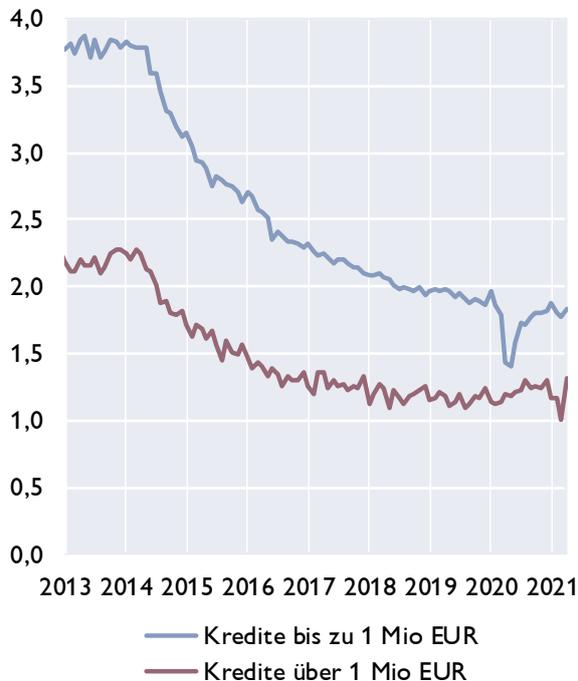
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



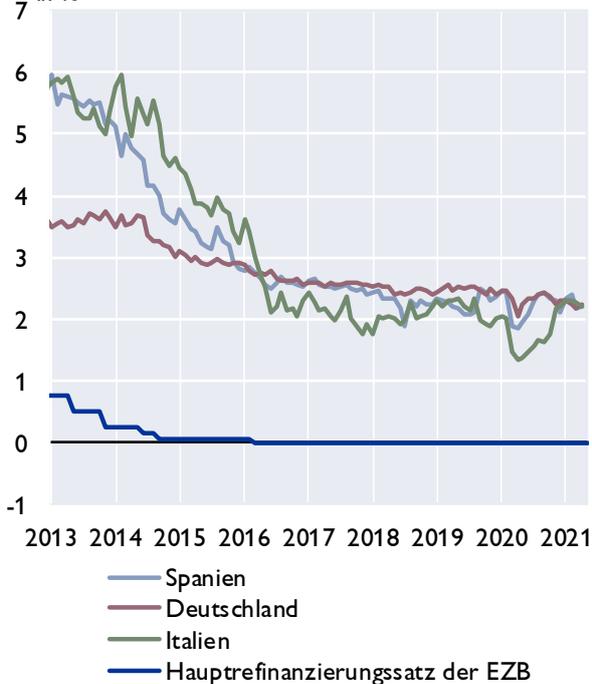
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Anleihen nicht-finanzieller Unternehmen

in %

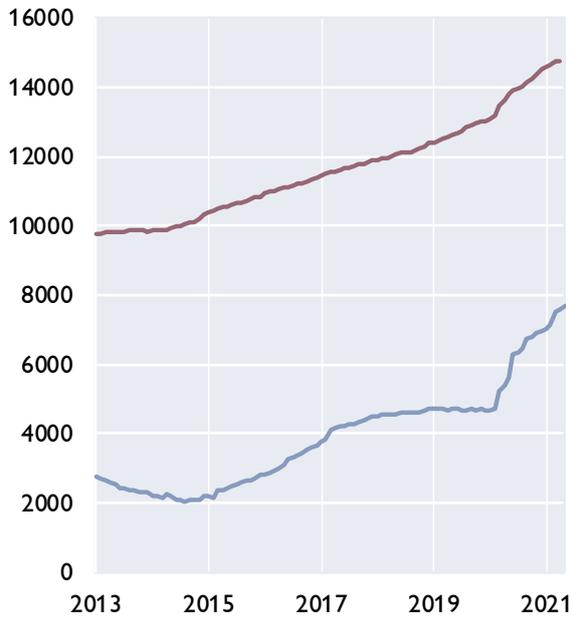


Quelle: Macrobond, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3

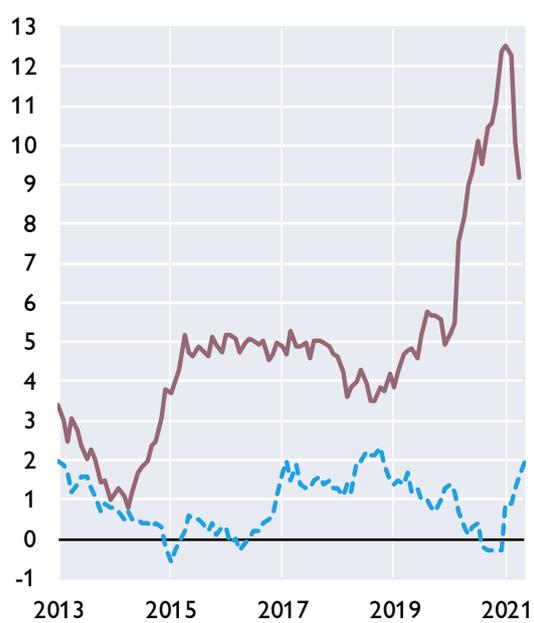
in Mrd EUR



— Bilanzsumme des Eurosystems mit Gold
— Geldmenge M3

Geldmenge M3 und Inflation

in %



--- HVPI-Inflation
— Geldmenge M3 - Veränderung zum Vorjahr

Geldmenge M1 und M3

in %



— M1 Veränderung gg VJ-Monat
— M3 Veränderung gg VJ-Monat
--- M3 gegenüber Vormonat, annualisiert, 3M-Durchschnitt

Quelle: EZB, Eurostat, Macrobond.

Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

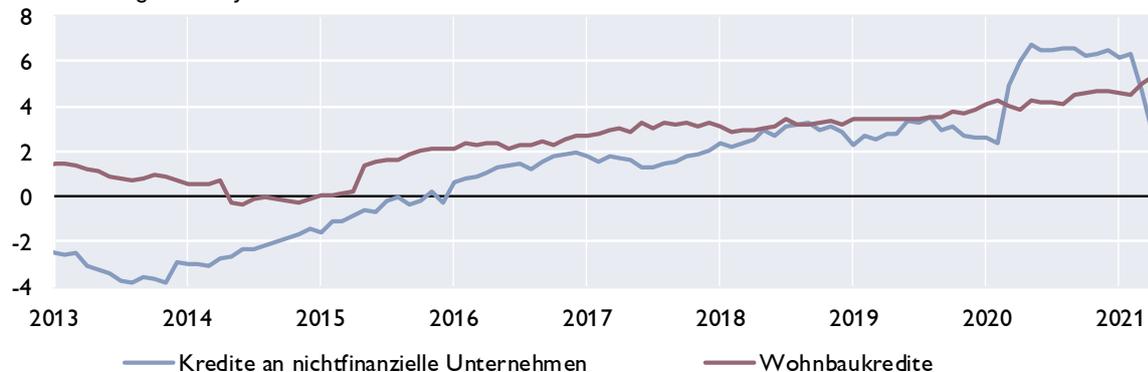
arbeitstägig und saisonal bereinigt		2019	2020	Nov.20	Dez.20	Jän.21	Feb.21	Mär.21	Apr.21
Aktiva	Kredite	2,0	9,7	9,1	9,7	9,7	9,8	9,1	7,7
	Kredite an öffentliche Haushalte	-1,9	22,3	21,3	22,3	23,0	24,0	21,9	18,0
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	3,4	5,4	5,0	5,4	5,1	5,0	4,6	4,0
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor ¹⁾	3,4	4,7	4,8	4,7	4,4	4,4	3,6	3,3
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	3,2	5,8	4,0	5,8	3,4	2,4	0,7	2,1
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	-2,6	8,7	5,7	8,7	5,7	5,6	3,1	3,2
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	1,6	-0,5	-0,7	-0,5	-0,9	-0,9	-0,3	-0,3

Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor¹⁾



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



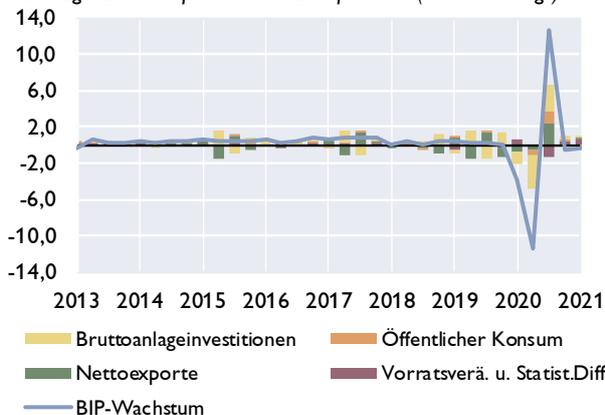
Quelle: EZB.

¹⁾ Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.

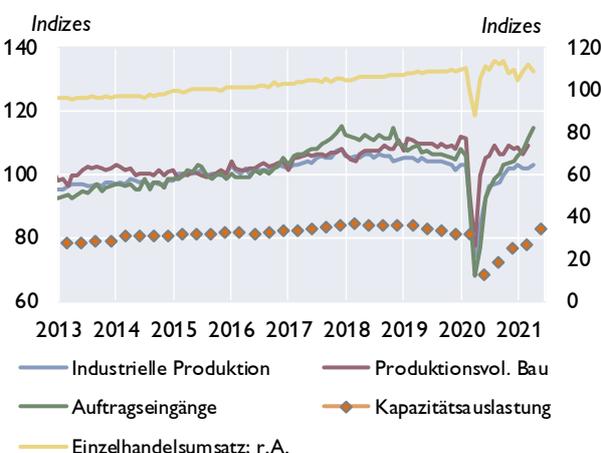
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

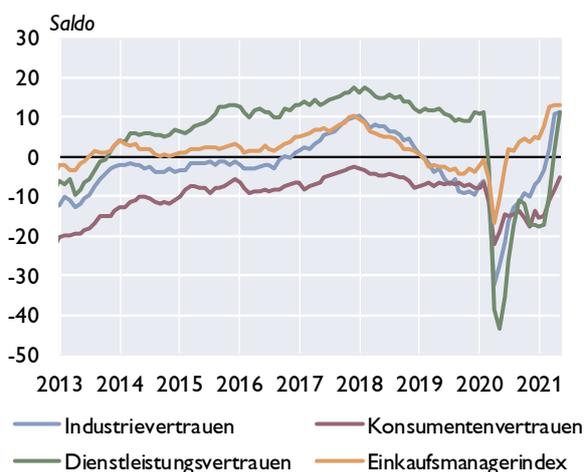
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2018	2019	2020	1Q20	2Q20	3Q20	4Q20	1Q21
Leistungsbilanz	343,5	280,0	250,4	31,9	32,3	84,4	101,8	51,0
Güter	285,1	322,8	340,2	76,1	55,6	94,7	113,9	81,2
Dienstleistungen	115,8	59,6	30,8	-15,1	12,7	19,6	13,7	26,5
Einkommen	94,7	50,0	41,0	18,6	-0,3	0,5	22,2	-2,6
Laufende Transfers	-152,1	-152,4	-161,6	-47,6	-35,6	-30,4	-48,0	-54,2
Vermögensübertragungen	-37,3	-26,3	-3,4	1,2	-4,7	1,1	-1,0	3,4
Kapitalbilanz	303,8	201,8	251,9	3,2	27,1	98,9	122,7	96,8
Direktinvestitionen	143,3	-62,4	-202,2	5,8	-109,5	24,5	-123,0	9,3
Portfolioinvestitionen	199,8	-70,8	618,5	-185,3	180,2	21,5	602,1	175,4
Finanzderivate	39,9	-3,9	0,9	11,1	40,8	-31,8	-19,2	12,9
Sonstige Investitionen	-104,3	335,7	-178,6	167,0	-87,6	81,4	-339,3	-97,8
Währungsreserven	25,1	3,2	13,2	4,6	3,2	3,4	2,1	-3,0
Statistische Differenz	-2,4	-51,9	4,8	-30,0	-0,6	13,5	21,9	42,5
Leistungsbilanz in % des BIP ¹	3,5	3,1	3,0	1,8	1,1	2,3	3,1	..

¹ Quartale: Saisonbereinigte Daten.

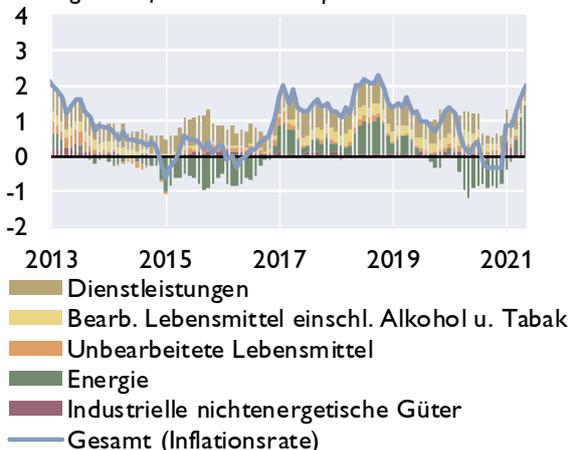
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markt.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI		2021	2019	2020	Feb.21	Mär.21	Apr.21	Mai.21
COICOP¹-Verbrauchsgruppen	<i>Gewicht in %</i>	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>						
Gesamt-HVPI	100,0	1,2	0,3	0,9	1,3	1,6	2,0	
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	17,3	1,4	2,0	0,8	0,7	0,0	0,1	
Alkoholische Getränke und Tabak	4,5	3,1	3,4	3,5	2,7	2,8	2,3	
Bekleidung und Schuhe	5,3	0,7	0,0	0,7	-1,3	-0,2	0,4	
Wohnung, Wasser, Energie	17,7	1,7	-0,8	0,5	1,6	3,0	3,5	
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,8	0,4	0,5	0,8	0,8	0,7	0,8	
Gesundheitspflege	5,0	0,8	0,6	0,2	0,2	0,0	0,2	
Verkehr	13,7	1,1	-2,2	0,4	3,5	5,1	6,6	
Nachrichtenübermittlung	3,2	-2,1	-1,7	-1,3	-1,7	-1,1	-1,1	
Freizeit und Kultur	8,0	0,3	0,2	1,9	1,7	0,7	1,4	
Bildungswesen	1,0	0,2	0,5	0,1	0,1	0,1	0,3	
Hotels, Cafes und Restaurants	7,5	2,0	1,1	0,7	0,7	0,4	0,2	
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	10,0	1,6	1,5	1,7	1,7	1,7	1,7	

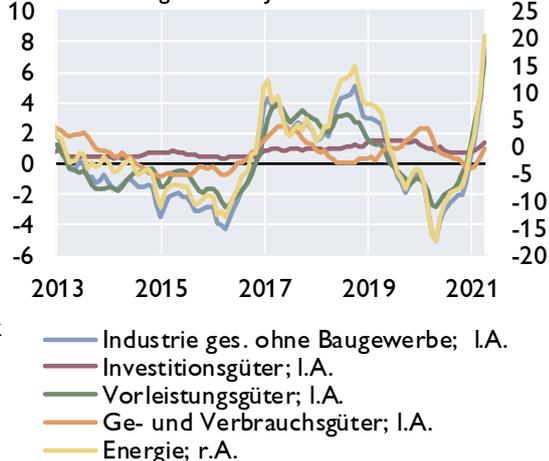
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



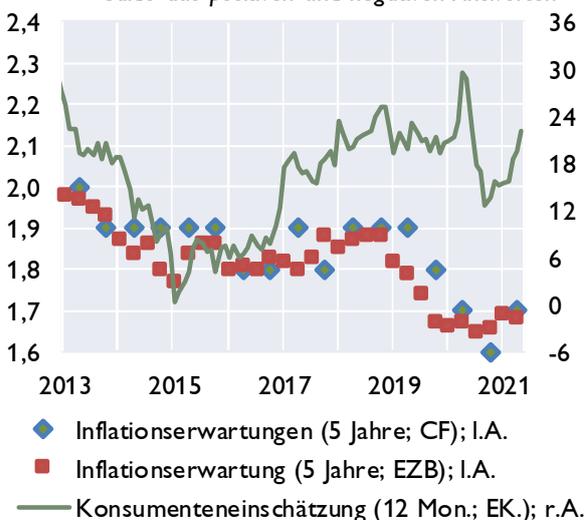
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



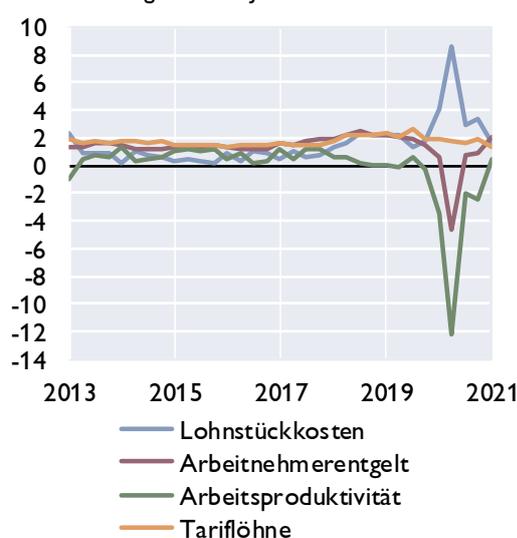
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % Saldo aus positiven und negativen Antworten



Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %



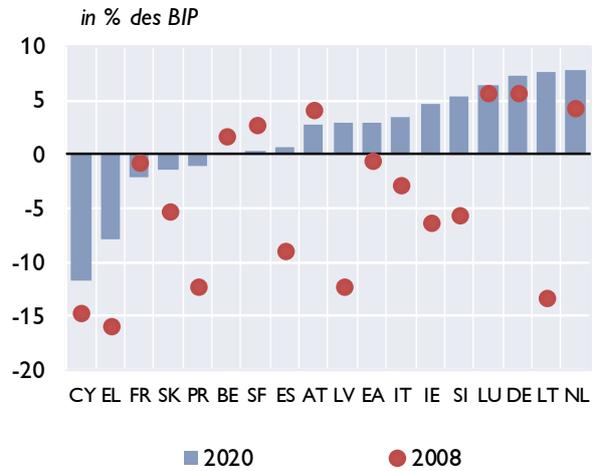
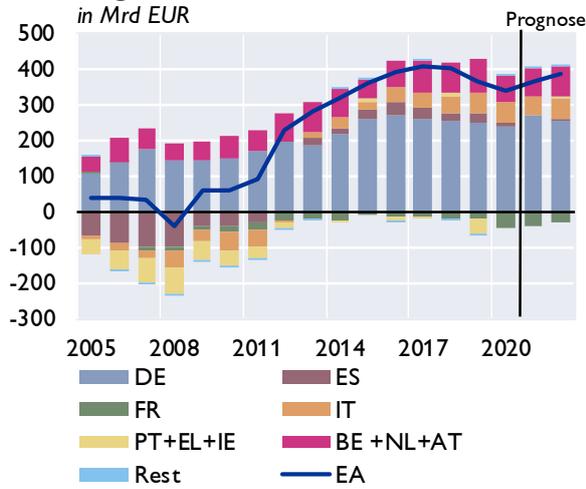
Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

¹ Classification of Individual Consumption by Purpose

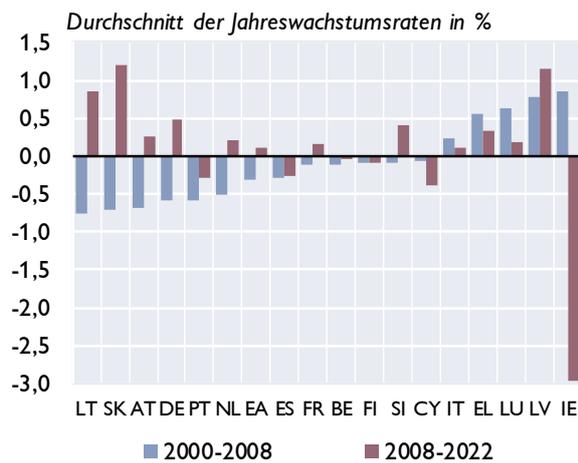
*) Schnellschätzung.

Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

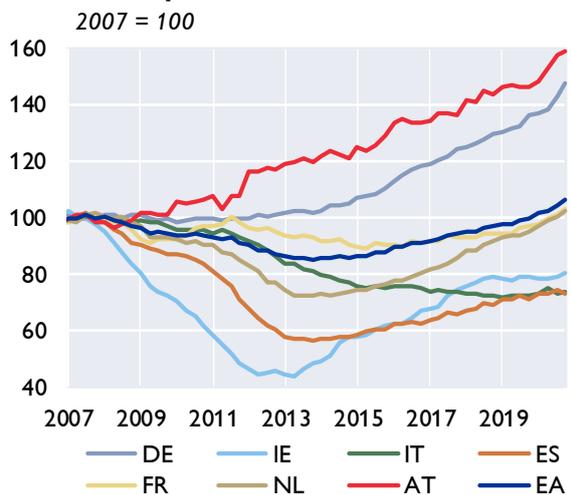
Leistungsbilanzsalden¹



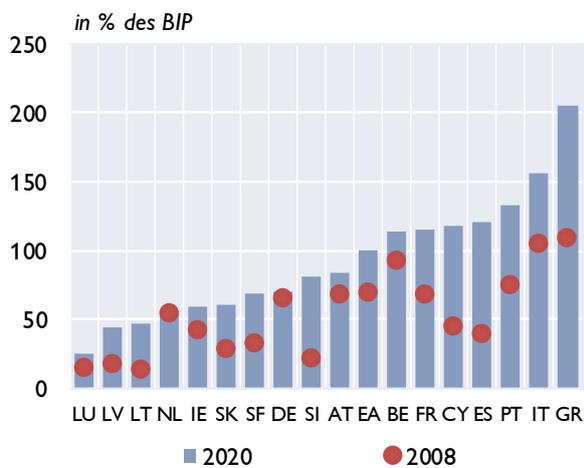
Lohnstückkosten¹



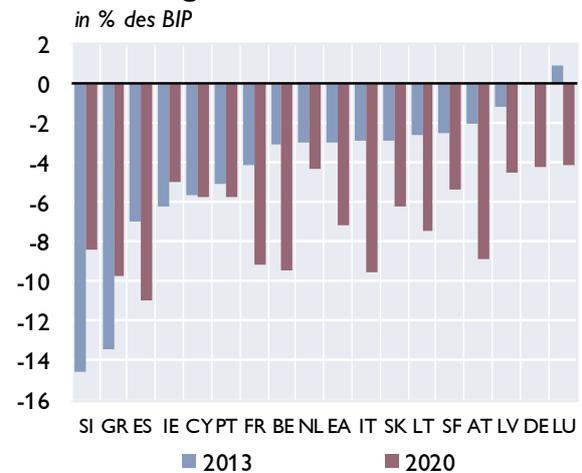
Immobilienpreisindizes



Verschuldung des Gesamtstaates



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates



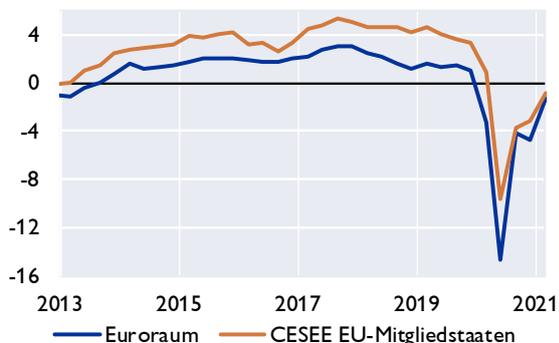
Quelle: Europäische Kommission, Macrobond. - ¹ Prognose: EK-Prognose Mai 2021.

Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

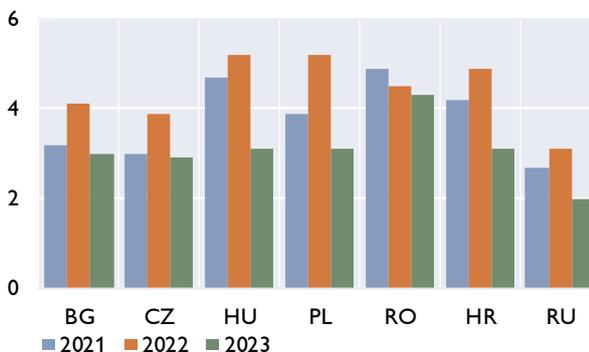
Reales BIP-Wachstum

in % gegenüber der Vorjahresperiode



OeNB-BOFIT¹ Prognose April 2021

reales BIP-Wachstum in %



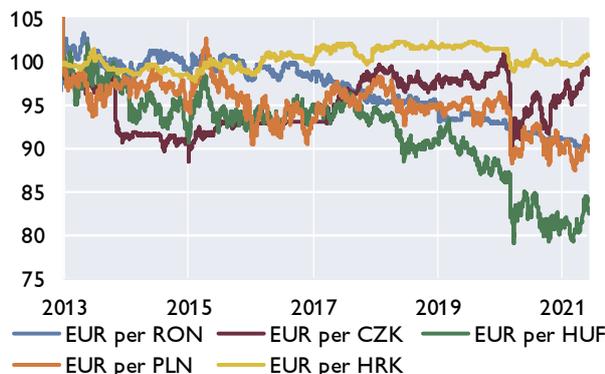
Leitzinsen

in %



Wechselkursentwicklung

Jan. 2013=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT		EU-Kommission		IWF		wiw	
	April 2021		Mai 2021		April 2021		April 2021	
	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022
Bulgarien	3,2	4,1	3,5	4,7	4,4	4,4	2,5	3,1
Estland	x	x	2,8	5,0	3,4	4,2	1,2	3,8
Kroatien	4,2	4,9	5,0	6,1	4,7	5,0	4,5	4,6
Lettland	x	x	3,5	6,0	3,9	5,2	2,8	4,2
Litauen	x	x	2,9	3,9	3,2	3,2	2,1	3,8
Polen	3,9	5,2	4,0	5,4	3,5	4,5	3,4	3,6
Rumänien	4,9	4,5	5,1	4,9	6,0	4,8	3,8	4,5
Russland	2,7	3,1	2,7	2,3	3,8	3,8	3,2	2,7
Slowakei	x	x	4,8	5,2	4,7	4,4	3,6	4,4
Slowenien	x	x	4,9	5,1	3,7	4,5	3,6	4,0
Tschechische Republik	3,0	3,9	3,4	4,4	4,2	4,3	2,9	3,2
Ungarn	4,7	5,2	5,0	5,5	4,3	5,9	3,9	4,5

¹ Bank of Finland Institute for Economies in Transition.

Quelle: Eurostat, OeNB, Macrobond, Europäische Kommission, IWF, wiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Seite 16

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

	Prognose ¹							
	2020	2021	2022	1Q20	2Q20	3Q20	4Q20	1Q21
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	-6,3	4,5	3,7	-2,0	-14,0	-4,3	-4,9	-0,6
Deutschland	-4,8	3,4	4,1	-2,2	-11,2	-3,8	-3,3	-3,1
Estland	-2,9	2,8	5,0	-0,1	-5,6	-3,5	-1,3	5,0
Irland	3,4	4,6	5,0	4,1	-2,7	9,0	-0,1	12,8
Griechenland	-8,2	4,1	6,0	-0,5	-13,9	-10,0	-6,9	-2,3
Spanien	-10,8	5,9	6,8	-4,3	-21,6	-8,6	-8,9	-4,3
Frankreich	-8,1	5,7	4,2	-5,5	-18,4	-3,5	-4,6	1,2
Italien	-8,9	4,2	4,4	-5,8	-18,1	-5,2	-6,5	-0,8
Zypern	-5,1	3,1	3,8	1,1	-12,5	-4,6	-4,4	-1,6
Lettland	-3,6	3,5	6,0	-1,2	-8,6	-2,8	-1,8	-1,2
Litauen	-0,9	2,9	3,9	2,5	-4,7	0,1	-1,1	1,2
Luxemburg	-1,3	4,5	3,3	1,1	-8,0	-0,1	1,7	4,9
Malta	-7,8	4,6	6,1	1,6	-14,8	-9,6	-7,7	-2,0
Niederlande	-3,7	2,3	3,6	-0,4	-9,1	-2,4	-3,0	-1,9
Österreich	-6,3	3,4	4,3	-3,1	-13,2	-3,4	-5,9	-4,5
Portugal	-7,6	3,9	5,1	-2,2	-16,4	-5,6	-6,1	-5,4
Slowenien	-5,5	4,9	5,1	-3,5	-13,1	-2,9	-4,8	2,3
Slowakische Republik	-4,8	4,8	5,2	-3,3	-10,9	-2,5	-2,3	0,3
Finnland	-2,8	2,7	2,8	-0,5	-5,9	-2,6	-1,6	-1,4
Euroraum	-6,5	4,3	4,4	-3,3	-14,6	-4,1	-4,7	-1,3
Bulgarien	-4,2	3,5	4,7	2,3	-8,6	-5,2	-3,8	-1,8
Tschechische Republik	-5,6	3,4	4,4	-1,8	-10,8	-5,1	-4,8	-2,1
Dänemark	-2,7	2,9	3,5	0,2	-7,5	-2,2	-1,4	-1,3
Kroatien	-8,0	5,0	6,1	0,8	-14,6	-10,1	-6,9	-0,9
Ungarn	-5,0	5,0	5,5	2,1	-13,3	-5,2	-3,9	-1,6
Polen	-2,7	4,0	5,4	2,0	-7,9	-2,0	-2,7	-1,4
Rumänien	-3,9	5,1	4,9	2,8	-10,0	-5,5	-2,0	0,0
Schweden	-2,8	4,4	3,3	0,1	-8,1	-1,8	-1,8	-0,1
EU	-6,1	4,2	4,4	-2,7	-13,8	-4,0	-4,4	-1,2
Türkei	1,8	5,2	4,2	4,5	-10,3	6,3	5,9	7,0
Vereinigtes Königreich	-9,8	5,0	5,3	-2,2	-21,4	-8,5	-7,3	-6,1
USA	-3,5	6,3	3,8	0,3	-9,0	-2,8	-2,4	0,4
Japan	-4,7	3,1	2,5	-2,2	-10,2	-5,5	-1,0	-1,5
Schweiz	-2,9	2,7	2,5	-0,3	-7,5	-1,4	-1,7	-0,5
Russland	-3,0	2,7	2,3	1,4	-7,8	-3,5	-1,8	..
Brasilien	-4,1	3,4	1,8	-0,3	-10,9	-3,9	-1,1	1,0
China	2,0	7,9	5,4	-6,8	3,2	4,9	6,5	18,3
Indien	-7,0	10,5	6,5	3,0	-24,4	-7,4	0,5	1,6

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, EK, Macrobond.

¹ EK Prognose Mai 2021.

Entwicklung der Verbraucherpreise¹

	Prognose ²							
	2020	2021	2022	Jän.21	Feb.21	Mär.21	Apr.21	Mai.21
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	0,4	1,8	1,5	0,6	0,3	1,6	2,1	2,5
Deutschland	0,4	2,4	1,4	1,6	1,6	2,0	2,1	2,4
Estland	-0,6	1,6	2,2	0,3	0,5	0,9	1,6	3,2
Irland	-0,5	0,9	1,3	-0,1	-0,4	0,1	1,1	1,9
Griechenland	-1,3	-0,2	0,6	-2,4	-1,9	-2,0	-1,1	-1,2
Spanien	-0,3	1,4	1,1	0,4	-0,1	1,2	2,0	2,4
Frankreich	0,5	1,4	1,1	0,8	0,8	1,4	1,6	1,8
Italien	-0,1	1,3	1,1	0,7	1,0	0,6	1,0	1,2
Zypern	-1,1	1,7	1,1	-0,8	-0,9	0,3	1,2	1,5
Lettland	0,1	1,7	2,0	-0,5	-0,2	0,3	1,7	2,6
Litauen	1,1	1,9	1,9	0,2	0,4	1,6	2,4	3,5
Luxemburg	0,0	2,1	1,6	1,1	-0,5	2,5	3,3	4,0
Malta	0,8	1,2	1,5	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2
Niederlande	1,1	1,6	1,4	1,6	1,9	1,9	1,7	2,0
Österreich	1,4	1,8	1,6	1,1	1,4	2,0	1,9	3,0
Portugal	-0,1	0,9	1,1	0,2	0,3	0,1	-0,1	0,5
Slowenien	-0,3	0,8	1,7	-0,9	-1,1	0,1	2,2	2,2
Slowakische Republik	2,0	1,5	1,9	0,7	0,9	1,5	1,7	2,0
Finnland	0,4	1,2	1,2	1,0	0,9	1,4	2,2	2,3
Euroraum	0,3	1,7	1,3	0,9	0,9	1,3	1,6	2,0
Bulgarien	1,2	1,6	2,0	-0,3	0,2	0,8	2,0	2,3
Tschechische Republik	3,3	2,4	2,2	2,2	2,1	2,3	3,1	2,7
Dänemark	0,3	1,3	1,3	0,4	0,5	0,9	1,5	1,9
Kroatien	0,0	1,3	1,3	0,0	0,7	1,6	2,1	2,4
Ungarn	3,4	4,0	3,2	2,9	3,3	3,9	5,2	5,3
Polen	3,7	3,5	2,9	3,6	3,6	4,4	5,1	4,6
Rumänien	2,3	2,9	2,7	2,0	2,5	2,5	2,7	3,2
Schweden	0,7	1,8	1,1	1,9	1,8	2,1	2,8	2,4
EU	0,7	1,9	1,5	1,2	1,3	1,7	2,0	2,3
Türkei	12,3	15,7	12,5	15,0	15,6	16,2	17,1	16,6
Vereinigtes Königreich	0,9	1,6	1,8	0,7	0,4	0,7	1,5	2,1
USA	1,2	2,2	2,0	1,4	1,7	2,6	4,2	4,9
Japan	-0,0	0,3	0,9	-0,6	-0,4	-0,2	-0,4	-0,1
Schweiz	-0,8	1,5	1,4	-0,6	-0,4	-0,2	-0,1	0,3
Russland	3,4	4,7	4,3	5,2	5,7	5,8	5,5	6,0
Brasilien	3,2	4,6	4,0	4,6	5,2	6,1	6,8	..
China ⁴	2,5	3,1	2,2	-0,3	-0,2	0,4	0,9	1,3
Indien	5,6	4,9	4,1	3,2	4,5	5,7	5,1	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter.

*) Schnellschätzung.

¹ EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.² EK Prognose: Mai 2021; Brasilien u. Indien: IWF WEO Prognose April 2021.⁴ China Prognose: GDP-Deflator.

Arbeitslosenquoten¹

	2020	Prognose ²		Dez.20	Jän.21	Feb.21	Mär.21	Apr.21
		2021	2022					
	in %							
Belgien	5,6	6,7	6,5	5,7	5,5	5,5	5,4	5,3
Deutschland	3,8	4,1	3,4	4,6	4,5	4,5	4,5	4,4
Estland	6,8	7,9	6,3	6,7	7,1	6,8	6,8	6,8
Irland	5,7	10,7	8,1	5,8	5,8	5,7	5,8	5,8
Griechenland	16,3	16,3	16,1	15,8
Spanien	15,5	15,7	14,4	16,1	15,7	15,5	15,3	15,4
Frankreich	8,0	9,1	8,7	7,8	7,9	8,0	7,9	7,3
Italien	9,2	10,2	9,9	10,0	10,5	10,5	10,4	10,7
Zypern	7,6	7,5	7,2	7,5	7,2	7,4	8,0	9,4
Lettland	8,1	8,2	6,9	8,0	7,8	7,7	7,7	7,8
Litauen	8,5	8,3	7,1	9,2	7,4	6,8	6,5	7,0
Luxemburg	6,8	7,4	7,3	6,7	6,7	6,6	6,6	6,6
Malta	4,3	4,3	3,8	4,3	4,1	3,9	3,8	3,8
Niederlande	3,8	4,3	4,4	3,9	3,6	3,6	3,5	3,4
Österreich	5,4	5,0	4,8	5,8	5,7	5,7	5,6	5,6
Portugal	6,9	6,8	6,5	6,9	6,9	6,8	6,6	6,9
Slowenien	5,0	5,0	4,8	5,4	5,4	5,3	5,2	5,2
Slowakische Republik	6,7	7,4	6,6	6,9	7,2	7,3	7,4	7,3
Finnland	7,8	7,6	7,2	8,2	8,2	8,0	7,7	8,0
Euroraum	7,8	8,4	7,8	8,2	8,2	8,2	8,1	8,0
Bulgarien	5,1	4,8	3,9	5,4	5,6	5,5	5,1	4,7
Tschechische Republik	2,6	3,8	3,5	3,0	3,2	3,2	3,3	3,4
Dänemark	5,6	5,5	5,2	6,0	6,1	6,1	5,8	5,7
Kroatien	7,5	7,2	6,6	7,7	7,2	7,1	7,1	7,5
Ungarn	4,3	4,3	3,8	4,2	4,7	4,5	4,1	4,3
Polen	3,2	3,5	3,3	3,2	3,1	3,1	3,1	3,1
Rumänien	5,0	5,2	4,8	5,2	5,9	5,9	5,8	5,7
Schweden	8,3	8,2	7,5	8,8	9,0	9,0	9,5	9,1
EU	7,0	7,6	7,0	7,4	7,4	7,4	7,3	7,3
Türkei	13,2	13,5	14,1	12,5	12,2
Vereinigtes Königreich	4,5	5,6	5,9	5,0	4,9	4,8	4,7	..
USA	8,1	4,6	3,4	6,7	6,3	6,2	6,0	6,1
Japan	2,8	2,9	2,6	3,0	2,9	2,9	2,6	2,8
Schweiz	3,1	5,0	4,7	3,5	3,5	3,4	3,3	3,1
Russland	5,8	5,7	5,7	5,9	5,8	5,7	5,4	5,2
Brasilien	13,2	14,5	13,2	13,9	14,2	14,4	14,7	..
China	4,0	3,6	3,6	4,2
Indien	10,3	x	x	9,1	6,5	6,9	6,5	8,0

Quelle: Eurostat, Macrobond, EK, IWF.

¹ EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.² EK-Prognose Mai 2021; BR, CN: IWF-Prognose April 2021.

Leistungsbilanzsalden

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	Prognose ¹	
									2021	2022
in % des BIP										
Belgien	1,8	1,5	1,4	0,6	0,7	-0,8	0,3	0,1	-0,2	-0,5
Deutschland	6,6	7,4	8,7	8,7	8,0	7,6	7,3	7,2	7,8	6,9
Estland	0,3	0,7	1,8	1,2	2,3	0,9	1,9	-1,0	1,9	1,7
Irland	1,6	1,1	4,4	-4,2	0,5	6,0	-11,4	4,6	4,5	4,2
Griechenland	-1,7	-1,4	-1,5	-2,3	-2,2	-3,6	-2,2	-7,8	-7,6	-5,4
Spanien	2,0	1,7	2,0	3,2	2,8	1,9	2,1	0,7	-0,1	0,3
Frankreich	-1,0	-1,2	-0,5	-0,6	-0,7	-0,9	-0,8	-2,0	-1,7	-1,2
Italien	1,1	1,9	1,4	2,6	2,5	2,5	3,2	3,5	2,9	3,2
Zypern	-1,5	-4,1	-0,5	-4,2	-5,3	-3,9	-6,3	-11,8	-11,0	-8,9
Lettland	-2,5	-1,6	-0,6	1,6	1,3	-0,3	-0,7	3,0	-0,4	-0,5
Litauen	1,7	3,5	-2,4	-1,1	0,6	0,3	3,3	7,6	6,0	5,8
Luxemburg	-1,4	-1,0	0,3	0,2	-0,9	-0,0	-1,1	6,5	7,9	8,6
Malta	0,1	5,7	2,7	3,7	11,1	11,1	5,3	-1,3	-1,9	0,1
Niederlande	10,1	9,5	6,3	8,1	10,8	10,8	10,0	7,8	8,1	8,7
Österreich	1,9	2,5	1,9	2,9	1,5	1,4	3,0	2,7	2,2	2,7
Portugal	1,0	-0,1	-0,0	0,6	1,0	0,3	0,2	-1,1	-0,8	-0,4
Slowenien	2,3	5,1	3,9	4,8	6,4	6,0	5,7	5,4	4,3	3,3
Slowakische Republik	3,1	2,6	-0,6	-2,0	-0,9	-0,2	-1,8	-1,5	-0,3	-0,4
Finnland	-2,0	-1,4	-0,8	-2,0	-0,8	-1,9	-0,4	0,3	0,1	0,5
Euroraum	2,8	3,1	3,4	3,6	3,7	3,5	3,1	3,0	3,1	3,1
Bulgarien	2,0	0,4	0,6	5,3	6,1	5,0	5,6	4,1	6,0	7,5
Tschechische Republik	-1,5	-1,3	-1,7	-0,3	0,8	-0,6	-0,9	0,1	-0,3	-0,8
Dänemark	7,8	8,9	8,2	7,8	8,0	7,0	8,9	7,8	8,0	8,4
Kroatien	-1,1	0,5	3,9	2,6	3,9	2,4	3,1	-1,1	-2,0	-0,7
Ungarn	3,5	1,2	2,3	4,6	1,9	0,4	-0,4	-0,3	-0,6	-0,5
Polen	-1,0	-1,9	-0,1	-0,3	-0,3	-1,0	0,9	3,1	2,8	2,1
Rumänien	-0,7	-0,0	-0,3	-1,2	-3,2	-4,4	-4,7	-5,0	-4,9	-4,7
Schweden	4,8	4,1	3,1	2,4	2,8	2,5	5,1	5,4	6,0	6,7
EU	2,8	3,0	3,3	3,4	3,4	3,1	3,0	3,0	3,1	3,1
Türkei	-6,5	-4,6	-3,6	-3,8	-5,5	-3,5	1,2	-5,2	-3,9	-3,1
Vereinigtes Königreich	-4,9	-4,9	-5,0	-5,4	-3,8	-3,7	-3,1	-3,5	-5,0	-4,8
USA	-2,0	-2,1	-2,2	-2,1	-1,9	-2,2	-2,2	-3,1	-3,4	-3,4
Japan	0,9	0,8	3,1	3,9	4,1	3,5	3,7	3,4	3,3	3,2
Schweiz	11,1	8,0	10,9	9,1	6,1	7,8	10,1	4,8	4,9	5,3
Russland	1,4	2,6	4,9	2,0	2,1	6,8	3,8	3,2	5,4	5,8
Brasilien	-3,2	-4,1	-3,0	-1,3	-0,7	-2,2	-2,7	-0,9	-0,6	-0,8
China	1,5	2,2	2,8	1,8	1,5	0,2	0,7	1,9	1,5	1,3
Indien	-1,7	-1,3	-1,1	-0,6	-1,8	-2,1	-0,9	1,0	-1,2	-1,6

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

¹ EK-Prognose Mai 2021; BR, IN: IWF-Prognose April 2021.

Fiskaldaten

	Budgetsalden						Staatsschulden					
	2017	2018	2019	Prognose ¹			2017	2018	2019	Prognose ¹		
				2020	2021	2022				2020	2021	2022
	in % des BIP											
Belgien	-0,7	-0,8	-1,9	-9,4	-7,6	-5,0	102,0	99,8	98,1	114,1	115,3	115,6
Deutschland	1,4	1,8	1,5	-4,2	-7,5	-2,5	65,1	61,8	59,7	69,8	73,0	72,2
Estland	-0,7	-0,6	0,1	-4,9	-5,6	-3,3	9,1	8,2	8,4	18,2	21,3	24,0
Irland	-0,3	0,1	0,5	-5,0	-5,0	-2,9	67,0	63,0	57,4	59,5	61,4	59,7
Griechenland	0,6	0,9	1,1	-9,7	-10,0	-3,2	179,2	186,2	180,5	205,7	208,8	201,5
Spanien	-3,0	-2,5	-2,9	-11,0	-7,6	-5,2	98,6	97,4	95,5	120,0	119,6	116,9
Frankreich	-3,0	-2,3	-3,1	-9,2	-8,5	-4,7	98,3	98,0	97,6	115,7	117,4	116,4
Italien	-2,4	-2,2	-1,6	-9,5	-11,7	-5,8	134,1	134,4	134,6	155,8	159,8	156,6
Zypern	1,9	-3,5	1,5	-5,7	-5,1	-2,0	93,5	99,2	94,0	118,2	112,3	106,6
Lettland	-0,8	-0,8	-0,6	-4,5	-7,3	-2,0	39,0	37,1	37,0	43,5	47,3	46,4
Litauen	0,5	0,6	0,5	-7,4	-8,2	-6,0	39,1	33,7	35,9	47,3	51,9	54,1
Luxemburg	1,3	3,0	2,4	-4,1	-0,4	-0,1	22,3	21,0	22,0	24,9	27,0	26,9
Malta	3,2	1,9	0,4	-10,1	-11,8	-5,5	48,5	44,8	42,0	54,3	64,7	65,5
Niederlande	1,3	1,4	1,8	-4,3	-5,0	-1,8	56,9	52,4	48,7	54,5	57,9	56,8
Österreich	-0,8	0,2	0,6	-8,9	-7,6	-3,0	78,5	74,0	70,5	83,9	87,2	85,0
Portugal	-3,0	-0,4	0,1	-5,7	-4,7	-3,4	126,1	121,5	116,8	133,6	127,2	122,3
Slowenien	-0,1	0,7	0,4	-8,4	-8,5	-4,7	74,2	70,3	65,6	80,9	79,0	76,7
Slowakische Republik	-1,0	-1,0	-1,3	-6,2	-6,5	-4,1	51,5	49,6	48,2	60,6	59,5	59,0
Finnland	-0,7	-0,9	-1,0	-5,4	-4,6	-2,1	61,2	59,7	59,5	69,2	71,0	70,1
Euroraum	-0,9	-0,5	-0,6	-7,2	-8,0	-3,8	89,7	87,7	85,8	100,0	102,4	100,8
Bulgarien	1,2	2,0	2,1	-3,4	-3,2	-1,9	25,3	22,3	20,2	25,0	24,5	24,0
Tschechische Republik	1,5	0,9	0,3	-6,2	-8,5	-5,4	34,2	32,1	30,3	38,1	44,3	47,1
Dänemark	1,8	0,7	3,8	-1,2	-2,1	-1,4	35,9	34,0	33,3	42,2	40,2	38,8
Kroatien	0,8	0,2	0,3	-7,4	-4,6	-3,2	77,6	74,3	72,8	88,7	85,6	82,9
Ungarn	-2,4	-2,1	-2,1	-8,1	-6,8	-4,5	72,2	69,1	65,5	80,5	78,6	77,2
Polen	-1,5	-0,2	-0,7	-7,0	-4,3	-2,3	50,6	48,8	45,6	57,5	57,1	55,1
Rumänien	-2,6	-2,9	-4,4	-9,3	-8,0	-7,1	35,1	34,7	35,3	47,3	49,7	52,7
Schweden	1,4	0,8	0,6	-3,1	-3,3	-0,5	40,7	38,9	35,0	39,9	40,8	39,4
EU	-0,8	-0,4	-0,5	-6,9	-7,5	-3,7	83,3	81,2	79,2	92,4	94,4	92,9
Türkei	-2,8	-2,8	-4,5	-4,5	-4,0	-3,6	28,1	30,4	32,7	39,5	41,3	42,0
Vereinigtes Königreich	-2,4	-2,2	-2,3	-12,3	-11,8	-5,5	86,3	85,8	85,2	102,1	108,2	108,5
USA	-4,3	-6,2	-6,6	-16,1	-16,0	-6,8	105,6	106,6	108,2	127,4	135,6	133,7
Japan	-2,9	-2,2	-2,9	-13,2	-9,5	-4,1	231,6	232,6	234,8	256,2	259,0	255,2
Schweiz	1,1	1,3	1,4	-3,6	-2,5	-0,5	33,5	31,2	25,9	28,1	29,4	28,8
Russland	-0,6	3,2	2,6	-4,6	-3,6	-2,4	14,3	13,5	14,0	19,4	20,5	20,9
Brasilien	-7,9	-7,1	-5,9	-13,4	-8,3	-7,2	83,6	85,6	87,7	98,9	98,4	98,8
China	-3,8	-4,7	-6,3	-11,4	-9,6	-8,7	51,7	53,8	57,1	66,8	69,6	73,7
Indien	-6,4	-6,3	-7,4	-12,3	-10,0	-9,1	69,5	70,2	73,9	89,6	86,6	86,3

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

¹EK-Prognose Mai 2021; BR, CN, IN: IWF-Prognose April 2021.

Prognose und Szenarien wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

Aktuelle Prognose	OeNB			WIFO				IHS		OECD		IWF		EU-	
	Juni 2021			März 2021				März 2021		Mai 2021		April 2021		Mai 2021	
	Prognose			Öffnungsszenario		Lockdownszenario		Prognose		Prognose		Prognose		Prognose	
	2021	2022	2023	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022	2021	2022
Veränderung zum Vorjahr in %															
BIP, real	3,9	4,2	1,9	2,3	4,3	1,5	4,7	2,6	4,3	3,4	4,2	3,5	4,0	3,4	4,3
Privater Konsum, real	4,0	5,8	1,8	2,4	4,0	1,1	4,6	4,4	4,4	3,0	4,9	x	x	3,0	5,3
Öffentlicher Konsum, real	2,1	0,5	0,8	1,4	1,2	1,4	1,2	1,5	0,5	1,3	1,1	x	x	3,3	1,1
Bruttoanlageinvestitionen, real	4,7	3,3	1,8	4,0	4,0	3,5	4,4	2,7	4,9	4,6	4,1	x	x	4,8	3,3
Exporte, real	7,1	6,4	3,4	2,8	7,2	2,3	7,8	6,8	7,2	7,2	7,8	5,1	7,2	7,5	7,2
Importe, real	7,4	6,3	3,0	3,9	6,0	3,5	6,5	8,4	6,6	7,9	7,3	5,9	6,9	8,2	6,6
Arbeitsproduktivität ¹	2,8	2,8	1,2	-1,8	0,9	-1,7	0,7	1,3	2,7	2,4	3,0	x	x	2,6	1,4
BIP Deflator	2,3	1,9	1,6	1,2	1,7	1,2	1,7	1,5	1,7	1,1	1,5	1,7	1,4	1,3	1,7
VPI	x	x	x	1,8	1,8	1,8	1,8	2,0	1,9	x	x	x	x	x	x
HVPI	2,0	1,8	1,8	1,9	1,9	1,9	1,9	2,1	1,9	2,0	1,9	1,6	1,8	1,8	1,6
Lohnstückkosten	-0,6	0,1	1,4	-0,8	-1,0	-0,3	-1,6	-0,3	-1,2	-0,3	-0,8	x	x	-1,5	-1,1
Beschäftigte ²	1,1	1,4	0,7	1,1	2,2	0,9	2,3	1,3	1,5	1,1	1,3	0,8	0,8	1,2	1,3
in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition															
Arbeitslosenquote	5,2	4,8	4,6	5,0	4,8	5,1	4,8	5,3	5,0	5,1	4,8	5,5	5,3	5,0	4,8
in % des nominellen BIP															
Leistungsbilanz	2,1	2,2	2,4	1,4	2,1	1,3	2,1	x	x	1,6	2,3	2,4	2,5	2,2	2,7
Finanzierungssaldo des Staates	-6,9	-2,8	-2,0	-7,1	-3,7	-7,7	-4,0	-6,6	-3,5	-7,3	-3,1	-6,5	-3,6	-7,6	-3,0
Prognoseannahmen															
Erdölpreis in USD/Barrel	65,8	64,6	61,9	63,0	59,0	63,0	59,0	65,0	65,0	64,0	65,0	58,5	54,8	63,9	61,6
Kurzfristiger Zinssatz in %	-0,5	-0,5	-0,3	-0,5	-0,3	-0,5	-0,3	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5
USD/EUR-Wechselkurs	1,21	1,21	1,21	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,22	1,24	1,20	1,20
Veränderung zum Vorjahr in %															
BIP, real Euroraum	4,6	4,7	2,1	3,9	4,3	3,9	4,3	4,3	3,6	4,3	4,4	4,4	3,8	4,3	4,4
BIP, real USA	6,6	3,8	2,3	6,0	3,0	6,0	3,0	5,8	3,5	6,9	3,6	6,4	3,5	6,3	3,8
BIP, real Welt	6,0	4,3	3,5	x	x	x	x	5,3	4,0	5,8	4,4	6,0	4,4	5,6	4,3
Welthandel ³	10,0	5,5	3,7	x	x	x	x	7,0	3,5	8,2	5,8	8,4	6,5	8,7	6,1

¹ OeNB, WIFO: Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde. IHS, OECD, EU-Kommission: Produktivität je Beschäftigtem.² WIFO und IHS: Unselbstständig aktiv Beschäftigte. ³ IHS: Waren laut CPB, EK: Weltimporte.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

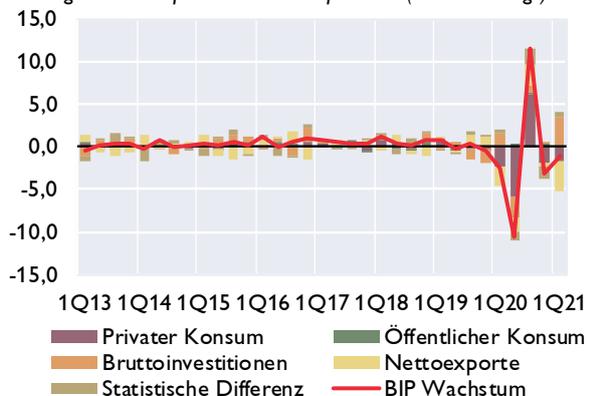
	2019	2020	2020	2020	2020	2021	2021	2021	2021	2021	2021
			Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Feb.	März	April	Mai
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>											
HVPI gesamt	1,5	1,4	1,1	1,4	1,1	1,5	..	1,4	2,0	1,9	3,0
Kerninflation (o.Energie u.unb.Lebensmittel)	1,6	2,0	1,8	2,1	0,6	1,7	..	1,5	1,8	1,5	2,3
Nationaler VPI	1,5	1,4	1,1	1,5	1,3	1,3	..	1,2	2,0	1,9	2,9
Deflator des privaten Konsums	1,9	1,1	0,9	1,2	1,1	1,4	..	x	x	x	x
BIP Deflator	1,7	1,2	1,7	1,0	1,1	2,0	..	x	x	x	x
Erzeugerpreisindex	0,1	-1,6	-2,4	-1,9	-1,3	1,1	..	0,9	2,8	4,6	..
Großhandelspreisindex	0,0	-4,1	-6,6	-4,5	-3,9	3,0	..	2,2	6,9	8,7	10,9
Tariflohnindex	3,0	2,3	2,3	2,2	2,4	1,7	..	1,6	1,6	1,7	1,6
BIP je Erwerbstätigen	1,9	-3,4	-7,3	-1,0	-3,0	-1,8	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	2,6	5,3	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	3,8	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x
<i>Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)</i>											
BIP real	1,4	-6,4	-10,6	11,6	-3,1	-1,1	..	x	x	x	x
Privater Konsum	0,8	-9,1	-11,6	12,4	-3,9	-3,5	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	1,4	2,3	1,3	0,8	1,4	1,0	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	3,9	-5,6	-7,2	7,0	-0,3	3,3	..	x	x	x	x
Exporte	2,9	-10,6	-18,2	17,3	1,2	-7,0	..	x	x	x	x
Importe	2,5	-9,5	-16,2	12,6	2,0	-1,0	..	x	x	x	x
<i>Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)</i>											
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	1,4	-6,3	-13,0	-3,2	-5,6	-5,5	..	x	x	x	x
Binnennachfrage (ohne Lager)	1,1	-5,3	-10,5	-3,4	-4,0	-2,5	..	x	x	x	x
Nettoexporte	0,4	-0,6	-0,8	1,0	-2,6	-4,6	..	x	x	x	x
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	-0,1	-0,3	-1,7	-0,9	1,0	1,7	..	x	x	x	x
<i>Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)</i>											
Exporte	2,3	-7,5	-18,3	-4,7	-2,8	3,8	..	3,5	16,8
Importe	1,1	-8,6	-18,8	-7,9	-1,4	6,4	..	4,3	23,7
<i>Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz</i>											
Güter- und Dienstleistungen	12,8	13,1	0,9	3,7	2,3	x	x	x	x
Reiseverkehr	10,1	8,0	0,3	2,5	0,0	x	x	x	x
Leistungsbilanz	11,3	9,5	-0,1	2,9	1,6	x	x	x	x
Leistungsbilanz in % des BIP	2,8	2,5	-0,1	3,0	1,6	x	x	x	x
<i>Ausgewählte Indikatoren</i>											
Economic Sentiment Indicator	103,4	87,5	72,8	88,2	88,0	95,3	..	92,0	105,2	113,5	118,0
Industrievertrauen (%-Saldo)	-5,3	-16,1	-26,0	-17,3	-12,4	-4,2	..	-6,4	1,9	12,3	14,3
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	0,3	-6,0	-16,1	-2,8	-7,4	3,4	..	1,5	11,2	35,5	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	86,6	79,2	73,9	77,2	80,8	82,2	87,1	x	x	x	x
Bauvertrauen (%-Saldo)	11,7	0,4	-8,5	-2,7	-0,8	7,1	..	4,7	12,8	20,8	19,2
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	16,4	-12,3	-39,4	-10,3	-12,5	-7,9	..	-8,4	1,1	15,4	23,5
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	-2,7	-10,1	-13,6	-9,2	-13,1	-10,1	..	-11,4	-5,9	-8,0	-2,3
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	-11,5	-26,4	-36,7	-22,1	-28,9	-30,5	..	-38,7	-5,8	-8,2	-1,2
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	1,2	0,7	-1,3	5,0	0,4	2,6	..	2,2	25,1	19,7	..
<i>Arbeitsmarktentwicklung</i>											
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	1,5	-2,1	-4,0	-1,5	-2,0	-0,9	..	-3,0	4,0	4,9	4,8
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	-3,5	35,9	67,9	34,0	29,0	7,8	..	30,8	-24,4	-32,0	-33,0
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	7,4	9,9	11,4	8,8	9,8	10,4	..	10,7	9,3	8,6	7,7
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	4,5	5,3	5,6	5,6	5,6	5,7	..	5,7	5,6	5,6	..
<i>Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)</i>											
Geldmenge M3 (öster. Beitrag)	4,6	9,6	6,1	7,7	9,0	8,5	..	8,0	9,2	8,1	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	8,6	8,5	8,5	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	2,8	-7,5	-6,3	-7,8	3,0	3,6	..	3,1	3,6	2,6	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	-0,4	-0,4	-0,3	-0,5	-0,5	-0,5	..	-0,5	-0,5	-0,5	-0,5
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	0,1	-0,2	-0,1	-0,3	-0,4	-0,2	..	-0,2	-0,1	-0,0	0,1
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	3 032	2 412	2 202	2 231	2 411	3 030	..	3 004	3 129	3 210	3 384
<i>Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP</i>											
Finanzierungssaldo des Bundessektors	0,4	-7,8	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Finanzierungssaldo des Staates	0,6	-8,9	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Schulden des Staates	70,5	83,9	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Macrobond, OeKB, EU-Kommission, EZB.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren – aktuelle Entwicklung (II)

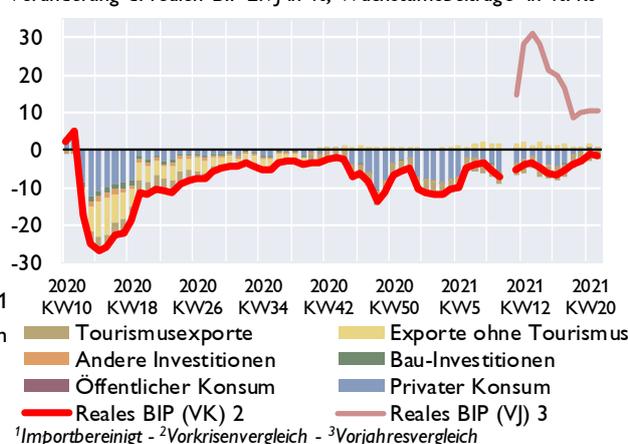
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



Wöchentlicher BIP-Indikator 2020/2021

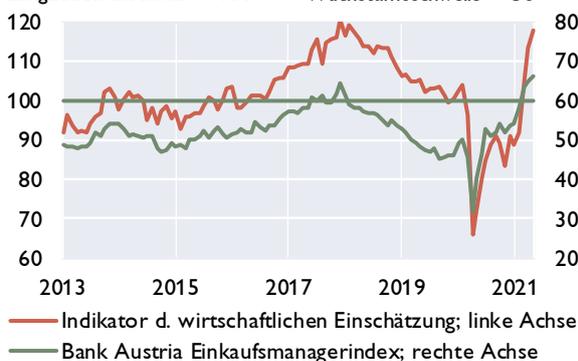
Veränderung d. realen BIP z.VJ in %; Wachstumsbeiträge¹ in %Pkt



Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100

Wachstumsschwelle = 50¹



Arbeitsmarkt

in %

Veränderung zum Vorjahr in %



Zahlungsbilanz²

Salden	2018	2019	2020	4Q19	1Q20	2Q20	3Q20	4Q20
in Mrd EUR								
Leistungsbilanz	4,8	11,3	9,5	4,4	5,0	-0,1	2,9	1,6
Güter	2,1	3,0	5,3	0,9	1,2	1,0	1,5	1,5
Dienstleistungen	10,0	9,8	7,9	2,7	5,1	-0,1	2,1	0,8
Primäreinkommen	-3,5	2,0	-0,3	1,4	-0,2	-0,1	-0,3	0,3
Sekundäreinkommen	-3,7	-3,5	-3,3	-0,6	-1,1	-0,8	-0,4	-1,0
Vermögensübertragungen	-2,3	-0,3	-0,6	0,0	-0,2	0,0	-0,1	-0,3
Kapitalbilanz	6,8	16,9	5,2	3,7	4,8	-2,8	4,5	-1,3
Direktinvestitionen	1,8	6,7	10,5	3,1	2,2	-1,3	6,7	2,8
Portfolioinvestitionen	3,5	-5,3	-14,5	-1,8	-8,4	-12,7	6,7	-0,1
Finanzderivate	-0,8	1,4	1,1	0,9	-0,4	0,3	0,6	0,6
Sonstige Investitionen	0,2	14,4	6,6	2,2	10,5	11,3	-9,4	-5,8
Währungsreserven ³	2,1	-0,2	1,5	-0,7	0,9	-0,5	-0,1	1,2
Statistische Differenz	4,3	5,9	-3,7	-0,8	-0,1	-2,7	1,7	-2,7
Leistungsbilanz in % des BIP	1,3	2,8	2,5	4,3	5,4	-0,1	3,0	1,6

Quelle: OeNB, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.

¹ Werte über 50 signalisieren Wachstum.

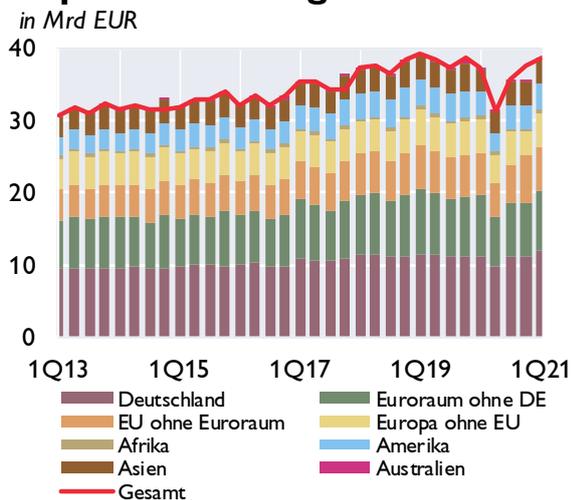
² Transaktionen; bis 2017 endgültige Daten, 2018 und 2019 revidierte Daten, 2020 provisorische Daten.

³ OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.

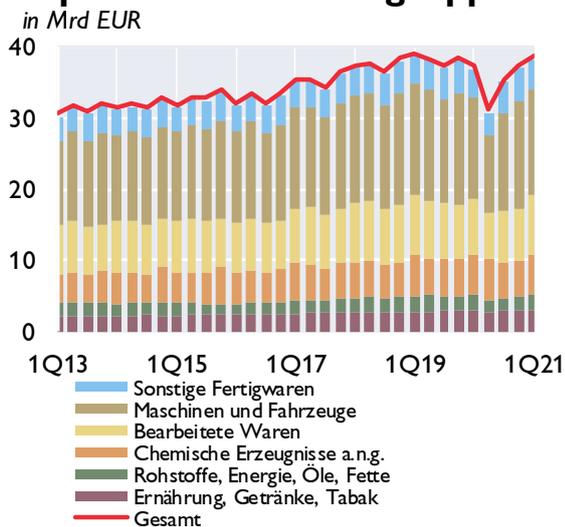
Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			Veränderung zum Vorjahr in %	
2018	150 071	156 056	-5985,1	5,7	5,8
2019	153 502	157 817	-4315,6	2,3	1,1
2020	141 933	144 203	-2270,0	-7,5	-8,6
Jän.-März 20	37 423	37 959	-535,5	-4,5	-6,3
Jän.-März 21	38 835	40 387	-1552,5	3,8	6,4
Okt. 20	13 168	13 500	-331,4	-10,7	-5,9
Nov. 20	13 110	13 263	-152,6	2,4	0,9
Dez. 20	11 252	11 556	-304,0	1,8	1,7
Jän. 21	11 095	11 490	-395,0	-9,7	-9,2
Feb. 21	12 614	12 965	-351,6	3,5	4,3
März 21	15 126	15 932	-805,9	16,8	23,7

Exporte nach Regionen



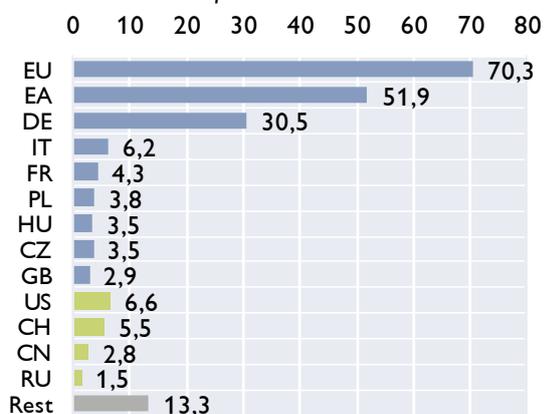
Exporte nach Warengruppen



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2020

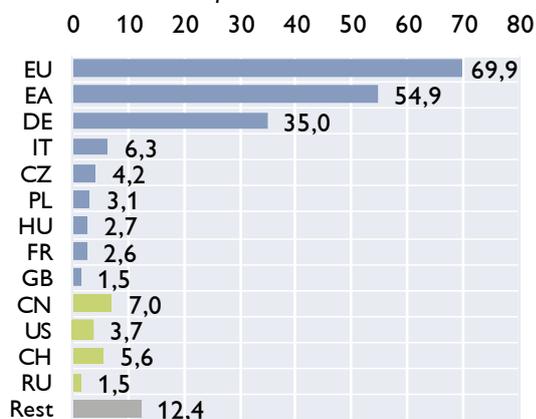
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



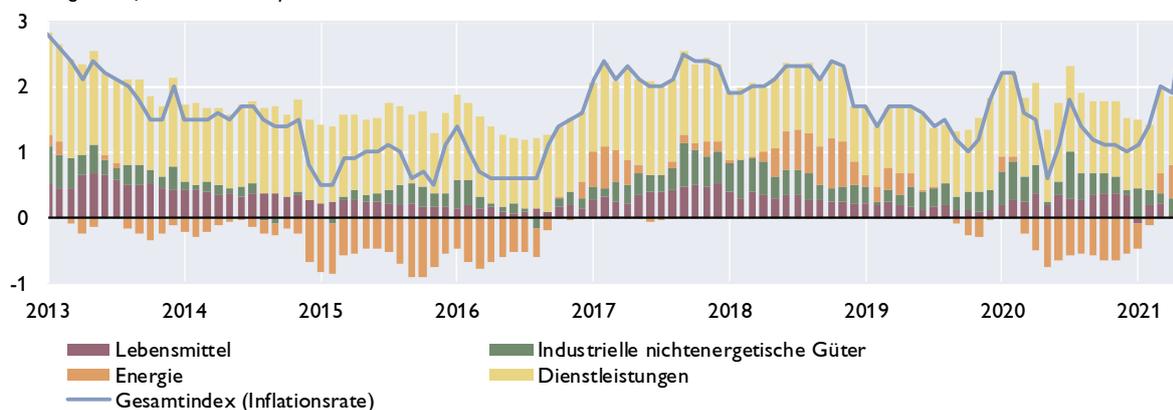
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

COICOP ¹ -Verbrauchsgruppen	2021		2019	2020	Jän.21	Feb.21	Mär.21	Apr.21	Mai.21
	Gewicht in %	Veränderung zum Vorjahr in %							
Gesamt-HVPI	100,0	1,5	1,4	1,1	1,4	2,0	1,9	3,0	
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	13,0	1,1	2,3	-1,1	1,4	1,1	0,0	1,7	
Alkoholische Getränke und Tabak	4,0	1,0	1,1	1,3	0,5	1,8	1,2	2,6	
Bekleidung und Schuhe	5,5	0,8	-0,1	2,5	-1,7	-1,6	0,2	2,6	
Wohnung, Wasser, Energie	15,3	2,7	2,1	2,3	2,7	2,9	2,9	2,9	
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	8,5	1,4	1,0	0,5	-0,2	0,6	1,4	2,9	
Gesundheitspflege	5,8	1,2	2,1	1,2	1,4	1,2	1,3	1,6	
Verkehr	12,7	0,2	-1,9	-2,0	0,3	3,6	2,3	4,5	
Nachrichtenübermittlung	2,4	-2,7	-2,7	-3,5	-3,5	-3,0	-2,5	-2,1	
Freizeit und Kultur	9,9	1,3	1,9	2,4	1,9	2,8	2,6	3,5	
Bildungswesen	1,2	2,6	1,9	1,9	1,8	1,9	1,9	2,0	
Hotels, Cafes und Restaurants	13,4	2,8	3,4	2,7	2,1	3,1	3,5	4,4	
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	8,2	1,8	2,0	1,3	1,3	1,3	1,3	1,6	

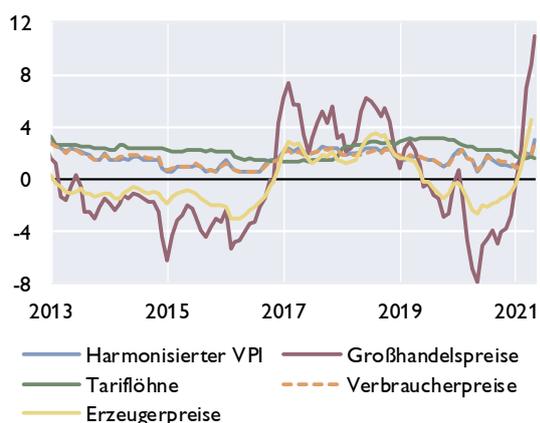
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2017	2018	2019	2020
Arbeitsproduktivität ¹	0,7	0,8	0,1	-4,5
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	1,6	2,7	2,9	0,6
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit ²	1,0	1,7	-1,0	1,8
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	0,9	2,0	2,6	5,3
Sachgütererzeugung	-1,0	0,7	3,8	..

¹In der Gesamtwirtschaft.

²Real-effektiver Wechselkursindex Industriewaren, export- und importgewichtet, deflationiert mit dem HVPI.

Quelle: Statistik Austria, WIFO. ¹ Classification of Individual Consumption by Purpose.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2018	2019	2020	1Q20	2Q20	3Q20	4Q20	1Q21
Gesamt	149 819	152 709	97 876	41 973	6 269	43 464	6 170	2 704
Inländer	39 390	39 944	31 596	7 969	3 673	16 240	3 714	1 952
Ausländer	110 430	112 765	66 280	34 003	2 596	27 224	2 456	753
<i>darunter</i>								
Deutschland	56 114	56 683	38 508	16 409	1 836	19 112	1 152	194
Osteuropa	12 499	13 216	7 679	4 906	385	1 846	542	376
Niederlande	9 988	10 355	7 416	4 638	76	2 599	103	14
Schweiz	4 895	4 931	3 143	1 295	133	1 365	351	23
Vereinigtes Königreich	3 845	3 679	1 477	1 343	11	97	27	12
Italien	2 842	2 886	996	350	34	542	70	30
Belgien	2 818	2 897	1 737	1 019	22	680	17	4
Frankreich	1 815	1 809	791	420	12	322	36	11
Dänemark	1 573	1 649	1 058	939	4	109	7	4
USA	1 874	2 050	326	252	8	47	19	12

Veränderung zum Vorjahr in %

Gesamt	3,7	1,9	-35,9	-12,6	-77,9	-13,7	-76,3	-93,6
Inländer	2,2	1,4	-20,9	-15,6	-59,9	18,5	-51,3	-75,5
Ausländer	4,2	2,1	-41,2	-11,8	-86,5	-25,8	-86,6	-97,8

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2018	2019	2020	4Q19	1Q20	2Q20	3Q20	4Q20
Deutschland	9 007	9 224	6 288	1 859	2 895	346	2 744	303
Niederlande	1 262	1 349	1 002	184	699	10	277	16
Schweiz	1 402	1 432	970	297	455	35	374	106
Italien	779	850	351	181	146	24	150	32
CESEE ¹	3 000	3 217	1 929	755	1 057	196	467	208
Restl. Europa	2 394	2 506	1 298	410	1 035	24	201	38
Rest der Welt	1 715	1 915	435	419	336	19	48	32
Gesamt	19 559	20 493	12 273	4 105	6 623	654	4 261	735

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2018	2019	2020	4Q19	1Q20	2Q20	3Q20	4Q20
Deutschland	2 260	2 398	1 103	542	426	88	422	167
Italien	1 508	1 443	574	207	117	34	328	96
Kroatien	879	992	270	31	39	39	175	18
Europäische Mittelmeerländer ²	1 099	1 164	462	247	92	17	241	113
Restl. Europa	2 847	2 977	1 380	616	466	118	532	261
Rest der Welt	1 426	1 390	493	322	339	9	70	74
Gesamt	10 019	10 364	4 282	1 965	1 479	305	1 768	729

¹ Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.

² Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.

Quelle: Statistik Austria, OeNB.

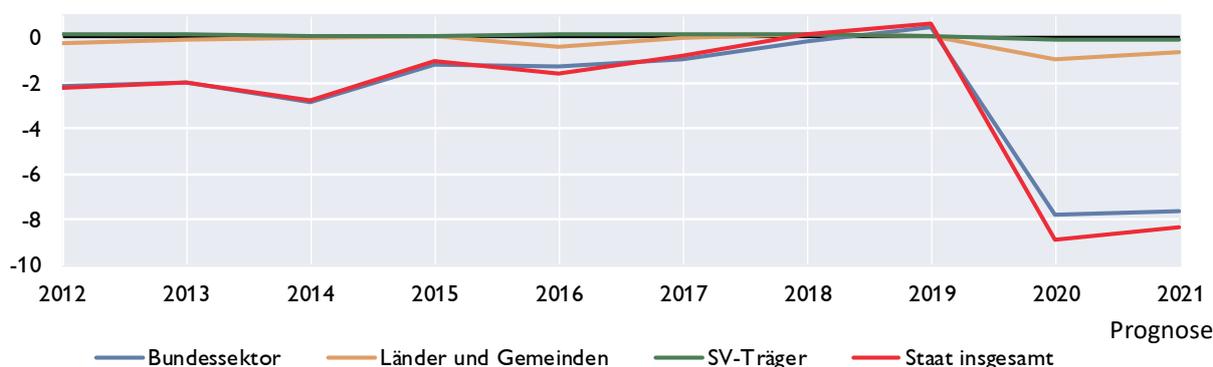
Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-	Länder und	SV-Träger	Staat	Bundes-	Länder und	SV-Träger	Staat
	sektor	Gemeinden		insgesamt	sektor	Gemeinden		insgesamt
	in Mrd EUR				in % des BIP			
2017	-3,4	-0,1	0,5	-3,0	-0,9	-0,0	0,1	-0,8
2018	-0,5	0,7	0,5	0,7	-0,1	0,2	0,1	0,2
2019	1,8	0,4	0,2	2,4	0,4	0,1	0,0	0,6
2020	-29,3	-3,7	-0,2	-33,2	-7,8	-1,0	-0,1	-8,9
2021 ^{*)}	-29,6	-2,5	-0,2	-32,3	-7,7	-0,7	-0,0	-8,4

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

in % des BIP



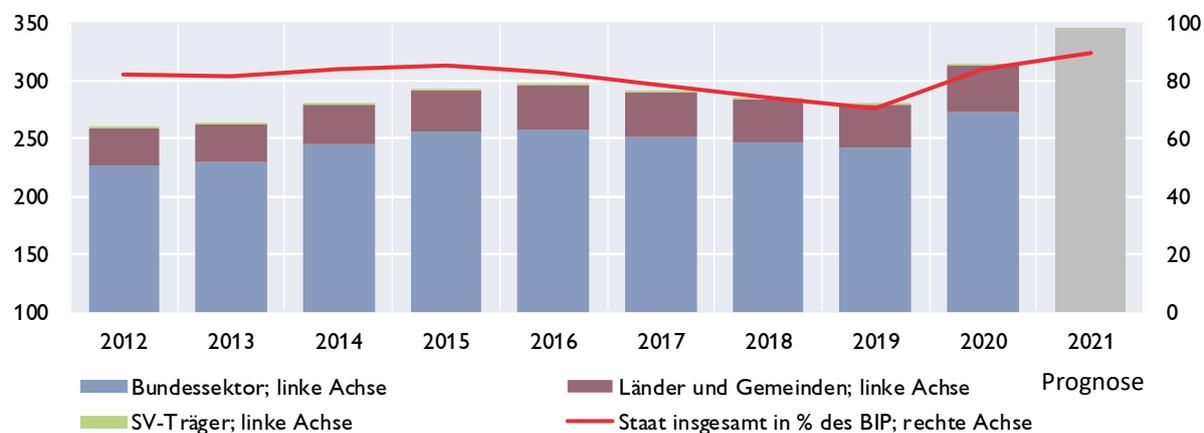
Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-	Länder und	SV-Träger	Staat	Bundes-	Länder und	SV-Träger	Staat
	sektor	Gemeinden		insgesamt	sektor	Gemeinden		insgesamt
	in Mrd EUR				in % des BIP			
2017	251,2	37,8	0,9	289,9	68,0	10,2	0,2	78,5
2018	246,2	37,8	1,3	285,3	63,9	9,8	0,3	74,0
2019	241,9	37,4	1,0	280,3	60,8	9,4	0,3	70,5
2020	272,8	40,3	2,0	315,2	72,6	10,7	0,5	83,9
2021 ^{*)}	.	.	.	345,8	.	.	.	89,6

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

in Mrd EUR

in % des BIP



^{*)} 2021: BMF-Prognose (budgetäre Notifikation, April 2021).

Quelle: Statistik Austria, BMF.

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

	Jänner bis April		Vorläufiger Erfolg	Bundesvoranschlag (BVA)	Veränderung BVA 2021 / Vorl. Erfolg 2020
	2020	2021			
Finanzierungshaushalt ¹					
Allgemeine Gebarung					
	in Mio EUR				in %
Auszahlungen	27 510	34 028	101 390	97 797	-3,5
Einzahlungen	22 539	22 867	78 910	75 168	-4,7
Nettofinanzierungsbedarf ²	-4 971	-11 161	-22 480	-22 629	-0,7

Abgaben des Bundes

	Jänner bis April		Vorläufiger Erfolg	Bundesvoranschlag (BVA)	Veränderung BVA 2021 / Vorl. Erfolg 2020
	2020	2021			
Einkommen- und Vermögensteuern	11 210	12 248	39 460	39 445	-0,0
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	73	258	2 982	2 500	-16,1
Körperschaftsteuer	1 119	1 693	6 334	6 000	-5,3
Lohnsteuer	9 074	9 270	27 254	28 200	3,5
Kapitalertragsteuern	745	966	2 580	2 550	-1,2
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	13 276	13 371	40 951	42 937	4,9
davon: Umsatzsteuer	9 215	9 124	27 563	28 550	3,6
Öffentliche Abgaben brutto	25 220	26 351	81 807	83 050	1,5
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	11 724	10 740	30 042	29 026	-3,4
Überweisungen an die Europäische Union	1 326	1 720	3 478	3 700	6,4
Öffentliche Abgaben netto ³	12 171	13 890	48 288	50 324	4,2

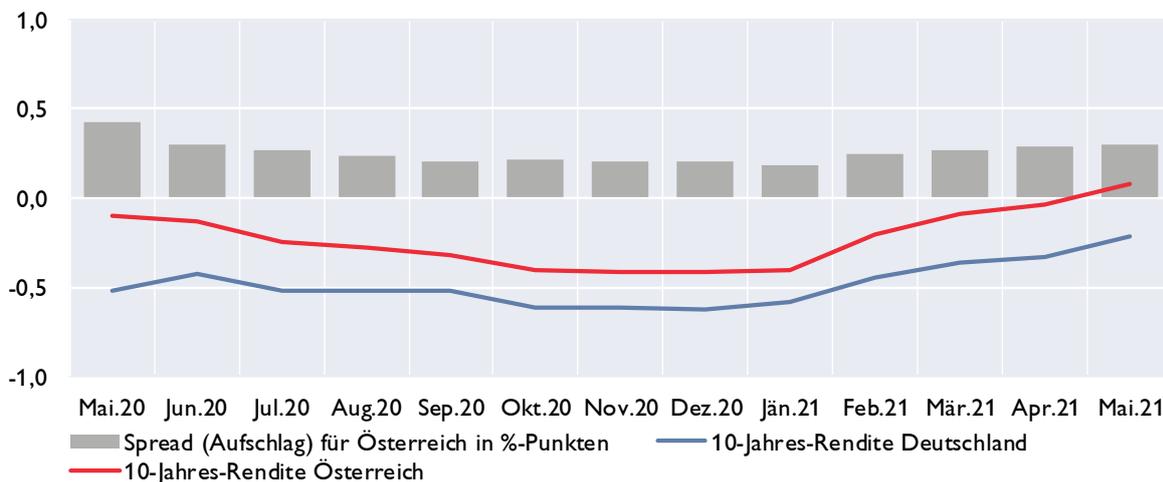
¹ Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.

² Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.

³ Steuereinnahmen des Bundes.

10-jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich

Rendite in %



Aggregierte Vermögenslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute¹

Vermögenslage

AKTIVA

Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken
Darlehen und Kredite
Schuldverschreibungen
Eigenkapitalinstrumente
Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert
Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden
Materielle Vermögenswerte
Immaterielle Vermögenswerte
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte
SUMME AKTIVA / PASSIVA

4. Quartal 2019	4. Quartal 2020	Differenz zur Vergleichsperiode	
in Mio EUR		in %	
75 246	163 796	88 550	117,7
743 862	752 165	8 303	1,1
130 068	133 908	3 840	3,0
6 789	8 803	2 014	29,7
21 006	22 811	1 805	8,6
21 639	21 234	-405	-1,9
12 292	11 587	-705	-5,7
2 957	2 968	11	0,4
18 423	19 155	732	4,0
1 032 283	1 136 427	104 144	10,1

PASSIVA

Einlagen von Zentralbanken
Einlagen von Kreditinstituten
Einlagen von Nichtbanken
Begebene Schuldverschreibungen
Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital ²⁾
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten ²⁾
Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten
Rückstellungen
Eigenkapital und Minderheitenanteile
*hievon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis ²⁾
*hievon: Minderheitenanteile
SUMME AKTIVA / PASSIVA

20 906	73 834	52 928	253,2
101 249	102 410	1 161	1,1
615 430	655 729	40 299	6,5
150 394	152 876	2 482	1,7
14 364	16 745	2 381	16,6
729	1 023	294	40,3
0	0	-	-
554	236	-318	-57,4
23 437	24 743	1 306	5,6
13 072	12 954	-118	-0,9
92 148	95 878	3 730	4,0
-7 040	-8 488	-1 448	-20,6
6 312	6 486	174	2,8
1 032 283	1 136 427	104 144	10,1

1) Zusammenführung von Meldedaten von konsolidierten Kreditinstitutsgruppen und von unkonsolidierten Einzelkreditinstituten unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden Kreditinstitutsgruppen dargestellt.

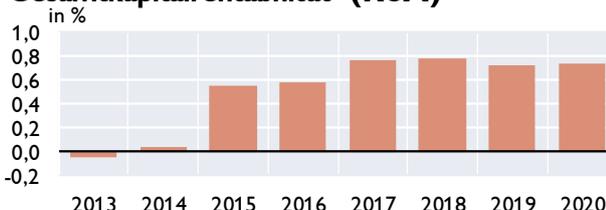
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Aufwand-Ertrag-Relation



Gesamtkapitalrentabilität (RoA)



Quelle: OeNB.

Anmerkung: RoA nach Steuern, vor Minderheitenanteilen (unterjährig annualisiert).

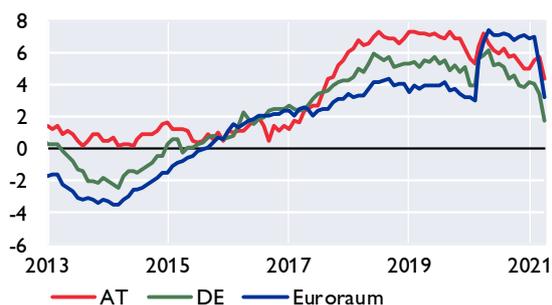
Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %		Volumen in Mrd EUR		Veränderung z. Vorjahr in %	
2018	161,9	5 747	3,5	3,2	153,0	4 393	6,9	4,1
2019	168,8	5 938	4,2	3,6	162,9	4 463	6,2	3,2
2020	174,5	6 126	3,6	3,1	169,8	4 710	5,0	7,1
Jul.20	171,0	6 022	3,7	3,0	169,0	4 746	5,9	7,1
Aug.20	172,0	6 032	4,0	3,0	169,6	4 746	6,2	7,2
Sep.20	173,0	6 071	3,7	3,1	170,2	4 723	5,8	7,1
Okt.20	173,4	6 096	3,8	3,2	170,6	4 732	5,8	6,8
Nov.20	174,0	6 119	4,0	3,1	171,5	4 742	5,4	7,0
Dez.20	174,5	6 126	3,6	3,1	169,8	4 710	5,0	7,1
Jän.21	174,4	6 128	3,5	3,0	170,4	4 714	5,0	6,9
Feb.21	174,4	6 139	3,6	3,0	171,8	4 725	5,5	7,0
Mär.21	175,6	6 166	3,9	3,3	174,9	4 779	5,8	5,3
Apr.21	175,8	6 179	4,4	3,8	174,2	4 757	4,4	3,2

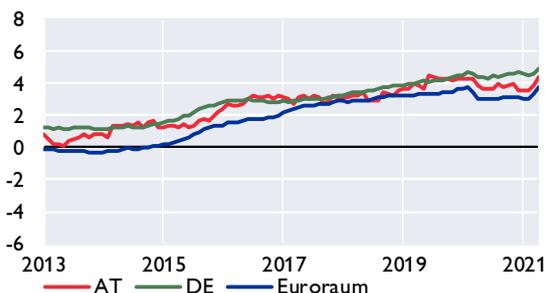
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



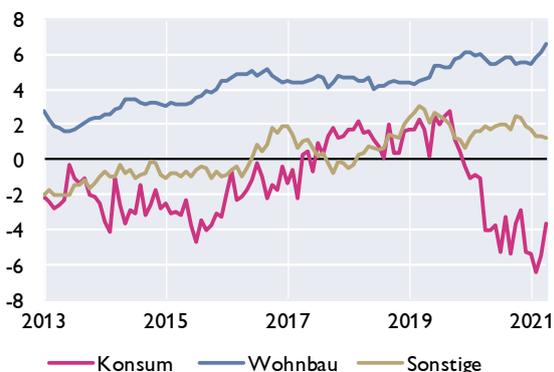
Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %



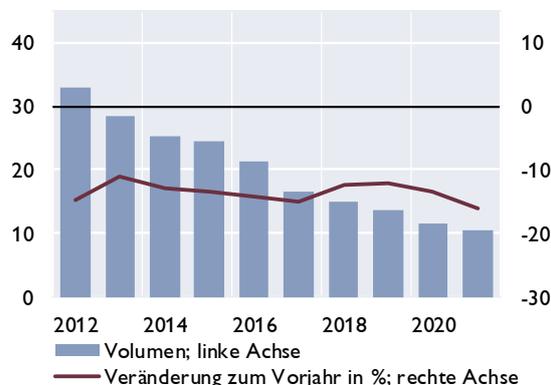
Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

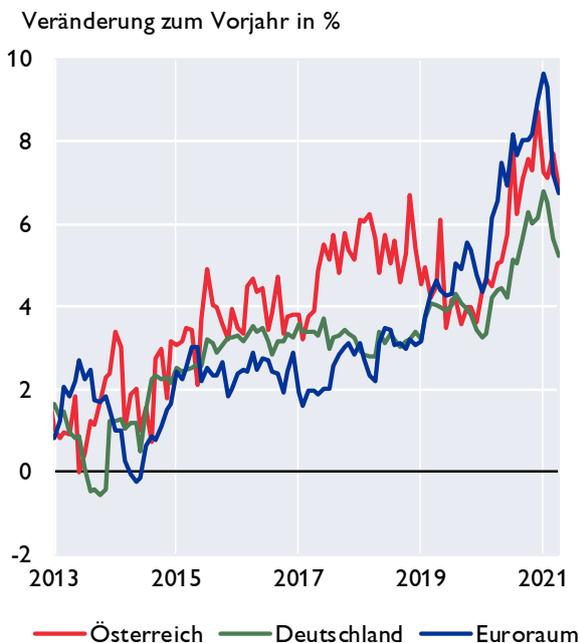
in Mrd EUR



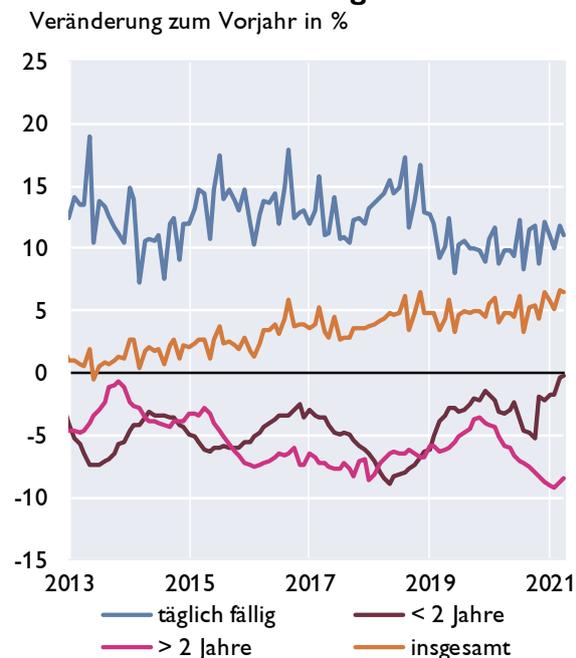
Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Einlagen von Nichtbanken



Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten



Wertpapierumlauf



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

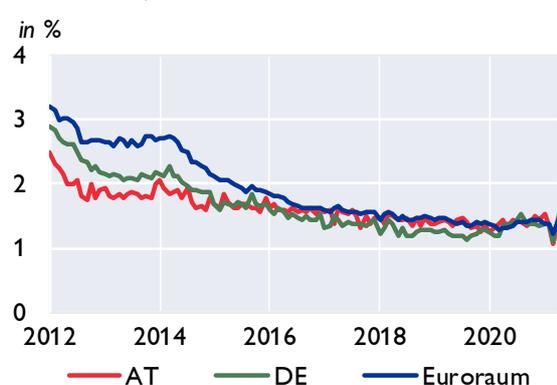


Quelle: OeNB, EZB

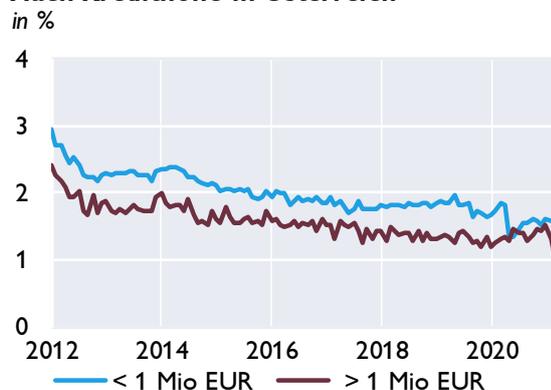
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Kredithöhe in Österreich

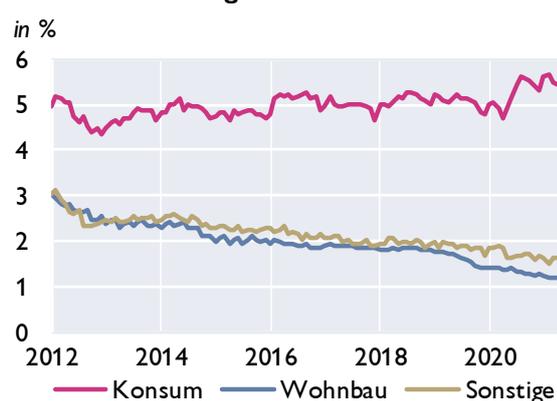


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

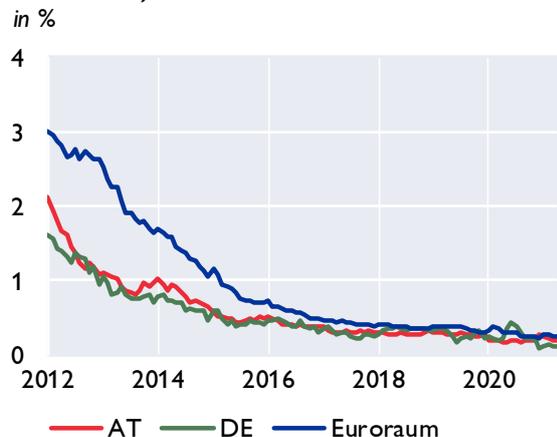


Nach Verwendungszweck in Österreich

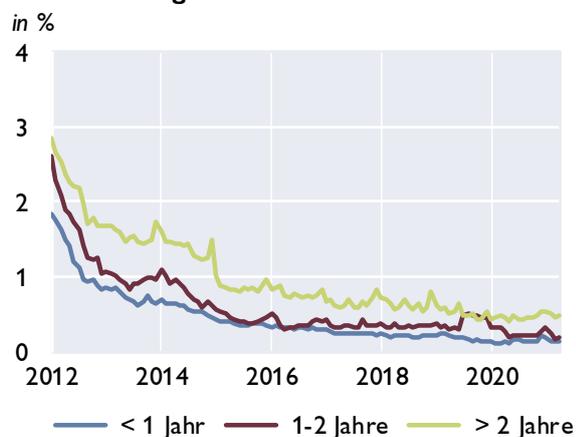


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



Quelle: OeNB, EZB

Aggregierte Ertragslage der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitutsgruppen und Einzelkreditinstitute¹

Ertragslage

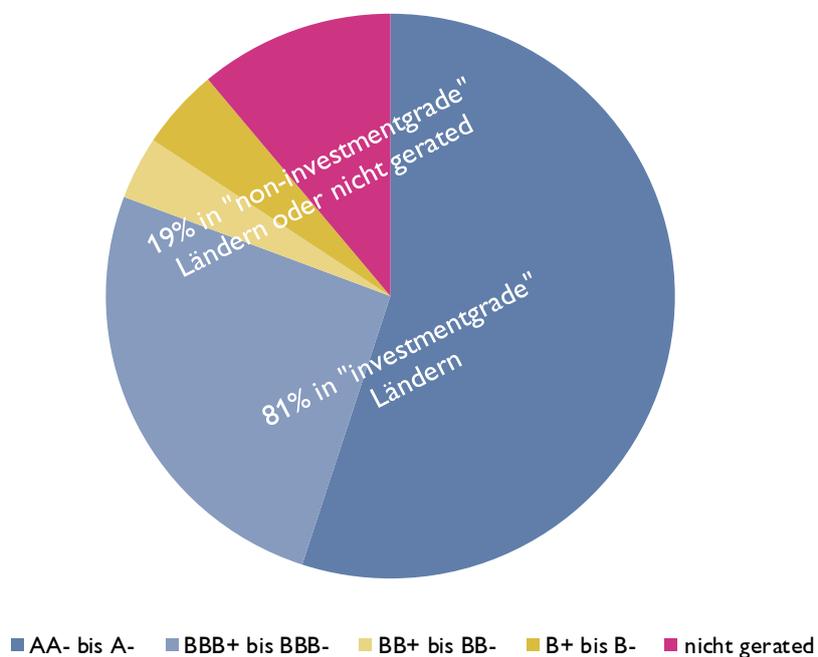
	4. Quartal	4. Quartal	Differenz zur	
	2019	2020	Vergleichsperiode	in %
	in Mio EUR			
Zinsergebnis, netto	15 589	15 458	-131	-0,8
*hievon: Zinsen und ähnliche Erträge	24 087	22 408	-1 679	-7,0
*hievon: (Zinsen und ähnliche Aufwendungen)	8 498	6 950	-1 548	-18,2
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital) ²⁾	0	0	-	-
Dividendenerträge	612	425	-187	-30,6
Provisionsergebnis, netto	7 226	7 314	88	1,2
*hievon: Provisionserträge	9 641	9 707	66	0,7
*hievon: (Provisionsaufwand)	2 415	2 393	-22	-0,9
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	340	98	-242	-71,2
Gewinne oder (-) Verluste aus Ausbuchungen von Anteilen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, netto für UGB-Banken	0	0	-	-
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto	-292	62	354	A
Gewinne oder (-) Verluste aus nicht zum Handelsbestand gehörenden finanziellen Vermögenswerten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, netto ²⁾	296	58	-238	-80,4
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP	729	256	-473	-64,9
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung nicht finanzieller Vermögenswerte, netto	-28	41	69	A
Sonstige betriebliche Erträge	3 358	3 819	461	13,7
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	2 831	2 780	-51	-1,8
Betriebserträge, netto	24 997	24 750	-247	-1,0
(Verwaltungsaufwendungen)	14 413	13 652	-761	-5,3
*hievon: (Personalaufwendungen)	8 740	8 461	-279	-3,2
*hievon: (Sachaufwendungen)	5 673	5 191	-482	-8,5
(Barbeiträge zu Abwicklungsfonds und Einlagensicherungssystemen) ³⁾	x	644	-	-
(Abschreibungen)	1 359	1 402	43	3,2
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht finanziellen Vermögenswerten)	277	112	-165	-59,6
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen)	683	721	38	5,6
Betriebsergebnis	8 264	8 220	-44	-0,5
(Zahlungsverpflichtungen gegenüber Abwicklungsfonds und Einlagensicherungssystemen) ³⁾	x	34	-	-
(Rückstellungen oder (-) Wertaufholung für Kreditrisiko)	-14	278	292	A
(Sonstige Rückstellungen)	271	118	-153	-56,5
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung für mit Anschaffungskosten bewerteten Darlehen, Kredite und Schuldtitel)	718	3 287	2 569	357,8
(Sonstige Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert und nicht zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	-15	24	39	A
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert	27	5	-22	-81,5
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert sind	1 276	745	-531	-41,6
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen ²⁾	19	27	8	42,1
Änderungsgewinne oder -verluste (-), netto für IFRS ²⁾	3	-107	-110	R
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	8 631	5 148	-3 483	-40,4
(Ertragssteuern)	1 382	1 193	-189	-13,7
Periodenergebnis nach Steuern und vor Minderheitenanteilen	7 249	3 955	-3 294	-45,4
Außerordentlicher Gewinn oder (-) Verlust nach Steuern für UGB/BWG Melder	85	7	-78	-91,8
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern ²⁾	14	48	34	242,9
(Minderheitenanteile)	634	343	-291	-45,9
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	6 713	3 668	-3 045	-45,4

Werte für das gesamte bisherige Geschäftsjahr in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt

Quelle: OeNB.

1) Zusammenführung von Meldedaten von konsolidierten Kreditinstitutsgruppen und von unkonsolidierten Einzelkreditinstituten unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/2018 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldedatentagen kommen. - 2) Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden Kreditinstitutsgruppen dargestellt. - 3) In dieser Position sind nur Daten von Kreditinstitutsgruppen bzw. Einzelkreditinstituten, die gemäß Artikel 9 der Durchführungsverordnung 680/2014 oder Artikel 5, 7 und 11 der EZB-VO 2015/534 (mit Ausnahme jener nach Artikel 11 Absatz 6) melden, enthalten.

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
<i>in Mio EUR</i>							
Tschechische Republik	44 221	48 558	55 827	69 914	75 815	77 843	78 868
Slowakei	26 319	29 261	30 149	31 127	33 256	35 985	40 627
Rumänien	25 896	23 498	24 454	24 555	25 737	27 531	30 367
Kroatien	18 878	18 167	17 147	16 841	17 328	17 811	19 202
Ungarn	15 460	14 263	14 485	15 901	16 817	18 590	21 240
Polen	16 688	19 121	16 574	16 311	7 985	8 460	8 446
Republik Serbien	3 565	4 029	4 210	4 579	5 376	5 344	5 387
Slowenien	5 494	4 716	4 488	4 805	4 823	6 155	7 227
Bulgarien	3 456	3 368	3 476	3 759	4 173	4 624	4 931
Bosnien Herzgowina	3 438	3 238	3 277	3 337	3 620	3 800	3 990
Republik Montenegro	392	346	405	811	892	954	964
Türkei	1011	889	924	859	737	642	616
Mazedonien	306	292	330	345	396	1 107	1 237
Aserbeidschan	247	239	293	267	244	213	149
Litauen	144	131	124	164	171	253	318
Lettland	53	77	132	119	140	148	317
Estland	51	14	17	14	14	37	46
Andere	19 151	16 190	16 958	16 504	19 553	23 778	19 636
Gesamt	184 768	186 397	193 269	210 215	217 078	233 275	243 569

Anmerkung: Werte ab 1Q17 sind brutto dargestellt und somit nur bedingt mit den vorhergehenden Werten vergleichbar.

Nur Forderungen von Banken in mehrheitlich österreichischem Besitz dargestellt.

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 4. Quartal 2020

	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Geldvermögen										
Bestände in Mio EUR										
Währungsgold und SZR	x	15 887	15 887	x	x	x	x	x	x	2 046
Bargeld	731	10 786	10 755	0	31	0	0	26 907	0	4 398
Täglich fällige Einlagen	71 385	204 787	183 693	7 460	9 808	2 787	1 038	187 195	6 702	80 273
Sonstige Einlagen	22 418	210 039	197 209	970	11 157	364	339	95 863	1 293	41 505
Kurzfristige Kredite	34 355	63 926	53 268	22	9 788	841	7	2 497	0	25 442
Langfristige Kredite	110 413	453 933	425 193	192	22 453	6 054	42	145	12	82 427
Handelskredite	55 009	50	5	0	46	0	0	52	40	19 631
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	58	9 097	8 658	420	19	0	0	662	1	25 795
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	5 872	339 629	198 022	84 475	2 900	53 653	580	24 386	1 174	332 175
Börsennotierte Aktien	26 446	54 929	3 710	34 325	15 737	1 156	0	30 338	1 163	44 371
Nicht börsennotierte Aktien	37 581	57 558	22 374	218	21 274	13 680	11	5 854	14	26 685
Investmentzertifikate	15 109	166 746	15 441	65 779	24 602	36 035	24 888	70 269	2 949	26 515
Sonstige Anteilsrechte	176 915	109 434	38 328	2 214	63 815	5 067	10	153 625	2 362	126 072
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	83 844	x	1 755
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	3 211	3 671	0	0	0	3 671	0	4 087	0	1 106
Lebensversicherungsansprüche Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	48 038	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	0	0	0	0	0	14 563	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	11 321	15 293	5 789	14	8 029	926	536	14 759	275	7 101
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	570 824	1 715 768	1 178 334	196 089	189 658	124 236	27 451	763 085	15 986	847 298
Geldvermögensbildung										
über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR										
Währungsgold und SZR	x	4	4	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	-885	2 709	2 736	0	4	-31	0	2 444	0	-324
Täglich fällige Einlagen	10 975	81 815	79 159	1 798	392	218	248	20 370	648	-3 860
Sonstige Einlagen	5 299	35 396	35 808	-204	-104	-121	16	-3 469	78	-8 108
Kurzfristige Kredite	1 555	-4 330	-4 250	17	23	-123	2	-257	0	-3 411
Langfristige Kredite	1 916	16 536	20 529	7	-4 713	704	10	-19	0	-4 358
Handelskredite	-2 523	-32	4	0	-36	0	0	33	35	650
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	28	7 049	7 003	57	-10	0	0	-1 432	-2	15 251
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	827	28 393	29 081	1 179	-119	-1 839	90	-1 797	-58	9 076
Börsennotierte Aktien	218	2 264	-501	2 484	203	78	0	2 357	28	-168
Nicht börsennotierte Aktien	-1 287	-1 075	-329	89	-2 123	1 294	-6	5	0	627
Investmentzertifikate	1 133	1 169	-158	363	1 046	-197	115	4 067	64	3 129
Sonstige Anteilsrechte	-5 280	-2 209	420	155	-2 498	-286	0	3 774	1	-12 139
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	-1 798	x	-55
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	172	315	0	0	0	315	0	219	0	129
Lebensversicherungsansprüche Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	477	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	0	0	0	0	0	1 153	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	3 485	366	-256	48	409	115	50	3 405	98	-2 577
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	15 631	168 371	169 250	5 992	-7 525	128	527	29 533	893	-6 137
Nettogeldvermögen	-313 196	17 108	35 606	-7 014	-24 405	9 524	3 397	560 051	12 647	-41 223
Finanzierungssaldo	9 829	4 383	2 507	-1 218	2 541	322	230	23 513	673	-5 167

Quelle: OeNB.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten

im 4. Quartal 2020

	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
--	------------------------------	-----------------------------------	--------------------------------	-----------------------	--	----------------------	----------------------	-------------------	--	------------------------------------

Verbindlichkeiten

Bestände in Mio EUR

Währungsgold und SZR ¹	x	2 046	2 046	x	x	x	x	x	x	15 887
Bargeld	x	40 671	40 671	x	x	x	x	x	x	2 228
Täglich fällige Einlagen	x	552 523	552 523	x	x	x	x	x	x	27 714
Sonstige Einlagen	x	292 998	292 998	x	x	x	x	x	x	86 345
Kurzfristige Kredite	35 633	17 480	0	292	15 964	1 222	2	7 718	411	59 852
Langfristige Kredite	290 835	30 910	0	184	28 804	1 915	7	191 716	2 587	126 025
Handelskredite	51 144	53	1	0	52	0	0	10	0	20 719
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	477	6 775	6 775	x	0	0	0	x	x	9 198
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	47 170	158 617	141 257	0	12 967	4 393	0	x	x	197 442
Börsennotierte Aktien	91 870	27 333	20 444	x	2 249	4 640	x	x	x	58 258
Nicht börsennotierte Aktien	43 251	69 514	52 236	587	7 335	9 097	260	x	x	40 035
Investmentzertifikate	x	201 948	0	201 948	0	0	x	x	x	91 478
Sonstige Anteilsrechte	293 088	147 930	18 521	93	129 278	37	0	x	12	136 422
Lebensversicherungsansprüche	x	80 724	x	x	0	80 724	x	x	x	4 875
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	9 301	x	x	0	9 301	x	x	x	2 775
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	13 294	34 628	8 337	x	0	2 506	23 786	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	14 563	0	0	14 563	0	0	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	17 257	10 643	6 917	0	2 851	875	0	3 589	329	9 270
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	884 020	1 698 660	1 142 728	203 103	214 063	114 711	24 054	203 033	3 339	888 521

Finanzierung

über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR

Währungsgold und SZR ¹	x	0	0	x	x	x	x	x	x	4
Bargeld	x	3 939	3 939	x	x	x	x	x	x	10
Täglich fällige Einlagen	x	116 506	116 506	x	x	x	x	x	x	3 445
Sonstige Einlagen	x	39 316	39 316	x	x	x	x	x	x	-10 891
Kurzfristige Kredite	-5 118	-3 484	0	-119	-3 157	-208	0	-544	151	-2 073
Langfristige Kredite	10 966	-1 578	0	51	-2 429	799	0	6 042	-53	-592
Handelskredite	-1 505	9	1	0	8	0	0	7	-1	-69
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-54	1 686	1 686	x	0	0	0	x	x	7 109
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	9 035	893	4 963	x	-4 956	886	0	x	x	5 315
Börsennotierte Aktien	1 708	-12	-12	x	0	0	0	x	x	3 013
Nicht börsennotierte Aktien	780	-135	52	x	-37	-219	0	x	x	-2 313
Investmentzertifikate	x	7 139	0	7 139	0	0	0	x	x	2 878
Sonstige Anteilsrechte	-9 604	286	430	41	-185	-1	0	x	1	-6 631
Lebensversicherungsansprüche	x	-2 081	0	x	0	-2 081	0	x	x	228
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	541	0	x	0	541	0	x	x	293
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	124	353	36	x	0	21	296	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	1 153	0	0	1 153	0	0	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-530	-544	-174	28	-465	68	0	515	121	-695
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	5 802	163 988	166 742	7 210	-10 067	-194	296	6 021	219	-970
Nettogeldvermögen	-313 196	17 108	35 606	-7 014	-24 405	9 524	3 397	560 051	12 647	-41 223
Finanzierungssaldo	9 829	4 383	2 507	-1 218	2 541	322	230	23 513	673	-5 167

Quelle: OeNB.

¹ Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.